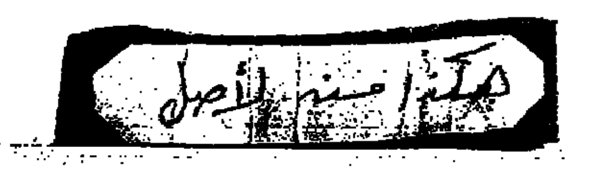


Dienstag, 20. September 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 219 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8.00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sparkurs bestätigt: Die Bundesbank stützt in ihrem jüngsten Monatsbericht die Entscheidung der Bundesregierung für einen auf Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gerichteten Sparkurs. Der Vorwurf, damit werde die Konjunktur „kaputtgespart", sei nicht berechtigt; dies beweise die generelle Wirtschaftsbelebung.

Bush zu INF: Der amerikanische Vizepräsident Bush hält weitere Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Genf (INF) nach einer Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Westeuropa weiterhin für möglich. Bush besucht derzeit Rumänien und Ungarn. (S. 8)

Spanien für NATO: Die Führung der spanischen Streitkräfte hält in einer von „Diario 16" veröffentlichten Analyse die Vorteile einer NATO-Mitgliedschaft für größer als etwaige Nachteile. Zu den Vorteilen zählen die Offiziere unter anderem die Stabilisierung der spanischen Demokratie.

Leere Drohung: Syriens Drohung mit Angriffen auf die US-Flotte vor der libanesischen Küste bedeutet für die amerikanischen Schiffe keine ernste Gefahr. Anders als die britische Flotte im Falkland-Krieg ist sie gegen Überraschungsangriffe gesichert. (S. 5)

CSU optimistisch: Nach dem „jour-fixe" des CSU-Vorsitzenden mit den Bonner CSU-Ministern erklärt Generalsekretär Wiesheu, nach ersten positiven Anzeichen im Zuge des Milliarden-Kredits an die „DDR" würden weitere positive Schritte erwartet.

Ne'eman Jeruschalajim: Den Ehrentitel „Ne'eman Jeruschalajim – Bewahrer Jerusalems" hat der Stadtrat der israelischen Hauptstadt dem Berliner Verleger Axel Springer verliehen. Bürgermeister Teddy Kollek würdigte Springers Eintreten für das altneue Land des jüdischen Volkes und sein Leben in Freiheit, Sicherheit und Selbständigkeit in einer schlichten Zeremonie. Axel Springer ist der erste Deutsche, dem diese Ehrung zuteil wurde. (S. 5)

Kommunisten: Auf die starke Beteiligung von Kommunisten in der „Friedensbewegung" weist Innen-Staatssekretär Spranger hin. Rund 1,5 bis drei Millionen Menschen könnten zu diesem Thema „bewegt" werden. (WELT-Gespräch, S. 4)

EKD gegen Gleichgewicht: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fordert die Abkehr vom Gleichgewichtsdenken bei atomarer Rüstung. (S. 8)

Schüsse auf Flüchtlinge: Grenztruppen der CSSR schießen auf drei „DDR"-Flüchtlinge. Nur einem gelingt es, die bayerische Grenze zu erreichen.

Heute: 38. *Vollversammlung* der Vereinten Nationen in New York. – Premierministerin Thatcher für zwei Tage in der Bundesrepublik Deutschland. – Verhandlungen über ein Kulturabkommen gehen nach achtjähriger Unterbrechung in Ost-Berlin weiter. – Spitzengespräch in Bonn mit Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften zur Lehrstellensituation. – Verteidigungsminister Wörner besichtigt NATO-Heeresübung.

KSZE-Schlußdokument

Als erste deutsche Zeitung veröffentlicht die WELT heute in ihrer Gesamtauflage den vollen Text des Schlußdokuments der Madrider Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die dieser Tage zu Ende ging. S. I bis IV

WIRTSCHAFT

Edelstahl-Streit: Die EG-Außenminister gewähren der Brüsseler Kommission in den Verhandlungen mit Washington über handelspolitische Kompensationen für die Edelstahl-Importrestriktionen volle Rückendeckung. (S. 9)

Wohnungsbau im Aufwind: Bundesbauminister Schneider rechnet damit, daß das Jahresziel von 400 000 Wohnungsbau-Genehmigungen erreicht werden kann.

AG Weser besetzt: Neben dem Hamburger HDW-Werk ist gestern auch die Bremer Werft AG Weser von Teilen der Belegschaft besetzt worden. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vor einer Betriebsversammlung: Bundesregierung leistet weiter Hilfe für den Schiffsbau. (S. 9)

Börse: Zum Wochenanfang verbesserten sich die Aktienkurse auf breiter Front. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 135,7 (135,4). Dollarmittelkurs 2,6658 (2,6741) Mark. Goldpreis pro Feinunze 412,25 (405,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES

»Wir können nicht zulassen, daß Westeuropa eine Zone minderer Sicherheit wird und die Sowjetunion die Atomraketen behält, die auf uns gerichtet sind.«

Der CDU-Vorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in Bonn vor Mandatsträgern seiner Partei FOTO: POLYPRESS

KULTUR

Heer gestorben: Der österreichische Historiker, Dramaturg, Schriftsteller Friedrich Heer ist 67jährig in Wien gestorben. Von 1949 bis 1961 war er als Kulturkritiker der „Furche" tätig, danach Chefdramaturg des Burgtheaters. (S. 15)

Beitz geehrt: Dem Vorsitzenden der Kruppstiftung, Berthold Beitz, ist gestern die Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald verliehen worden. Rektor Birnbaum würdigte die Verdienste von Beitz um den West-Ost-Handel.

SPORT

Motorsport: Den 12. Todessturz im internationalen Motorradsport gab es in diesem Jahr durch den englischen Meister Bob Smith in Scarborough. (S. 7)

Golf: Bernhard Langer (Anhausen) gewann das internationale Turnier in St. Mellion (England). Er spielt damit in der Europaauswahl wieder gegen die USA.

AUS ALLER WELT

Zeitschriften: In Frankreich beginnt ein regelrechter „Zeitschriftenkrieg" mit mehreren Neuerscheinungen (S. 16)

Wetter: Wechselnd wolkig, nur in Bayern noch stark bewölkt. Bis 19 Grad, später freundlicher, aber nur mäßig warm.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Flugzeugträger Japan. Heinz Barth zu Tokios Verteidigungsplänen S. 2

Victor Herman: Das rätselhafte Schicksal eines brisanten Buches aus dem GULag S. 3

Stiftungen: Nachhilfeunterricht für das Abenteuer der spanischen Demokratie S. 3

Hessen: Für die Basis ist Brandt die Kultgestalt der SPD geblieben S. 4

Kirche: Dokumentation zur Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Fußball: WELT-Interview zum Abschied des früheren Nationalspielers Gerd Müller S. 7

Fernsehen: Einschaltzahlen bei den Nachrichtensendungen „heute" und „Tagesschau" S. 14

Römer: Im Künstlerbahnhof Rolandseck macht die Geschichte einen Halt S. 15

Griechenland: Die Nacktbader bekamen den einstimmigen Segen des Parlaments S. 16

Bundesbank verteidigt die Sparpolitik der Regierung

Währungshüter: Ausgaben-Anstieg über 1984 hinaus begrenzen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die wirtschaftliche Wiederbelebung in der Bundesrepublik Deutschland widerlegt nach Auffassung der Bundesbank den Vorwurf, mit einer Konsolidierung der Staatsfinanzen werde die Konjunktur „kaputtgespart". In ihrem Monatsbericht weist die Bundesbank darauf hin, daß die für 1984 von der Bundesregierung vorgesehenen neuen Eingriffe finanziell nicht so bedeutend seien wie die Maßnahmen der beiden letzten Jahre.

Überdies bestehe nach Ingangkommen des wirtschaftlichen Erholungsprozesses weniger Anlaß, kurzfristige konjunkturelle Risiken von Konsolidierungsmaßnahmen zu befürchten. Ihnen stünden die auf etwas längere Sicht positiven Effekte der Konsolidierungsstrategie gegenüber, die in verbesserten Bedingungen für das Wirtschaftswachstum und in der Rückgewinnung eines finanzpolitischen Handlungsspielraums liegen.

In diesem Zusammenhang, so die Bundesbank, sollte man auch den Einfluß der Konsolidierungsanstrengungen auf die Erwartungen der Wirtschaft nicht unterschätzen.

Die Bemühungen um einen Abbau des Defizits würden darin deutlich, daß die Ausgabenansätze nur um 1,8 Prozent über das 1983er Haushaltsvolumen hinausgehen; der Rahmen für Mehrausgaben werde fast zur Hälfte durch den höheren Zinsaufwand beansprucht, der im wesentlichen auf *die Kreditaufnahmen in diesem Jahr* zurückgehe.

Die Haushaltsplanungen der Länder und Gemeinden bezeichnet die Bundesbank als noch nicht so weit fortgeschritten, jedoch zeichne sich

SEITE 2:
Oberpackesel
Weitere Beiträge auf den Seiten 9 und 10

eine ähnliche Linie wie beim Bund ab. Der von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung vorgeschlagene Aufschub von Einkommensverbesserungen im öffentlichen Dienst würde es vor allem den Ländern erleichtern, den Ausgabenanstieg einzudämmen.

Bei einer Fortsetzung der konjunkturellen Erholung erwartet die Bundesbank nach der bisherigen Haushaltsplanung, daß die Defizite der Gebietskörperschaften im nächsten Jahr deutlich zurückgehen werden. Dabei würde nicht nur wie schon 1982 und 1983 der strukturelle Kern der Defizite durch die in die Wege geleiteten Konsolidierungsmaßnahmen zurückgeführt. Erstmals sei im Zuge der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung auch damit zu rechnen, daß sich mit kräftiger wachsenden Steuereinnahmen auch die konjunkturelle Komponente der Defizite vermindert.

Das Ziel der Konsolidierung verlange freilich, so betont die Bundesbank, daß der Anstieg der Ausgaben auch über das Jahr 1984 hinaus eng begrenzt wird. Als richtigen Schritt auf diesem Wege werten die Bundesbankiers die Empfehlung des Finanzplanungsrats, den jährlichen Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in den mittelfristigen Finanzplänen an einer Größenordnung von drei Prozent, also deutlicher unter dem erwarteten Tempo des Wirtschaftswachstums, zu orientieren.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres waren die Haushaltsdefizite der Gebietskörperschaften insgesamt um einige Milliarden niedriger als im Vorjahr. Für das Gesamtjahr zeichne sich, so die Bundesbank, ab, daß die Defizite hinter den Planungen zurückbleiben werden, so daß auf den Kreditmärkten etwas Spielraum für die zunehmende private Kreditnachfrage entstanden ist.

Bonn bestätigt: Neue Linie für Genf

Kanzlerberater heute im Weißen Haus / Pershing 2 als Tauschobjekt? / NATO-Beratungen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Bemühungen der europäischen Partner der USA um eine veränderte, beweglichere Haltung bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen gehen heute in eine neue Runde: In Washington wird der Sicherheitsberater Präsident Reagans, William Clark, den Leiter der außenpolitischen Abteilung im Bundeskanzleramt, Horst Teltschik, empfangen. Im Mittelpunkt der Gespräche der jeweils engsten Berater Reagans und Bundeskanzler Kohls in Fragen der nationalen Sicherheit werden die Aufträge stehen, mit denen US-Chefunterhändler Paul Nitze in die nächsten Gespräche mit dem sowjetischen Verhandlungsführer Kwizinski gehen soll.

Bonn geht es darum, das westliche Konzept für Genf so zu modifizieren, daß am Ende eine Erweiterung der „Flexibilität" gegenüber der Sowjetunion in der Verhandlungsführung Nitzes möglich werden soll.

In Bonn bestätigte der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär Boenisch, gestern den Bericht der WELT zu den NATO-Vorbereitungen für eine neue Genfer Verhandlungslinie. Zwar betonte der Staatssekretär, er könne wegen der Geheimhaltung der Beratungen keine Einzelheiten preisgeben, doch sagte er im weiteren, es sei richtig, daß innerhalb des Bündnisses „modifizierte Anregungen für Genf" in der Weise erörtert würden, wie die WELT am Vortage berichtet hatte.

Boenisch stellte klar, in dem Brief von Präsident Reagan an den Bundeskanzler und an andere Regie-

SEITE 2:
Hektik

rungschefs seien keine konkreten Zahlen für einen reduzierten Nachrüstungsbedarf der NATO genannt. Dies entsprach dem WELT-Bericht, in dem es unter Berufung auf „zuverlässige Informationen" geheißen hatte, die Allianz erwäge, ihren Nachrüstungsbedarf möglicherweise auf nur noch 300 westliche Systeme zu beschränken.

Am Montag sind, wie berichtet, die zuständigen Regierungsexperten der NATO an geheimgehaltenem Ort zu den entscheidenden Beratungen für ein verändertes westliches Verhandlungskonzept für die letzte und vor dem Stationierungstermin im Dezember ausschlaggebende INF-Runde zusammengekommen. Trotz des Bemühens auch der Bundesregierung, über die Beratungen der „Special Consultative Group", die in kleinstem Kreis sich versammelte, den Schleier von Dementis zu breiten, ist nach zuverlässigen Informationen inzwischen klar, daß die USA dem Drängen der Westeuropäer, und unter ihnen vor allem der deutschen Regierungsvertreter, nachgekommen sind, ihren ursprünglichen Verhandlungsansatz für Genf, der in der „globalen" Reduzierung aller nuklearen Mittelstreckenwaffen der UdSSR und der USA mit Reichweiten zwischen tausend und fünftausend Kilometern bestand, aufzugeben.

Dem Vernehmen nach wird aber diese sich abzeichnende Kompromißbereitschaft der USA gegenüber Moskau, die die Sicherheit der südostasiatischen Region nach Ansicht von Experten vernachlässigt, als

● Fortsetzung Seite 8

Fällt Beschränkung für Zeitarbeit?

Blüm will Gewerkschaften „Brücke" bauen / 40-Stunden-Woche nur noch Obergrenze

PETER GILLIES, Bonn

Mit einer Änderung der gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften will Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) den Tarifparteien einen „Appetithappen" anbieten, um flexible Arbeitszeiten stärker zu nutzen. Dazu würden alsbald die Arbeitszeitordnung und das Recht über Zeitarbeit geändert, sagte Blüm gestern in einem Gespräch mit Journalisten.

In der neuen Arbeitszeitordnung sollen der 8-Stunden-Tag und die 40-Stunden-Woche lediglich als Obergrenze festgelegt werden. Alle Verkürzungen dieser Regelung stünden den Tarifpartnern zur Änderung offen. Eine in jedem Betrieb unterschiedliche Flexibilisierung (wie sie von Blüms Parteifreundin Birgit Breuel angeregt wurde) lehnt der Arbeitsminister jedoch ab.

Als „Brückenbau für die Gewerkschaften" will Blüm auch das Projekt Zeitarbeitsvertrag verstanden wissen. Nach geltendem Recht sind Zeitarbeitsverträge nur bis zu sechs Monaten zulässig (bei „Leiharbeit" bis zu drei Monaten). Dadurch verzichteten viele Unternehmen darauf, entsprechende Arbeitskräfte nachzufragen und führten lieber Überstunden ein. Aber gerade in flauen Konjunkturzeiten müsse es möglich sein, flexible Arbeitsplätze abseits der bisherigen Schemata anzubieten, argumentierte Blüm. Ein Betrieb müsse die Möglichkeit haben, befristet Arbeitsplätze anzubieten, um seine Kapazitäten besser auszulasten.

Zur „Arbeit auf Bestellung" (der Arbeitnehmer wartet auf den Anruf durch den Arbeitgeber, um dann einzuspringen) teilt der Minister die Bedenken der Gewerkschaften. Er meint, die Bereitschaftszeit müsse begrenzt oder teilweise als Arbeitszeit abgegolten werden. Diese „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit" (Kürzel: Kapovaz) wird von den Gewerkschaften bekämpft.

Die Bundesregierung sieht in den Projekten flexibler Arbeitszeitgestaltung eine Reaktion auf die, wie Blüm formulierte, „zweite Dimension des Arbeitsmarktes". Viel zu stark sei heute das Arbeitsrecht auf den Kündigungsschutz fixiert. Tatsächlich gehe es aber um die Wiedereingliederung der Arbeitslosen. Die vielen Schutzvorschriften für die Arbeitsbesitzer seien bereits in eine Behinderung der Arbeitssuchenden umgeschlagen.

Die Wirtschaft befinde sich nicht mehr im Gleichschritt einer Fließbandgesellschaft, sondern ihr böten sich neue Chancen der Individualisierung. Diese müsse sie nutzen, forderte Blüm. Ihm sei klar, daß er damit eine „Entwöhnung für die Gewerkschaften" heraufbeschwöre, die auf kollektive Denkweisen abonniert seien. Deswegen müsse man ihren tarifpolitischen Spielraum erhalten.

Der Vorstoß, juristisch flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen, wird durch Denkmodelle einer Frührente mit 58 Jahren ergänzt. Hierbei sind wesentliche Details jedoch noch ungeklärt (etwa die Kostenfrage).

„Prawda" entstellt KSZE-Wahrheit

Partei-Organ verschweigt Bestimmungen des Schlußdokuments über humanitäre Fragen

fhn./AFP, Moskau

Die Sowjetführung hat offenbar nicht vor, allen ihren 270 Millionen Staatsbürgern das Schlußdokument der Madrider KSZE-Folgekonferenz und die daraus für die UdSSR erwachsenden Pflichten voll zugänglich zu machen. Nur die Monatsschrift „Internationales Leben" und das Wochenmagazin „Neue Zeit" sollen den Wortlaut veröffentlichen. Das Parteiorgan „Prawda" (Wahrheit) mit einer Auflage von knapp *elf Millionen* druckte lediglich einen „ausführlichen Text", in dem die Bestimmungen über humanitäre und kulturelle Fragen durch Auslassungen regelrecht verstümmelt werden. Die Passagen des Dokuments, die konkret das Vorgehen bei Anträgen auf Familienzusammenführung und Ausreise darlegen, wurden auf wenige Sätze zusammengestrichen.

So wird lediglich die Spitzenleserschaft der beiden Exklusiv-Schriften erfahren, daß sich die Außenminister der europäischen Staaten, der USA und Kanadas in Madrid auf Familienzusammenführung und eine Auswanderungspolitik ohne die abschreckenden Praktiken geeinigt haben, wie sie im Ostblock gang und gäbe sind. Den um Auswanderung bemühten Menschen in der UdSSR wird praktisch verschwiegen, daß über ihre *Gesuche nach dem Willen der* KSZE-Teilnehmer „so zügig wie möglich" und „im Normalfall innerhalb von sechs Monaten" entschieden werden soll. Auf den sowjetischen Amtswegen brauchen Emigrationsanträge oft mehrere Jahre.

Verschwiegen wird den Sowjetbürgern auch, daß sich die 35 Konferenzstaaten verpflichteten, bei Emigrationsanträgen keine „Veränderung der Rechte und Pflichten der Antragsteller" vorzunehmen. Der auswanderungswillige Sowjetbürger verliert in der Regel seinen Arbeitsplatz und das in einem Land, wo man bei fehlendem Arbeitsnachweis als „Schmarotzer" zu Gefängnis verurteilt werden kann. Wesentlich gekürzt wurden auch die Madrider Vereinbarungen über den gegenseitigen Informations- und Kulturaustausch.

Bundesaußenminister Genscher versicherte in einem WELT-Interview, der Westen habe in Madrid Ergebnisse durchsetzen können, die sich in realen Erleichterungen für die Menschen niederschlagen würden.

Die WELT veröffentlicht heute auf den Seiten I–IV den vollen Wortlaut des Schlußdokuments des Madrider KSZE-Folgetreffens.

DER KOMMENTAR

Die fünfte Kolonne

HERBERT KREMP

Mit der Massen-Aktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit" unternimmt die CDU den Versuch, die Ordnung der Begriffe wiederherzustellen. Das Wort Frieden, das die Opposition von dem gestaltgebundenen Begriff der Freiheit losgeschraubt hat, fristet ein notleidendes Dasein. Es kann, alleingelassen, ebenso einen Zustand der Herzensharmonie wie einen Unterwerfungszustand meinen. Frieden ist beliebig deutbar und in diesem Sinne manipulierbar, solange man nicht sagt, was sein politischer Inhalt sein soll. Frieden um jeden Preis ist nicht akzeptabel. Das weiß jeder, der das Leben kennt.

Raketen-Diskussion und „Friedensbewegung" leiden an einer manipulativen Verzerrung des Grundbegriffs. Dem klaren Verstand will nicht eingehen, warum der Frieden durch die vorhandene sowjetische Überrüstung weniger gefährdet sein soll als durch eine erkennbar maßvolle westliche Nachrüstung, die nur unter bestimmten Bedingungen vollzogen werden wird: dann nämlich, wenn Moskau sein Übergewicht nicht reduziert. Die Frage appelliert an die Logik. Diese ist freilich nicht die Stärke der „Friedensbewegung" und eines Teils der Opposition. Dort regiert die Emotion, der „unbedingt" gewordene Wille, den Splitter im eigenen Auge zu sehen und nicht den Balken im Auge des anderen. So entsteht ein unpolitischer Friedensbegriff, ein realitätsferner und wehleidiger, der sich immer in die Unterstellung krümmen muß, die raketenstarrenden Sowjets wollten ja auch nichts lieber als den Frieden.

Es ist zu begrüßen, wenn die CDU in ihren 10 000 Kreisverbänden den Realitäts-Aussteigern einen Friedensbegriff entgegensetzt, der durch die Qualität der Freiheit – sie schließt den Willen, frei zu bleiben, stets ein – Sinngehalt bezieht. Ob es etwas hilft, werden wir in den nächsten Monaten sehen. Die Gegenkräfte sind stark und bis in die Unterhaltungssendungen des Rundfunks wirksam. 1,5 bis drei Millionen Friedensbewegte werden von 150 000 geschulten Kommunisten-Freunden bewegt, die ihren „Frieden" als Keule gegen die Freiheit benutzen. Das ist die „fünfte Kolonne", um Geißlers Wort aufzunehmen, nicht die Sozialdemokratische Partei, die der Generalsekretär pauschal bezichtigte.

Auch die korrekte Bezeichnung des Gegners gehört zur Ordnung der Begriffe. In der Auseinandersetzung um das Wort Frieden kann die Regierung und ihre Koalition auf die SPD nicht verzichten. Die Partei ist im Geiste gespalten. Das heißt aber, daß einer ihrer Teile für den realistischen Frieden kämpft. In dem Kampf, der mit dem Herbst nicht endet, ist dieser Teil ein Verbündeter.

„729 nukleare Sprengköpfe gegen Westeuropa gerichtet"

Kohl nennt neue Zahlen der sowjetischen SS-20-Rüstung

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat der Mehrheit der SPD den Willen und die Fähigkeit abgesprochen, in den elementaren Fragen der Sicherheitspolitik die deutschen Interessen zu vertreten. Auf einer Veranstaltung mit CDU-Kreisvorsitzenden zum Auftakt der „Aktion 10 000 Friedenstage", mit der die Union die Auseinandersetzung über die ethischen Grundlagen und politischen Ziele der Friedenspolitik aufnehmen will, sagte Kohl gestern in Bonn: „Die Mehrheit der SPD findet sich schon mit der klaren militärischen Übermacht der Sowjetunion ab." Die Gefahr, die uns von den SS-20-Raketen drohe, „wird verdrängt, zum Teil gar verleugnet".

Der Bundeskanzler nannte in seiner einstündigen Rede die neuesten Zahlen der SS-20-Rüstung. Zur Zeit seien auf Westeuropa „243 sowjetische SS-20-Raketen mit 729 nuklearen Sprengköpfen" gerichtet. Der Aufbau der Abschußrampen „geht immer noch weiter. Das westliche Bündnis hat dem bis jetzt nichts Vergleichbares entgegenzusetzen."

Der Kanzler machte der SPD schwere Vorwürfe, griff aber nicht die Anschuldigung von CDU-Generalsekretär Geißler auf, die SPD werde mit ihrer Politik zur „fünften Kolonne" Moskaus. Die SPD falle, so formulierte Kohl, zurück in die „sicherheitspolitische Isolation" der fünfziger Jahre, aus der sie Männer wie Herbert Wehner herausgeführt hätten. Die Union müsse heute die Politik von Helmut Schmidt „gegen dessen eigene Partei durchsetzen".

Lange vorbei sei die Zeit, in der Georg Leber die Sicherheitspolitik der Partei gestaltet habe. Eine SPD-Gliederung nach der anderen mache Front gegen den NATO-Doppelbeschluß, einzelne forderten sogar den Austritt aus dem Bündnis.

Der Kanzler nutzte die Gelegenheit, die Position der Bundesregierung und der Union zu beschreiben. „Für uns gibt es keinen gleichen Abstand zur amerikanischen Demokratie und zur sowjetischen Diktatur. Unser Land steht nicht zwischen beiden, sondern auf der Seite der Freiheit, der USA." Wer jetzt zur Nachrüstung nein sage, der ermuntere Moskau, nein zur Abrüstung zu sagen. Er bringe die Sowjetunion ihrem Ziel näher: „Dem politischen Sieg im atomaren Frieden." Wenn 1983 kein konkretes Verhandlungsergebnis erzielt werde, dann werde nachgerüstet. Ohne diesen Zeitdruck würden die Verhandlungen „zur Farce", sagte Kohl. „Der Genfer Kompromiß ist nicht eine Frage der Zeit, sondern eine Frage des Willens."

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sagte, pro Woche produziere die Sowjetunion „eineinhalb Raketen mehr". Dennoch drohe in Europa kein Krieg, denn die Sowjets seien „keine Idioten, keine Selbstmörder". Ihr Ziel sei es, militärische Stärke zur „politischen Erpressung" einzusetzen. Deshalb sei Angst für Demokraten „tödlich".

Der niedersächsische CDU-Vorsitzende Wilfried Hasselmann forderte eine „offensive" Auseinandersetzung der Union über den Weg zur Friedenssicherung.

Washington honoriert die Bündnistreue Portugals

Eanes bei Reagan / Neuer Vertrag für Azorenstützpunkt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der portugiesische Staatspräsident General Eanes hat bei seinem USA-Besuch Präsident Reagan und Verteidigungsminister Weinberger versichert, daß Portugal die NATO-Mitgliedschaft Spaniens begrüße – als Verstärkung der Iberischen Halbinsel im europäisch-atlantischen Konzept. Der General sprach im Konjunktiv: Portugal würde sich freuen, wenn Spanien auch weiterhin Mitglied bliebe.

Die Äußerungen Eanes' spiegeln die portugiesische Außenpolitik gegenüber der NATO wider; die spanische Partnerschaft im Atlantikpakt wird vorsichtig beurteilt und damit die Aufwertung der eigenen Position verbunden. Washington honoriert die Bündnistreue und sagte Portugal eine weitere Unterstützung seiner Streitkräfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Azoren zu. Die zur Zeit gültige interimistische Abmachung für die Benutzung des Azorenstützpunktes Lajes durch die USA soll bis Februar 1984 durch einen neuen Vertrag ersetzt werden.

Das außenpolitische Ziel der Reise des Präsidenten steht diesmal durchaus im Einklang mit der Außenpolitik der Regierung – was sonst nicht immer der Fall ist. Portugal ist seit Jahren eine Doppelgleisigkeit zwischen Präsident und Kabinett gewohnt – zum Ärger früherer Regierungen. Jaime Gama, Außenminister des Koalitionskabinetts der Sozialisten und Sozialdemokraten, spielt den alten Gegensatz herunter. Als kürzlich der frühere Außenminister der Revolutionszeit und Präsidentenberater Oberst Melo Antunes persönliche Botschaften des Präsidenten an die Staatspräsidenten in Angola und Moçambique überbrachte – Melo Antunes vertritt durchaus eigene Ziele einer linksorientierten Politik der Dritten Welt –, reagierte Jaime Gama mit der bisher fehlenden Gelassenheit: „Alles abgesprochen."

Sachlich gibt es tatsächlich eine Annäherung der Standpunkte. Eanes ist wieder auf Westkurs eingeschwenkt; die linksorientierten Ratgeber haben im Belem-Palast erheblich an Einfluß verloren. Der persönliche Gegensatz zwischen Präsident und Regierung blieb jedoch bestehen. (SAD)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hektik

Von Rüdiger Moniac

Auch wenn die westlichen Regierungen mit Informationen über die Vorbereitung des neuen NATO-Verhandlungskonzepts für die Genfer Mittelstreckenrunde, die letzte und entscheidende vor dem Beginn der Stationierung, äußerst zurückhaltend sind – eines kann man sicher sagen: daß eine fast schon dramatische Hektik festzustellen ist. Die Regierungsexperten tagen im kleinsten Kreis, damit strenge Vertraulichkeit gewahrt werde. Wer dennoch Einblick hat, gewinnt den Eindruck, als sei bei ihnen die ruhige Bedachtsamkeit dahin. Allein diese aber kann helfen, in den schwierigen Fragen der Rüstungskontrolle über Mittelstreckenwaffen, den richtigen Weg zu finden. Sie dürfen vor allem nicht losgelöst werden von der Frage danach, was die westliche Sicherheit gebietet.

Was indes in dieser westlichen Vorbereitungsrunde geschieht, erweckt den fatalen Eindruck, als wolle die NATO, koste es, was es wolle, der „Friedensbewegung" beweisen, man habe das äußerste an Kompromißbereitschaft gegenüber der Sowjetunion gezeigt. Würde sich dieser Eindruck bewahrheiten, könnte sich Moskau zufrieden zurücklehnen. Der Kreml hätte erreicht, was immer sein Ziel war: Die westlichen Regierungen beugten sich einem vielstimmigen Chor eigener Bürger nach beinahe schon bedingungsloser Abrüstung.

Noch ist es allerdings nicht soweit. Wenn aber Washington vornehmlich auf Bonner Intervention hin Zugeständnisse um Zugeständnisse für Genf nur um der lieben Flexibilität willen macht und weil Bonn auf den gewaltigen innenpolitischen Druck hinweist, dann muß man fürchten, daß am Ende die westliche Sicherheit auf der Strecke bleibt.

In diesen Tagen steht die Verantwortung für den Staat bei den mit der Regierung Beauftragten und bei jenen, die diese parlamentarisch stützen, auf dem Prüfstand. Viele, besonders in Bonn, haben häufig und unüberhörbar erklärt, solange Westeuropa von SS-20-Raketen bedroht sei, sei auf die ballistische Rakete Pershing 2 im westlichen Nachrüstungskonzept nicht zu verzichten. Sie sollten standhaft bleiben.

Umsturz-Potential

Von Werner Kahl

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterwandere mit Tarnorganisationen verstärkt Gewerkschaften und Gruppierungen der grün-alternativen Szene – diese als Schwarzmalerei quittierten wiederholten Warnungen des parlamentarischen Staatssekretärs Carl-Dieter Spranger wurden jetzt von kompetenter Seite aufgehellt. Vor dem Forum des „Krefelder Appells" in Bonn zog die DKP-Funktionärin Martha Buschmann eine Bilanz der konkurrierenden Energien, die – frei nach Ranke – Weltgeschichte ausmachen, und lobte „die Aktivität Tausender kommunistischer Betriebsarbeiter" an der deutschen Volksfront.

Die Situation zu Beginn des politischen Herbstes hat für die orthodoxen Kommunisten eine, so wörtlich, wahrhaft historische Dimension. Unbeeindruckt davon, daß die Partei aus den Wahlen der letzten Jahre überall mit einer Null vor dem Komma hervorging, stecken die KP-Strategen bereits die Positionen für Offensiven danach ab. Auf dem Aktionsfeld, wie es sich derzeit anbietet, wird mit einer Manövriermasse von 1,5 bis etwa drei Millionen Menschen gerechnet – Umsturz-Potential.

Welche Politik den einzelnen Partnern eines rot-grün-alternativen Bündnisses paßt, steht dabei nicht auf der Tagesordnung. Für Lenins Enkel lautet die Frage vielmehr, wer zum Schluß wen dominieren werde. Die Genossen haben ihr Pensum gelernt, wonach es, laut Lenin, in der Zeit der Explosionen und Ausbrüche schon zu spät sei, eine Kampforganisation zu schaffen und mit der Agitation zu beginnen; „in Bereitschaft stehen", wenn der Umsturz auf die Tagesordnung gesetzt wird, ist die Losung dieses Herbstes.

Es sei nach wie vor das erklärte Ziel der DKP, warnte unlängst das Vorstandsmitglied der IG Bergbau und Energie, Horst Niggemeier, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu verändern, wobei für naive Zeitgenossen angemerkt werden muß, die deutschen Kommunisten trachten durchaus danach, die sozialistische Revolution – wenn es geht – friedlich, das heißt ohne Bürgerkrieg, zu vollenden. Auf diesem Weg kündigte die DKP durch Martha Buschmann ihren Partnern unter Grünen und Sozialdemokraten beim „Krefelder Appell" „gute Freunde" an: „Die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten".

Oberpackesel

Von Claus Dertinger

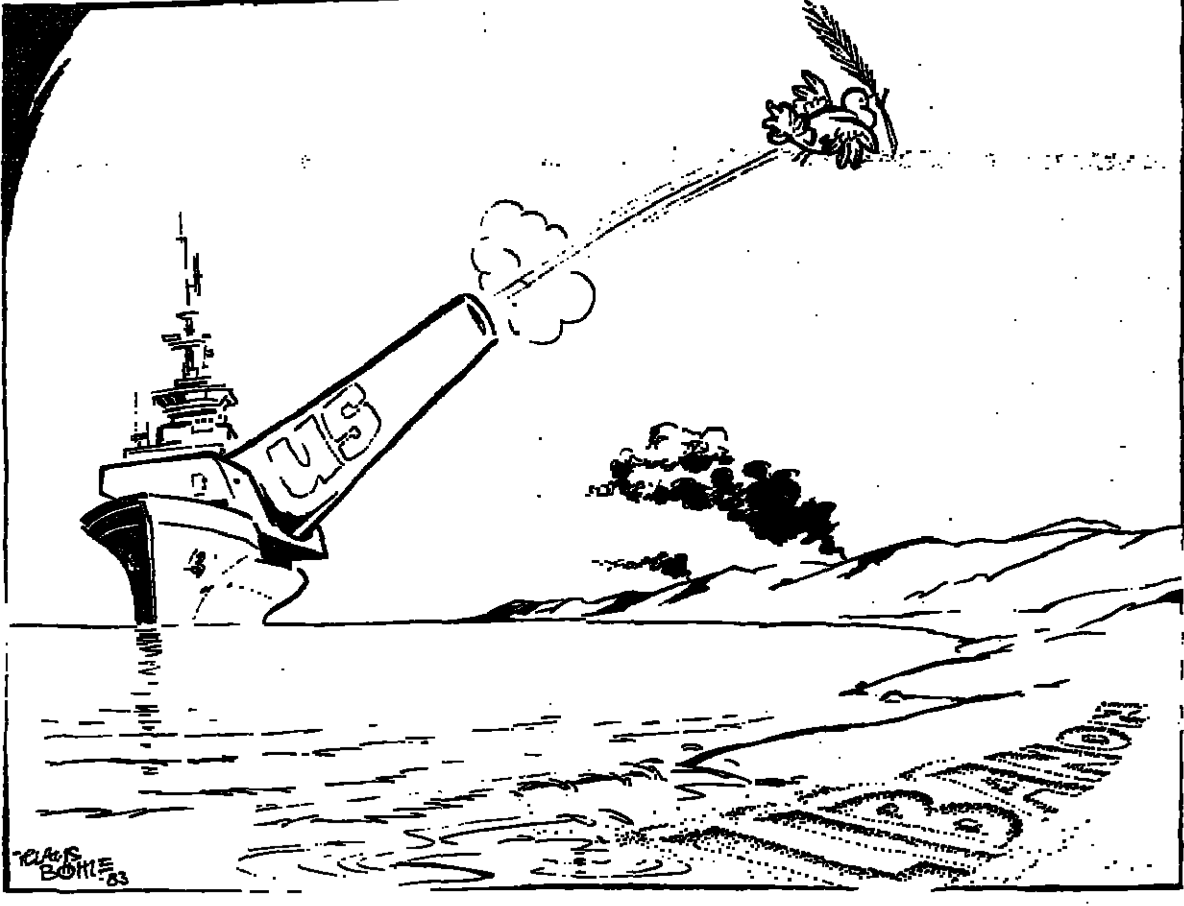
Viel Kasse ist nötig, damit den in arger Verschuldungsklemme steckenden Entwicklungsländern geholfen werden kann. Diese Finanzhilfe wird vor allem vom Internationalen Währungsfonds (IWF), aber auch von den internationalen Entwicklungsbanken und natürlich auch von den privaten Banken erwartet. Dabei ist der IWF am meisten gefordert.

Die Bundesbank fürchtet, daß er sogar überfordert wird, und das vor allem aus zwei Gründen. Einmal, weil allzu großzügige Hilfe die eigenen Sanierungsanstrengungen der Schuldner erlahmen lassen könnte. Zum anderen, weil einigen wenigen starken Ländern unverhältnismäßig große Hilfslasten aufgebürdet werden.

Vor der Jahrestagung des IWF und der Weltbank sind weltweit Bestrebungen unverkennbar, die internationale Zahlungskrise nach dem Motto „Geld heilt alles" zu überwinden. Doch ein immer neues Auftürmen von Schulden ist auf Dauer nicht tragbar, warnt die Bundesbank, und zwar nicht nur für die Schuldner selbst, sondern auch für die Geldgeber. Deswegen sollte der IWF sparsam mit seinen Mitteln umgehen.

Es gibt eine Reihe trickreicher Vorschläge, wie man den IWF finanziell stärker ausstatten könnte. Doch letztlich zählt nur die finanzielle Kraft der starken Länder, die hinter ihm stehen. Die Opfer, die sie dafür zu bringen haben, könnten zu groß werden, fürchten die Frankfurter Notenbankiers. So berechtigt ihre Bedenken auch sind: Wenn nicht alles täuscht, werden sie bei den internationalen Krisenmanagern nicht genügend Gehör finden. Zu groß ist die Furcht, es könnte mangels Kasse zu einem Crash kommen, der die ganze Weltwirtschaft in eine Krise stürzt.

Dies zu verhindern, ist natürlich die Aufgabe der internationalen Institutionen. Aber nicht ihre allein. Auch die privaten Banken und natürlich vor allem die Schuldnerländer selbst sind zu einem Beitrag aufgerufen. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Jetzt kommt es darauf an, den richtigen Verteilungsschlüssel für die Lastenübernahme zu finden. Angesichts der sich ausbreitenden Erwartung, der IWF werde dabei die Rolle des Oberpackesels übernehmen, ist das klare Wort der Bundesbank angebracht. Man kann den IWF auch zu schwer beladen.



Die Friedenstruppe

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Flugzeugträger Japan

Von Heinz Barth

Zu Beginn des Jahres hatte Yasuhiro Nakasone, wenige Wochen nachdem er japanischer Regierungschef geworden war, während seines Besuches in Washington die Welt und sein eigenes Land mit der Forderung aufgerüttelt, Japan müsse zu einem „unsinkbaren Flugzeugträger" gemacht werden. Mehr noch – es müsse sich in Schicksal-Verbundenheit mit den USA zu einem militärischen Faktor entwickeln, der stark genug ist, die Seewege und Meerengen um das fernöstliche Inselreich zu kontrollieren.

Starke Worte, die man seit 1945 noch nie aus dem Mund eines japanischen Premiers gehört hatte. Dennoch hielt sich die Überraschung in Grenzen, mit der die Japaner auf dieses Signal reagierten. Von Nakasone war seit jeher bekannt, daß er einen größeren Beitrag Japans zu seiner eigenen Sicherheit und der des nordöstlichen Pazifiks für eine Überlebensfrage hält. Die Entscheidung, vor die er die Japaner damit fast vier Jahrzehnte nach ihrer katastrophalen Niederlage zum ersten Mal stellt, hat historische Dimensionen. Es ist die höchst unbequeme Frage, ob die Mentalität der Nation präpariert ist, überfällige Konsequenzen aus dem parasitären Mißverhältnis zwischen ihrer enormen Wirtschaftskraft und der Enthaltsamkeit zu ziehen, mit der sie bisher den militärischen Keuschheitsgürtel trug.

Nakasone sah früher als andere, daß die Zeit des Umdenkens nahte. Die Brutalität, mit der die Sowjets den südkoreanischen Jumbo exekutierten, bewirkte einen Stimmungsumschwung der japanischen Öffentlichkeit, der sich schon vorher angedeutet hatte. Mit dieser Untat fügten die Sowjets nicht nur ihren Beziehungen zu Amerika irreparablen Schaden zu. Sie haben damit auch ein neues Verteidigungs-Konzept in Japan zur Diskussion gestellt. Der Preis, den Moskau im Fernen Osten für die Spionage-Hysterie zahlen muß, die zum Abschuß der Verkehrsmaschine führte, ist exorbitant.

Die japanische Presse, die bisher überwiegend für größere Unabhängigkeit von den USA eingetreten war, beginnt jetzt die Vorteile einer engen Partnerschaft mit Washington neu zu entdecken. Das Verbrechen von Sachalin stellt eine kaum noch zu widerlegende Rechtfertigung des sicherheitspolitischen Kurses dar, den Nakasone seit bald einem Jahr verfolgt.

Alarmiert von der Massierung sowjetischer Mittelstrecken-Raketen in der Baikal-Region, die neben Rotchina und Südkorea auch sie bedrohen, entwickeln die Japaner neuerdings Verständnis für den Plan Nakasones, einen Konsultations-Mechanismus mit der NATO zu schaffen, der das Inselreich, sollten die französischen Widerstände zu überwinden sein, in das strategische Konzept des Westens einbeziehen würde. Mit der Boeing 747 sind manche Tabus in den Pazifik versunken. Das Tabu unter anderem, daß Japans Verteidigungsausgaben ein Prozent des Brutto-Sozialproduktes keinesfalls überschreiten dürfen.

Zwar ist Artikel 9 der von den Amerikanern inspirierten Verfassung, mit dem Japan grundsätzlich auf Streitkräfte und jede Art von Kriegführung verzichtet, noch in Kraft. Aber der Nachweis, daß der Artikel auslegungsfähig ist, wurde längst erbracht. Es waren die Amerikaner, die nach dem Korea-Krieg darauf drängten, die Verfassung so zu interpretieren, daß zu ihr Selbstverteidigungskräfte ohne Offensivwaffen nicht unbedingt in Widerspruch stehen. Ein Präzedenzfall für die Wiederaufrüstung, die Nakasone anstrebt, existiert also – wenn auch in reduziertem Umfang – schon seit 1959. Was bisher eine Remilitarisierung blockierte, war das Schockerlebnis des einzigen Volkes, das den Schrecken des Atomkrieges am eigenen Leib erfahren hat.



Erkannte, daß es Zeit zum Umdenken ist: Japans Premier Nakasone FOTO: AP

Manches deutet darauf hin, daß die Ereignisse der letzten Monate einen Prozeß der Umorientierung eingeleitet haben. Es war nicht die Ungeduld Washingtons, die ihn in Gang brachte. Es war der sowjetische Vorschlag in Genf, den Teil der SS-20-Raketen, deren Stationierung in Europa für die NATO unannehmbar ist, hinter den Ural zu verlegen. Damit ging den Japanern ein Licht auf, daß die Bundesrepublik und ihre Nachbarn nicht die einzigen sind, die unter dem Druck des Sowjet-Expansionismus erpreßbar werden sollen. Die Sorge, daß Moskau ähnliche Ziele gegen das immense Industrie-Potential Japans verfolgt, liegt nahe. Das heißt: Es geht in Genf nicht nur um ein eurozentrisches Sicherheitsproblem – es geht auch um Japans Sicherheit.

Wohl hat sich Juri Andropow inzwischen beeilt, den kapitalen Fehler der sowjetischen Fernost-Diplomatie soweit wie möglich zu korrigieren. Einige der überzähligen Raketen sollen nicht nach Sibirien verlegt, sondern angeblich verschrottet werden. Aber der Schaden ist nun einmal angerichtet. Er dürfte länger nachwirken als das Jumbo-Verbrechen. In diesem veränderten Klima ist nicht auszuschließen, daß der japanische Premier den Wunsch Reagans durchsetzen kann, in einem Radius von 1600 km um das Inselreich die Verteidigung des Pazifiks gemeinsam mit der US-Navy zu übernehmen. Fast vierzig Jahre hat Japan sich von Amerika verteidigen lassen. Noch lange wird der Hiroshima-Pazifismus Emotionen freisetzen. Doch auf die Dauer wiegen die machtpolitischen Tatsachen schwerer als alle Emotionen, so begreiflich sie sein mögen.

IM GESPRÄCH Manuel Noriega

Wer die Nationalgarde hat . . .

Von Günter Friedländer

Im Frühjahr übernimmt ein neuer Mann das Kommando über die Nationalgarde Panamas: Oberst Manuel Antonio Noriega (45). Er hält damit die auch nach Ansicht der Panamaer einzige wirkliche politische Kraft der kleinen Republik in Händen. Sie hat Torrijos an die Macht gebracht, und General Ruben Dario Paredes, den Noriega als Kommandant der Garde ablöst, will 1984 Panamas Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Zwar soll die jüngste Verfassungsreform den Einfluß der Nationalgarde eindämmen, aber pragmatische Panamaer meinen, das werde wenig an der Tatsache ändern, daß in Lateinamerika das Heer eine überragende Stellung im Leben der Nationen einzunehmen pflegt.

Noriega gilt für die meisten seiner Landsleute als ein rätselhafter Mann. Mit Recht: Seine Spezialität ist die Abteilung G-2: Spionageabwehr, und der Kampf gegen Rauschgiftschmuggler und gegen die Guerrilla, die oft eng miteinander verbunden sind. Zu den Offiziersschulen, die er besuchte, zählen Chorrillo (Peru), Fort Sherman und Fort Bragg (USA). Spezialkurse in der Bekämpfung des Drogenschmuggels absolvierte er in Kolumbien, Schweden und Peru. Er ist weit gereist und hat ein eindrucksvolles Dienstblatt.

Dieser Berufssoldat hat nach der Ansicht seiner Landsleute keine politischen Ambitionen. Einige bezweifeln das allerdings: Seit dem vergangenen 14. Dezember, als er zum Chef des Generalstabs avancierte, begünstigten Beförderungen zu oft seine Freunde.

In den politischen Parteien fragt man sich, ob Noriega bei den Präsidentschaftswahlen des kommenden



Einblick in viele Dossiers: Oberst Noriega FOTO: AP

Jahres den Einfluß der Nationalgarde zugunsten des General Paredes ins Spiel bringen wird. Noriega hat 21 Dienstjahre in der Garde hinter sich, aus der er laut Gesetz bei der Vollendung des 26. Dienstjahres ausscheiden muß. Er mag politisch interessierter sein als er sich anmerken läßt, und die verbleibende Dienstzeit ist gerade richtig, um dann selbst – abermals als Nachfolger Paredes' –, ein Kandidat bei den übernächsten Präsidentschaftswahlen zu werden.

Panamas Politiker beunruhigt nicht so sehr Noriegas rätselhafter Charakter wie die Tatsache, daß seine Rolle im Geheimdienst und der Abwehr des Rauschgiftschmuggels ihm Einblick in die Geheimnisse vieler Landsleute gewährt hat, die sich ihm irgendwann in den Weg stellen könnten. Das mache ihn zu einem panamaischen Fouché. Und wo hätte man je einen mächtigen Mann gesehen, der von seiner Macht keinen Gebrauch machen wollte?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt merkt zu Geißler an:

Die CDU würde sich einen Gefallen erweisen, wenn sie ihrem Generalsekretär Geißler ein vorübergehendes Redeverbot auferlegte. Denn sein Bedürfnis, berechtigte Polemik in unqualifizierte Demagogie umzumünzen, ist offenbar so unstillbar, daß der damit am meisten seiner eigenen Partei schadet . . . . Es ist einfach dümmlich . . . seine Zuflucht zur moralischen oder politischen Diskreditierung des Andersdenkenden zu nehmen, statt darzutun, wo dessen Position falsch ist. Wer indes glaubt, auf diesem Niveau argumentieren zu müssen, der sollte wenigstens so konsequent sein und das Gerede vom mündigen Bürger aus seinem Wortschatz verbannen.

YA

Die katholisch-konservative Madrider Zeitung streicht die Rolle Genschers im Ost-West-Dialog heraus:

Der deutsche Minister unternimmt eine titanische Anstrengung, um den Dialog zwischen den Supermächten zu fördern und eine Eskalation der Euroraketen zu verhindern. Sollte es in Genf zu einer Übereinkunft kommen, die die Nichtstationierung der amerikanischen Pershing und den teilweisen Abbau der SS 20 erlauben sollte, dann hätte man Genscher und nicht einem amerikanischen oder russischen Politiker den Friedensnobelpreis zu geben.

SAARBRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über Gromykos UNO-Absage:

Es geht um die schwache Position der Sowjetunion im UN-Plenum selbst. Gromyko meidet die UN-Sitzung, weil er dort diesmal schwere Abstimmungsniederlagen klar voraussehen und kein Interesse haben kann, das außenpolitische Fiasko durch seine persönliche Anwesenheit zu bebildern. Zumal der Antrag auf eine Ächtung der Rüstung im Kosmos, den die Sowjetregierung nach einer Empfehlung von Parteichef Andropow auf die Tagesordnung setzen ließ, könnte diesmal unter dem Eindruck der erbarmungslosen Menschenverachtung über Sachalin bei Stimmenthaltung vieler sonstiger sowjetischer UN-Kombattanten aus der Dritten Welt durchfallen.

DIE PRESSE

Das in Wien erscheinende Blatt kommentiert die Bombardierung pakistanischer Dörfer durch die Sowjets:

Wer erinnert sich noch an die amerikanischen Flächenbombardements auf Stützpunkte der Guerrillas im damals noch neutralen Kambodscha und die weltweiten Proteste dagegen? Gestern, Sonntag, drangen sieben sowjetische MiG-21 in den pakistanischen Luftraum ein und bombardierten Dörfer im Kurram-Tal, die islamischen Rebellen als Stützpunkte dienen. Im Krieg um Afghanistan, Moskaus Vietnam, folgen die Sowjets einer barbarischen Supermachtslogik, die geographische Grenzen ebenso mißachtet wie solche der Ethik und der Humanität. „Luftzwischenfälle" dieser Art hat es seit der Machtübernahme Karmals in Kabul und seit der Invasion Afghanistans durch mehr als 100 000 Sowjetsoldaten öfters gegeben. Dennoch, der schmutzige Kolonialkrieg der Sowjetunion bleibt von der Weltöffentlichkeit fast unbeachtet. Millionen, die einst gegen die US-Intervention in Indochina aufgetreten waren, starren heute wie gebannt auf den Genfer Raketenpoker und „vergessen", daß der Krieg bereits stattfindet.

Die Zeit zum Handeln, nicht die Zeit zum Streiten

Das Engagement in Libanon konfrontiert Reagan mit einem Verfassungsproblem / Von Thomas Kielinger

Als hätte sie nicht genug mit der Aufgabe, eine Lösung für den täglich unlösbarer erscheinenden Libanon-Konflikt zu finden, sieht sich die Reagan-Administration jetzt in der gleichen Frage in einen internen Streit mit dem Kongreß verwickelt – obwohl dieser mit überwältigender Mehrheit hinter der fortdauernden amerikanischen Militärpräsenz in Libanon steht. Der Streit geht um die Auslegung der Verfassung, speziell um die Anwendbarkeit eines Gesetzes aus dem Jahre 1973, das dem Kongreß eine bis dahin nicht vorhandene Gewalt über die Ausübung der amerikanischen Außenpolitik zuspricht: die Gewalt, Kriege zu führen und Kriege zu beenden.

Die amerikanische Verfassung spricht sich über diese zentrale Frage amerikanischer Macht leider – wie in vielen anderen Fällen auch – höchst zweideutig aus. Artikel 1, Absatz 8 dieser Verfassung besagt: „Der Kongreß soll die Macht haben, ... Krieg zu erklären ... Armeen aufzustellen und zu unterhalten ... und alle Gesetze zu erlassen, die der Ausführung der obigen Befugnisse dienen." Dagegen stellt Artikel 2, Absatz 2 fest: „Der Präsident soll Oberkommandierender der Armee und der Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten sein."

Historisch hat es nie einen Zweifel gegeben, daß die Exekutive das unbestreitbare Vorrecht zum Befehl über den Einsatz amerikanischen Militärs besitzt. Vom Unabhängigkeitskrieg bis zum Korea-Krieg und dem Konflikt in Vietnam handelten die Präsidenten nach Maßgabe der Verteidigungspolitik, die sie für richtig hielten und zu verantworten hatten. Der Kongreß war an den jeweiligen militärischen Verwicklungen nur beteiligt, indem er sie entweder nachträglich sanktionierte oder sie, wie verfassungsmäßig beauftragt, Schritt für Schritt finanzierte.

Diese Auslegung der Verfassung hat sich seit dem Ende des Vietnam-Krieges und dem Zusammenbruch der exekutiven Hoheit unter Präsident Nixon drastisch gewandelt. Im „War Powers Act" vom November 1973, dem Gesetz über das Führen von Kriegen, legte der Kongreß penibel fest, unter welchen Konditionen amerikanisches Militär „in Feindseligkeiten oder Situationen, in denen deutlich ist, daß Feindseligkeiten unmittelbar bevorstehen", eingesetzt werden darf. Erste Auflage ist, daß der Präsident binnen 48 Stunden nach Entsenden amerikanischen Militärs in solche beschriebenen Situationen dem Kongreß Bericht erstatten, daß er „den vorgesehenen Umfang und die vermutliche Dauer des US-Engagements" erklären muß, daß aber der Einsatz maximal nicht länger als 90 Tage dauern darf, es sei denn, beide Häuser des Kongresses geben dazu ausdrücklich die Bewilligung.

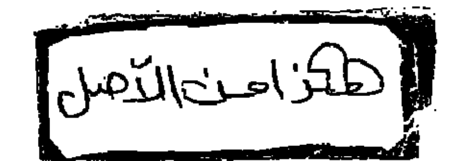
Generell legte sich der Kongreß im „War Powers Act" von 1973 die Macht zu, jede amerikanische militärische Involvierung in Übersee durch legislatives Veto in beiden Häusern einfach zu beenden. Die Verfassungskonformität dieses letzten Punktes wurde freilich im Juni dieses Jahres durch den Obersten Bundesgerichtshof in Zweifel gezogen.

Doch unabhängig davon, ob die im „War Powers Act" ausgestellte Veto-Vollmacht des Kongresses verfassungswidrig ist oder nicht: Das Gesetz verlangt eine Mitsprache des Kongresses bei amerikanischen militärischen Einsätzen in Übersee; diese Mitsprache geht so weit, daß die Legislative allein durch Untätigkeit – die Weigerung, den Einsatz zu finanzieren – militärische Aktionen der USA in Übersee nach 90 Tagen zu Ende bringen kann.

Kein Wunder, daß die Präsidenten Ford, Carter und Reagan dieser Gesetzgebung zwar verbal Tribut bezeugt, sie aber in der Praxis nie anerkannt haben. Die amerikanische Exekutive will und kann sich nicht solche Einschränkungen ihres außenpolitischen Prärogativs bieten lassen. Ronald Reagan umging die Bestimmungen des „War Powers Act" bisher mit dem Argument, die US-Marines in Libanon seien gar nicht zum Zwecke von „Feindseligkeiten" dort, sondern nur in einer Rolle des Friedenstifters. Der Kongreß müsse also gar nicht eingeschaltet werden.

Diese Spitzfindigkeit wird freilich mit jedem Tag der Kämpfe in Libanon hohler, und so rückt der Tag heran, an dem der Präsident entweder das Mitspracherecht des Kongresses anerkennen oder dieses Recht offen herausfordern, das heißt leugnen muß. Die eine wie die andere Option ist ihm ein Greuel. Er möchte die Legislative weder aufwerten noch ihr vor den Kopf stoßen. Dahinter steht auch die taktische Überlegung, daß jede zeitliche Begrenzung des Einsatzes der Marines in Libanon – eine Begrenzung, wie das Gesetz sie verlangt – der Gegenseite (hier den Syrern) die fabelhafte Gelegenheit gäbe, nur den Tag des amerikanischen Rückzugs abzuwarten, um dann voll in Libanon zuzuschlagen.

Der US-Kongreß muß sich daher überlegen, ob es das Interesse der USA fördert, die Exekutive derart an die Leine zu legen, und das in einem Konflikt, dessen politische Schlußfolgerungen zwischen den streitenden Parteien gar nicht strittig sind. Die Erinnerung an Vietnam, das Gefühl, vom Weißen Haus in einen Krieg geführt worden zu sein, den man nicht wollte, mag tief sitzen. Aber jeder Vergleich muß der Beurteilung einer neuen Lage unterworfen werden. Es leistet der amerikanischen Außenpolitik keinen Dienst, wenn die US-Gesetzgeber, obwohl politisch mit dem Präsidenten einer Meinung, diese Vorteile der Einigkeit nach außen im Kampf um die interne Hackordnung wieder aufs Spiel setzen.





Das rätselhafte Schicksal eines brisanten Buches

Der Amerikaner Victor Herman lebte 45 Jahre lang in der Sowjetunion und erlebte dort die Schrecken des GULag. Als er nach Amerika zurückkehrte, beschrieb er seine Erlebnisse. Sein Buch fand großes Interesse, wurde verfilmt. Doch dann brach sein Verlag mit ihm – und brachte ein Buch von Breschnew heraus.

Von ERNST HAUBROCK

Als kürzlich der sowjetische Generalstabschef Nikolai Orgakow in Moskau vor westlichen Journalisten versuchte, den Abschuß des koreanischen Jumbos und den Tod von 269 Unschuldigen zu rechtfertigen, saß in Southfield im US-Staat Michigan der 68jährige Amerikaner Victor Herman vor dem Fernsehgerät und verfolgte den in der Geschichte der Sowjetunion bisher einzigartigen Vorgang mit bitterem Lächeln.

Victor Herman gehört zur Handvoll Überlebender der stalinistischen Terror- und Säuberungswellen, in deren Verlauf über 20 Millionen Menschen systematisch getötet wurden. Er verbrachte 45 Jahre seines Lebens in der Sowjetunion, zehn davon in Vernichtungs- und Zwangsarbeitslagern.

Herman war 16 Jahre alt, als er mit seiner Familie und 300 Landsleuten von den Ford-Werken in Detroit nach Gorki geschickt wurde, um dort im Auftrag der Sowjetregierung eine Automobilfabrik aufzubauen. Der junge Mann entwickelte sich zu einem Flieger-As und Weltrekord-Fallschirmspringer und wurde von der Sowjetpresse gefeiert. Doch 1938 wurde er ohne ersichtlichen Grund, ohne Anklage verhaftet. Zu beschreiben, was er danach an Unmenschlichkeit und Willkür erlitt und mitansah, sträubt sich fast die Feder. Bevor er endlich 1976 als einziger der 300 von Detroit seine Heimat wiedersah, warnte ihn beim letzten Verhör ein Offizier der Geheimpolizei KGB: „Wenn Sie nach Amerika kommen, wird sich niemand für Ihr Leben in der Sowjetunion interessieren. Wenn Sie ein Buch schreiben, können wir dafür sorgen, daß Sie keinen Verleger finden."

Heute fragt sich Victor Herman, ob er der prahlerischen Drohung, die er damals als Einschüchterungsversuch abtat, nicht doch mehr Bedeutung hätte beimessen sollen. Er fragt sich, ob der lange Arm des KGB vielleicht bis in einen angesehenen großen Buchverlag der USA reicht, um dort verlegerische Entscheidungen zu beeinflussen.

In der Automobilstadt Detroit herrschten Arbeitslosigkeit und tiefste wirtschaftliche Depression, als Samuel Herman, Victors Vater, sich von der sowjetischen Vertretung bei den Ford-Werken für das Projekt in Gorki anheuern ließ. Der gebürtige Russe aus jüdischer Familie war unter dem Zaren als Marxist und Arbeiterführer verfolgt worden und vor dem Ersten Weltkrieg in die Vereinigten Staaten ausgewandert. Dort trat der versierte Mechaniker in die Kommunistische Partei Amerikas ein. Das von Henry Ford und den Sowjets ausgehandelte Projekt in Gorki schien ihm die Verwirklichung eines Traumes. Mit seiner Frau und den drei jüngeren Kindern reiste er im Winter 1931 per Schiff nach Rußland. Den 300 US-Bürgern wurde weitab von der Stadt Gorki ein armseliger Hüttenkomplex zugewiesen, der fortan offiziell das amerikanische Dorf hieß.

Als die ersten noch aus in Amerika produzierten Teilen montierten Ford-Lastwagen fertig waren, befahl Stalin zu Propagandazwecken ihre Fahrt nach Moskau. Der inzwischen 18jährige Victor Herman, der im offiziellen Wehrsport durch herausragende Leistungen im Boxen, in der Leichtathletik und beim Schießen aufgefallen war, wurde als einer der Fahrer ausgewählt. Beim Empfang im Kreml fand ein General der Roten Armee, der später der stalinistischen Säuberung zum Opfer fiel, an dem frischen, jungen Amerikaner Gefallen und veranlaßte, daß er in die Flieger-Kadettenschule aufgenommen wurde.

In den nächsten Jahren entwickelte sich Victor zum besten Flieger der Schule. Er brach den Weltrekord im Höhen-Fallschirmspringen, er flog als Pilot von in Deutschland gekauften sowjetischen Passagiermaschinen nach Königsberg und Berlin, wurde von der Sowjetpresse als „russischer Lindberg" bejubelt und war als Pilot für den ersten sowjetischen Flug nach Amerika vorgesehen, als seine Fliegerkarriere plötzlich zu Ende ging. Er hatte die als hohe Auszeichnung gedachte Aufnahme in die Kommunistische Partei und seine Registrierung als Sowjetbürger dankend abgelehnt, weil er Amerikaner bleiben wollte. Als Arbeitsloser mußte er zurückkehren in das amerikanische Dorf. Die Mutter war inzwischen gestorben.

Unvermittelt wurde Victor Herman verhaftet. Tagelange Verhöre und Folterungen durch sadistische Vernehmer, die mit erpreßten Schuldgeständnissen Karriere machten. Halbtot geprügelt und mehrfach bis zur Bewußtlosigkeit gequält, unterschrieb Herman mit blutverklebten Augen schließlich ein Schriftstück, in dem, wie der Vernehmer sagte, der Beschuldigte gestand, das Ergebnis eines Baseballspiels zwischen Jugend-Mannschaften des amerikanischen Dorfes und von Gorki an einen Konkurrenz-Club verraten zu haben. Das Spiel hatte nie stattgefunden. Für „politische Verbrechen" wurde Herman ohne Gerichtsverhandlung zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Hungerrationen und meterhoher Schnee

Im Lager für „politische Verbrecher" jenseits des Urals wurde mit Weisung von oben systematisch die physische Vernichtung der Insassen betrieben. Unerfüllbare Arbeitsnormen bei Hungerrationen, meterhohem Schnee, Minustemperaturen bis 50 Grad und dünner Lumpenbekleidung. Victor Herman überlebte, weil er eine bärenhafte Konstitution hatte und vom Willen beseelt war, nicht zu sterben.

Hermans Hoffnung, nach zehn Jahren die Freiheit zu erlangen, trog. Ohne Erklärung wurde er 1948 nach Krasnojarsk in Zentralsibirien verfrachtet. Er durfte die Stadt nicht verlassen und mußte ständig der Geheimpolizei zur Vernehmung zur Verfügung stehen.

Trotz allem: Herman hatte Glück. In Krasnojarsk stieß er auf einen Vernehmer der Geheimpolizei, der aus Hermans Papieren ersah, daß der Verbannte sowjetischer Boxmeister im Weltergewicht gewesen war, und heuerte ihn als Trainer des Boxclubs der örtlichen Polizei an. In einer Sporthalle lernte Herman die Gymnastiklehrerin Galina kennen. Die beiden wurden ein Paar, aber eine Eheschließung mit der Russin wurde ihm verboten, auch als die beiden wußten, daß sie ein Kind haben würden. In der Nacht, nachdem Galina ihm gesagt hatte, daß sie schwanger war, wurde der erfolgreiche Boxtrainer verhaftet und wegen Verstoßes gegen die Regeln in das sibirische Dorf Jeniseiks verbannt.



Ein neues Leben in Detroit: Victor Herman mit Tochter Janna, seiner Frau Galina und Tochter Svetlana FOTO: RON LAYTNER

Es war Mitte Dezember 1952. Ein Lastwagen des NKWD fuhr mit ihm die halbe Nacht nach Norden bis ans Ende der befestigten Straße, wo Herman den Befehl erhielt, den Rest des Weges, etwa 60 Kilometer, bis zu seinem Verbannungsort zu Fuß zu gehen, bei hüfthohem Schnee und 40 Grad Kälte. Dort habe er sich bei der NKWD-Dienststelle zu melden. Der inzwischen 37jährige Amerikaner schaffte das Unmögliche. In Jeniseiks hackte er sich aus dem vereisten Schnee eine Höhle als Unterkunft. Die Tochter Svetlana war zehn Monate alt, als Galina mit dem Kind auf dem Arm ihren Gefährten fand und mit ihm in die Höhle im Eis einzog.

Nach zwei Jahren durfte Herman nach Krasnojarsk zurückkommen, wo er wieder Boxtrainer beim Polizeiclub wurde, als ob nichts gewesen wäre. 1956 erhielt er ein offizielles Schreiben, worin erklärt wurde, er sei zu Unrecht beschuldigt worden und nunmehr wieder ein unbescholtener Bürger. 1968 wurde ihm das Privileg zugestanden, sich frei in der Sowjetunion bewegen zu dürfen. Er erhielt einen Orden, eine Rente von 100 Rubeln monatlich und durfte als Englischlehrer arbeiten. Das ehrende Angebot, in die Partei einzutreten, lehnte er wie schon 30 Jahre zuvor dankend ab.

Es dauerte acht weitere Jahre des Kampfes gegen die Schikanen der staatlichen Bürokratie, er mußte noch eine schwere Herzkrankheit und einen Schlaganfall überstehen, bis Herman ausreisen durfte, in der US-Botschaft in Moskau einen amerikanischen Paß ausgehändigt bekam und nach New York fliegen konnte. Nach 45 Jahren kehrte Victor Herman allein in seine Heimat zurück und ließ sich in Detroit nieder, wo er Kindheit und frühe Jugend verbracht hatte. Im Mai 1977, 15 Monate später, durften die Töchter dem Vater nachreisen, und nach einem weiteren Jahr kamen auch Frau Galina und deren Mutter.

Herman hatte sich sowjetischer Druckmethoden bedient, um die Ausreisegenehmigung für seine Angehörigen zu erzwingen. Er hatte die Behörden in Moskau wissen lassen, er werde bei einer Verweigerung seine sowjetischen Erlebnisse als Buch veröffentlichen. In Wirklichkeit war das auf jeden Fall seine Absicht. Sein Manuskript war fertig, bevor Galina in Amerika eintraf. Er wählte den Titel „Coming out of the Ice".

Als das Erscheinen des Buches angekündigt wurde, erhielt Victor Herman zwei Anrufe in russischer Sprache. Der erste kam von einem anonymen KGB-Agenten und bestand aus Drohungen. Der zweite Anruf kam von Victor Zorin, Chefkommentator des sowjetischen Staatsfernsehens, ein weltgewandter Mann. Zorin versuchte vergeblich, Herman davon zu überzeugen, daß der stalinistische Terror für immer der Vergangenheit angehören werde und daß sich seit der Übersiedlung des guten Freundes Victor Herman nach Amerika in der UdSSR alles zum Besseren gewandelt habe.

Einer der größten amerikanischen Verlage, Harcourt Brace Jovanovich, brachte das Buch 1979 auf den Markt. Die Kritiken waren überschwenglich in ihrem Lob.

Aus dem ganzen Land baten Buchhändler um Hermans Besuch. Bis zu 15mal am Tag trat er in Fernseh- und Hörfunkinterviews auf. Universitäten bemühten sich um ihn als Vortragsredner.

Aber dann geschah etwas, das Victor Herman zuerst nicht begriff. „Buchhändler beklagten sich bei mir, sie könnten keine Nachschubexemplare vom Verlag bekommen. Einer sagte, er sei aus New York aufgefordert worden, alle noch vorhandenen Exemplare von ‚Coming out of the Ice' zurückzuschicken. Als ich beim Verlag persönlich vorstellig wurde, hatte niemand für mich Zeit. Man ließ mich stundenlang warten, und ich wurde wie eine Unperson behandelt. Als ich in einem großen Geschäft in Washington, ohne mich als Autor zu erkennen zu geben, nach meinem Buch fragte, führte mich ein Verkäufer zu einem Regal, wo er es nicht fand, statt dessen aber die gesammelten Reden und Erklärungen von Leonid Breschnew."

Im neuen Programm-Katalog des Verlages fand Herman das Breschnew-Buch an der Stelle, wo er die Ankündigung einer Neuauflage seines Buches erwartet hatte. Von Harcourt Brace Jovanovich bekam er einen knappen Brief: „Wir entbinden Sie von allen Verpflichtungen als Autor." Auch als Hermans Buch von der Fernsehgesellschaft CBS verfilmt und landesweit mit hohen Einschaltquoten ausgestrahlt wurde, fragten Interessenten vergeblich nach dem Buch.

„Warum wurde mein Buch unterdrückt?"

Mittlerweile macht er sich aus der merkwürdigen Sache auch einen Reim: „Warum wurde mein Buch unterdrückt, während der Verlag das einschläfernd langweilige Propagandageschwafel von Breschnew herausbrachte? Da muß doch ein Zusammenhang bestehen. Ich kann es mir nur so erklären, daß damals das Breschnew-Buch von der Sowjetunion für eine hohe Summe in Auftrag gegeben wurde und daß dem Verlag vor Vertragsabschluß mehr oder weniger diskret zu verstehen gegeben wurde, ein Verschwinden des Herman-Buches sei wünschenswert. Ich habe dafür keinerlei Beweise. Aber anders macht das Ganze keinen Sinn."

In einem Telefoninterview bestritt William Jovanovich, der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens Harcourt Brace Jovanovich, gegenüber der WELT jeden Zusammenhang, bezeichnete die Darstellungen Hermans als Lügen und als typisches Verhalten eines enttäuschten Autors. Jovanovich weiter: „Er (Herman) muß paranoid sein, er muß verrückt sein. Hören Sie, ich habe Andrej Amalrik, ich habe Eugenia Ginsberg, George Conrad, Milovan Djilas gedruckt. Man kennt mich als Verleger osteuropäischer Dissidenten. Was zum Teufel soll das?"

Auf die Entgegnung, Victor Herman vermute, daß der Verlag vom KGB als Werkzeug benutzt werde, antwortet Jovanovich: „Das ist eine Verleumdung. Wenn er das öffentlich sagt, werde ich ihn verklagen. Und ich möchte Ihnen raten, vorsichtig zu sein. Ich kann auch Sie verklagen."

Alle Fragen über das Zustandekommen des Breschnew-Buches, nach den Motiven und Hintergründen dieser Veröffentlichung, lehnte der Verleger entschieden ab: „Das geht Sie absolut nichts an." (SAD)

Nachhilfeunterricht für das Abenteuer Demokratie

Das Arbeitsgebiet der Parteistiftungen liegt in der Dritten Welt. Doch es gibt eine Ausnahme: die Iberische Halbinsel. Dort geben sie den jungen Parteien „Nachhilfeunterricht" für praktische Demokratie.

Von PETER SCHMALZ

Touristen verirren sich selten über die kurvige Bergstraße hinaus zu dem weißgetünchten Haus, von dessen Terrasse bei klarer Sicht Gibraltar und Afrika schemenhaft zu erkennen sind. Die betuchten Urlauber bleiben drunten am schattigen Strandhain von Marbella, die weniger begüterten füllen östlich davon die Betonsilos von Fuengirola und Torremolinos. So ahnen sie nichts von der deutschen Flagge, die nur wenige Kilometer landeinwärts in der steifen Brise weht, zusammen mit der rot-gelb-roten Flagge Spaniens und der grün-weiß-grünen der autonomen Provinz Andalusien.

Doch drei Fahnen über dem Hauseingang sind dem bayerischen Sozialminister Fritz Pirkl zu wenig. „Da muß eine vierte her!", bestimmte er, kaum daß er dem Bus entstiegen ist, der ihn vom Flugplatz bei Malaga abgeholt hat. Und so wird demnächst auch das bayerische Weiß-Blau in Spaniens südlicher Sonne wehen. Denn das Wort des Ministers aus München gilt in dem kleinen Bergdorf Ojen als Befehl, ist Fritz Pirkl doch Vorsitzender der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung und diese wiederum Besitzer des weißen Hauses, dessen Aktivitäten auf der Iberischen Halbinsel mit Hochachtung beobachtet werden. „Spanien hat eine schwierige Geschichte hinter sich, weshalb für uns die Hilfe, die uns Deutschland anbietet, wichtig ist", urteilt der spanische Oppositionsführer Manuel Fraga Iribarne. „Die Kurse der Hanns-Seidel-Stiftung sind dabei ein wesentlicher Beitrag zur Bildung unserer demokratischen Kultur."

Hier aber ist Spanien in der Tat ein Entwicklungsland – wie spanische Gesprächspartner unumwunden zugeben – und erfüllt damit die Voraussetzungen für die Stiftungen deutscher Parteien, sich neben ihrer über das Auswärtige Amt koordinierten Arbeit in der Dritten Welt auch an der europäischen Südwestflanke zu betätigen. Der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wird sogar direkte Einflußnahme auf die Entwicklung der Politik in Madrid unterstellt, indem sie Regierungschef Felipe Gonzalez und seine regierende Sozialistische Arbeiter-Partei PSOE zum Eindämmen des marxistischen Einflusses in den eigenen Reihen veranlaßt und dabei erhebliche Geldbeträge als wirksames Druckmittel eingesetzt haben soll.

Ob der demokratische Entwicklungsprozeß erfolgreich fortgeführt werden kann, steht noch in den Sternen – und deren Konstellation scheint augenblicklich für Spanien nicht günstig. Der ideologische Machtkampf in den Reihen der Sozialisten wird erst erwartet, und ob die rechtskonservative Alianza Popular die Einheit im bürgerlichen Lager sichern und unter Fragas Führung *bis zu den nächsten Wahlen in drei* Jahren einen deutlichen Zugewinn an Stimmen kassieren wird, wagt heute noch niemand vorherzusagen.

Die Demokratie bedeutet für Spaniens Politiker ein Abenteuer, in das sie sich mit einer buntgewürfelten Mannschaft stürzen mußten, ohne auf eine sichere Verankerung im Volk bauen zu können. Die Zahl der Parteimitglieder ist gering, die Zahl der neuen Mandatsträger auf Landes-, Regional- und Kommunalebene dagegen enorm hoch. „Da wurden Leute in die Parlamente geschickt, deren Unterschrift auf dem Mitgliedsausweis noch feucht war und über deren Herkunft die Parteien nichts ahnten", berichtet Rainer Glagow, Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Madrid.

„Wir mußten nach Franco an einem Nullpunkt beginnen, für den es in Ihrer jüngeren Geschichte keinen Vergleich gibt. Ihr Tausendjähriges Reich dauerte schließlich nur zwölf Jahre"; ein spanischer Parlamentsabgeordneter schildert die iberische Situation am Beispiel der Alianza Popular in wenigen Zahlen: Die Volksallianz hatte vor den Oktoberwahlen 30 000 Mitglieder, allein 25 000 waren für die reine Wahlarbeit erforderlich, bis zu den Kommunalwahlen im Frühjahr mußten 21 000 Mandatsträger in die verschiedenen Parlamente entsandt werden. Walter Lewalter, Gesandter an der deutschen Botschaft in Madrid: „Die Parteien sind leergefegt, da muß nun nachgeschoben werden."

Die Mitgliederzahl steigt zwar stetig, doch das Wissen, wie Demokratie im täglichen Leben realisiert wird, weist noch beträchtliche Lücken auf. Pirkl: „Hier setzen wir mit unserer Arbeit an." Die Kurse der Friedrich-Ebert- und Hanns-Seidel-Stiftung ähneln sich weitgehend, die einen schulen die Sozialisten, die anderen die Bürgerlichen. Im andalusischen Ojen lernen Kommunalpolitiker das kleine Einmaleins der Stadtpolitik.

Vor den Kommunal- und Regionalwahlen im Frühjahr wurden Kurse abgehalten wie „Funktion und Führung von Rathäusern", nach den Wahlen büffelten 74 Bürgermeister und Regionalabgeordnete „Das neue Arbeitsrecht", andere studierten „Die Probleme der Urbanisierung", die dritten paukten das „Öffentliche Gesundheitswesen". Die Seminare werden zu 70 Prozent von der Stiftung finanziert, 30 Prozent zahlt der spanische Partner, die Fundación Canovas del Castillo, die Stiftung der Alianza Popular.

Der Ausflug nach Spanien (wie auch das gleichzeitig laufende Engagement in Portugal) wird für die deutschen Stiftungen an dem Tag beendet sein, an dem die beiden Länder der Iberischen Halbinsel Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Bis dahin begegnen sich deutsche Christsoziale und Sozialdemokraten auf spanischem Boden mit beachtlicher Hochachtung. Dieter Koniecki, Projektleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, ließ es sich nicht nehmen, zum Handschlag mit Fritz Pirkl eigens herbeizueilen. Und über die Parteiengrenzen hinweg weiß man sich im internen Konkurrenzkampf auch einig in einer kleinen Schadenfreude über eine andere deutsche Stiftung: Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hatte auf die bisherige christdemokratische Regierungspartei UCD gesetzt, die sich nach den Oktoberwahlen auflöste. CSU-Mann Glagow schmunzelt: „Das Pferd ist unter ihr zusammengebrochen."

„Gewaltloser Widerstand ist vielfach Rechtsbruch“

Staatssekretär Spranger warnt vor einer neuen „APO“

MANFRED SCHELL, Bonn

Das Bundesinnenministerium hat auf die starke Beteiligung kommunistischer Kräfte bei den Vorbereitungen von Aufmärschen und der Inszenierung von Menschenketten gegen eine eventuell notwendig werdende NATO-Nachrüstung aufmerksam gemacht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium, Carl-Dieter Spranger, sagte bei einem Besuch der WELT, die entsprechenden Organisationskomitees seien „maßgeblich“ von Kommunisten beeinflußt. Damit habe vor allem die DKP im „Managerbereich“ eine starke Position errungen.

Die sich jetzt darstellende außerparlamentarische Opposition sei nach seiner Einschätzung „gefährlicher“ und „breiter angelegt“ als die „APO“ aus dem Jahre 1968. Sie habe mehr Geld zur Verfügung, und ihre Organisationsform sei ausgeprägter als damals, betonte Spranger. Außerdem sei ihr „Resonanzboden“ in der Öffentlichkeit größer geworden. „Dies ist durchaus auch eine Folge der von der SPD betriebenen Entspannungspolitik, die vor allem bei der Jugend die Urteilsfähigkeit und das Gefühl für unterschiedliche Wertgrundlagen in Ost und West eingeschränkt hat."

Der eigentlichen Protestbewegung könne man, wie Spranger darlegte, etwa 150 000 Personen zurechnen. Aber immerhin müßten 1,5 bis drei Millionen Menschen in diesen Fragen als „bewegbar“ betrachtet werden. Er sehe das Risiko, daß sich diese Opposition nicht im Kampf gegen die Sicherheitspolitik der NATO erschöpfe, sondern auch bei anderen „Anlässen“ in Erscheinung treten werde. Bei der Kampagne gegen die Volkszählung sei dies der Fall gewesen.

Spranger gab sich zuversichtlich, daß die Polizei die anstehende Situation „durchstehen“ werde. Die Verantwortlichen auf amerikanischer Seite bewahrten, wie die Vorgänge in Ramstein gezeigt hätten, „einen kühlen Kopf“. Mehr als bisher müsse man sich allerdings dagegen zur Wehr setzen, daß die Gegner der NATO-Sicherheitspolitik“ „semantische Betrugsworte“ in die Auseinandersetzung einbringen, sagte Spranger. Hinter dem, was auch von den Grünen als angeblich gewaltloser Widerstand dargestellt werde, verberge sich in Wahrheit nichts anderes „als vielfach Rechtsbruch“.

Inzwischen sind aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden weitere Einzelheiten über die anstehenden Aktionen von „traditionellen“ kommunistischen Kräften, von sogenannten „autonomen“ und „unabhängigen“ Gruppen gegen eine Nachrüstung bekanntgeworden. Für den 15. Oktober ist in Bonn eine Menschenkette zwischen den Botschaften der USA und der Sowjetunion in Vorbereitung. In Bremerhaven, so heißt es, sei für den 15. Oktober ein Demonstrationszug durch das Hafengelände mit „Umzingelung und Blockade“ der Carl-Schurz-Kaserne (Sitz des US-Military Sealift-Command) vorgesehen. Bremerhaven/Nordenham gilt als Nachschubhafen der US-Streitkräfte. Einzelne Gruppen haben bei internen Absprachen vorgeschlagen, den Hafen „für mehrere Tage dichtzumachen“. Aus den Reihen der Gruppen in Hamburg und Berlin sind erste Aufforderungen zur Beteiligung in Bremerhaven bekanntgeworden. In Berlin kursiert ein Papier aus dem RAF-Umfeld mit dem Vorschlag, Firmensitze und sonstige Einrichtungen, die Bezüge zu den USA haben, in Berlin „nach Art der Grunewaldspaziergänge“ – gemeint sind damit Angriffe auf Privatwohnungen von Maklern – zu „besuchen“.

Bonner Behörden sind inzwischen zu dem Ergebnis gekommen, daß die Initiatoren des „Krefelder Appells“ gegen die Nachrüstung die Zahl der tatsächlich geleisteten Unterschriften verschleiern wollen. Zuletzt war die Zahl der Unterschriften von ihnen mit fünf Millionen angegeben worden. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden dürfte die tatsächliche Zahl der Unterschriften „ganz erheblich“ darunter liegen. Um die Zahl der wirklich gesammelten Unterschriften zu verschleiern, bediene sich die „Krefelder Initiative“ einer neuen Taktik: Sie spreche parallel von „Unterschriften“ und „Zustimmungen“. Mehrfachzählungen seien so Tür und Tor geöffnet.

Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt hatte sich kürzlich bereit erklärt, eine Abordnung der Initiative zur Übergabe der Unterschriftenlisten zu empfangen; dadurch wäre partiell eine Kontrollmöglichkeit eröffnet worden. Aber die Initiatoren hatten dies abgelehnt.

Seite 2: Umsturz-Potential

Für die Basis ist Brandt die Kultgestalt der SPD geblieben

Vogel und Parteichef setzen im Wahlkampf auf Mißmut über ausbleibenden Aufschwung

PETER PHILIPPS, Kassel

Die Parteiveteranen auf dem Opernplatz in Kassel wurden böse: Die Störmanöver trillerpfeifender Grüner während der Rede des Kandidaten Börner hatten sie ja noch zähneknirschend ertragen, doch für den „Großen Vorsitzenden“ Willy Brandt aus Bonn verlangten sie Respekt. „Halt's Maul!“ war noch die mindeste Zurechtweisung. Doch Brandt, dessen ungebrochenes Charisma an der Basis der SPD sich bei all seinen Auftritten im hessischen Wahlkampf mit lauten „Willy-Willy“-Rufen ausdrückte, bedurfte der Hilfe nicht:

„Quatschköppe“, donnerte er durchs Mikrophon von der Empore herab, schon die Nazis hätten es vergeblich versucht, ihn *zum* „*Aufhören*“ zu bringen. Der Beifall der rund 3000 war gesichert, die Störung auf ein erträgliches Maß reduziert.

Willy Brandt im Landtagswahlkampf '83: Da fehlt der SPD der Resonanzboden von vor einem Jahr, als die Genossen auf der Welle einer Empörung über den sogenannten „Verrat“ am Kanzler Schmidt in Bonn schwammen. Da gibt es auch *keine Hinweise mehr auf den* „Weltökonomen“, der es schon richten würde. Das Drehbuch für die Bonner SPD-Prominenz variiert diesmal zwei andere Themen:

Holger Börner habe als Ministerpräsident bewiesen, wie man in Hessen mit einem Mindestmaß an Verschuldung und mit staatlichen Aktivitäten die Wirtschaft einigermaßen über die Runden bringe, die Arbeitslosigkeit *in Grenzen halte und jungen* Menschen zu Lehrstellen verhelfe. Dies müsse der Herr Wallmann erst einmal nachmachen, der in Frankfurt in einem Jahr allein 900 Millionen Mark Schulden gemacht und sich von den Wirtschaftsthesen Albrechts und Georges nicht distanziert habe: „Dafür verdient er einen Denkzettel.“

Einen weiteren „Denkzettel“, und dies ist das zweite Thema, das wie in einer musikalischen Fuge mit dem ersten verschränkt variiert wird, verdiene die CDU, weil sie in Bonn ihre Versprechungen aus der Zeit der Wende nicht wahrgemacht, Bundeskanzler Kohl auch nicht genügend getan habe, um sie wahrzumachen. Brandt spricht von der Zahl der Arbeitslosen, die noch nie so hoch gewesen sei, von der Zahl der Pleiten. Die Verschuldung des Staates, so sagt er seinen Zuhörern, müsse ihre Grenzen haben. Aber: Ohne die „Zukunftsinvestitions-Programme der Regierung Schmidt“ wäre die Arbeitslosigkeit heute noch höher. Und die Staatsverschuldung habe bisher noch niemanden gezwungen, „ein *Butterbrot weniger*“ *zu essen*.

Das Thema, das die SPD zur Zeit vor allem strapaziert, die Frage der Sicherheits- und Abrüstungspolitik, wird nicht ausgeklammert von Brandt. Aber mit der ganzen ihm eigenen Überzeugungskraft, von Holger Börner als „Erfinder der Entspannungspolitik“ zusätzlich vorgestellt und mit dem vollen Gewicht des „Elder Statesman“, argumentiert der SPD-Vorsitzende auf seiner Linie: Die Großmächte müßten verhandeln, weniger Waffen in Europa seien unverzichtbar, der Hunger in der Welt zu vernichten, wenn nur drei Prozent weniger für Rüstung ausgegeben würden. Vom Offenburger Beschluß, von einem grundsätzlichen Nein des großen Teils der SPD-Basis zum NATO-Doppelbeschluß ist hier nicht die Rede.

Vor der Wahl in Hessen

Genausowenig von der Zusammenarbeit „der Mehrheit diesseits der Union“, von der Brandt in der Wahlnacht vor einem Jahr gesprochen hatte. Die Grünen werden zur Splittergruppe, die wie die FDP nur stört. Gesetzt wird von Brandt auf ein Zwei-Parteien-Parlament in Wiesbaden, in dem die SPD knapp die Nase vorne hat.

Szenenwechsel nach Gladenbach: Im „Haus des Gastes“ rauchgeschwängerte Atmosphäre, die Genossen paktisch unter sich. Hier würde es *keiner wagen, das Idol* mit einer Trillerpfeife zu stören. Statt dessen sagt eine Mutter zu ihrer etwa sechsjährigen Tochter: „Du kannst ihn nachher noch einmal berühren, den Willy.“ Parteivorsitzender ohne Konkurrenz, fast wie Ende der sechziger/ Anfang der siebziger Jahre auch eine Art Kultgestalt in der SPD. In dieser Atmosphähre läßt sich Brandt auch zu stark persönlich gefärbten Äußerungen tragen, die nie in einem Manuskript auftauchen würden: Er spricht von dem „Herzknacks“ 1978, nach dem ihm manches deutlicher geworden sei. Er zeigt Distanz zu solchen Dingen, mit denen ihm früher in der politischen Auseinander*setzung Wunden zugefügt worden* waren.

Brandt – der „Übervater“ der SPD-Basis, der Volkstribun immer noch. Ganz anders die Darstellung des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel in Hessen. Zwar sieht man ihn selten so gelöst, schlagfertig, locker wie auf den Marktplätzen der kleinen Städte. Er pflaumt Grüne, die nebenan ihren Stand aufgebaut haben, ob *ihrer* „*herunterhängenden Mundwinkel*“ an, spielt die Bälle ins Publikum, um Reaktionen herauszufordern. Doch dies alles ändert nichts daran, daß Vogels Stärke die Argumentation, die wohlüberlegte Juristen-Diktion ist, mit der er brillieren kann. Die Argumentation seiner Reden – die er auch heute noch weitgehend selbst schreibt – setzt ähnliche Schwerpunkte wie Brandt. Doch wenn er das „falsche“ Publikum hat, wenn es nicht schnell die richtige Resonanz gibt, dann kommt er in Schwierigkeiten, seine Zuhörer für die Wahl zu motivieren.

In Tann, einem Rhön-Städtchen im äußersten Winkel des Landes, passiert ihm abends dies: Es ist seine letzte Veranstaltung des Tages, Manöver-Kolonnen haben den Pünktlichkeits-Fanatiker darüber hinaus *sich verspäten lassen. Biedere Rhön-*Bauern nicken auch mit dem Kopf über seine Worte – doch mit Beifall sind sie sparsam.

Da passiert es dann, daß Vogel über Friedenspolitik referiert, daß die katholische Kirche durchaus neu über den „gerechten Krieg Thomas von Aquins“ nachdenke. Die Zuhörer sind beeindruckt über den hohen Gast aus der fernen Bundeshauptstadt. Doch wer ist Thomas von Aquin für einen bodenständigen Landwirt? Zum Glück kommt noch der Hinweis auf Holger Börner, der nie vergessen habe, daß er aus dem Stand der Arbeiter komme – damit kann man sich schon eher indentifizieren, dies wird eher die eine oder andere Stimme anlocken am 25. September.

Dollinger muß mit Druck aus Bayern rechnen

„Jour fix“ für die CSU-Bundesminister bei Strauß

PETER SCHMALZ, München

Fragen der Bundesbahnsanierung und der Mittelzuweisung im Bundesfernstraßenbau standen im Mittelpunkt des ersten „Jour fix“ nach der Sommerpause, zu dem der CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Franz Josef Strauß die CSU-Bundesminister gestern nach München gerufen *hatte. Dabei wurde Bundesverkehrs*minister Werner Dollinger eindringlich darauf hingewiesen, daß sich Bayern mit den derzeit zugewiesenen Straßenbaugeldern nicht zufriedengeben wird. Bayern erwartet nach den Worten des CSU-Generalsekretärs Otto Wiesheu, daß darüber eine Diskussion im Bundeskabinett und in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geführt wird.

Bayern fühlt sich seit Jahren im Fernstraßenbau gegenüber anderen Ländern benachteiligt. Deshalb hätten von den zur Verfügung stehenden sechs Milliarden Mark in diesem Jahr entweder mehr Mittel direkt an Bayern überwiesen oder die Länderquoten zugunsten Bayerns geändert werden müssen, erklärte Wiesheu.

Beim Problembereich Streckenstillegungen der Bundesbahn fand Dollinger zwar in der allgemeinen Einschätzung Zustimmung, wonach Streckenstillegungen nicht zu vermeiden sind, bekam aber den dringenden Wunsch Bayerns zu spüren, das Grenzland dabei mit besonderer Rücksicht zu behandeln. Der Minister kündigte für die zweite Oktoberhälfte ein Stillegungskonzept an.

Unnachgiebig will sich Bayern in der Frage des DB-Ausbesserungswerkes Weiden geben, dessen Schließung in der Bundesbahnzentrale in Frankfurt als sicher gilt. Auch Dollinger erklärte seinen Parteifreunden gestern, daß die Bahn einige Ausbesserungswerke aufgeben muß, und begründete diesen Schritt mit dem Hinweis, daß die Bahn über 100 000 Güterwaggons verfügt, deren Reparatur sich nicht mehr lohne.

Bayerns Wirtschaftsminister Anton *Jaumann machte aber in Zustim*mung mit Strauß deutlich, daß der Verlust des Werkes in Weiden mit 1000 Arbeitsplätzen nicht hingenommen werden könne. Jaumann erklärte sich bereit, die auf 120 Millionen Mark geschätzten Sanierungskosten des Ausbesserungswerkes teilweise aus Landesmitteln zu unterstützen, über die mögliche Höhe wurde jedoch nicht gesprochen.

Bei diesem „Jour Fix“ hat sich der Eindruck gefestigt, wonach Dollinger in diesem Herbst unter besonderem Druck bayerischer Wünsche stehen wird. „Der Bundesverkehrsminister ist ein armer Mensch“, meinte Wiesheu angesichts der Forderungen, die aus dem gesamten Bundesgebiet im Ministerium eintreffen.

Beim Mutterschaftsgeld erwartet die CSU einen Kompromiß, nachdem der Haushaltsausschuß des Bundestags Einsparungsmöglichkeiten von rund einer Milliarde Mark gefunden haben soll. Die vorgesehenen und von Bayern bekämpften Kürzungen könnten nach Ansicht von Wiesheu nun gemildert werden, ohne die Eckdaten des Haushalts zu verändern. „Da ist jetzt ein Spielraum drin“, meinte der Generalsekretär.

Zu Beginn des Treffens gab Strauß den Teilnehmern (darunter auch der Münchner CSU-Fraktionschef Tandler, Staatssekretär Stoiber und vier Landesminister) einen Bericht über seine Wanderung mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Landesgruppenchef Theo Waigel versuchte in einer kurzen Erklärung den Eindruck zu zerstreuen, die CSU-Bundestagsabgeordneten hätten sich – wie im „Spiegel“ berichtet – auf ihrer letzten Sitzung in abfälliger Weise über Strauß geäußert. Nach Wiesheus Angaben hat Waigel dargelegt, „daß der Bericht mit dem, was geschehen ist, relativ wenig zu tun hat“. Wiesheu: „Die Einschätzung Waigels ist, daß die Landesgruppe geschlossen dasteht und auch in der Kreditfrage eindeutig steht bis auf ein paar, die noch eine gewisse Skepsis haben. Es gibt keine nennenswerten Abstimmungsprobleme zwischen Bonn und München.“ Aus der „DDR“ werden positive Zeichen registriert, denen, so Wiesheu, weitere folgen werden.

Zur Wiederwahl des Vorsitzenden des Wehrpolitischen Arbeitskreises, Ekkehard Voigt, der zu den schärfsten Kreditkritikern zählt und den Wiesheu *beim letzten CSU-Parteitag* bereits für „politisch tot“ erklärt hatte, wollte sich der Generalsekretär nicht äußern. Er wird mit Voigt demnächst ein Gespräch führen. Beobachter erwarten jedoch interne Konflikte wegen der Abwahl des bisherigen Voigt-Stellvertreters Dieter Schmidt, der im WPA einen eindeutigen Strauß-Kurs vertreten hat.

Bischof Hempel: Protest, aber auch Proklamation der Hoffnung

WELT-Dokumentation zur Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR"

hrk. **Potsdam**

Auf der jährlichen Synode des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR" in einem wilhelminischen Backsteinbau neben einer Kaserne der Roten Armee auf der Potsdamer Halbinsel Hermannswerder beschrieben die leitenden Bischöfe der acht Landeskirchen und viele Synodale die Sorgen und Nöte vieler Menschen in der „DDR". Immer wieder beeindruckt den journalistischen Gast, auf welche Weise und mit welcher intellektuellen Kraft in diesem Kreis weit über die politischen Grenzen des eigenen Machtbereichs hinaus die Lage in Deutschland insgesamt betrachtet wird.

Die amerikanische Botschaft in Ost-Berlin – kürzlich Ziel einer verhinderten Demonstration mit brennenden Kerzen von Christen aus dem anderen Teil der Stadt – hatte ihren Chef der politischen Abteilung nach Potsdam geschickt. Die ständige Vertretung der Bundesrepublik bekundete durch den Stellvertreter von Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, Ministerialdirigent Hannspeter Hellbeck, ihr Interesse.

Ein Beispiel für die miserable Informationspolitik des Staates und die gleichzeitige „Heilung" lieferte gleich zu Beginn der Tagung die Bitte der 60 Synodalen von der Ostsee bis zum Erzgebirge, den Wortlaut des *Madrider KSZE-Schlußdokuments* zu erhalten. Ost-Berlins Konsistorialpräsident Manfred Stolpe ließ den Text aus dem SED-Organ „Neues Deutschland" vervielfältigen. Er war, wie berichtet, lediglich in der Stadtausgabe der SED-Zeitung erschienen.

Die WELT dokumentiert wichtige Passagen des Berichts der Kirchenleitung und Äußerungen von Synodalen zu Themen, die innerhalb der „DDR" diskutiert werden:

Schwerter zu Pflugscharen: „In den letzten Monaten ist in offiziellen Verlautbarungen das Symbol ‚Schwerter zu Pflugscharen' als ein positives Friedenszeichen erklärt worden. Wir begrüßen das. Durch die staatlichen Maßnahmen gegen den Aufnäher ‚Schwerter zu Pflugscharen' ist viel Vertrauen, vor allem unter der Jugend, zerstört worden.

... Wir bedauern, daß bei der ‚Friedensmanifestation der Jugend', Pfingsten 1983, Christen zwar eingeladen wurden, mit eigenen Losungen teilzunehmen, dann aber weithin ausgeschlossen, verdächtigt oder gar gewaltsam *ferngehalten* wurden.

... Die Konferenz hat immer wieder darauf hingewiesen, daß Bereitschaft zur Mitarbeit nicht gemindert werden und Aggressivität nicht erst aufgebaut werden sollte, durch eine enge ideologische, ja doktrinäre Haltung, insbesondere im pädagogischen Bereich, und durch unangemessenes, sogar gewaltsames Eingreifen der Ordnungskräfte des Staates."

Bischof Hempel: „... Ein anderer Grund (für Verbitterung und Enttäuschung d. R.) scheint mir zu sein, und das richtet sich nun gegen die Verdrossenen, daß die Ansprüche auf hohe Lebensqualität unter allen Bürgern unseres Landes gewachsen sind. Wir haben es aus unserer sozialistischen Lebensweise und unseren Wertmaßstäben übrigens nicht anders gelernt: Ein erfülltes Leben ist ein Leben mit hohem Lebensstandard.

... Und dann habe ich den Eindruck, daß die Tatsache, daß viele ausreisewünschenden Bürger die andere Welt nicht wirklich kennen, Illusionen entstehen läßt, für die sie – falls sie die Ausreise bekommen – mit Enttäuschung werden bezahlen müssen.

Zum Schluß: Nach meiner Überzeugung gehört zum eindeutigen deutlichen Zeichen dieser Zeit auch die Proklamation der Hoffnung ... – Die glasklare Analyse ist nötig, der Protest ist nötig. Aber die Proklamation der Hoffnung ist der Test auf das Christliche unseres Zeugnisses."

Der thüringische Landesbischof Werner Leich sagte zu diesem Thema, es gebe jedoch Probleme, wenn beispielsweise deutlich werde, „daß diejenigen, die in der Erwartung des offenen Gesprächs zu uns kommen, die Kirche lediglich dazu benutzen wollen, einen institutionellen Freiraum zu haben, um eigene, mit dem Wesen der Kirche in keinem Zusammenhang stehende Gedanken und Ziele durchzusetzen".

Das bedeute nicht, daß sich die Kirche dem „berechtigten Anliegen versagen könnte, für Menschen einzutreten, die in ihrem Recht auf offene Äußerung ihrer Meinung beschränkt werden". Es sei jedoch nach seiner Meinung dem eigenständigen Eintreten für den Frieden „nicht förderlich, wenn diese Arbeit durch Menschen vorangetragen wird, die einen Übersiedlungsantrag gestellt haben".

Jumbo-Abschuß: Ein Pfarrer aus Wittenberg, ebenfalls Synodaler, ging auf diesen Vorfall ein: „Mit einem Flugzeug ist vor drei Wochen auch viel Hoffnung abgestürzt. Es könnten Spionageabenteuer oder militärische Pannen sein, die uns unverhofft alle auslöschen könnten." Er wies warnend darauf hin, daß die bevorstehenden Entscheidungen in der Friedensfrage im Sinne eines „Nein ohne jedes Ja" durchaus zu einer Spaltung auch in der Kirche führen könnten. Er forderte die Kirchenleitung auf, eine „zentrale Beratungsstelle für Friedensarbeit" einzurichten, bei der sich junge Leute auch nach den Möglichkeiten für einen waffenlosen Dienst in der Volksarmee erkundigen und vor allem juristische Ratschläge einholen könnten.

Gegen Ost-Hetzsendungen: Ein Pfarrer aus Mecklenburg forderte als Beweis für die Tragfähigkeit der Vertrauensgrundlage, die die Staat-Kirche-Vereinbarungen vom 6. März 1978 gebracht hätten, eine neue Informationspolitik: „Nicht nur eine, die offener ist, sondern eine redlichere, eine ehrlichere und – damit ich auch konkret werde: Die Sendung ‚Der Schwarze Kanal' (gegen die Bundesrepublik gerichtete Hetzsendung an jedem Montagabend im Ostberliner Fernsehen, d. R.) ist keine offene und keine redliche, sondern eine sektiererhafte Informationspolitik... Im Interesse eines Staates, der friedliebend sein will, könnte und dürfte in Zukunft eine solche Sendung, wie sie bisher permanent geführt wird, im Tenor und auch in der Art und Weise nicht mehr sein!"

Axel Springer – „Bewahrer Jerusalems"

Ehrentitel für den Berliner Verleger / Bürgermeister Kollek: „Treuer Freund Israels und Jerusalems"

DW. **Jerusalem**

Der Berliner Verleger Axel Springer ist gestern nachmittag in Jerusalem mit dem Ehrentitel „Ne'eman Jeruschalaijm" (Bewahrer Jerusalems) ausgezeichnet worden.



In Jerusalem geehrt: Axel Springer

FOTO: NICO NAGEL

In Anwesenheit zahlreicher prominenter Ehrengäste, unter ihnen der israelische Innenminister Dr. Josef Burg und der Vorsitzende der Liberalen Partei, Itzhak Beerman, verlieh Jerusalems Oberbürgermeister Teddy Kollek Springer die Auszeichnung im Auftrag des Stadtrats mit den Worten: „Am Montag, dem zwölften Tag des Monats Tischri im Jahre 5744, im 36. Jahre der Unabhängigkeit des Staates Israels, im 17. Jahre seit der Wiedervereinigung unserer Hauptstadt Jerusalem, haben wir uns, Stadtväter Jerusalems, Ihre Freunde, eingefunden, um Ihnen, Axel Springer aus Berlin, zum Zeichen der Würdigung Ihres Wirkens für unsere Stadt, den Ehrentitel „Ne'eman Jeruschalaijm", Bewahrer Jerusalems, zu verleihen."

In seiner Würdigung sagte Kollek weiter, Axel Springer sei „als treuer Freund Israels und Jerusalems" stets dem Gebot seines Herzens gefolgt und deshalb in Zeiten „unserer Not und Bedrängnis" nach Jerusalem gekommen. „In seinen Zeitungen, Schriften und Gesprächen mit den Mächtigen der Welt vertrat er unerschütterlich das Recht des jüdischen Volkes auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und *Selbständigkeit* in seinem alt-neuen Land und in seiner Hauptstadt Jerusalem als Verwirklichung biblischer Verheißung."

Kollek erinnerte auch daran, daß Springer die Entwicklung Jerusalems „durch seine Spenden für soziale Einrichtungen wie auch für freiwillige Organisationen, Stiftungen für Kunst und Kultur, Krankenhäuser und Kliniken, öffentliche Gärten und Sportanlagen und für die Wiederherstellung archäologischer Stätten" gefördert habe, „alles Werke, die dem Wohle der Bewohner Jerusalems ohne Unterschied von Religion oder Volkszugehörigkeit gewidmet sind".

Springers „Persönlichkeit und sein inhaltsreicher Lebenslauf", so Kollek weiter, bildeten „eine wundersame Verflechtung von Vision und Glauben an eine bessere Welt und einen beständigen Frieden. Gebe Gott, daß ihm der Anblick von Jerusalems Blütezeit vergönnt sei."

Auch Asher Ben Natan, der frühere israelische Botschafter in Bonn, würdigte Springer und seine Verdienste um Israel und Jerusalem.

In seiner Dankadresse sagte Axel Springer, seine „Liebe zum jüdischen Volk" sei „wieder und wieder von wunderbarer Freundschaft belohnt worden. Diese Liebe sitzt tief. Aber *Liebe allein* ist nicht genug. Israels Freunde müssen den jüdischen Staat gegen all seine Verleumder verteidigen. Denn wohin immer sie gehen, wohin immer sie blicken, es gibt Verleumdungen gegen Israel, Falschinformationen, Desinformationen über Israel. Das zu bekämpfen ist unsere Pflicht – fast unsere heilige Pflicht", betonte Springer.

Der Berliner Verleger sagte weiter, für ihn sei das Fortbestehen des jüdischen Volkes durch mehr als 3000 Jahre eines der großen Wunder der Geschichte. „Für mich sind das Überleben des jüdischen Volkes und der Wiederaufbau des Staates Israel der Beweis, daß Gottes Versprechen in der Bibel sich erfüllen werden", sagte Springer. Und weiter: „Gottes Hauptgebot ist Liebe. Also lassen Sie uns in dieser Stadt der ewigen Liebe auf mehr Liebe unter den Menschen hoffen, trotz der vielen Feinde, die Ihr Land umgeben."

Springer gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß „in dieser Stadt von versprochener Freiheit und versprochenem Frieden" das Wort „shalom" (hebräisch Frieden) und das Wort „salam" (arabisch Frieden) für alle das gleiche bedeuten möge. „Lassen Sie uns hoffen und lassen Sie uns dafür eintreten, daß sich diese Hoffnung erfüllt – damit unsere Kinder und Enkel, gleich welcher Nationalität, Rasse oder Religion, nur Liebe, Freiheit und Friede kennenlernen." Und: „Ich verspreche Ihnen, daß ich für dieses Ziel arbeiten werde, solange ich lebe", versicherte Springer.

Bereits am Montagvormittag hatten zahlreiche Zeitungen in Israel über die bevorstehende Ehrung Springers berichtet und dabei auf seine Verdienste für die Stadt und für den Staat Israel hingewiesen.

Bundeskanzler Helmut Kohl beglückwünschte Springer in einem Telegramm für die Auszeichnung.

Ebenfalls in einem Telegramm sprach der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, die „allerherzlichste Gratulation zu der selten hohen und verdienten Auszeichnung ‚Bewahrer Jerusalems'" aus.

Syrien für US-Schiffe ungefährlich

Das Frühwarnsystem der 6. Flotte / Bedrohlich sind nur die Sowjet-Raketen

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Syrien weiß, daß es bei einem Konflikt mit US-Einheiten militärisch nicht gewinnen könnte. Dennoch hat diese Erkenntnis in der Vergangenheit nicht bewirkt, daß Syrien von Luftangriffen gegen die Israelis absah, die jedesmal mit einer katastrophalen Niederlage der syrischen Luftwaffe endeten. Ähnliches würde sich ereignen, wenn Syrien versuchen sollte, die vor der libanesischen Küste kreuzenden Schiffe der sechsten US-Flotte anzugreifen.

Vor der Küste kreuzt ein Flottenverband unter der Führung des atomgetriebenen Flugzeugträgers „Dwight Eisenhower", einem Giganten von 93 400 Tonnen. Die Eisenhower ist von zahlreichen kleineren Kriegsschiffen begleitet. An Bord des Trägers befinden sich – umgerechnet auf die Verhältnisse bei der deutschen Luftwaffe –, mehr als zwei Geschwader.

Was den Briten 1982 vor Falkland mehr als alles andere fehlte, war die Frühwarnfähigkeit vor Luftangriffen mit Flugzeugen, die sich im Tiefflug nähern. Was den Engländern fehlte, haben die Amerikaner fast im Übermaß: An Bord der „Eisenhower" befinden sich so viele Frühwarnmaschinen, daß der Träger ohne jede Mühe rund um die Uhr einen elektronischen Warngürtel mit einem Durchmesser von rund 1000 Kilometern um sich legen kann.

Das Frühwarnflugzeug auf der „Eisenhower" ist die von zwei starken Propellerturbinen getriebene Grumman E-2C „Hawkeye". Wie alle anderen Flugzeuge des Trägers wird sie zum Start mit dem Dampfkatapult über das Deck in die Luft geschleudert. Wie jedes andere Trägerflugzeug landet sie mit hoher Geschwindigkeit und wird von armdicken Stahltrossen, in die ihr Fanghaken einrastet, nach etwa 40 Metern gestoppt. Über dem Rumpf der „Hawkeye", die fünf Mann Besatzung mitführt, kreist wie bei der aus Europa bekannten „Awacs"-Frühwarnmaschine eine pilzförmige Radarantenne. An einen Computer gekoppelt, erblickt die Antenne alles, was sich bewegt. Syrische Düsenjäger entdeckt die Maschine schon, wenn sie auf der Startbahn beschleunigen, ehe sie noch abgehoben haben.

Mit der „Hawkeye" lenkt der Träger über seine rechnergesteuerte Gefechtszentrale Flottenabfangjäger Grumman F-14 „Tomcat" zum Ziel. Diese doppelsitzigen Schwenkflügeljäger besitzen ein von Hughes Aircraft entwickeltes Feuerleitradar, mit dem gleichzeitig bis zu sechs Ziele bekämpft werden können. Die F-14 führt neben „Sidewinder"-Raketen die 160 Kilometer weit reichende „Phoenix"-Rakete an Bord, die gegen Flugzeuge und Raketen wirkt.

Ein Angriff auf den Träger käme einem Selbstmordversuch gleich. Sowohl der Träger wie auch die Begleitschiffe sind mit modernen Nahbekämpfungswaffen ausgerüstet, die „durchgebrochene" Flugkörper noch auf kürzeste Entfernung abschießen können.

In Syrien befinden sich nach jüngeren Erkenntnissen wenigstens zwei Stellungen mit sowjetischen Luftabwehrraketen des Typs „SA-5". Hierbei handelt es sich um Raketen, die bisher ausschließlich in der sowjetischen Heimatluftverteidigung „PVO" verwendet wurden. Sie haben eine Reichweite von zirka 280 Kilometern und können Höhen bis zu 30 Kilometern erreichen. Es wird angenommen, daß die syrischen „SA-5"-Stellungen von sowjetischem Militärpersonal bedient werden. Mit der „SA-5" könnten die amerikanischen Frühwarnmaschinen bedroht werden. Der Abschuß einer „Hawkeye" durch eine der weitreichenden Raketen würde eine erhebliche Eskalation eines Konflikts darstellen. Die Folgen ließen sich kaum voraussagen.

(SAD)

Seite 2: Die Zeit zum Handeln
Seite 8: USA und Syrien

Steels Strategie mißfällt Liberalen

Der Parteichef: Kein Rücktritt, kein Verschmelzen mit SDP / Der Kongreß beginnt

FRITZ WIRTH, **London**

Die Liberalen, seit fast sechs Jahrzehnten daran gewöhnt, ein Kümmerdasein an den Randzonen der britischen Politik zu führen, haben Probleme, mit ihren plötzlichen, jüngsten politischen Erfolgserlebnissen fertig zu werden. Ihr Parteitag in Harrogate, der heute beginnt, hätte zu einem politischen Jubelfest werden können. Die Partei gewann bei der letzten Wahl mehr Stimmen als je zuvor nach dem Kriege, und das Wohlwollen der Wähler hält unvermindert an. Seit zwei Monaten rangiert sie in der Wählergunst 4,5 Punkte vor der Labour Party.

Statt dessen jedoch hat sich die Partei wieder einmal in interne Querelen verstrickt. Es rumort an der Basis, der die ganze Richtung nicht paßt. Die Aktivisten fürchten, daß die Liberalen eine Establishment-Partei werden, die zu stark von Machtträumen heimgesucht wird, zu intensiv mit ihren kargen 17 Abgeordneten nationale politische Probleme anfaßt und darüber die Kommunalpolitik vernachlässigt, die seit Jahrzehnten eine Domäne und Spezialität der Liberalen war.

Der Konflikt ist in erster Linie strategischer Natur. Während Parteichef David Steel mit allen Mitteln die politische Macht in Westminster sucht, wobei ihm jeder Partner recht ist, der ihn diesem Ziel näher bringt, wollen die Parteiaktivisten die Partei von unten her aufbauen. Der Konflikt zwischen Steel und diesen Aktivisten ist so groß, daß Steel ihnen in einem Fernsehinterview nahelegte, die Partei zu verlassen, wenn sie glauben, seiner Strategie nicht folgen zu können.

Steel ist nach zehnwöchiger Pause wieder auf die politische Szene zurückgekehrt, wirkte frisch und entschlossen und schaffte mit zwei Grundsatzerklärungen Klarheit über seine Zukunft und die seiner Partei. Er ließ wissen, daß er die Partei auch in die nächsten Unterhauswahlen führen will, und erstickte damit alle Rücktrittsspekulationen der letzten Monate. Zugleich erklärte er kategorisch, daß vor diesen Wahlen keine Verschmelzung mit den Sozialdemokraten stattfinden werde.

Dennoch sind mit diesen Klarstellungen die Probleme Steels auf diesem Parteitag nicht beseitigt. Er sieht sich dem Vorwurf einiger liberaler Abgeordneter, angeführt vom Dauer-Rebellen Cyril Smith, ausgesetzt, die Partei zu autoritär zu führen. Sie wollen Steel das Recht nehmen, bei der Diskussion und Verabschiedung von Wahlprogrammen das letzte Wort zu haben. Steel wehrt sich dagegen, und er hat unmißverständlich wissen lassen, daß er ohne diese Befugnisse nicht mehr Parteiführer sein möchte. Es ist anzunehmen, daß er mit dieser Drohung den Vorstoß von Smith abgeblockt hat.

Zugleich möchten diese Parteirebellen Steel künftig einen Stellvertreter zur Seite stellen. Sie fürchten, daß Steel, der in den Meinungsumfragen eindeutig als der populärste britische Politiker ermittelt worden ist, die Liberalen zu sehr zu einer Ein-Mann-Partei macht.

Probleme zeichnen sich auch im Verhältnis zu den Sozialdemokraten ab. Der Parteivorstand beschloß gestern bereits, bei den Wahlen zum Europa-Parlament gemeinsame Kandidaten aufzustellen, wenn an der Basis darüber Einigkeit zwischen beiden Parteien erzielt wird. Die Sozialdemokraten dagegen haben sich festgelegt, eigene Kandidaten zu benennen. Eine gemeinsame Kandidatur solle nur in Ausnahmefällen gebilligt werden. Die Signale sind deshalb unübersehbar. Der Parteitag, der ein politisches Jubelfest hätte sein können, droht zum Kongreß der Selbstpeinigung zu werden.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Staat als Feindbild

In den letzten Jahren beunruhigen bürgerkriegsähnliche Zustände in bundesdeutschen Städten zunehmend die Öffentlichkeit. Da wird mit Gewalt Front gegen unseren Staat gemacht. Man gibt zwar vor, gegen Bundeswehrgelöbnisse, Kernkraftwerke und NATO-Nachrüstungspläne protestieren zu wollen, aber denen, die mit dem Einsatz von Gewalt bewußt Menschenleben gefährden, geht es mit Sicherheit um ganz andere Dinge.

Von welchen Motiven diese Krawallmacher geleitet werden, verdeutlicht ein Spruch, der an die Mauer des Krefelder Gerichtsgebäudes gemalt worden ist: „Zerschlagt die NATO – zerschlagt den Staat".

Das Feindbild ist ganz klar abgesteckt: unser freiheitlich demokratischer Rechtsstaat ist es, der zerstört werden soll. Doch was soll an seine Stelle treten? Etwa eine kommunistische Diktatur, in der jeder Mensch wegen einer staatskritischen Meinung in Gefängnisse und psychiatrische Anstalten gesperrt werden kann?

Wir leben glücklicherweise in einer Demokratie, in der die Macht vom Volke ausgeht und nicht von einigen wenigen ZK-Mitgliedern. Es ist jedoch erschreckend, wenn wir feststellen müssen, daß dennoch eine nicht geringe Zahl junger Menschen sich von unserem Staat und von seiner Verfassung abwendet.

Wo sind die Ursachen hierfür zu suchen? Gewiß auch bei denen, die hierzulande „Meinung machen". Zum einen kann man nicht umhin, den öffentlich rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten einen gewissen Schuldanteil einzuräumen. Sie müssen sich den Vorwurf einer mitunter recht krassen Einseitigkeit gefallen lassen. So fällt beispielsweise auf, daß sie der „Friedensbewegung" einen übermäßig hohen Anteil der Berichterstattung widmen, ohne im Gegenzug dazu die NATO- und Bundeswehr-Verantwortlichen zu Worte kommen zu lassen. Auch wird zu wenig auf die Einflußnahme der DKP auf die Führungsschicht der „Friedensbewegung" hingewiesen. Kritische Worte bekannter Persönlichkeiten wie die des sowjetischen Dissidenten Lew Kopelew, der es bedauert, daß manche Angehörige der Friedensgruppen so naiv sind, zu glauben, daß sie ihre Forderungen nur auf den Westen beschränken können, werden kaum erwähnt. Hingegen weist man immer wieder auf die Befürworter Böll, Albertz und Gollwitzer hin.

Ein anderer, für die Meinungsbildung sehr wichtiger Faktor ist der Bereich Schule. In diesem Zusammenhang sei auf die im Auftrag der „Forschungsstelle Jugend und Familie" erstellte Untersuchung der bundesdeutschen Schulbücher hingewiesen. Das Ergebnis faßten die Forschungsleiter Prof. Henning Günther und Rudolf Willike in der Informationsschrift „Was uns deutsche Schulbücher heute sagen", Forschungsstelle Jugend und Familie, Postfach 120 619, 5300 Bonn 1, zusammen und wiesen unter anderem nachdrücklich darauf hin, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland in 80 Prozent der Deutsch-, 66 Prozent der Politik- und 55 Prozent der Religionsbücher als eine „ausbeuterische Klassengesellschaft" dargestellt wird. Als „sehr kritisch hinterfragt, nennen die Autoren das Rechts- und Justizwesen in der Bundesrepublik Deutschland, das in 60 Prozent aller Deutschbücher der Sekundarstufe 1 kritisiert wird. Günther und Willike kommen zu der Erkenntnis, daß den Jugendlichen eine Identifikation mit dem Staat so erschwert wird, daß die Politiker sich nicht zu wundern bräuchten, wenn unsere junge Generation lustlos abseits stehen oder gänzlich „aussteigen" werde.

Über die Staatsverdrossenheit in der heutigen Schülergeneration haben vor einigen Monaten die Jugendoffiziere der Bundeswehr und Informationsbeamten der Polizei berichtet, die in die Unterrichtsstunden geladen worden waren. Sie berichteten, daß bis Mitte 1982 Diskussionen über den Sinn von Bundeswehr und Polizei „mit Hauptschülern schwierig, mit Mittelschülern fast sinnlos und mit Gymnasiasten unmöglich" gewesen sind. Dem wurde hinzugefügt, daß man den Eindruck erhalten habe, Schüler der Gymnasien seien von ihren Lehrern mitunter argumentativ soweit vorbereitet worden, daß sie sich einer sachlichen Diskussionsführung schlichtweg verweigerten und sich statt dessen „in verteilten Rollen monologisierend" in Aggressionen gegen den Staat und dessen Einrichtungen ergingen.

Diese Erkenntnisse offizieller Kreise sind in der Tat erschreckend und lassen die Frage aufkommen, wohin unser Staat, unsere Demokratie abdriften wird, wenn diese Entwicklung nicht gestoppt werden kann.

Um in dem schulischen Bereich zu einer Lösung zu gelangen, sollten sich die Kultusminister der Länder auf eine einheitliche Regelung einigen, die es ermöglicht, endlich einen Lehrplan einzufügen, der eine qualifizierte Vermittlung demokratischer Werte in den Schulen vorsieht. Den Jugendlichen muß ein Vergleich mit den Diktaturen im Ostblock aufgezeigt werden, um sie von dem unschätzbaren Wert unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung zu überzeugen.

Jürgen Rohland, Krefeld

Zum Marterpfahl

„Ein Feuer brannte den Archäologen den Weg zum Schlachtfeld frei"; WELT vom 12. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
Ihr Indianer-Redakteur gehört an den Marterpfahl!

Sitting Bull war kein Häuptling, sondern ein Medizinmann. Am Little Big Horn kämpften als Anführer der Hunkpapa, Oglagla und Cheyenne die Kriegshäuptlinge Crazy Horse und Gall (Sioux) und Two Moon (Cheyenne). General Terry hatte keinerlei „ausdrücklichen Befehl" gegeben, „so weit vorzupreschen", sondern allgemein befohlen, „stromaufwärts am Rosebud (River) entlang zu marschieren, um die Indianer zu verfolgen". Und: ... „so setzt der Kommandeur des Departments doch zuviel Vertrauen in Ihren Eifer, Ihre Energie und Geschicklichkeit, um Sie mit präzisen Befehlen zu belasten ..." General Custer überschätzte sich und unterschätzte Crazy Horse.

Schlußendlich ist der Vergleich Little Big Horn ./. Waterloo „militärhistorisch" völlig schief: Custer verlor die Schlacht, der Indianer-Krieg jedoch wurde gewonnen. Napoleon verlor Schlacht und Thron, Frankreich den Krieg.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Horst Grefkes, Viersen-Süchteln

Das Rezept

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem man mit den Diskont- und Lombardsatzerhöhungen zwischen 22. 1. 1965 und 27. 5. 1966 den Vater des Wirtschaftswunders, Ludwig Erhard, gestürzt hat und in der Zwischenzeit wie kleine Kinder immer wieder mit Diskont- und Lombarderhöhungen zu Lasten der Arbeitnehmer spielte, haben die Herren Pöhl, vermutlich Graf Lambsdorf und Stoltenberg sowie die anderen leitenden Herren der Bundesbank und die Landeszentralbankpräsidenten immer noch nichts aus der Geschichte gelernt.

Man müßte statt dessen den Diskontsatz auf 3 Prozent und den Lombardsatz auf 4 Prozent herabsetzen, um endlich eine kräftigere Wende in der Wirtschaft zu erreichen, dann könnten auch die USA mit ihren Zinsen heruntergehen. Die USA brauchen z. Zt. aus vielen Gründen Kapital. Wenn dadurch Abflüsse aus der Bundesrepublik Deutschland festgestellt wurden, so ergibt sich daraus ein stabiler hoher Dollarkurs, der unsere Exportfähigkeit erhöht und auf den Arbeitsmarkt entspannend wirkt.

Mit freundlichen Grüßen
Eugen Avril, Annweiler

Andere Zahlen

Sehr geehrte Herren,

der CDU-Kreisverband Heinsberg dankt Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unserer Veranstaltung mit dem Generalsekretär der CDU, Herrn Bundesminister Dr. Heiner Geißler, am 25. August in Geilenkirchen durch Ihren Bericht „Offensive von Geißler und die 10 000 Friedenstage der Union" in Ihrer Ausgabe vom 27. August gewidmet haben.

Ihre Darstellungen am Schluß des Berichtes über die Garnisonstadt Geilenkirchen bedürfen allerdings einiger Korrekturen:

- Die erste Boeing 707 des Awacs-Systems wurde bereits im Februar 1982 stationiert und nicht erst vor einem „knappen Jahr".
- Am 25. August 1983 waren 7 und nicht 5 Maschinen stationiert.
- Bis 1985 kommen elf und nicht 7 Maschinen hinzu.
- Die SPD Mittelrhein hat in der Tat in der von Ihnen genannten Darstellung den Raum Geilenkirchen-Heinsberg als mögliche Pershing-II-Stationierung behauptet. Die sachkundigen zivilen und militärischen Stellen vor Ort wehren sich seit Jahren mit Nachdruck gegen diese Falschdarstellung, die von den „Grünen" und den sogenannten „Friedensgruppen" übernommen wurde und offenbar lediglich dazu dient, dadurch die Bevölkerung vor Ort wider besseres Wissen zu beunruhigen.

In Geilenkirchen ist eins der beiden Bundeswehr-Geschwader Pershing I a stationiert. Diese beiden deutschen Geschwader mit insgesamt 72 Systemen sind im Gegensatz zu den 108 Systemen der drei US-Geschwader in Südwestdeutschland unter keinen Umständen im sogenannten NATO-Doppelbeschluß für eine Umrüstung von Pershing I a auf Pershing II vorgesehen.

Wir bitten dringend um Richtigstellung, damit künftig niemand sich fälschlicherweise auf Ihre Veröffentlichung berufen kann.

Mit freundlichem Gruß
CDU-Kreisverband Heinsberg

Hinter Mauern

„Funk und Fernsehen als Klammer in Deutschland"; WELT vom 8. September

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr dankbar lesen wir den Artikel „Funk und Fernsehen als Klammer in Deutschland". Aus den „DDR"-Kerkern Freigekaufte berichten immer wieder (zuletzt der Ingenieur Rainer Bäurich), daß auch hinter den mörderischen Kerkermauern jeden Sonntag 6.05 Uhr die Sendungen der Stephanus-Botschaft, der Radiomission der Hilfsaktion Märtyrerkirche, mit selbstgebastelten Radiogeräten gehört wird. Die „DDR" verführt ebenso wie die Sowjetunion mit ihren Medien ihre Bürger dazu, alle Menschen im Westen als gierige, böse, von Ausbeutung gehetzte Sklaven der Fabrikbesitzer zu beurteilen. Die drahtlosen Radiosendungen sind hier ein von Gott gesegnetes Mittel, Frieden zu schaffen durch Information.

Hans Braun, Hilfsaktion Märtyrerkirche, Uhldingen 1

Wort des Tages

» Der große Irrtum der Neuzeit bestand und besteht zunehmend in der Vorstellung, man könnte Menschen dadurch bessern, daß man ihr Zusammenleben besser organisiert. In Wirklichkeit gibt es höchstens soziale und politische Organisationsformen, die es dem Menschen erleichtern oder auch erschweren, gut zu sein ... Jeder kann nur und muß bei sich selbst anfangen. «

Nikolaus Lobkowicz, US-Wissenschaftler (geboren 1931)

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 7000 Mark dotierte erste Preis für das Fach Horn wurde beim 32. Internationalen Musikwettbewerb der ARD an den jugoslawischen Hornisten **Radovan Vlatkovic** vergeben. Während es keine Gewinner des zweiten Preises gab, wurden zwei dritte Preise und je 4000 Mark der Deutschen **Marie-Luise Neunecker** und dem Amerikaner **Corbin Wagner** zugesprochen.

*

Der Heidelberger Orthopäde **Dr. Helmut Huberti** erhielt den „Preis für exzellente Grundlagenforschung" der amerikanischen Gesellschaft für orthopädische Sportmedizin. Mit dem erstmals verliehenen Preis, der mit – umgerechnet – 10 000 Mark ausgestattet ist, wird eine Forschungsarbeit von Huberti über die Verwendung von Folie als Druckmesser in Gelenken gewürdigt.

*

Tomi Ungerer, Zeichner und Illustrator, ist der mit 20 000 Schweizer Franken dotierte Jacob-Burckhardt-Preis der Goethe-Stiftung in Basel zugesprochen worden. Der Elsässer erhielt den Preis wegen „seiner besonderen Verdienste als großer Zeichner, als unerbittlicher Moralist und schöpferischer Freund der Kinder".

VERÄNDERUNG

Dr. Hildegunde Feilner (65), Botschafterin der Bundesrepublik auf den Philippinen, tritt nach 31 Jahren im diplomatischen Dienst in den Ruhestand. Vor ihrer Heimkehr aus Asien, wo sie vor ihrer Ernennung 1980 zur Missionschefin in Manila als Handelsrätin an den Botschaften in Indien, Sri Lanka und Singapur tätig war, flog sie diese Woche zu einem Ferienaufenthalt nach Südkorea. In den drei Jahrzehnten ihrer diplomatischen Karriere verbrachte sie nur viereinhalb Jahre im Auswärtigen Amt. „Die hatten es leicht mit mir; sie konnten mich überall hinschicken, weil kein Ehemann mitzureisen brauchte", sagte Dr. Feilner, die eine Zeitlang die einzige Frau im Botschafterrang im Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik war. „Aber ich hatte nie Heimweh, und es gab keinen Augenblick der Langeweile." Als Absolventin der Münchner Universität hatte sie anfangs als Assistentin von Professor **Ludwig Erhard** gearbeitet. Später wurde sie an die Botschaft in Paris und zur EG nach Brüssel entsandt. Ihr Fazit: „Die Arbeit hat mir immer Spaß gemacht. Sie ist so abwechslungsreich. Es war nie bloße Routine."

NATIONALELF

„Hoffentlich verlieren die Österreicher“

W. NIERSBACH, München

Auch am Wochenende hetzte Gerd Müller von Termin zu Termin. Doch trotz dieses Klapperns: Sein heutiges Abschiedsspiel gegen die Nationalelf wird wohl in einem halbleeren Stadion stattfinden.

Die Geschäftsstelle des FC Bayern glaubt nur an etwa 25 000 Besucher. Erfüllt sich diese Prognose, bliebe Müller auch in der Stunde des Abschieds der Mann, der sportliche Großtaten weit unter Wert vermarktete. „Ich war einfach zu lange weg. So ein Abschiedsspiel hätte eben schon 1979 stattfinden müssen“, lautet Müllers Erklärung. Bundestrainer Jupp Derwall dazu: „Das Spiel ist für uns ein wichtiger Test im Hinblick auf das EM-Spiel gegen Österreich am 5. Oktober.“

Aus schlechter Erfahrung weiß der Bundestrainer jedoch, daß derartige Spiele eine zweischneidige Sache sind. Als die Mannschaft im Mai 1979 zu Ehren von Berti Vogts antrat und 2:6 verlor, war die Rede von der „Blamage am Bökelberg“.

Umgekehrt wurde im Juni 1982 beim Beckenbauer-Abschied in Hamburg den Förster-Brüdern der Vorwurf gemacht, beim 4:2-Sieg allzu rüde Hrubesch attackiert zu haben. Da die Brüder Karl-Heinz (Sprunggelenk-Verletzung) und Bernd Förster (Grippevirus) kurzfristig absagen mußten, fällt die vielleicht unangenehmste Aufgabe Briegel zu. Als Vorstopper kreuzen sich seine Wege mit Gerd Müller.

Nach dem Ausfall der Försters nominierte Derwall den Bremer Otten nach. Würde jetzt auch noch Uli Stielike gesund (er gilt weiter als Stamm-Libero), wäre der Kreis für das Duell mit Österreich komplett. Gegen Österreich wird der Leverkusener Herbert Waas erstmals von Beginn an spielen. „Der Junge ist auf dem richtigen Weg“, sagt Derwall – der Stammplatz von Pierre Littbarski ist in Gefahr.

Zum Spiel der Österreicher in Belfast sagt Derwall: „Ich hoffe, daß die Österreicher verlieren, allerdings traue ich ihnen ein Unentschieden zu.“ Ein Unentschieden würde den Österreichern die besten Möglichkeiten eröffnen, als Sieger der Qualifikations-Gruppe 6 zur EM-Endrunde im Juni 1984 nach Frankreich zu fahren.

FUSSBALL / Vor dem Abschied heute in München: WELT-Interview mit Gerd Müller

„Ich würde es in Deutschland nicht mehr aushalten. Es ist zu hektisch“

HEINZ STUMM, München

Gerd Müller gibt heute abend seinen Abschied als Fußballspieler. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Ihr Abschiedsspiel kommt reichlich spät. Wer ist schuld daran?

Müller: Erst hatte die Nationalelf keinen Termin für mich, dann klappte es bei mir nicht. Inzwischen aber weiß ich, daß nicht der Fußball-Bund das Spiel verschleppt hat.

WELT: Wer denn?

Müller: Das sage ich erst im Abschiedsspiel.

WELT: Paul Breitner und Sepp Maier, ihre beiden Mitstreiter aus großen Bayern-Tagen, hatten bei ihrem letzten Zahltag ein volles Haus. Mit wieviel Besuchern rechnen Sie?

Müller: Also, wenn 30 000 kommen, mache ich einen Luftsprung.

WELT: Ist für das mäßige Interesse allein der Termin oder etwas anderes verantwortlich?

Müller: Fußball-Lorbeer welkt eben sehr schnell.

WELT: Haben Sie nicht ein bißchen ein schlechtes Gewissen, wenn Sie zum Abschied noch einmal abkassieren?

Müller: Warum? Die anderen haben es doch auch genommen.

WELT: Franz Beckenbauer hat den Gewinn seines Hamburger Abschiedsspiels in die Beckenbauer-Stiftung eingebracht. Halten Sie das für uneigennützig oder für eine geschickte Variante, Steuern abzuschreiben?

Müller: Davon habe ich keine Ahnung.

WELT: Franz Beckenbauer spielt mit 38 Jahren noch Fußball. Sie haben längst aufgehört. Warum?

Müller: Als Libero hat der Franz gut lachen. Mittelstürmer halten sich nun mal nicht so lange.

WELT: Was ist schwieriger?

Müller: Als Torjäger wird man ganz anders herangenommen und körperlich gefordert als der freie Mann.

WELT: Sie haben in Ihrer Karriere verschiedene Verletzungen gehabt. Welche war die schlimmste?

Müller: Die Bandscheibenoperation 1977. Da dachte ich schon, das ist das Ende im Fußball.

WELT: Wie fühlen Sie sich mit 37 Jahren?

Müller: Manchmal zwickt die Bandscheibe, und seit fünf Jahren bin ich kurzsichtig. Aber sonst geht's gut. Ich lasse mich auch jedes Jahr einmal untersuchen.

WELT: Bei wem?

Müller: Bei Köhnlechner in München.

WELT: Welches Ereignis hat für Sie den höchsten Stellenwert?

Müller: Das Weltmeisterschafts-Endspiel 1974 in München, wo ich das Siegtor erzielte.

WELT: Haben Sie in Ihrem Leben einmal einen großen Fehler gemacht?

Müller: Ja, als ich mir einen Manager zulegte.

WELT: Es heißt, unter Ihrem Manager, von dem Sie sich längst wieder getrennt haben, seien Sie einen sechsstelligen Betrag losgeworden.

Müller: Ganz soviel ist es nicht gewesen.

WELT: Was war für Sie die größte Enttäuschung in Ihrer Karriere?

Müller: Die Demütigung durch Trainer Csernai in Frankfurt, als er mich ausgewechselt hat. Und das 3:4 im Halbfinale gegen Italien bei der Weltmeisterschaft 1970 in Mexiko.

WELT: Dennoch sollten Sie Csernai dankbar sein. Denn ohne ihn wären Sie vielleicht nicht in Amerika.

Müller: Das ist ein Schmarrn. Ich wollte schon vorher meine Laufbahn in Amerika beenden.

WELT: Von welchem Trainer haben Sie am meisten profitiert?

Müller: Von Branko Zebec. Der hat mir praktisch alles beigebracht.

WELT: Fällt Ihnen etwas zu Dettmar Cramer ein?

Müller: Der hat mich mit dem Cooper-Test geärgert. Da mußten wir wahnsinnig viele Runden laufen, und ich bekam dicke Oberschenkel.

WELT: Sehen Sie schwarz für die Fußballzukunft?

Müller: Nein, in Deutschland wird es eines Tages bestimmt wieder aufwärtsgehen.

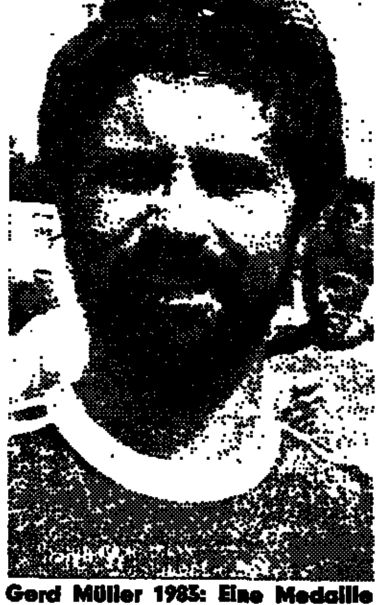
WELT: Was ist in fünf Jahren Ihrer Abwesenheit in Deutschland anders geworden?

Müller: Das Leben ist nervös und hektisch. Ganz anders als in Florida. Ich hielte es heute in Deutschland nicht mehr aus.



Gerd Müller 1972: Freude über die zweite deutsche Meisterschaft





Gerd Müller 1983: Eine Medaille aus purem Gold vom FC Bayern FOTOS: FMS

Die große Karriere: In 15 Jahren 636 Tore

sid/dpa, München

20. Oktober 1965, Hamburger Volksparkstadion. Die Münchner Bayern erteilen vor 71 000 Zuschauern dem HSV mit 4:0 eine Lektion. Torhüter Sepp Maier verletzt sich nach einem Zusammenprall mit Uwe Seeler. Mit einer Knieband-Dehnung wird „größtes Torwart von Deutschland“ (Trainer Cajkovski) vom Platz geführt. Gerd Müller stellt sich für einige Minuten zwischen die Pfosten, ehe Maier humpelnd zurückkehrt. Eine Episode aus den Stationen seiner Karriere:

Weltmeister: 1974

Europameister: 1972

Europacup-Sieger: 1974, 1975, 1976 (Landesmeister) und 1968 (Pokalsieger), Weltpokal-Sieger: 1976

Deutscher Meister: 1969, 1972, 1973, 1974

DFB-Pokal-Sieger: 1966, 1967, 1969, 1971

Europas Fußballer des Jahres: 1970

68 Tore in 62 Länderspielen für Deutschland

Torschützenkönig der Weltmeisterschaft 1970 mit zehn Treffern

Siebenmal Torschützenkönig der Bundesliga (Rekord: 40 Tore 1971/72)

Europas erfolgreichster Torschütze („*Goldener Schuh*“) *1970 und 1972*

365 Tore (Rekord) in 427 Bundesligaspielen für Bayern München

67 Tore in 74 Europacup-Spielen (Landesmeister, Pokalsieger, UEFA-Cup)

Insgesamt 636 Tore in nationalen und internationalen Pflichtspielen zwischen 1964 und 1979.

Ivan Lendl suspendiert

Prag (sid) – Der tschechoslowakische Tennisspieler Ivan Lendl wurde für die Daviscup-Begegnung mit der UdSSR vom 30. September bis 2. Oktober in Königgrätz von seinem Verband suspendiert. Lendl hatte ohne Erlaubnis an einem Schau-Turnier in Südafrika teilgenommen.

Kunstturn-WM: 43 Verbände

Budapest (sid) – 43 Verbände haben beim Internationalen Turner-Bund (ITB) für die Kunstturn-Weltmeisterschaften in Budapest (23. bis 30. Oktober) gemeldet. Bei den Männern wurden 30 und bei den Frauen 31 Riegen angekündigt.

Zwei Siege für Mögenburg

Mayen/Kamp-Lintfort (dpa) – Europameister Dietmar Mögenburg gewann zwei international besetzte *Hochsprung-Wettbewerbe*. Er erreichte in Mayen 2,22 m. Wenige Stunden später gewann er in Kamp-Lintfort mit 2,30 m.

Schuster überragend

Mallorca (sid) – Bernd Schuster und Diego Maradona waren die herausragenden Spieler beim 4:1 des FC Barcelona über den FC Mallorca am dritten Spieltag der spanischen Fußball-Meisterschaft. Schuster erzielte das 1:1, Maradona war beim 2:1 erfolgreich.

Micheler Kajak-Meister

Augsburg (dpa) – Seinen Titel verteidigte bei den deutschen Kanu-Slalommeisterschaften auf dem Eiskanal in Augsburg Peter Micheler. Der Augsburger gewann im Kajak-Einer zum vierten Mal hintereinander.

Moran Weltmeister

Marienbad (dpa) – Weltmeisterschafts-Dritter der Motorrad-Sandbahnspezialisten in Marienbad (CSSR) wurde Karl Meyer. Den Titel gewann der Amerikaner Shawn Moran, der Junioren-Europameister von 1981.

Bohne in Führung

Gottwaldov (dpa) – Bei der 26. Tour d'Europe hat das deutsche Rallye-Team Bohne/Fricker (Lohne/Ulm) auf Mercedes-Benz die Führung übernommen.

Basketball: UdSSR siegte

Budapest (sid) – Bei der 19. Europameisterschaft der Basketball-Damen gewann die Sowjetunion durch einen 91:70 (41:36)-Sieg über Bulgarien zum 13. Mal hintereinander den Titel.

EISHOCKEY

Bundesliga, 4. Spieltag: Schwenningen – Iserlohn 6:5, Köln – Kaufbeuren 7:1, Rosenheim – Mannheim 5:5, Rießersee – Landshut 4:8, Düsseldorf – Freiburg 4:3.

1. SB Rosenheim	6	3	3	0	31:22	9: 3
2. Mannheim	6	3	1	2	25:17	7: 5
3. Kölner EC	6	3	1	2	20:15	7: 5
4. ERC Freiburg	6	3	1	2	20:16	7: 5
5. ECD Iserlohn	6	3	1	2	27:25	7: 5
6. Schwenningen	6	2	2	2	20:19	6: 6
7. Düsseldorf. EG	6	3	0	3	21:26	6: 6
8. EV Landshut	6	2	1	3	22:23	5: 7
9. ESV Kaufbeuren	6	1	2	3	20:31	4: 8
10. SC Rießersee	6	1	0	5	28:40	2:10

MOTORSPORT

Meisterschaftsläufe vom ADAC-*Motorrad-Rennen in Berlin*, 250 ccm (sieben Runden) 1. Roth (Amtzell) 17:13,28 Min., 2. Eckel (Vohenstrauß) 17:13,47, 3. Besendorfer (Rosstal) 17:22,13. – **Gesamtstand der Deutschen Meisterschaft nach sieben Läufen:** 1. Roth 68 Punkte, 2. Eckel 62, 3. Wimmer 59. – 350 ccm (sieben Runden): 1. Holder (Friedrichshafen) 16:52,07, 2. Wagner (Weißenheim 16:54,32, 3. Fischer (Hanau) 17:12,80. – **Gesamtstand nach sieben *Läufen:*** *1. Schmidt (Lebach) 66,* 2. Förtsch (Neuss) 62, 3. Herweh (Lampertheim) 57. – 500 ccm: 1. Mang (Inning) 17:42,75 Min. Schnitt km/h 219,777, 2. Klein (Vaihingen) 17:45,43, 3. Gschwender (München) 17:48,36. – **Gesamtstand nach sieben Läufen:** 1. Reiner 70, 2. Gschwender 70, 3. Klein 58. – **Seitenwagen (sieben Runden):** 1. Schwärzel/Huber (Meißenheim/Oberkirch) 17:04,60, 2. Steinhausen,Kalauch *(Nürnbrecht/Nürnberg) 17:45,03,* 3. Kumano/Takashima (Oberhausen) 17:45,49. – **Gesamtstand nach sieben Läufen:** 1. Schwärzel/Huber 105, 2. Kumano/Takashima 78, 3. Feike/Diehl 37.

VOLLEYBALL

Europameisterschaft der Damen in Schwerin, 2. Spieltag: Gruppe 1: Deutschland – Bulgarien 0:3, Polen – Frankreich 3:1. – **Gruppe 2 in Cottbus:** Rumänien – CSSR 3:0, UdSSR – Holland 3:0. – **Gruppe 3 in Rostock:** Italien – Ungarn 0:3, „DDR“ – Schweden 3:0. – **Herren, Gruppe 1 in Erfurt:** Holland – CSSR 2:3, UdSSR – Finnland 3:1. – **Gruppe 2 in Suhl:** Frankreich – Rumänien 2:3, Polen – Italien 3:1. – **Gruppe 3 in Ost-Berlin:** Ungarn – Bulgarien 1:3, „DDR“ – Griechenland 3:1.

HANDBALL

Bundesliga, Herren: *Bergkamen* – Göppingen 16:22.

BADMINTON

Bundesliga: Solingen – Langenfeld 5:2, Rheinhausen – DBC/SSF Bonn 6:2, Berlin – Saar/Wiebelskirchen 4:4, 4:4, Wolfsburg – Mainz-Zahlbach 2:6, Solingen DBC – SSF Bonn 7:1, Rheinhausen – Langenfeld 8:0, Berlin – Mainz-Zahlbach 4:4, Wolfsburg – Saar/Wiebelskirchen 3:5.

GOLF

Deutsche Golflehrer-Meisterschaft in Bad Wörishofen (Standard und Par 73): 1. Gidon (St. Dionys) 72+69 (Platzrekord)+71+72=284 Schläge, 2. Vollrath (Recklinghausen) 74+70+76+73=293, 3.+4. Gögele (Augsburg) 72+72+78+73=295 und Knauß (München) 75+75+73+72=295.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45“: 2, 8, 9, 33, 40, 41, **Zusatzspiel:** 20 (ohne Gewähr).

MOTORRAD / 12. Todessturz in dieser Saison – schwerer Unfall in Berlin

Mit 280 Kilometern in der Stunde gegen die Leitplanken – Reiner außer Lebensgefahr

sid, Berlin/Scarborough

Tödliche Verletzungen zog sich der mehrmalige britische Motorradmeister Bob Smith (32) bei einem Unfall in Olivers Mount/Scarborough zu. Nach dem Sturz mit seiner 500-ccm-Suzuki wurde er von mehreren nachfolgenden Fahrern überfahren. Zwei Stunden nach der Einlieferung ins Krankenhaus erlag der britische Meister von 1981 seinen inneren Verletzungen.

Der beim Berliner ADAC-Motorradrennen am Sonntag auf der Avus schwer gestürzte ehemalige deutsche Meister in der 500-ccm-Klasse, Gustav Reiner (Bietigheim), ist außer Lebensgefahr. Der eingangs der Nordkurve bei einer Geschwindigkeit von rund 280 Kilometern in der Stunde gestürzte 30jährige Fahrer erlitt durch den Aufprall eine Gehirnerschütterung.

Das ergab nach Auskunft des Rennarztes eine Computer-Tomografie, die im Berliner Klinikum Charlottenburg vorgenommen wurde. Reiner erlangte am Montag morgen wieder das Bewußtsein und konnte auch sprechen.

Nach dem Sturz hatte sich Reiner mit seinem schweren Motorrad mehrmals überschlagen und war mit dem Kopf gegen die Leitplanke geprallt. Er war sofort mit einem Notarztwagen ins Krankenhaus gefahren worden. Kurz nach seiner Einlieferung hatte Reiner noch einmal das Bewußtsein wiedererlangt. Die Ärzte vermuteten zu Anfang Schädelbruch. Der Verdacht wurde nicht bestätigt.

12 Tote gab es seit dem 29. März bei internationalen Motorradrennen in diesem Jahr. Hinzu kommen schwere Unfälle der Deutschen Meister Herweh (Sturz in Silverstone) und Reiner, der nun auf der Avus verunglückte. Als am 29. März der Japaner Isiwoho in Lebonde (Frankreich) starb, konnten die Veranstalter noch von einer traurigen Ausnahme sprechen, doch spätestens seit dem Tod des britischen Meisters Bob Smith am Sonntagabend wird das Jahr 1983 als eines der schwärzesten in die Geschichte dieses Sports eingehen.

Was Veranstaltern und Fahrern dabei gleichermaßen vorzuwerfen ist: Unfälle, wie der Todessturz von Bob Smith in Scarborough, werden bagatellisiert, als nicht zu umgehendes Risiko dieser Branche dargestellt. Infolgedessen, so heißt es dann, müsse darüber auch nicht gesprochen werden. Und wenn, dann allenfalls in Form von Fußnoten, trotz der 12 toten Motorradsportler in diesem Jahr. Was sagte doch Anton Mang in Berlin über die Reifen, wenn mehr als 300 Stundenkilometer erreicht werden: „Die fliegen dir glatt um die Ohren, da machst du gar nichts mehr.“

Der Fall eines Funktionärs

Der Mann war 13 Jahre lang Generalsekretär seines Verbandes. Nun wurde ihm fristlos gekündigt. Gestern schon betrat Manfred Kutyniok die Geschäftsstelle des Deutschen Judo-Bundes (DJB) in Frankfurt nicht mehr. Die Vollversammlung des Verbandes hatte ihn *zuvor in Sindelfingen sogar aufgefordert*, die Schlüssel zu den Büroräumen abzugeben.

Was ist da geschehen? Kutyniok hat seit vielen Jahren sehr oft seine Frankfurter Geschäftsräumen unter Zeugen persönlich beleidigte.

So häuften sich denn die Klagen der Landesverbände, von Schleswig-Holstein bis Bayern. Der Generalsekretär, einst im Verbund mit dem früheren Sportdirektor Robert Heil einer der mächtigsten Männer im Deutschen Judo-Bund, war ins Fadenkreuz seiner Kritiker geraten.

Das Abstimmungsergebnis von Sindelfingen war für Kutyniok niederschmetternd: 16:1 Stimmen ge-

STAND PUNKT

Kompetenzen überschritten. Er hat versucht, in dem rund 180 000 Mitglieder umfassenden Verband Politik zu betreiben, er hat versucht, sich ins Judofachgemäße einzumischen. Das alles konnte nicht Aufgabe eines Generalsekretärs sein ...

So hielt sich der höchste Verwaltungsangestellte des Deutschen Judo-Bundes (DJB) schon 1977 nicht zurück, als es darum ging, in der Öffentlichkeit einem der Vizepräsidenten homosexuelle Neigungen nachzusagen. Damals wurde Kutyniok vom Verband *bereits schriftlich* abgemahnt. Er wurde später noch einmal mündlich abgemahnt, weil er Vizepräsident Klaus Glahn – den erfolgreichsten Judoka Deutschlands aller Zeiten – in den gen ihn. Da gibt es keine Basis mehr für eine weitere Zusammenarbeit, da kann nur ein Neubeginn helfen. Ein Neubeginn mit einem anderen Generalsekretär.

180 000 Mitglieder umfaßt der Deutsche Judo-Bund, und er ist in seiner Zusammensetzung vom Hochleistungssport Judo bis hin zum zenbuddhistischen Bogenschießen einer jener Verbände, die mit äußerster Sorgfalt geführt werden müssen. Das liegt in der Natur all dieser Sparten.

Kutyniok hat dies wohl alles nicht stets subtil genug beachtet. Er hat statt dessen jenen Leuten Vorwürfe und Vorhaltungen gemacht, die seit Jahren ihr Fach verstehen. So etwas mußte schiefgehen. K.Bl.

SEGELN / America's Cup

Sieg für die Australier

UPI, Newport

Über dem Rhode Island Sound weht die grüne Flagge mit dem boxenden roten Känguruh der „Australia II“ – die Australier haben das Kommando im America's Cup der Hochseesegler übernommen. Die dritte Wettfahrt dieser ältesten und teuersten Sportveranstaltung der Welt endete mit einem Triumph der Australier mit dem berühmten, von den Amerikanern bekämpften Flossenkiel über die US-Yacht „Liberty“. Damit führen die Amerikaner nur noch 2:1. Sieger ist, wer zuerst vier Wettfahrten gewonnen hat. Maximal werden sieben Rennen gesegelt.

Tausende von Zuschauern verfolgten auf rund 1100 Begleitschiffen, Yachten, Ozeandampfern und Rettungsbooten die Niederlage der „Liberty“, deren Steuermann Dennis Conner 1980 schon einmal den America's Cup erfolgreich für die USA verteidigt hatte. Erstmals hatte die „Australia II“ keine technischen Schwierigkeiten, keine Probleme mit den Segeln und dem Ruder. Hunderte von illuminierten Booten begleiteten die „Australia II“ auf der Rückfahrt vom Rennen. „Wir sind natürlich glücklich und zufrieden, daß wir endlich bewiesen haben, wie gut wir sein können“, erklärte Skipper Bertrand. „Die Frustration der letzten Tage mit ihren Widrigkeiten ist vorüber.“

„Belagerung" des Stuttgarter Landtags

xhk, **Stuttgart**

Die „Friedensbewegung" wird den Stuttgarter Landtag von heute an drei Monate lang belagern. Wie Sprecher der „Landtagsaktion" innerhalb der Aktionsgruppen gestern in Stuttgart erläuterten, wird die „gewaltfreie" Aktion vor und möglicherweise auch im Parlamentsgebäude in sieben Stufen „eskalieren". Während zunächst die Aktionen in der ersten Stufe (20.–30. September) außerhalb der Bannmeile stattfinden (Treffen und Diskussionen mit Passanten), ist für die Stufe zwei vom 1. Oktober an eine „bewußte Übertretung" der Bannmeile geplant.

Am Ende der zweiten Eskalationsstufe (15. Oktober) planen die Initiatoren eine „Umzingelung" des Landtagsgebäudes. Den Höhepunkt sollen „Mahnwachen Tag und Nacht" vom 1. bis 12. Dezember bilden. Ferner sollen zum 4. Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses am 12. Dezember die Landtagsabgeordneten „in ihren Büros" aufgesucht werden. Wörtlich heißt es, man müsse „so lange dort bleiben, bis die Abgeordneten Initiative ergreifen und sich öffentlich gegen die Nachrüstung aussprechen".

Air France nicht nach Moskau

dpa, **Paris**

Zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Boykotts vor einer Woche hat am Montag die tägliche Maschine der französischen Fluggesellschaft Air France nicht von Paris nach Moskau abfliegen können. Die Gesellschaft fand, wie sie mitteilte, keine freiwillige Cockpit-Mannschaft mehr.

80 Prozent der rund 1400 Piloten der Air France sind Mitglieder der SNPL-Gewerkschaft, die seit dem vergangenen Dienstag die Moskau-Flüge boykottiert. Zunächst konnte die Air France aber Bordmannschaften ohne Boykotteure zusammenstellen und Flüge garantieren.

Am Montag mußten 119 Passagiere auf ihren Direktflug verzichten. Heute will die SNPL über das weitere Vorgehen entscheiden.

EKD kritisiert „starres Gleichgewichtsdenken"

Erklärung zur Friedensdebatte / „Risiken in Kauf nehmen"

DW./epd, **Frankfurt**

Eine Abkehr vom „starren und schematischen Gleichgewichtsdenken", wobei ein begrenztes Risiko zeitweilig in Kauf genommen werden solle, hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gefordert. In einer gestern veröffentlichten Erklärung „zur Friedensdiskussion im Herbst 1983" wird ebenso die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen abgelehnt.

Darüber hinaus appellierte der Rat an die Kompromißbereitschaft der Großmächte, um bei den Genfer Mittelstreckenverhandlungen eine drastische Verminderung der in Europa stationierten Raketen zu erreichen.

Der Rat erinnert in seiner Erklärung an die These der Friedensdenkschrift aus dem Jahre 1981, wonach der Frieden besser mit politischen als mit militärischen Mitteln gesichert werden könne. Als konkrete Schritte zur Friedenssicherung wird unter anderem ein „nuclear freeze" verstanden, das heißt ein Stopp der Entwicklung, Erprobung, Produktion und Aufstellung neuer Atomwaffen.

„Die Drohung mit dem Ersteinsatz von Atomwaffen zur Verteidigung gegen einen konventionellen Angriff" dürfe nicht Grundlage der westlichen Strategie bleiben, weil der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln für das christliche Gewissen unerträglich sei, heißt es.

Durch die Abkehr vom Gleichgewichtsdenken sollten die im Abschreckungssystem liegenden Gefahren zurückgedrängt werden. Dabei könne es „notwendig sein, begrenzte Risiken vorübergehend in Kauf zu nehmen".

In der Erklärung wird jedoch darauf hingewiesen, daß „der Protest gegen die Nachrüstung" als solcher „nicht die Qualität eines Widerstandes gegen den Staat" habe, sondern eine Bewährungsprobe für die freiheitliche Demokratie sei. „Wer den äußeren Frieden sichern" wolle, dürfe den „inneren Frieden nicht der Gewalt opfern", heißt es weiter.

Bush: Auch bei Nachrüstung weiterverhandeln

rtr/AP/AFP, **Bukarest**

Der amerikanische Vizepräsident George Bush hält eine Fortsetzung der Genfer Abrüstungsverhandlungen auch nach der geplanten Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen der NATO in Westeuropa für möglich. Kurz vor seiner Abreise von Rumänien nach Ungarn erklärte Bush, zwar halte die NATO an dem für Dezember geplanten Stationierungsbeginn fest, wenn in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen bis dahin kein Ergebnis erzielt worden sei. Die USA seien jedoch in Genf so lange wie nötig gesprächsbereit.

Über seine Gespräche mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu sagte Bush, man habe sich über dessen Vorschlag einer direkten europäischen Beteiligung in Genf nicht einigen können. Bush würdigte die großen Erfahrungen Ceausescus im Nahen Osten, wo er Kontakte mit den Palästinensern und Israel pflege. Ceausescu habe „sehr interessante" Vorschläge für Nahostverhandlungen vorgebracht. Nach seinem Ungarn-Besuch beschließt Bush seine Europa-Reise morgen in Wien.

Libanon: USA und Syrien greifen verstärkt in die Kämpfe ein

Amerikanisches Kriegsschiff bombardiert drusische Stellungen / Kämpfe um Suk el Garb

RS. **Beirut**

Syrien und die Vereinigten Staaten haben gestern verstärkt in die Auseinandersetzungen in Libanon eingegriffen. Die Kämpfe im Lande konzentrierten sich zunehmend auf die strategisch wichtige Stadt Suk el Garb im Schuf-Gebirge.

Die drusischen Milizen kämpfen dabei nach eigenen Angaben erstmals außerhalb Beiruts gemeinsam mit der schiitischen Amal-Miliz. Daneben werden die drusischen Einheiten von PLO-Kommandos, die mit sowjetischen Panzern des Typs T-54 ausgerüstet sind, unterstützt. Die Artillerie des syrischen Truppenkontingents in Libanon unterstützt das Vorgehen der drusischen Milizen. Der libanesische Rundfunk dementierte am Nachmittag die Meldung, Suk el Garb sei von den drusischen Verbänden eingenommen worden. Doch deutet der verstärkte Einsatz der libanesischen Luftwaffe sowie der erstmalige direkte Beschuß syrischer Stellungen durch die libanesische Armee auf eine verzweifelte Situation der libanesischen Truppen hin.

Sollte Suk el Garb fallen, so hätten die Drusen und die mit ihnen verbündeten PLO-Einheiten sowie die schiitischen Milizen freien Zugang zur Hauptstadt Beirut. Damit würde aber der Bestand der Regierung Gemayel gefährdet.

Ein Durchbruch der drusisch-palästinensischen Kontingente nach Beirut würde auch die Kontingente der internationalen Friedenstruppe, die zum Schutz der libanesischen Regierung in Beirut und am internationalen Flughafen stationiert sind, gefährden. Dies ist auch der Grund, warum die Vereinigten Staaten gestern wieder in die Kämpfe eingegriffen haben. Nach Angaben des libanesischen Rundfunks beschoß ein amerikanisches Kriegsschiff mehrmals Stellungen in den Schuf-Bergen. Zuvor war das amerikanische Kontingent aus diesem Gebiet mit Artillerie angegriffen worden. Damaskus hatte Washington wiederholt davor gewarnt, Stellungen der syrischen Truppen in Libanon anzugreifen (Die WELT 19. September).

US-Präsident Reagan ist bereit, für den Schutz der in Beirut stationierten Marineinfanteristen alle erforderlichen Mittel einzusetzen. In einem gestern erschienenen Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Newsweek" sagte Reagan, er sei bereit einzusetzen, „was auch immer notwendig sein wird, um unsere Männer zu schützen". Gleichzeitig trat Reagan Spekulationen entgegen, Washington wolle sein militärisches *Engagement in Libanon verstärken*. Die Rolle der US-Truppen in Libanon sei die einer stabilisierenden Macht, die dem Land helfen solle, sich als souveräner Staat zu regenerieren. Diese einschränkenden Äußerungen Reagans beziehen sich offenbar auf die zunehmenden Warnungen in den Vereinigten Staaten vor einer Ausweitung der Intervention in Libanon.

In die Diskussion über die Aufgabe der Marines in Libanon hat auch indirekt der libanesische Präsident Amin Gemayel eingegriffen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC beschuldigte er Syrien, durch seine militärische Präsenz in Libanon eine Aussöhnung zwischen Drusen und Christen zu verhindern.

Drusenführer Walid Dschumblatt seinerseits nannte in einem Interview mit dem amerikanischen CBS-Fernsehen den Abzug der libanesischen Armee aus dem Schuf und eine Waffenruhe als Voraussetzung für Verhandlungen mit Präsident Gemayel.

Der israelische Verteidigungsminister Moshe Arens appellierte am Wochenende an die Drusen, in ihre Dörfer im Schuf zurückzukehren und nicht an den Kämpfen um Beirut teilzunehmen.

Auf den Spuren Luthers

Generalsynode in Coburg eröffnet / Friedensdebatte

ohn. **Bonn**

Unter dem Stichwort „500 Jahre Martin Luther" steht die Generalsynode '83 der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), die heute in Coburg eröffnet wird. Der VELKD gehören die lutherischen Landeskirchen von Bayern, Braunschweig, Hannover, Nordelbien und Schaumburg-Lippe mit 9,6 Millionen Mitgliedern in 4149 Gemeinden an.

Schon der Eröffnungsgottesdienst in der Coburger Moritzkirche wird auf die Spuren Luthers führen. Hier hat der Reformator 1530 gepredigt, während er auf der Veste Coburg den Ausgang des Augsburger Reichstags mit der Vorlage der Confessio Augustana abwartete.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet das ökumenische Forum „Hat Luther uns erreicht? – Antworten aus fünf Kontinenten". Den aktuellen Bezug wird vermutlich der öffentliche Vortrag des braunschweigischen Landesbischofs Gerhard Müller „Unmittelbar zu Gott – verantwortlich in der Welt – was ist das?" aufgreifen. Obgleich die Tagesordnung keinen ausdrücklichen Bezug darauf nimmt, ist anzunehmen, daß in den Aussprachen auch die Fragenkomplexe „Friedensbewegung", „Friedensbewahrung" und „Nachrüstung" zur Sprache kommen werden. Zwar ist in der VELKD die Diskussion bisher ruhiger verlaufen als im westdeutschen Protestantismus insgesamt, doch gibt es auch hier bisher im Hinblick auf den „heißen Herbst" keinen verbindlichen Konsens.

FDP klagt auf Fernsehteilnahme

dpa, **Bonn**

Die hessische FDP hat ein Stuttgarter Anwaltbüro beauftragt, die Beteiligung ihres Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt an der Fernsehsendung des Hessischen Rundfunks „Vier Tage vor der Wahl" am Mittwoch durchzusetzen. Der Sender verweigert die Teilnahme Gerhardts mit der Begründung, daß die FDP nicht im Landtag vertreten ist. Das Anwaltbüro sieht hierin einen Verstoß gegen das hessische Rundfunkgesetz, nach dem Parteien, die in allen Wahlkreisen Wahlvorschläge eingereicht haben, beanspruchen können, an Aussprachen von Parteivertretern beteiligt zu werden. Unabhängig davon ergebe sich dieser Anspruch aus dem vom Bundesverfassungsgericht betonten Gesichtspunkt der Chancengleichheit.

Droht Belgien ein Generalstreik?

Gewerkschaften wollen Ausstand auf freie Wirtschaft ausdehnen / Kompromiß abgelehnt

BODO RADKE, **Brüssel**

Belgien als Gastland der wichtigsten Dienststellen der Europäischen Gemeinschaft und der NATO erlebte gestern den achten Tag ohne jeglichen Eisenbahnverkehr und den siebten Tag ohne Postzustellung. Am Wochenende hatten Marathonverhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und den Gewerkschaften keine Entschärfung des Sozialkonflikts gebracht.

Die Minister legten zwar eine Reihe neuer Vorschläge zur Änderung der angekündigten Sparmaßnahmen vor, bekräftigten aber den Standpunkt des Kabinetts, daß im öffentlichen Dienst jährlich acht Milliarden Franc (400 Millionen Mark) eingespart werden müßten. Das sollte zunächst für 1984 dadurch erreicht werden, daß die bisher übliche Vorauszahlung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst in eine Zahlung am Monatsende nach geleisteter Arbeit umgewandelt wird, wie das in der freien Wirtschaft der Fall ist.

Eine solche Umstellung wurde von den Gewerkschaften kategorisch abgelehnt. Die Absicht der Regierung, zur Vermeidung von Härten Weihnachtsgratifikationen und andere Zuwendungen 1984 vorzeitig zu überweisen, ist aus der Sicht der Gewerkschaftsfunktionäre reine Verschleierungstaktik. In der Praxis, so sagen sie, wolle die Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten – in Belgien sind das rund 800 000 bei einer Gesamteinwohnerzahl von knapp zehn Millionen Menschen – um ein volles Monatsgehalt schädigen.

Die Gewerkschaften lehnten nicht nur die aus einem Zwölf-Punkte-Programm bestehenden Vorschläge der Regierung ab. Sozialistische Gewerkschaftsführer drohten sogar ganz offen damit, auch die Miglieder der Arbeitnehmer-Organisationen ihrer politischen Richtung in den Betrieben der freien Wirtschaft zum Streik aufzurufen. Die mit den christdemokratischen Parteien der Flamen und Wallonen eng verflochtenen katholischen Gewerkschaften gingen zwar nicht so weit, lehnten aber eine Wiederaufnahme der Arbeit im öffentlichen Dienst ab. Die liberalen Gewerkschaften wollen mit der Regierung so bald wie möglich weiterverhandeln.

Am dramatischsten ist die Lage im Hafen von Antwerpen, der Drehscheibe für Belgiens Außenhandel. Die Kapitäne der auf die Einfahrt in die Schelde-Mündung wartenden Frachter müssen sich allmählich entscheiden, ob sie auf Häfen anderer Länder ausweichen sollen.

Rechtlich hat Belgiens Regierung *die Möglichkeit der Dienstverpflichtung* von Streikenden. Funktionäre besonders der sozialistischen Gewerkschaften haben aber bereits erklärt, daß damit nichts erreicht würde. Entweder würde eine solche Anordnung einfach nicht beachtet werden, oder die Betroffenen würden zwar ihren Arbeitsplatz einnehmen, aber keinen Finger rühren.

Eine Änderung der Situation in Belgien, die naturgemäß auch viele Menschen in Nachbarstaaten wie der Bundesrepublik Deutschland in Mitleidenschaft zieht, ist frühestens am Mittwoch zu erwarten. Denn einige Gewerkschaftsinstanzen wollen erst wieder am Dienstagabend zusammentreten. (SAD)

CSSR-Grenzer schossen auf drei „DDR"-Flüchtlinge

rtr/dpa/AP, **München**

Im Kugelhagel einer Grenzpatrouille ist am Sonntagmorgen an der tschechoslowakischen Grenze die Flucht dreier Männer aus der „DDR" in die Bundesrepublik teilweise gescheitert. Wie die bayerische Grenzpolizei mitteilte, konnte nur einer unverletzt bayerisches Gebiet erreichen.

Insgesamt fielen sechs Schüsse. Einer der drei etwa 30jährigen Männer rannte im Kugelhagel überstürzt in Richtung bayerische Grenze und verlor dabei den Kontakt zu seinen Begleitern, die wahrscheinlich gestellt und verhaftet wurden. Nicht ganz ausgeschlossen sei, daß noch ein Flüchtling die Grenze überwunden habe und sich im Wald verborgen halte, hieß es.

Die drei Männer aus der „DDR" hatten die gemeinsame Flucht über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik verabredet. Sie versuchten den Durchbruch durch die Sperranlagen in einem Waldgebiet des mittleren Grenzabschnitts. Zunächst konnten die Flüchtlinge die tschechoslowakischen Sperranlagen überwinden. Dann aber, so die Berichte, seien sie noch vor der Grenze auf eine Streife der tschechoslowakischen Grenztruppen gestoßen. Die Soldaten hätten sofort das Feuer eröffnet.

Pakistan empört über afghanischen Bombenangriff

rtr, **Islamabad**

Westliche Diplomaten in Islamabad erwarten eine weitere deutliche Abkühlung in den schon schlechten Beziehungen zwischen Pakistan und Afghanistan. Dies ergebe sich aus dem von Pakistan gemeldeten Bombenangriff afghanischer Kampfflugzeuge auf ein pakistanisches Dorf, bei dem am Wochenende ein Mann ums Leben gekommen und einer verletzt worden war.

Wie Pakistans staatlicher Rundfunk berichtete, waren sieben afghanische Düsenjäger des sowjetischen Typs MiG-21 in den pakistanischen Luftraum eingedrungen und hatten acht Bomben auf ein Dorf bei der Stadt Parachinar abgeworfen, die 140 Kilometer westlich der nordwestlichen Provinzhauptstadt Peshawar liegt. In dem Gebiet, das wie eine Pfeilspitze in afghanisches Territorium hineinragt, leben viele der drei Millionen Flüchtlinge, die Afghanistan nach der sowjetischen Invasion des Jahres 1979 verlassen haben.

Es war zunächst nicht klar, ob der Angriff einem Flüchtlingslager in dem Gebiet galt. In pakistanischen Regierungskreisen wird der Angriff als die schwerste Grenzverletzung seit Dezember 1981 betrachtet.

Noch kein Votum zur Nachrüstung

Nea./rmc. **Mainz/Bonn**

Für den ordentlichen Landesparteitag der rheinland-pfälzischen SPD am 1. Oktober in Mainz-Finthen lag bis gestern noch kein Antrag vor, eine mögliche Nachrüstung so, wie es der Landesverband Baden-Württemberg beschlossen hat, schon jetzt abzulehnen. Damit erscheint die SPD Rheinland-Pfalz als erster Landesverband die Haltung des SPD-Bundesvorstandes zu unterstützen, der seine Entscheidung nicht vor dem Bundesparteitag im November fällen möchte.

Für die Haltung des Bundesvorstandes hat sich auch der Bezirksparteitag der rheinhessischen SPD mit 108 gegen 62 Stimmen ausgesprochen. Allerdings stehen am kommenden Wochenende noch die Bezirksparteitage der Pfalz in Eisenberg und von Rheinland-Hessen-Nassau in Bitburg bevor.

Der mit 20 000 Mitgliedern zweitgrößte SPD-Unterbezirk in der Bundesrepublik Deutschland, Recklinghausen, hat auf seinem außerordentlichen Parteitag mit 105 zu 99 Stimmen eine vorweggenommene Entscheidung zur Nachrüstung abgelehnt. Damit grenzt sich Recklinghausen von der Mehrheit der Untergliederungen der SPD ab, die sich für eine bedingungslose Ablehnung aussprechen.

Bonn bestätigt: Neue Linie für Genf

● Fortsetzung von Seite 1

mögliche Kompensation für das sowjetische Verlangen nach Anrechnung der britischen und französischen Atomwaffen von europäischer Seite noch nicht als ausreichend betrachtet. Als weiteres Zugeständnis wird erwogen, die Gefechtsköpfe auf den britischen und französischen Raketen in die *„europäische Rechnung"* gegenüber der Sowjetunion einzubringen.

Auf den nicht einzeln lenkbaren Sprengköpfen von zusammen 162 britischen und französischen Raketen würden dann auf westlicher Seite mehr als 300 Sprengkörper zu zählen sein, obwohl diese nicht geeignet sind, voneinander räumlich separierte Ziele zu treffen. Sie, so ist beabsichtigt, würden dann gegenüber den älteren sowjetischen Raketenmodellen der Typen SS 4 und SS 5 aufzurechnen sein.

Was die Rolle der ballistischen Rakete Pershing 2 angeht, so sind in den NATO-Geheimberatungen die Tendenzen stärker geworden, dieses Waffensystem nötigenfalls bei entsprechendem sowjetischem Verhandlungsdruck ganz zu opfern. In dem vor dem Beginn der Sitzung der „Besonderen Beratungsgruppe" anvisierten Konzept wäre ohnehin nur noch Raum für 60 oder weniger Pershing-2-Raketen. Dem Vernehmen nach wächst bei den Regierungsexperten die Bereitschaft, zu sagen, die ballistischen Raketen endgültig fallenzulassen, wenn man auf diese Weise in Genf ein Verhandlungsergebnis erwarten kann.

Des weiteren verstärkt sich die Tendenz in der NATO, auch die von der Bundeswehr unterhaltenen Pershing-1-A-Geschwader in die Genfer Verhandlungen mit der Sowjetunion einzubringen. Damit erhofft sich der Westen offenbar, ein sowjetisches Einlenken zum Einfrieren der östlichen Raketenrüstung mit Reichweiten unter 1000 Kilometer einhandeln zu können. Es gibt in der NATO starke Befürworter dieses Konzepts, die sagen, die Aufgaben der 72 Pershing-1-A-Raketen mit einer Reichweite von rund 750 Kilometer könnten von atomwaffentragenden Tornado-Flugzeugen übernommen werden. Käme es dazu, daß die Sowjetunion auf derartige westliche Pläne einginge, besäße sie nicht nur bei den ballistischen Raketen mit Reichweiten über tausend Kilometer ein Übergewicht, sondern auch bei denen geringerer Reichweiten. In der Reichweiten-Kategorie um 500 Kilometer würde die NATO in Europa über kein Waffensystem mehr verfügen, die Sowjetunion jedoch in Gestalt der modernen Typen SS 22 und SS 23 über rund 650 Stück.



1980 bis 1983: Zweites Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Das Schlußdokument von Madrid im Wortlaut

Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde.

Im Bundestag haben am vergangenen Freitag alle Fraktionen die Ergebnisse des Madrider KSZE-Folgetreffens bejaht. Zweifel galten nur der Frage, ob der Osten die Beschlüsse auch wirklich ausführen werde. Das beginnt schon bei der von allen Teilnehmerstaaten zugesagten Veröffentlichung der Texte. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" beispielsweise hat den Wortlaut des Madrider Schlußdokuments nur in seiner Ostberliner Stadtausgabe abgedruckt – die Mehrheit der „DDR"-Bewohner bekam ihn nicht zu Gesicht. Als erste deutsche Zeitung gibt die WELT nun auf den folgenden Seiten in ihrer Gesamtauflage den vollen Text des Schlußdokuments einschließlich seiner Anhänge wieder, ergänzt durch ein Interview mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher über die Bedeutung der Beschlüsse. Dadurch erhält jeder Leser die Möglichkeit, sich genau zu informieren und sein eigenes Urteil zu bilden.

Europäische Sicherheitskonferenz KSZE

NATO: USA, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien, Türkei

Warschauer Pakt: UdSSR, Bulgarien, CSSR, 'DDR', Polen, Rumänien, Ungarn

Sonstige: Finnland, Irland, Jugoslawien, Liechtenstein, Malta, Monaco, Österreich, San Marino, Zypern, Vatikanstaat, Schweiz, Schweden

DIE WELT

1.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa trafen sich in Madrid vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Schlußakte betreffend die Folgen der Konferenz sowie auf der Grundlage anderer einschlägiger, während des von der KSZE eingeleiteten Prozesses angenommener Dokumente.

2.

Der Ministerpräsident Spaniens richtete am 12. November 1980 eine Ansprache an die Teilnehmer.

3.

Eröffnungserklärungen wurden von allen Delegationsleitern, unter ihnen Außenminister und stellvertretende Außenminister einer Anzahl von Teilnehmerstaaten, abgegeben. Einige Außenminister richteten auch in späteren Phasen das Wort an das Treffen.

4.

Beiträge wurden von Vertretern der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) sowie der UNESCO geleistet.

Beiträge wurden ferner von folgenden nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten geleistet: Algerien, Ägypten, Israel, Marokko und Tunesien.

5.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten unterstrichen die große politische Bedeutung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des von ihr eingeleiteten Prozesses sowie der Mittel und Wege, welche sie den Staaten bietet, ihre Bemühungen zur Stärkung der Sicherheit, zur Entwicklung der Zusammenarbeit und zur Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses in Europa zu fördern. Sie bekräftigten daher ihre Verpflichtung im Hinblick auf den Prozeß der KSZE und betonten die Bedeutung der Durchführung aller Bestimmungen und der Achtung aller Prinzipien der Schlußakte durch jeden von ihnen als wesentlich für die Entwicklung dieses Prozesses. Ferner unterstrichen sie die Bedeutung, die sie der Sicherheit und wirklichen Entspannung beimessen, während sie die Verschlechterung der internationalen Lage seit dem Belgrader Treffen 1977 bedauerten.

Die Teilnehmerstaaten kamen daher überein, daß erneute Anstrengungen unternommen werden sollten, der Schlußakte durch konkrete unilaterale, bilaterale und multilaterale Maßnahmen volle Wirksamkeit zu verleihen, um das Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten wiederherzustellen, was eine wesentliche Verbesserung in ihren gegenseitigen Beziehungen ermöglichen würde. Sie waren der Ansicht, daß die Zukunft des KSZE-Prozesses einen ausgewogenen Fortschritt in allen Teilen der Schlußakte erfordert.

6.

In Übereinstimmung mit dem in der Schlußakte und in der Tagesordnung des Madrider Treffens vorgesehenen Mandat nahmen die Vertreter der Teilnehmerstaaten einen vertieften Meinungsaustausch vor, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben, als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Eruopa und die Entwicklung des Entpannungsprozesses in der Zukunft.

7.

Es wurde bestätigt, daß der vertiefte Meinungsaustausch in sich selbst einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der von der KSZE gesetzten Ziele darstellt. In diesem Zusammenhang bestand Einvernehmen darüber, daß diese Ziele nur durch eine unilateral, bilateral und multilateral erfolgende fortgesetzte Durchführung aller Bestimmungen und durch die Achtung aller Prinzipien der Schlußakte erreicht werden können.

8.

Während dieses Meinungsaustausches wurden unterschiedliche und zuweilen gegensätzliche Auffassungen über den von Teilnehmerstaaten bisher erreichten Grad der Durchführung der Schlußakte zum Ausdruck gebracht. Während gewisse Fortschritte vermerkt wurden, kam Besorgnis angesichts der ernsthaften Mängel bei der Durchführung dieses Dokuments zum Ausdruck.

9.

Kritische Einschätzungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln wurden über die Anwendung und Achtung der Prinzipien der Schlußakte gegeben. Bei diesen Einschätzungen wurden ernsthafte Verletzungen einer Reihe dieser Prinzipien bedauert. Die Teilnehmerstaaten, die zeitweise auf höherer Ebene vertreten waren, erachteten es daher für notwendig, in verschiedenen Phasen des Treffens festzustellen, daß die strikte Anwendung und Achtung dieser Prinzipien in all ihren Aspekten für die Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten wesentlich sind.

Es wurde auch die Notwendigkeit unterstrichen, daß die Beziehungen der Teilnehmerstaaten zu allen anderen Staaten im Geiste dieser Prinzipien gestaltet werden sollten.

10.

Besorgnis wurde über den fortdauernden Mangel an Vertrauen zwischen Teilnehmerstaaten zum Ausdruck gebracht.

Besorgnis wurde auch über die Ausbreitung von Terrorismus geäußert.

11.

Die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte betreffend vertrauensbildende Maßnahmen, Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik und der Umwelt sowie Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen wurde eingehend erörtert. Es besteht die Auffassung, daß die durch die Schlußakte gebotenen zahlreichen Möglichkeiten nicht genügend genutzt wurden. Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum wurden ebenfalls erörtert.

12.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigten ihre Verpflichtung zur Fortsetzung des Prozesses der KSZE, wie dies in dem in der Schlußakte enthaltenen Kapitel über die Folgen der Konferenz vereinbart wurde.

13.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten nahmen die Berichte der Expertentreffen und des „Wissenschaftlichen Forums" zur Kenntnis und berücksichtigten im Verlaufe ihrer Beratungen die Ergebnisse dieser Treffen.

14.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten prüften alle Vorschläge, die zu den obigen Fragen unterbreitet wurden, und vereinbarten folgendes:

Fragen der Sicherheit in Europa

Die Teilnehmerstaaten bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck,

– neue Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinne zu einem wirksamen wie auch dauerhaften, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß zu machen, gemäß den in der Schlußakte eingegangenen Verpflichtungen;

– Lösungen offener Fragen mit friedlichen Mitteln zu suchen;

– konsequent alle Bestimmungen der Schlußakte zu erfüllen, insbesondere alle in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, enthaltenen zehn Prinzipien ungeachtet ihrer politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Systeme als auch ihrer Größe, geographischen Lage oder ihres wirtschaftlichen Entwicklungsstandes strikt und uneingeschränkt zu achten und in die Praxis umzusetzen, einschließlich ihrer Verpflichtung, ihre Beziehungen zu allen anderen Staaten im Geiste dieser Prinzipien zu gestalten;

– Beziehungen der gegenseitigen Zusammenarbeit, der Freundschaft und des Vertrauens zu entwickeln und sich jeglicher Handlung zu enthalten, die im Widerspruch zur Schlußakte steht und solche Beziehungen beeinträchtigen könnte;

– echte Anstrengungen zur Durchführung der Schlußakte zu ermutigen;

– echte Anstrengungen zu unternehmen, die auf die Eindämmung zunehmender Aufrüstung sowie auf die Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und die Förderung der Abrüstung gerichtet sind.

Prinzipien

1.

Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, diese Prinzipien voll zu achten und anzuwenden und folglich mit allen Mitteln, sowohl rechtlich als auch praktisch, ihre höhere Wirksamkeit fördern. Sie sind der Auffassung, daß eines dieser Mittel darin bestehen könnte, den zehn in der Schlußakte niedergelegten Prinzipien in der der Praxis und den Verfahrensweisen eines jeden Landes gemäßen Form in den einzelnen Gesetzgebungen Ausdruck zu verleihen.

2.

Sie erkennen es als wichtig an, daß durch Teilnehmerstaaten geschlossene Verträge und Abkommen die einschlägigen Prinzipien widerspiegeln und mit ihnen in Einklang stehen und, wo angemessen, auf sie verweisen.

3.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen die Notwendigkeit, daß die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt als Norm des internationalen Lebens strikt und wirksam eingehalten werden sollte. Zu diesem Zweck betonen sie ihre Pflicht, gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte, dementsprechend zu handeln.

4.

Die Teilnehmerstaaten verurteilen den Terrorismus einschließlich des Terrorismus in internationalen Beziehungen, da er das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder in anderer Weise Menschenrechte und Grundfreiheiten gefährdet, und unterstreichen die Notwendigkeit, entschiedene Maßnahmen zu seiner Bekämpfung zu ergreifen. Sie bringen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung terroristischer Handlungen sowohl auf nationaler Ebene als auch durch internationale Zusammenarbeit, einschließlich geeigneter bilateraler und multilateraler Abkommen, zu ergreifen und folglich die gegenseitige Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Handlungen zu erweitern und zu verstärken. Sie kommen überein, dies im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, der Deklaration der Vereinten Nationen über Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Schlußakte von Helsinki zu tun.

5.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung terroristischer Handlungen werden sie alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß ihr jeweiliges Territorium zur Vorbereitung, Organisierung oder Verübung terroristischer Tätigkeiten, einschließlich solcher, die sich gegen andere Teilnehmerstaaten und ihre Bürger richten, benutzt wird. Dies schließt auch Maßnahmen ein, um auf ihrem Territorium illegale Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen zu verbieten, welche zur Verübung terroristischer Handlungen anstiften, sie organisieren oder sich daran beteiligen.

6.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen, daß sie sich der direkten oder indirekten Unterstützung terroristischer Tätigkeiten oder subversiver oder anderer Tätigkeiten enthalten werden, die auf den gewaltsamen Umsturz des Regimes eines anderen Teilnehmerstaates gerichtet sind. Dementsprechend werden sie sich unter anderem der Finanzierung, Ermutigung, Schürung oder Duldung solcher Tätigkeiten enthalten.

7.

Sie erklären ihre Entschlossenheit, ihr Möglichstes zu tun, um für alle offiziellen Vertreter und Personen, die auf ihrem Territorium an Tätigkeiten im Rahmen diplomatischer, konsularischer oder anderer offizieller Beziehungen teilnehmen, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten.

8.

Sie betonen, daß alle Teilnehmerstaaten in der Schlußakte die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten anerkennen, deren Achtung ein wesentlicher Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen ist, die ihrerseits erforderlich sind, um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen sowie zwischen allen Staaten zu gewährleisten.

9.

Die Teilnehmerstaaten unterstreichen ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind, zu fördern und zu ermutigen, und ständige und spürbare Fortschritte in Übereinstimmung mit der Schlußakte zu sichern, mit dem Ziel einer weiteren und stetigen Entwicklung auf diesem Gebiet in allen Teilnehmerstaaten, ungeachtet ihres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems.

Sie unterstreichen gleichfalls ihre Entschlossenheit, ihre Gesetze und Vorschriften im Bereich der zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten zu entwickeln; sie betonen ebenfalls ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung dieser Rechte und Freiheiten zu gewährleisten.

Sie erinnern an das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf dem Gebiet der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu kennen und auszuüben, wie in der Schlußakte festgelegt, und werden in ihren jeweiligen Ländern die notwendigen Maßnahmen zur wirksamen Gewährleistung dieses Rechts ergreifen.

10.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen, daß sie die Freiheit des Individuums anerkennen und achten werden, sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen zu einer Religion oder Überzeugung in Übereinstimmung mit dem, was sein Gewissen ihm gebietet, zu bekennen und diese auszuüben; außerdem kommen sie überein, die zu deren Gewährleistung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

In diesem Zusammenhang werden sie, wann immer erforderlich, religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen, die im verfassungsmäßigen Rahmen ihres jeweiligen Landes wirken, konsultieren.

Sie werden Anträge religiöser Gemeinschaften von Gläubigen, die im verfassungsmäßigen Rahmen ihres Staates wirken bereit sind, den Status zu erhalten, der in ihrem jeweiligen Land für religiöse Bekenntnisse, Institutionen und Organisationen vorgesehen ist, wohlwollend prüfen.

11.

Sie unterstreichen auch die Bedeutung ständiger Fortschritte bei der Gewährleistung der Achtung und des tatsächlichen Genusses der Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, sowie beim Schutz ihrer legitimen Interessen, wie dies in der Schlußakte vorgesehen ist.

12.

Sie unterstreichen die Bedeutung der Gewährleistung der Gleichberechtigung von Mann und Frau; dementsprechend kommen sie überein, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine gleichermaßen effektive Teilnahme von Männern und Frauen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu fördern.

13.

Die Teilnehmerstaaten werden das Recht der Arbeiter, Gewerkschaften frei einzurichten und ihnen beizutreten, das Recht der Gewerkschaften auf freie Ausübung ihrer Tätigkeiten und sonstiger Rechte gewährleisten, wie sie in den einschlägigen internationalen Dokumenten niedergelegt sind. Sie stellen fest, daß diese Rechte in Befolgung der Gesetze des Staates und in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen des Staates ausgeübt werden. Sie werden, soweit angemessen, direkte Kontakte und Verbindungen zwischen solchen Gewerkschaften und deren Vertretern ermutigen.

14.

Sie bekräftigen, daß Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung der obigen Ziele ihrer Zusammenarbeit beizutragen.

15.

Sie bekräftigen die besondere Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Internationalen Konventionen über Menschenrechte und anderer einschlägiger internationaler Dokumente für ihre gemeinsam und einzeln unternommenen Anstrengungen zur Stimulierung und Entwicklung der universellen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; sie appellieren an alle Teilnehmerstaaten, im Einklang mit diesen internationalen Dokumenten zu handeln, und fordern die Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben auf, die Möglichkeit des Beitritts zu den Konventionen zu prüfen.

16.

Sie kommen überein, die Nutzung bilateraler Gespräche am runden Tisch auf freiwilliger Grundlage zwischen Delegationen, welche von jedem Teilnehmerstaat zusammengestellt werden, wohlwollend in Erwägung zu ziehen, um gemäß einer vereinbarten Tagesordnung im Geiste der gegenseitigen Achtung Fragen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Absicht zu erörtern, ein höheres Maß an Verständnis und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte zu erreichen.

17.

Sie beschließen, ein Expertentreffen der Teilnehmerstaaten zu Fragen betreffend die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in ihren Staaten in all ihren Aspekten, wie in der Schlußakte festgelegt, einzuberufen.

Auf Einladung der Regierung Kanadas wird das Expertentreffen ab 7. Mai 1985 in Ottawa stattfinden. Es wird Schlußfolgerungen und Empfehlungen abfassen, die den Regierungen aller Teilnehmerstaaten vorzulegen sind.

Dem Treffen wird ein Vorbereitungstreffen vorausgehen, das auf Einladung der Regierung Kanadas am 23. April 1985 in Ottawa beginnen wird.

18.

In Übereinstimmung mit der im Bericht des Expertentreffens von Montreux enthaltenen Empfehlung wird auf Einladung der Regierung Griechenlands ein weiteres Expertentreffen der Teilnehmerstaaten einberufen werden. Es wird in Athen stattfinden und am 21. März 1984 beginnen, mit dem Vorhaben, auf der Grundlage der Schlußakte die Prüfung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen mit dem Ziel fortzusetzen, bestehende Methoden zu ergänzen. Das Treffen wird den in dem oben erwähnten Bericht dargelegten gemeinsamen Ansatz berücksichtigen.

19.

Eingedenk des Rechts jedes Teilnehmerstaates, internationalen Organisationen anzugehören oder nicht anzugehören, Vertragspartei bilateraler oder multilateraler Verträge zu sein oder nicht zu sein, einschließlich des Rechts, Vertragspartei eines Bündnisses zu sein oder nicht zu sein, sowie des Rechts auf Neutralität, nehmen die Teilnehmerstaaten Kenntnis von der Erklärung der Regierung der Republik Malta, in der diese erklärte, daß als ein wirksamer Beitrag zu Entspannung, Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum die Republik Malta ein neutraler Staat ist, der eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgt. Sie rufen alle Staaten auf, diese Erklärung zu achten.

Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa

Die Teilnehmerstaaten,

eingedenk der Bestimmungen der Schlußakte, denen zufolge sie ihrer aller Interesse an Bemühungen anerkennen, die auf die Verminderung militärischer Konfrontation und die Förderung der Abrüstung gerichtet sind,

sind übereingekommen, eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einzuberufen.

1.

Das Ziel der Konferenz ist es, als substantieller und integraler Bestandteil des durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingeleiteten multilateralen Prozesses unter Teilnahme aller Unterzeichnerstaaten der Schlußakte etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, Fortschritte bei der Festigung des Vertrauens und der Sicherheit und bei der Verwirklichung der Abrüstung zu erzielen, um der Pflicht der Staaten, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu enthalten, Wirkung und Ausdruck zu verleihen.

2.

Die Konferenz wird somit einen Prozeß einleiten, dessen erste Phase der Verhandlung und Annahme eines Satzes einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen gewidmet sein wird, die darauf gerichtet sind, die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa zu vermindern.

3.

Die erste Phase der Konferenz wird ab 17. Januar 1984 in Stockholm abgehalten.

4.

Auf der Grundlage der Gleichheit der Rechte, der Ausgewogenheit und Gegenseitigkeit, der gleichen Achtung der Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten der KSZE und ihrer jeweiligen Verpflichtungen, betreffend vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, werden diese vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen ganz Europa sowie das angrenzende Seegebiet * und den angrenzenden Luftraum umfassen. Sie werden militärisch bedeutsam und politisch verbindlich sein und von angemessenen Formen der Verifikation begleitet werden, die ihrem Inhalt entsprechen.

In bezug auf das angrenzende Seegebiet * und den angrenzenden Luftraum werden diese Maßnahmen auf die dort stattfindenden militärischen Tätigkeiten aller Teilnehmerstaaten anwendbar sein, soweit diese Tätigkeiten sowohl die Sicherheit in Europa berühren als auch einen Teil von Tätigkeiten in ganz Europa, wie oben angeführt, konstituieren, die anzukündigen sie vereinbaren werden. Notwendige Spezifizierungen werden durch die Verhandlungen über die vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen auf der Konferenz erfolgen.

Die vorstehend gegebene Definition der Zone mindert in keiner Weise bereits mit der Schlußakte eingegangene Verpflichtungen. Die auf der Konferenz zu vereinbarenden vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen werden auch in allen Gebieten anwendbar sein, die von irgendeiner der Bestimmungen der Schlußakte betreffend vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung erfaßt werden.

Die von den Verhandlungspartnern festgelegten Bestimmungen treten in den Formen und nach dem Verfahren in Kraft, die durch die Konferenz vereinbart werden.

5.

Unter Berücksichtigung des obengenannten Ziels der Konferenz wird das nächste Folgetreffen der Teilnehmerstaaten der KSZE, das ab 4. November 1986 in Wien stattfinden wird, die in der ersten Phase der Konferenz erreichten Fortschritte beurteilen.

6.

Unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte und nach Überprüfung der durch die erste Phase der Konferenz erreichten Ergebnisse sowie im Lichte anderer einschlägiger, Europa betreffender Verhandlungen über Sicherheit und Abrüstung wird ein künftiges KSZE-Folgetreffen Wege und geeignete Mittel für die Teilnehmerstaaten zur Fortsetzung ihrer Bemühungen um Sicherheit und Abrüstung in Europa prüfen, einschließlich der Frage einer Ergänzung des gegenwärtigen Mandats für die nächste Phase der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa.

7.

Ein Vorbereitungstreffen, das mit der Festlegung der Tagesordnung, des

* In diesem Zusammenhang ist der Begriff „angrenzendes Seegebiet" so zu verstehen, daß er sich auch auf an Europa angrenzende ozeanische Gebiete bezieht.

Zeitplanes und anderer organisatorischer *Modalitäten für die erste Phase* der Konferenz betraut wird, wird ab 25. Oktober 1983 in Helsinki abgehalten. Seine Dauer soll drei Wochen nicht überschreiten.

8.

Die Verfahrens- und die Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten, die für die KSZE gelten, werden sinngemäß auf die Konferenz und auf das im vorstehenden Paragraphen erwähnte Vorbereitungstreffen angewendet. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt werden.

Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt

1.

Die Teilnehmerstaaten sind der Auffassung, daß die Verwirklichung aller *Bestimmungen der Schlußakte* und die volle Respektierung der darin niedergelegten Prinzipien über die Beziehungen unter ihnen eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt bilden. Gleichzeitig bekräftigen sie ihre Überzeugung, daß die Zusammenarbeit in diesen Bereichen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt beiträgt. In diesem Geiste drücken sie erneut ihre Entschlossenheit aus, diese Zusammenarbeit untereinander, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen und sozialen *Systeme, fortzusetzen* und zu verstärken.

2.

Die Teilnehmerstaaten bestätigen ihr Interesse an der Förderung angemessener, günstiger Bedingungen zur *weiteren Entwicklung* des *Handels* und der industriellen Kooperation zwischen ihnen, insbesondere durch die volle Erfüllung aller Bestimmungen des zweiten Kapitels der Schlußakte, um so besseren Gebrauch von den durch ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Potential geschaffenen Möglichkeiten zu machen. In diesem Zusammenhang und in Anbetracht der bereits zum Zwecke der Überwindung aller Arten von Handelshemmnissen unternommenen unilateralen, bilateralen und multilateralen Anstrengungen bekräftigen sie ihre Absicht, weitere Anstrengungen mit dem Ziel zu unternehmen, alle Arten von der Entwicklung des Handels entgegenstehenden Hemmnissen zu verringern oder schrittweise auszuschalten.

Unter Berücksichtigung der von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) auf dem Gebiet aller Arten von Handelshemmnissen bereits ausgeführten Arbeiten empfehlen sie, weitere Arbeiten zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Hemmnisse auszurichten und sie mit dem Ziel zu untersuchen, Möglichkeiten zu ihrer Verringerung oder schrittweisen Ausschaltung aufzufinden, um so zu einer harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

3.

Auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte bezüglich der Geschäftskontakte und -möglichkeiten erklären die Teilnehmerstaaten ihre Absicht, Anstrengungen zu unternehmen, um die wirksamere und raschere Abwicklung von Geschäftsverhandlungen und -aktivitäten zu fördern und weiterhin Bedingungen zu schaffen, die engere Kontakte zwischen Vertretern und Experten von Verkaufsfirmen auf der einen Seite sowie Käufern und Abnehmerfirmen auf der anderen Seite in allen Stadien des Geschäftsganges erleichtern. Sie werden auch andere Formen operativer Kontakte zwischen Verkäufern und Abnehmern fördern, wie die Veranstaltung technischer Symposien und Vorführungen sowie von Aus- und Weiterbildungskursen über Kundendienst für Fachkräfte von Abnehmerfirmen und -organisationen.

Sie kommen auch überein, Maßnahmen zu treffen, um Dienstleistungen und Einrichtungen sowie Arbeitsbedingungen für Vertreter ausländischer Firmen und Organisationen auf ihrem Territorium weiterzuentwickeln und zu verbessern, einschließlich Fernmeldeeinrichtungen für Vertreter solcher Firmen und Organisationen, sowie diese und andere Erleichterungen für zeitweilig anwesendes Personal, insbesondere auch für Personal vor Ort zu schaffen. Sie werden sich weiterhin bemühen, Maßnahmen zu ergreifen, um soweit wie möglich Verfahren für die Registrierung ausländischer Firmenvertretungen und Büros sowie für die Gewährung von Einreisevisa für Vertreter der Wirtschaft zu beschleunigen.

4.

Die Teilnehmerstaaten erklären ihre Absicht, die regelmäßige Veröffentlichung und Verbreitung wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen möglichst rasch zu gewährleisten, *die so zusammenzustellen sind*, daß die Beurteilung der Marktmöglichkeiten erleichtert und damit der Prozeß der Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen industriellen Kooperation wirksam unterstützt wird.

Zu diesem Zweck und um weitere Fortschritte bei der Erreichung der in den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte dargelegten Ziele zu machen, beabsichtigen sie, ihre Bemühungen zu intensivieren, um die Vergleichbarkeit, den Umfang und die Klarheit ihrer Wirtschafts- und Handelsstatistiken zu verbessern, indem sie insbesondere erforderlichenfalls die folgenden Maßnahmen treffen: durch Einbeziehung angemessen definierter und, wo es möglich ist, auf konstante Werte begründeter zusammenfassender Indizes in ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken; durch Veröffentlichung ihrer Zwischenstatistiken, wenn immer technisch möglich, in mindestens vierteljährlichem Rhythmus; durch Veröffentlichung ihrer statistischen Erhebungen in genügender Detailliertheit, um die oben erwähnten Ziele zu erreichen, indem sie insbesondere für ihre Außenhandelsstatistiken eine Warenaufstellung verwenden, die die Bestimmung einzelner Waren für Zwecke der Marktanalyse gestattet; durch Bemühen darum, daß ihre Wirtschafts- und Handelsstatistiken den von dem betreffenden Staat bisher herausgegebenen an Umfang nicht nachstehen.

Weiterhin bekunden sie, daß sie willens sind, in Richtung des baldigen Abschlusses der in den zuständigen UN-Gremien unternommenen Arbeiten an der Harmonisierung und Angleichung statistischer Nomenklaturen zusammenzuarbeiten.

Die Teilnehmerstaaten erkennen ferner an, daß es nützlich ist, in anderen Teilnehmerstaaten vorhandene wirtschaftliche und kommerzielle Informationen für Unternehmen und Firmen in ihren Ländern auf geeigneten Wegen bereitzustellen.

5.

Die Teilnehmerstaaten sind sich der Notwendigkeit bewußt, die Bedingungen für eine wirksamere Arbeitsweise von auf dem Gebiet der Absatzförderung tätigen Institutionen und Firmen weiter zu verbessern, und werden daher einen aktiveren Austausch von Kenntnissen und Techniken fördern, die für eine wirksame Absatzförderung nötig sind, sowie intensivere Beziehungen zwischen solchen Institutionen und Firmen ermutigen. Sie kommen überein, die von der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa gebotenen Möglichkeiten voll zu nutzen, um ihre Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern.

6.

Die Teilnehmerstaaten stellen fest, daß in ihren wirtschaftlichen Beziehungen die Anzahl von Kompensationsgeschäften in all ihren Formen ansteigt. Sie erkennen die nützliche Rolle an, die solche auf gegenseitig annehmbarer Grundlage abgeschlossenen *Geschäfte spielen können*. Gleichzeitig erkennen sie an, daß bei solchen Geschäften durch Verknüpfung von Käufen und Verkäufen Probleme entstehen können.

Unter Berücksichtigung der von der ECE auf diesem Gebiet bereits ausgeführten Studien empfehlen die Teilnehmerstaaten, die weitere Arbeit zu dieser Materie insbesondere auf die Identifizierung solcher Probleme und die Prüfung von Möglichkeiten für ihre Lösung auszurichten, um zur harmonischen Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen beizutragen.

7.

Die Teilnehmerstaaten erkennen an, daß die Ausweitung der industriellen Kooperation, auf der Grundlage ihres gegenseitigen Interesses und motiviert von wirtschaftlichen Erwägungen, zur weiteren Entwicklung und Diversifizierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen und zu einer breiteren Nutzung moderner Technologie beitragen kann.

Sie erkennen die nützliche Rolle an, welche bilaterale Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit, darunter gegebenenfalls solche mit langfristigem Charakter, spielen können. Sie drükken ferner ihre Bereitschaft aus, günstige Bedingungen für die Entwicklung der industriellen Kooperation zwischen kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen zu fördern. Zu diesem Zweck und mit dem Ziel, die Bestimmungen neuer Möglichkeiten für Projekte der industriellen Kooperation zu erleichtern, erkennen sie an, daß es wünschenswert ist, die Bedingungen für die Geschäftstätigkeit und den Austausch wirtschaftlicher und kommerzieller Informationen unter den kompetenten Organisationen, Unternehmen und Firmen, einschließlich kleiner und mittlerer Unternehmen, weiter zu *entwickeln und zu verbessern.*

Sie stellen auch fest, daß neue Formen der industriellen Kooperation, einschließlich solcher mit Organisationen, Institutionen und Firmen dritter Länder, in Aussicht genommen werden können, falls dies im gegenseitigen Interesse der potentiellen Partner liegt.

Sie empfehlen, daß die ECE danach strebt und fortfährt, besondere Aufmerksamkeit ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der industriellen Kooperation zu widmen, unter anderem indem sie ihre Bemühungen weiterhin auf die Prüfung von Wegen zur Förderung günstiger Bedingungen für die Entwicklung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet richtet, einschließlich der Organisation von Symposien und Seminaren.

8.

Die Teilnehmerstaaten erklärten ihre Bereitschaft, ihre Anstrengungen, die auf eine breitere Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen am Handel und an der industriellen Kooperation gerichtet sind, fortzuführen. Eingedenk der insbesondere solche Unternehmen betreffenden Probleme werden sich die Teilnehmerstaaten bemühen, die in den vorhergehenden Absätzen behandelten Bedingungen weiter zu verbessern, um die Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen auf den oben erwähnten Gebieten zu erleichtern. Die Teilnehmerstaaten empfehlen ferner, daß die ECE ihre Sonderstudien hinsichtlich dieser Probleme weiterentwickeln möge.

9.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energie an, unter anderem derjenigen mit langfristigem Charakter, sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Grundlage. Sie begrüßen die bisher durch solche Bemühungen erzielten Ergebnisse und insbesondere die von der ECE geleistete Arbeit und bekunden ihre Unterstützung für die Fortführung der Zusammenarbeit zwischen den Hohen Regierungsberatern der ECE-Mitgliedstaaten in Energiefragen, die auf die Erfüllung aller Teile ihres Auftrages gerichtet ist.

10.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen ihr Interesse am Abbau und an der Verhinderung technischer Handelsschranken und begrüßen die verstärkte Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, *unter anderem die Arbeit der für die Normierungspolitik innerhalb der* ECE verantwortlichen Regierungsvertreter. Sie werden den Abschluß von internationalen Übereinkünften über Prüfverfahren fördern, die sich gegebenenfalls auf die gegenseitige Zustimmung zu Prüfverfahren erstrecken, welche gegenseitig *zufriedenstellende* Garantien bieten.

11.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, geeignete Schritte zu unternehmen, um die Inanspruchnahme von Schiedsverfahren zu erleichtern *und* ihren Umfang als Mittel zur Beilegung von Streitfällen im internationalen Handel und in der industriellen Kooperation zu erweitern. Sie empfehlen, wenn angebracht, insbesondere die Anwendung der Bestimmungen der Konvention der Vereinten Nationen über die Anerkennung und Durchsetzung ausländischer Schiedssprüche von 1958 sowie einen breiteren Rückgriff auf die Schiedsregeln, die von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht ausgearbeitet wurden. Sie treten auch dafür ein, daß den Parteien auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlußakte bei der Wahl der Schiedsrichter und des Ortes des Schiedsverfahrens, einschließlich der Wahl der Schiedsrichter und des Ortes des Schiedsverfahrens in einem dritten Land, Freiheit gewährt wird.

12.

Die Teilnehmerstaaten erkennen die wichtige Rolle des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Länder, insbesondere jener an, die sich wirtschaftlich im *Entwicklungsstadium befinden.* Unter Berücksichtigung der Ziele, welche die betreffenden Länder oder Institutionen in ihren bilateralen und multilateralen Beziehungen verfolgen, betonen sie die Notwendigkeit, die Formen und Methoden der Kooperation im Bereich der Wissenschaft und Technik auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und auf der Grundlage des gegenseitigen Einvernehmens und anderer Vereinbarungen weiterzuentwickeln, wie dies in der Schlußakte vorgesehen ist, wie zum Beispiel internationale Programme und kooperative Projekte, wobei sie auch verschiedene Formen von Kontakten, einschließlich direkter und persönlicher Kontakte, zwischen Wissenschaftlern und Fachleuten sowie von Kontakten und Verbindungen zwischen interessierten Organisationen, wissenschaftlichen und technischen Institutionen und Unternehmen nutzen.

In diesem Zusammenhang erkennen sie den Wert eines verbesserten Austausches und einer besseren Verbreitung von Informationen über wissenschaftliche und technische Entwicklungen als ein Mittel an, die Prüfung, den Transfer und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften in Bereichen der von den interessierten Seiten vereinbarten Kooperation auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils zu erleichtern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, daß die ECE im Bereich der Wissenschaft und Technik durch geeignete Mittel und Wege der Ausarbeitung von Studien und praktischen Projekten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsländern gebührende Beachtung schenken soll.

Ferner kommen die Teilnehmerstaaten überein, eingedenk des einschlägigen Teils des Berichts des „Wissenschaftlichen Forums", die Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft auf bilateraler, multilateraler und subregionaler Ebene zu fördern, unter anderem mit dem Ziel der Verbesserung der Vieh- und Pflanzenzucht und der Sicherung einer optimalen Nutzung und Erhaltung der Wasserressourcen. Zu diesem Zweck werden sie die weitere Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und -zentren in ihren Ländern durch den Austausch von Informationen, die gemeinsame Durchführung von Forschungsprogrammen, die Abhaltung von Treffen zwischen Wissenschaftlern und Fachleuten sowie andere Methoden fördern.

Die Teilnehmerstaaten ersuchen die *ECE und andere zuständige internationale* Organisationen, die Durchführung dieser Tätigkeiten zu unterstützen und die Möglichkeiten für einen breiteren Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu prüfen.

13.

Die Teilnehmerstaaten begrüßen mit Befriedigung die wichtigen Schritte, die zur Stärkung der Zusammenarbeit im Rahmen der ECE auf dem Gebiet des Umweltschutzes unternommen wurden, einschließlich des Treffens auf hoher Ebene zum Umweltschutz (13. bis 16. November 1979). Unter gebührender Berücksichtigung der in anderen zuständigen internationalen Organisationen geleisteten oder geplanten Arbeit empfehlen sie die Fortsetzung der diesbezüglichen Bemühungen, darunter:

- vorrangiges Herangehen an die wirksame Durchführung der Bestimmungen der auf dem Treffen auf hoher Ebene angenommenen *Entschließung* betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,
- die baldige Ratifizierung der auf dem Treffen auf hoher Ebene unterzeichneten Konvention betreffend grenzüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen,
- Durchführung der in der Erklärung über abfallarme und abfallose Technologie und die Wiederverwendung und das Recycling von Abfallstoffen enthaltenen Empfehlungen,
- Durchführung der Beschlüsse B und C der 35. ECE-Tagung betreffend die Erklärung über die Grundsätze der Verhütung und Kontrolle der Wasserverschmutzung, einschließlich der grenzüberschreitenden Verschmutzung,
- *Unterstützung* bei der Durchführung des Arbeitsprogramms der ECE betreffend den Umweltschutz, darunter die auf dem Gebiet des Schutzes von Flora und Fauna laufenden Arbeiten.



Fast drei Jahre lang tagte die Europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) in Madrid FOTO: DPA

14.

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen der Schlußakte über Wanderarbeit in Europa stellen die Teilnehmerstaaten fest, daß sich jüngste Entwicklungen der Weltwirtschaft auf die Lage der Wanderarbeiter ausgewirkt haben. In diesem Zusammenhang verleihen *die Teilnehmerstaaten ihrem* Wunsch Ausdruck, die Aufnahme- und Herkunftsländer mögen im Geiste des beiderseitigen Interesses und der Zusammenarbeit ihre Kontakte verstärken, um die allgemeine Lage der Wanderarbeiter und ihrer Familien, unter anderem den Schutz ihrer Menschenrechte, einschließlich ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, zu verbessern, wobei insbesondere die speziellen Probleme der zweiten Generation von Wanderarbeitern zu berücksichtigen sind. Sie werden auch bemüht sein, dort, wo eine angemessene Nachfrage besteht, angemessenen Unterricht in der Sprache der Kultur der Herkunftsländer zu bieten oder zu fördern.

Die Teilnehmerstaaten empfehlen, neben anderen Maßnahmen zur Erleichterung der sozialen und wirtschaftlichen Wiedereingliederung zurückkehrender Wanderarbeiter durch geeignete gesetzgeberische Maßnahmen oder gegenseitige Abkommen die Auszahlung von Pensionsansprüchen sicherzustellen, so wie sie nach dem System sozialer Sicherheit, zu dem solche Arbeiter im Aufnahmeland zugelassen worden sind, erworben oder festgestellt worden sind.

15.

Die Teilnehmerstaaten erkennen weiterhin die Bedeutung an, die die Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches über die Ausbildung von Führungskräften für ihre wirtschaftliche Entwicklung hat. Zu diesem Zweck empfehlen sie, in einem geeigneten bestehenden Rahmen und mit Hilfe interessierter Organisationen, wie zum Beispiel der ECE und der Internationalen Arbeitsorganisation, ein Symposium von Verantwortlichen für in der Ausbildung von Führungskräften für Verwaltung und Unternehmen spezialisierte Dienststellen und Einrichtungen durchzuführen, um Informationen über Probleme und Methoden dieser Ausbildung auszutauschen, Erfahrungen zu vergleichen und die Entwicklung von Beziehungen zwischen den betreffenden Zentren zu ermutigen.

16.

Die Teilnehmerstaaten begrüßen den wertvollen Beitrag der ECE hinsichtlich der multilateralen Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte, betreffend die Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt. Im Bewußtsein des Potentials der ECE zur Intensivierung der Zusammenarbeit in diesen Bereichen empfehlen sie die breiteste Nutzung der vorhandenen Mechanismen und Ressourcen, um die Durchführung der einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte im Interesse ihrer Mitgliedländer, *einschließlich jener innerhalb* der ECE-Region, die sich wirtschaftlich im Entwicklungsstadium befinden, fortzusetzen und zu festigen.

17.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen unter Berücksichtigung ihres in den Bestimmungen der Schlußakte zum Ausdruck gebrachten Willens die Entschlossenheit eines jeden von ihnen, stabile und ausgewogene internationale Wirtschaftsbeziehungen im gegenseitigen Interesse aller Staaten zu fördern und in diesem Geiste in gerechter Weise an der Förderung und Festigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten unter ihnen, teilzunehmen. Außerdem stellen sie die Nützlichkeit fest, in Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern unter anderem *konkrete Projekte zu identifizieren* und auszuführen, um zur wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern beizutragen.

Sie erklären auch ihre Bereitschaft, zu den gemeinsamen Bemühungen zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen sowie zur Verwirklichung der Strategie für die dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen in der angenommenen Form. Sie erkennen die Bedeutung des Beginns gegenseitig vorteilhafter und angemessen vorbereiteter globaler Verhandlungen bezüglich internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit für Entwicklung an.

Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

1.

Die Teilnehmerstaaten, in Anbetracht der Tatsache, daß die Sicherheit in Europa, gesehen im weiteren Zusammenhang der Sicherheit der Welt, mit der Sicherheit im Mittelmeerraum in seiner Gesamtheit eng verbunden ist, bekräftigen ihre Absicht, zum Frieden, zur Sicherheit und zur Gerechtigkeit in der Mittelmeerregion beizutragen.

2.

Sie geben ferner ihrem Willen Ausdruck,

- positive Schritte zu unternehmen, um die Spannungen zu vermindern und die Stabilität, die Sicherheit und den Frieden im Mittelmeerraum zu stärken und zu diesem Zweck ihre Anstrengungen zu erhöhen, um mit friedlichen Mitteln gerechte, lebensfähige und dauerhafte Lösungen für entscheidende offene Fragen zu finden, ohne Anwendung von Gewalt oder anderer mit den Prinzipien der Schlußakte nicht zu vereinbarender Mittel, um Vertrauen und Sicherheit zu stärken und dafür Sorge zu tragen, daß in der Region Frieden herrscht;
- Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, Vertrauen und Sicherheit zu stärken;
- gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten in der Region unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und im Geiste der Prinzipien zu entwickeln, welche in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten der Schlußakte leiten, enthalten sind;
- weiterhin die Möglichkeit von Adhoc-Treffen von Mittelmeerländern zu prüfen, mit dem Ziel, die Sicherheit zu stärken und die Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu intensivieren.

3.

Außerdem werden die Teilnehmerstaaten im Rahmen der Durchführung des Berichts von Valletta die Möglichkeiten erwägen, die sich durch neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Infrastruktur des Transportwesens zur Erleichterung eines neuen Handels- und Industrieaustausches sowie durch die Verbesserung bestehender Verkehrsnetze und durch eine umfassendere *Koordinierung von Investitionen* auf dem Gebiet des Transportwesens zwischen interessierten Partnern bieten. In diesem Zusammenhang empfehlen sie, im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa eine Studie vorzunehmen, um die derzeitigen und potentiellen Verkehrsströme im Mittelmeerraum festzustellen, die sich auf die Teilnehmerstaaten und andere Staaten dieser Region erstrecken, wobei auf diesem Gebiet bereits laufende Arbeiten zu berücksichtigen sind. Des weiteren werden sie die Frage der in Übereinstimmung mit den bestehenden IMO-Vorschriften erfolgenden Einführung oder Ausdehnung der Anwendung geeigneter technischer Methoden zur Unterstützung der maritimen Navigation, vor allem in Meerengen, erwägen.

4.

Sie nehmen ferner mit Befriedigung Kenntnis von den Ergebnissen des Expertentreffens, das in Valletta zum Thema der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen des Kapitels der Schlußakte betreffend den Mittelmeerraum abgehalten wurde. Sie bekräftigen *die Schlußfolgerungen* und Empfehlungen des Berichts dieses Treffens und kommen überein, sich demgemäß davon leiten zu lassen. Sie nehmen ebenfalls von laufenden Bemühungen Kenntnis, die darauf gerichtet sind, diese, soweit angemessen, durchzuführen. Zu diesem Zweck kommen die Teilnehmerstaaten überein, auf Einladung der Regierung Italiens ein vom 16. bis 26. Oktober 1984 abzuhaltendes Seminar nach Venedig einzuberufen, um die bereits unternommenen oder geplanten Initiativen in allen im Bericht des Treffens von Valletta umrissenen Bereichen zu prüfen und, soweit erforderlich, umfassendere *Entwicklungen in diesen* Bereichen anzuregen.

Vertreter der zuständigen internationalen Organisationen und Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten werden gemäß den auf dem Treffen von Valletta angenommenen Regeln und Verfahren zu diesem Seminar eingeladen. *

Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen

Die Teilnehmerstaaten,

Eingedenk der einleitenden Abschnitte des Kapitels der Schlußakte über Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen einschließlich jener betreffend die Entwicklung der gegenseitigen Verständigung zwischen ihnen und Entspannung sowie jener betreffend Fortschritte beim Austausch auf dem Gebiet der Kultur und Bildung, eine größere Verbreitung von Information, Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Probleme,

Entschlossen, die Zusammenarbeit in diesen Bereichen fortzusetzen und zu erweitern und eine umfassendere Nutzung der durch die Schlußakte gebotenen Möglichkeiten zu erreichen,

Sind übereingekommen, nunmehr das Folgende durchzuführen:

---

* Die Organisierung des Seminars von Venedig ist in der Erklärung des Vorsitzenden vom 6. Sept. 1983 (siehe Anhang I) dargelegt.

Menschliche Kontakte

1.

Die Teilnehmerstaaten werden Gesuche in bezug auf Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, auf Familienzusammenführung und auf Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten wohlwollend behandeln und im gleichen Geiste über sie entscheiden.

2.

Sie werden über diese Gesuche bei Familienbegegnungen in Dringlichkeitsfällen so zügig wie möglich, bei Familienzusammenführung und Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten im Normalfall innerhalb *von sechs Monaten und* bei anderen Familienbegegnungen innerhalb allmählich kürzer werdender Fristen entscheiden.

3.

Sie bestätigen, daß die Einreichung oder erneute Einreichung von Gesuchen in diesen Fällen zu keiner Veränderung der Rechte *und Pflichten der* Gesuchsteller oder ihrer Familienmitglieder unter anderem hinsichtlich Beschäftigung, Wohnung, Aufenthaltsstatus, Familienunterstützung, Zugang zu Leistungen auf sozialem oder wirtschaftlichem Gebiet oder in der Bildung sowie jedweder anderer sich aus den Gesetzen und Vorschriften des betreffenden Teilnehmerstaates ergebenden Rechte und Pflichten führen wird.

4.

Die Teilnehmerstaaten werden die *notwendigen* Informationen über die von Gesuchstellern in diesen Fällen zu befolgenden Verfahren und über die einzuhaltenden Vorschriften geben sowie auf Ersuchen des Gesuchstel*lers* die einschlägigen Formulare zur Verfügung stellen.

5.

Sie werden, so notwendig, im Zusammenhang mit diesen Gesuchen erhobene Gebühren, einschließlich derjenigen für Visa und Pässe, allmählich verringern, um sie auf eine im Verhältnis zum durchschnittlichen Monatseinkommen in dem betreffenden Teilnehmerstaat angemessene Höhe zu bringen.

6.

Gesuchsteller werden von der getroffenen Entscheidung so zügig wie möglich in Kenntnis gesetzt. Im Falle einer Ablehnung werden die Gesuchsteller auch von ihrem Recht auf erneute Einreichung von Gesuchen nach angemessen kurzen Zeitabständen in Kenntnis gesetzt.

7.

Die Teilnehmerstaaten bekräftigen *ihre Verpflichtung, die Bestimmun*gen hinsichtlich diplomatischer und anderer offizieller Missionen und konsularischer Stellen anderer Teilnehmerstaaten, welche in einschlägigen *multilateralen oder bilateralen Kon*ventionen enthalten sind, in vollem Umfang durchzuführen und das normale Funktionieren jener Missionen zu erleichtern. Der Zugang von Besu*chern zu diesen Missionen* wird unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen Sicherheitsbedürfnisse dieser Missionen gewährleistet.

8.

Sie bekräftigen ebenfalls ihre Bereitschaft, innerhalb ihrer Zuständigkeit angemessene Schritte, ein*schließlich – dann*, wenn angebracht – notwendiger Sicherheitsmaßnahmen, zu unternehmen, um zufriedenstellende Bedingungen für Tätigkeiten im Rahmen der gegenseitigen Zu*sammen*arbeit innerhalb ihres Territoriums zu gewährleisten, an denen Bürger anderer Teilnehmerstaaten beteiligt sind, wie z. B. für sportliche und kulturelle Veranstaltungen.

9.

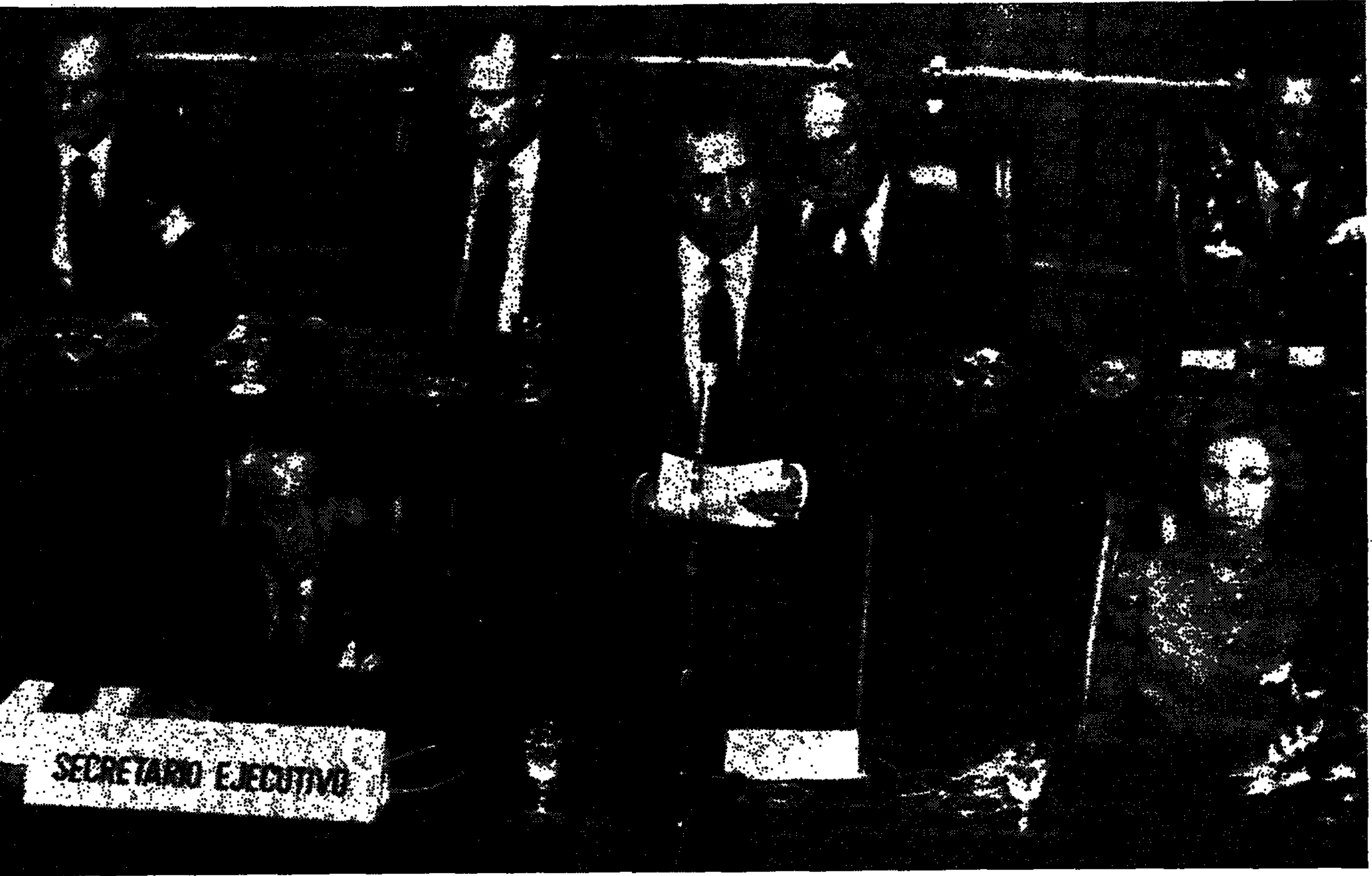
Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, wo angebracht, die Bedingungen in bezug auf rechtlichen und konsularischen Beistand sowie auf medizinische Betreuung für Bürger anderer Teilnehmerstaaten, die sich aus persönlichen oder beruflichen Gründen zeitweilig innerhalb ihres Territoriums befinden, zu verbessern, wobei sie einschlägige multilaterale oder bilaterale Konventionen oder Abkommen gebührend berücksichtigen.

10.

Sie werden die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte weiter durchführen, so daß religiöse Bekenntnisse, *Institutionen und Organi*sationen und deren Vertreter in den Bereichen ihrer Tätigkeit untereinander Kontakte und Treffen entwickeln sowie Informationen austauschen können.

11.

Die Teilnehmerstaaten werden Kontakte und den Austausch unter der Jugend ermutigen und die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen ihren Jugendorganisationen fördern. Sie werden für die Durchführung von Bildungs-, Kultur- und anderen vergleichbaren Veranstaltungen und Aktivitäten unter der Jugend und zwischen Jugendorganisationen eintreten. Ebenfalls werden sie für die Untersuchung von Problemen in bezug auf die jüngere Generation eintreten. Die Teilnehmerstaaten werden die Entwicklung des individuellen oder kollektiven Jugendtourismus, wenn notwendig auf der Grundlage von Vereinbarungen, fördern, indem sie unter anderem zur Gewährung geeigneter Erleichterungen seitens der Verkehrsbehörden und Tourismusorganisationen der Teilnehmerstaaten oder solcher Erleichterungen wie derjenigen ermutigen, welche durch die am System „Inter-Rail" teilnehmenden Eisenbahnbehörden geboten werden.



Mit einer Rede des spanischen Königs Juan Carlos wurde das Madrider Folgetreffen der KSZE am 6. September beendet. FOTO: DPA

Information

1.

Die Teilnehmerstaaten werden weiterhin die freiere und weitere Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinendem gedrucktem Material, welches aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt wird, sowie eine Erhöhung der Anzahl von Stellen, an denen diese Veröffentlichungen zum allgemeinen Verkauf ausliegen, fördern. Diese Veröffentlichungen werden auch in Lesesälen in großen öffentlichen Bibliotheken und ähnlichen *Institutionen zugänglich* sein.

2.

Insbesondere werden die Teilnehmerstaaten zur Erleichterung einer besseren Verbreitung gedruckter Informationen Kontakte und Verhandlungen zwischen ihren kompetenten Firmen und Organisationen zum Zweck des Abschlusses langfristiger Vereinbarungen und Verträge mit dem Ziel einer Erhöhung der Mengen und der Anzahl der Titel von Zeitungen und anderen Veröffentlichungen, die aus anderen Teilnehmerstaaten eingeführt werden, fördern. Sie halten es für wünschenswert, daß die Verkaufspreise ausländischer Veröffentlichungen im Verhältnis zu den *Preisen in ihren Herkunftsländern* nicht überhöht sind.

3.

Sie bestätigen ihre Absicht, gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte die der Öffentlichkeit gebotenen Bezugsmöglichkeiten für Abonnements zu erweitern.

4.

Sie werden die weitere Ausdehnung der Zusammenarbeit zwischen den Massenmedien und ihren Vertretern, insbesondere zwischen dem Redaktionspersonal von Presseagenturen, Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehorganisationen sowie von Filmgesellschaften, fördern. Sie werden einen regelmäßigeren Austausch von Nachrichten, Artikeln, Beilagen und Sendungen sowie den Austausch von Redaktionspersonal für die bessere Kenntnis der jeweiligen praktischen Arbeit fördern. Auf der Grundlage der Gegenseitigkeit werden sie die materiellen und technischen Hilfsmittel verbessern, die ständig oder zeitweilig akkreditierten Fernseh- und Rundfunkberichterstattern gewährt werden. Ferner werden sie direkte Kontakte unter Journalisten sowie Kontakte im Rahmen von Berufsorganisationen erleichtern.

5.

Sie werden ohne ungebührliche Verzögerung über Visaanträge von Journalisten entscheiden und abgelehnte Gesuche innerhalb einer angemessenen Frist erneut prüfen. Ferner werden Journalisten, welche aus persönlichen Gründen und nicht zum Zweck der Berichterstattung Reisen unternehmen wollen, die gleiche Behandlung genießen wie andere Besucher aus ihrem Herkunftsland.

6.

Sie werden ständigen Korrespondenten sowie *mit ihnen zusammenle*benden Familienmitgliedern Visa für mehrfache Ein- und Ausreise mit Gültigkeit für ein Jahr gewähren.

7.

Die Teilnehmerstaaten werden die Möglichkeit prüfen, Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten, die in Drittländern ständig akkreditiert sind, Akkreditierungen und damit verbundene Erleichterungen zu gewähren, soweit erforderlich auf der Grundlage bilateraler Verhandlungen.

8.

Sie werden Reisen von Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten innerhalb ihrer Territorien erleichtern, unter anderem indem sie, soweit erforderlich, konkrete Maßnahmen ergreifen, um ihnen Gelegenheiten zu ausgedehnteren Reisen zu bieten, ausgenommen in *Gebiete*, die aus Sicherheitsgründen gesperrt sind. Wann immer möglich, werden sie Journalisten im voraus informieren, sofern neue Gebiete aus Sicherheitsgründen ge*sperrt* sind.

9.

Sie werden weiterhin die Möglichkeiten vermehren und erforderlichenfalls die Bedingungen verbessern, damit Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten persönliche Kontakte und Verbindungen zu ihren Quellen herstellen und aufrechterhalten können.

10.

Sie werden in der Regel Rundfunk- und Fernsehjournalisten auf deren Ersuchen ermächtigen, sich von ihren eigenen Ton- und Filmtechnikern begleiten zu lassen und ihre eigene Aus*rüstung zu verwenden.*

Desgleichen dürfen Journalisten Dokumentationsmaterial, einschließlich persönlicher Aufzeichnungen und Unterlagen, das ausschließlich *für ihre* beruflichen Zwecke verwendet wird, mit sich führen. *

*** In diesem Zusammenhang gilt, daß die Einfuhr gedruckten Materials örtlichen Vorschriften unterworfen sein kann, welche unter gebührender Berücksichtigung des Bedarfs der Journalisten an angemessenem Arbeitsmaterial angewendet werden.**

11.

Die Teilnehmerstaaten werden erforderlichenfalls in ihren Hauptstädten die Einrichtung und den Betrieb von Pressezentren oder die gleichen Funktionen ausübenden Institutionen, die der in- und ausländischen Presse mit geeigneten Arbeitseinrichtungen für letztere zugänglich sind, erleichtern.

Sie werden ferner weitere Mittel und Wege in Betracht ziehen, um Journalisten aus anderen Teilnehmerstaaten behilflich zu sein und es ihnen so zu ermöglichen, gegebenenfalls auftretende praktische Probleme zu lösen.

Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Kultur

1.

Sie werden sich bemühen, durch geeignete Maßnahmen einschlägige Informationen über die durch bilaterale Kulturabkommen und -programme gebotenen Möglichkeiten interessierten Personen, Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen zugänglich zu machen und damit ihre wirksame Durchführung erleichtern.

2.

Die Teilnehmerstaaten werden die umfassendere Verbreitung von Büchern, Filmen und anderen aus den anderen Teilnehmerstaaten stammenden Formen und Mitteln des kulturellen Ausdrucks sowie den Zugang zu ihnen weiterhin fördern, indem sie zu diesem Zweck mit geeigneten Mitteln auf bilateraler und multilateraler Grundlage die Bedingungen für den internationalen gewerblichen und nichtgewerblichen Austausch ihrer Kullturgüter verbessern, unter anderem durch allmähliche Senkung der für diese Güter geltenden Zölle.

3.

Die Teilnehmerstaaten werden sich bemühen, die Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung von Werken auf dem Gebiet der Literatur und in anderen Bereichen der kulturellen Tätigkeit aus anderen Teilnehmerstaaten, besonders der in den weniger verbreiteten Sprachen geschaffenen, zu fördern, indem sie die Zusammenarbeit zwischen Verlagen erleichtern, insbesondere durch den Austausch von Listen und Büchern, die für Übersetzungen in Betracht kommen, sowie von anderen einschlägigen Informationen.

4.

Sie werden zur Entwicklung von Kontakten, der Zusammenarbeit und von gemeinschaftlichen Projekten zwischen den Teilnehmerstaaten hinsichtlich des Schutzes, der Wahrung und Erfassung des historischen Erbes und historischer Monumente sowie der Beziehung *zwischen dem* Menschen, der Umwelt und diesem Erbe beitragen; sie bekunden ihr Interesse an der Möglichkeit, im Rahmen der Unesco eine zwischenstaatliche Kon*ferenz über diese Fragen einzuberu*fen.

5.

Die Teilnehmerstaaten werden ihre Rundfunk- und Fernsehorganisationen dazu ermutigen, die Darstellung der kulturellen und künstlerischen Leistungen anderer Teilnehmerstaaten auf der Grundlage bilateraler und multilateraler Vereinbarungen zwischen diesen Organisationen weiter auszubauen, in denen unter anderem der Austausch von Informationen über Produktionen, die Übertragung von Unterhaltungssendungen und Programmen aus anderen Teilnehmerstaaten, Koproduktionen, die Einladung von Gastdirigenten und -regisseuren sowie die Gewährung gegenseitiger Unterstützung für Aufnahme*teams von Kulturfilmen vorgesehen* sind.

6.

Auf Einladung der Regierung Ungarns wird in Budapest, beginnend am 15. Oktober 1985, ein „Kulturforum"* stattfinden. Führende Persönlichkei*ten der Teilnehmerstaaten aus dem* Bereich der Kultur werden daran teilnehmen. Das „Forum" wird zusammenhängende Probleme des Schaffens, der Verbreitung und der Zusammenarbeit einschließlich der Förderung und Ausweitung der Kontakte und des Austausches in den verschiedenen Bereichen der Kultur erörtern. Ein Vertreter der Unesco wird eingeladen werden, dem „Forum" die Ansichten dieser Organisation darzulegen. Das „Forum" wird durch ein Expertentreffen vorbereitet, dessen Dauer höchstens zwei Wochen betragen und das auf Einladung der Regierung Ungarns in Budapest, beginnend am 21. November 1984, stattfinden wird.

Zusammenarbeit und Austausch im Bereich der Bildung

1.

Die Teilnehmerstaaten werden im Bereich der Bildung und Wissenschaft das Zustandekommen von staatlichen und nichtstaatlichen *Vereinbarungen* und Abkommen fördern, die unter Beteiligung von Bildungs- oder anderen zuständigen Institutionen durchgeführt werden.

2.

Die Teilnehmerstaaten werden zur weiteren Verbesserung des Austau*sches von Studenten, Lehrern und* Wissenschaftlern und ihres Zugangs zu den Bildungs-, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen eines jeden anderen Teilnehmerstaates sowie ihres Zugangs, gemäß den in jedem einzelnen Land geltenden Gesetzen und Vorschriften, zu offenem Informationsmaterial beitragen. In diesem Zusammenhang werden sie Reisen von Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten innerhalb des Empfangsstaates sowie die Herstellung von Kontakten durch sie zu ihren Kollegen erleichtern und werden auch Bibliotheken, Hochschuleinrichtungen und ähnliche Institutionen auf ihren Territorien ermutigen, Kataloge und Listen offenen Archivmaterials aufzustellen, das Wissenschaftlern, Lehrern und Studenten aus anderen Teilnehmerstaaten zugänglich ist.

3.

Sie werden einen regelmäßigen Austausch von Informationen über wissenschaftliche Ausbildungsprogramme, Kurse und Seminare für junge Wissenschaftler fördern und eine breitere Teilnahme junger Wissenschaftler aus verschiedenen Teilnehmerstaaten an diesen Tätigkeiten erleichtern. Sie werden die einschlägigen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen auffordern, soweit angemessen die Durchführung dieser Ausbildungstätigkeiten zu unterstützen.

4.

Die Vertreter der Teilnehmerstaaten stellten die *Nützlichkeit* der während des „Wissenschaftlichen Forums" geleisteten Arbeit fest, das vom 18. Februar bis 3. März 1980 in Hamburg, Bundesrepublik Deutschland, stattfand. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des „Wissenschaftlichen Forums" ersuchten die Teilnehmerstaaten internationale Organisationen sowie die wissenschaftlichen Organisationen und die Wissenschaftler der Teilnehmerstaaten, dessen Schlußfolgerungen und Empfehlungen gebührende Beachtung zu schenken.

5.

Die Teilnehmerstaaten werden die Erweiterung der Möglichkeiten der Lehre und des Studiums der weniger verbreiteten oder gelernten europäischen Sprachen begünstigen. Zu diesem Zweck werden sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Einrichtung und den Besuch von Sommer-Universitätskursen und anderen Kursen, die Gewährung von Stipendien für Übersetzer und den Ausbau von Sprachfakultäten, *erforderlichenfalls* einschließlich der Schaffung neuer Einrichtungen zum Studium dieser Sprachen, anregen.

6.

Die Teilnehmerstaaten geben ihrer Bereitschaft Ausdruck, untereinander und innerhalb zuständiger internationaler Organisationen den Austausch von Lehrmaterial, Schulbüchern, Landkarten, Bibliographien und anderem pädagogischen Material zu verstärken, um eine bessere gegenseitige Kenntnis zu fördern und eine umfassendere Darstellung ihrer jeweiligen Länder zu erleichtern.

Folgen der Konferenz

1.

In Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte und mit ihrer Entschlossenheit sowie ihrer Verpflichtung, den durch die KSZE eingeleiteten multilateralen Prozeß fortzusetzen, werden die Teilnehmerstaaten regelmäßig weitere Treffen zwischen ihren Vertretern abhalten.

Das dritte dieser Treffen wird ab 4. November 1986 in Wien stattfinden.

2.

Die Tagesordnung, das Arbeitsprogramm und die Modalitäten des Haupttreffens in Madrid werden sinngemäß auf das Haupttreffen in Wien angewendet, sofern nicht andere Beschlüsse über diese Fragen von dem nachstehend erwähnten Vorbereitungstreffen gefaßt werden.

Zum Zweck der Anpassung der Tagesordnung, des Arbeitsprogramms und der Modalitäten des Haupttreffens in Madrid wird ab 23. September 1986 in Wien ein Vorbereitungstreffen abgehalten. Es besteht Einvernehmen darüber, daß in diesem Zusammenhang Anpassungen diejenigen Punkte betreffen, die aufgrund der Änderung *des Zeitpunktes und Ortes*, des Ziehens von Losen und der Erwähnung anderer in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Madrider Treffens 1980 abgehaltener Treffen einer Änderung bedürfen. Die Dauer des Vorbereitungstreffens soll zwei Wochen nicht überschreiten.

3.

Die Teilnehmerstaaten beschließen ferner, daß der zehnte Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE im Jahre 1985 in Helsinki ge*bührend begangen wird.*

4.

Die Dauer der in diesem Dokument erwähnten Treffen sollte, sofern nicht anders vereinbart, sechs Wochen nicht überschreiten. Die Ergebnisse dieser Treffen werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

5.

Alle obengenannten Treffen werden in Übereinstimmung mit Absatz 4 des Kapitels „Folgen der Konferenz" der Schlußakte abgehalten.

6.

Die Regierung Spaniens wird gebeten, das vorliegende Dokument dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generaldirektor der Unesco und dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa zu übermitteln. Die Regierung Spaniens wird gleichfalls gebeten, das vorliegende Dokument den Regierungen der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten zu übermitteln.

7.

Die Text des Dokuments wird in jedem Teilnehmerstaat veröffentlicht, *der ihn so umfassend wie möglich* verbreitet und bekanntmacht.

8.

Der Vertreter der Teilnehmerstaaten bekunden gegenüber dem Volk und der Regierung Spaniens ihren tief empfundenen Dank für die ausgezeichnete *Organisation des Madrider* Treffens und die den am Treffen teilnehmenden Delegationen gewährte herzliche Gastfreundschaft.

Madrid, den 6. September 1983

ANHANG I

Erklärung des Vorsitzenden

Seminar von Venedig über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit im Mittelmeerraum im Rahmen der Ergebnisse des Expertentreffens von Valletta.

1.

Das *Seminar* beginnt am Dienstag, dem 16. Oktober 1984, um 10.00 Uhr in Venedig, Italien. Es endet am Freitag, dem 26. Oktober 1984.

2.

Die Arbeit des Seminars wird von einem Koordinierungsausschuß, der sich aus den Delegationen der Teilnehmerstaaten zusammensetzt, geleitet und in drei Studiengruppen aufgeteilt, die sich jeweils mit Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur befassen.

3.

Für die ersten drei Tage des Seminars sind sechs Sitzungen des Ausschusses vorgesehen.

4.

Die erste Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient der Eröffnung des Seminars, an die sich eine Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes anschließt.

5.

Die zweite Sitzung des Ausschusses entscheidet darüber, ob weitere Sitzungen der Teilnehmerstaaten abzuhalten sind, um die Arbeit der Studien-

gruppe zu leiten und andere für das Seminar notwendige Beschlüsse zu fassen.

6.

Die folgenden vier Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich und für die einführenden Erklärungen der Vertreter der Teilnehmerstaaten, die dies wünschen (in einer zuvor durch Los bestimmten Reihenfolge), und für einführende Erklärungen der Vertreter der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie der eingeladenen internationalen Organisationen vorgesehen. Die Erklärungen sollen pro Delegation zehn Minuten nicht überschreiten.

7.

Beginnend am vierten Tag, werden an den nachfolgenden dreieinhalb Arbeitstagen gleichzeitig Sitzungen der drei Studiengruppen abgehalten.

8.

Für die letzten anderthalb Tage sind drei Sitzungen des Ausschusses vorgesehen. In zwei Sitzungen wird über die zweckmäßigste Nutzung der Dokumentation entschieden, die im Verlauf der Arbeit über die im Bericht von Valletta aufgezeigten spezifischen Bereiche vorgelegt wurde, wie etwa die Veröffentlichung der einführenden Erklärungen und die Verteilung der Studien an die einschlägigen internationalen Organisationen. Des weiteren werden andere notwendige Beschlüsse gefaßt.

Die letzte Sitzung des Ausschusses ist öffentlich und dient dem offiziellen Abschluß des Seminars mit einer Ansprache eines Vertreters des Gastgeberlandes.

9.

Den Vorsitz bei den Eröffnungs- und Schlußsitzungen sowohl des Ausschusses als auch der Studiengruppen führt ein Vertreter der Delegation des Gastgeberlandes. Im übrigen wechselt der Vorsitz unter den Vertretern der Teilnehmerstaaten täglich in der Reihenfolge des französischen Alphabets, ausgehend von einer Ermittlung durch Los.

10.

Die Teilnahme der nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten (Algerien, Ägypten, Israel, Libanon, Libyen, Marokko, Syrien und Tunesien) und der eingeladenen internationalen Organisationen (Unesco, ECE, UNEP, WHO, ITU) an der Arbeit des Seminars erfolgt nach den in Valletta angenommenen Regeln und Verfahrensweisen. Das bedeutet unter anderem, daß sie an der Arbeit der drei Sitzungen des Ausschusses sowie an dessen Eröffnungs- und Schlußsitzung teilnehmen werden.

11.

Beiträge zu den zur Debatte stehenden Themen in einer oder mehreren Arbeitssprachen der KSZE können dem Exekutivsekretär auf geeignetem Wege – möglichst nicht später als drei Monate vor der Eröffnung des Seminars – zugesandt werden, der sie an die anderen Teilnehmerstaaten und die nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie an jene internationalen Organisationen weiterleitet, welche ihre Absicht zur Teilnahme bekundet haben.

12.

Die italienische Regierung bestimmt den Exekutivsekretär des Seminars. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung der Teilnehmerstaaten. Das technische Sekretariat wird vom Gastgeberland gestellt.

13.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäß auf das Seminar angewendet.

14.

Die oben dargelegten Abmachungen bilden keinen Präzedenzfall für irgendein anderes Forum der KSZE.

Madrid, den 6. September 1983

ANHANG II

Erklärung des Vorsitzenden

Berner Expertentreffen über menschliche Kontakte:

Der Vorsitzende stellt fest, daß zu der vom Vertreter der Schweiz am 15. Juli 1983 abgegebenen Erklärung über eine Einladung der schweizerischen Regierung zur Abhaltung eines Expertentreffens über menschliche Kontakte kein Einwand besteht. Der Vorsitzende stellt folglich Einigung darüber fest, ein solches Treffen zur Erörterung der Entwicklung von Kontakten zwischen Personen, Institutionen und Organisationen einzuberufen, unter gebührender Berücksichtigung des einführenden Teiles des Kapitels der Schlußakte mit dem Titel **Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen** sowie des einführenden Teiles von Abschnitt eins (Menschliche Kontakte) dieses Kapitels, der unter anderem folgendermaßen lautet:

„Die Teilnehmerstaaten,

in der Erwägung, daß die Entwicklung von Kontakten ein wichtiges Element bei der Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den Völkern ist,

in Bekräftigung der Bedeutung, die sie bei ihren gegenwärtigen Bemühungen, die Bedingungen in diesem Bereich zu verbessern, humanitären Erwägungen beimessen,

in dem Wunsch, in diesem Gebiet weitere Bemühungen im Zuge der Entspannung zu entwickeln, um weitergehenden Fortschritt auf diesem Gebiet zu erzielen ..."

Das Treffen wird am 15. April 1986 in Bern beginnen. Seine Dauer wird sechs Wochen nicht überschreiten. Dem Treffen werden vorbereitende Konsultationen vorangehen, die ab 2. April 1986 in Bern stattfinden. Die Ergebnisse des Treffens werden, soweit angemessen, bei dem Folgetreffen in Wien berücksichtigt.

Die schweizerische Regierung wird den Exekutivsekretär des Treffens bestimmen. Diese Ernennung bedarf der Zustimmung durch die Teilnehmerstaaten. Die Dienste eines technischen Sekretariats werden vom Gastgeberland gestellt.

Andere Verfahrens- und Arbeitsregeln sowie der Verteilerschlüssel für die Kosten der KSZE werden sinngemäß auf das Berner Treffen angewendet.

Der Vorsitzende stellt ferner fest, daß diese Erklärung einen Anhang zum Abschließenden Dokument des Madrider Treffens bildet und mit ihm veröffentlicht werden wird.

Madrid, den 6. September 1983

WELT-Interview mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher

„Katalysator für Hoffnungen"

DW. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat sich in einem WELT-Interview befriedigt über die Ergebnisse des Madrider KSZE-Folgetreffens geäußert. Es sei bewiesen worden, daß es trotz bestehender Spannungen möglich sei, zu wichtigen Vereinbarungen zwischen West und Ost zu kommen. Mit Genscher sprach Bernt Conrad.

WELT: *Ist es dem Westen gelungen, auf dem Madrider KSZE-Folgetreffen Ergebnisse durchzusetzen, die über wohlklingende Phrasen hinausgehen und sich in realen Erleichterungen für die Menschen in Ost und West niederschlagen werden?*

Genscher: Eindeutig ja. Das Schlußdokument von Madrid enthält solche Ergebnisse. Die Teilnehmerstaaten bekräftigen die Achtung der Menschenrechte. Darüber hinaus verpflichten sie sich, die Zusammenarbeit bei den menschlichen Kontakten zu verstärken. Sie einigten sich über folgende konkrete Verbesserungen in der Familienzusammenführung:
- Die Entscheidungen sollen grundsätzlich innerhalb von 6 Monaten erfolgen.
- Die erneute Einreichung von Gesuchen ist möglich geworden.
- Die Schutzklausel vor Diskriminierung der Antragsteller wird ausgebaut.
- Die Antragsgebühren werden verringert.
- Der Zugang von Besuchern zu ausländischen Vertretungen soll nicht behindert werden.
- Die freie Ausübung der Religion und Kontakte zwischen den Kirchen sollen gewährleistet werden.

Natürlich geht es jetzt darum, daß die Länder des Warschauer Paktes, deren Praxis bisher hinter diesen Anforderungen zurückbleibt, das Schlußdokument von Madrid auch in die Tat umsetzen. Der Westen wird beharrlich darauf pochen, daß der Osten die Zusagen von Helsinki und Madrid erfüllt.

Die Verbriefung konkreter Rechte und Erleichterungen, die den Freiraum für den einzelnen Menschen erweitern und mit der Entwicklung der Entspannung zwischen den Staaten in West und Ost verbinden, gehört zu dem Konzept der Schlußakte von Helsinki, für das sich der Westen eingesetzt hat. Dieses Konzept ist durch das Schlußdokument von Madrid ausgebaut worden. Die praktischen Ergebnisse seit 1975 befriedigen uns nicht, bestätigen aber, daß die Richtung stimmt: Die Entwicklung der innerdeutschen Kontakte ist ein Beispiel dafür.

WELT: Muß nicht befürchtet werden, daß die Sowjets und ihre osteuropäischen Verbündeten die in Madrid gemachten humanitären Zugeständnisse in der Praxis ignorieren?

Genscher: Hier stehen Vertragstreue und Vertrauensbildung erneut auf dem Prüfstand. Der KSZE-Prozeß hat die Funktion eines Katalysators für die Hoffnungen der Menschen und fördert die Evolution. Aber er kennt natürlich keinen Gerichtsvollzieher. Seine Dokumente wirken nicht wie Gesetze – sie wirken wie Fermente. Die Überwindung der Gegensätze zwischen West und Ost ist ein langfristiger historischer Prozeß, der durch Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen und durch evolutionäre Entwicklung im Sinne des KSZE-Prozesses in den Staaten des Warschauer Paktes gefördert werden kann. Am Ende dieser Entwicklung muß eine europäische Friedensordnung stehen, die auf gegenseitigem Vertrauen und auf der Verwirklichung der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker in Europa beruht.

WELT: Worin liegen die konkreten politischen Vorteile des Madrider Schlußdokumentes?

Genscher: Die realen Erleichterungen für die Menschen in Mittel- und Ost-Europa habe ich bereits erwähnt.

Durch die Konferenz über Abrüstung in Europa ist die heute so hochaktuelle Abrüstungskomponente des KSZE-Prozesses verstärkt worden. Gekräftigt ist aber auch das Gewicht der humanitären Komponente: Nur wenige haben zu Beginn des Madrider Treffens geglaubt, daß der Westen sich mit seinen Zielen der Einberufung von Expertentreffen über Menschenrechte und menschliche Kontakte durchsetzen werde. Nunmehr sind diese beiden Treffen vereinbart. Die menschliche Dimension und die Sicherheitskomponente stehen in einem ausgewogenen Verhältnis. Wichtig ist auch die Festschreibung des Grundsatzes, daß die KSZE-Folgetreffen in Zukunft in periodischen Abständen regelmäßig stattfinden. Jeder Teilnehmerstaat



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher FOTO: DPA

setzt sich künftig von vornherein ins Unrecht, wenn er droht, sich aus dem Prozeß zurückzuziehen, weil sein Verhalten auf Kritik stößt. Der KSZE-Prozeß ist damit widerstandsfähiger geworden.

Mit der Veröffentlichung der Texte, zu denen sich die Teilnehmerstaaten verpflichtet haben, wird den Menschen in den Staaten des Warschauer Pakts bekannt gemacht, welche Rolle ihre Anliegen für die Entspannung spielen und welche konkreten Verbesserungen ihre eigenen Regierungen versprochen haben. Das ändert das Bewußtsein und die Zukunftsperspektiven.

In dem Madrider Abschluß sehe ich insbesondere eine Bestätigung der politischen Überzeugung der Bundesregierung von der Notwendigkeit, einen kontinuierlichen West-Ost-Dialog gerade auch in schwierigen Zeiten fortzuführen und sich beharrlich um Verhandlungslösungen zu bemühen.

Madrid hat bewiesen: Trotz der bestehenden Spannungen ist es möglich, zu wichtigen Vereinbarungen zwischen West und Ost zu kommen. Niemand ist vom Verhandlungstisch aufgestanden. Diese Haltung hat sich ausgezahlt. Die Versuchung zur Resignation ist geschwächt, der gefährliche Weg zugeschlagener Türen ist vermieden worden. Auch die beiden Großmächte haben an der erzielten Einigung teilgenommen. Der Erfolg von Madrid hat eine wichtige Weiche in Richtung auf konstruktive Bemühungen um Lösung der anstehenden West-Ost-Probleme gestellt.

WELT: Was versprechen Sie sich von der im Schlußdokument festgeschriebenen Europäischen Sicherheitskonferenz, deren erste Phase am 17. Januar 1984 in Stockholm beginnen soll?

Genscher: Mit der in Madrid beschlossenen Europäischen Abrüstungskonferenz (KAE) wird der Rüstungskontrolldialog im europäischen Bereich erstmals auf ganz Europa ausgeweitet. Die KAE ergänzt damit die auf Mitteleuropa begrenzten Verhandlungen über Truppenverminderungen (MBFR) auf sinnvolle Weise.

In der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte bei uns geht es hauptsächlich um Raketen und Nuklearwaffen. Darüber wird oft vergessen, daß ein mit konventionellen Waffen geführter Krieg in Europa tausendmal schrecklicher wäre als der 2. Weltkrieg. Wenn es gelänge, die Gefahren der militärischen und politischen Destabilisierung einzudämmen, die von der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Europa ausgehen, würden sich ganz neue Perspektiven nicht nur für die konventionelle, sondern auch für die nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle ergeben.

WELT: Erwarten Sie, daß es dort wirklich zu nachprüfbaren „vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen" in ganz Europa, vom Atlantik bis zum Ural, kommen wird?

Genscher: Schon die Einigung über die Einberufung der Konferenz hat bewiesen, daß bei Beharrlichkeit und Festigkeit in den Grundpositionen auch in schwierigen Zeiten Fortschritte im Bereich der Rüstungskontrolle möglich sind. Ich bin zuversichtlich, daß es bei gutem Willen aller Teilnehmerstaaten auch in Stockholm gelingen wird, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen auszuarbeiten, die – den im Konferenzmandat aufgestellten Kriterien entsprechend – militärisch bedeutsam, politisch verbindlich, angemessen nachprüfbar und in ganz Europa anwendbar sind. Das westliche Bündnis hat bereits konkrete Vorstellungen für solche Maßnahmen ausgearbeitet. In den intensiven Beratungen, mit denen sich das Bündnis zur Zeit auf die Konferenz vorbereitet, haben wir mit der Einführung eines grundsätzlichen Strategiepapiers eine Schrittmacherrolle übernommen.

Das Konzept der europäischen Abrüstungskonferenz weist gegenüber anderen Verhandlungen über Abrüstung und Rüstungskontrolle einen neuen und realistischen Ansatz auf. Bevor über konkrete Abrüstungsschritte verhandelt werden kann, soll in einer ersten Konferenzphase durch vertrauensbildende Maßnahmen ein höheres Maß an Transparenz und Berechenbarkeit im militärischen Bereich geschaffen werden. Ein Ergebnis der ersten Konferenzphase wäre damit in sich ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Lage in Europa und würde gleichzeitig zu einem Klima des Vertrauens führen, das den Weg zur Abrüstung ebnet.

WELT: Glauben Sie, daß die laufenden Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen, besonders die Genfer INF-Verhandlungen, durch die Abhaltung der Europäischen Sicherheitskonferenz gefördert werden können?

Genscher: Ich bin davon überzeugt. Zum einen, weil Vertrauensbildung ein Schlüssel zur Abrüstung ist. Zum anderen hat das Ergebnis von Madrid gezeigt, daß alle Teilnehmerstaaten auch in einer kritischen Phase der Beziehungen zwischen West und Ost ein Interesse daran haben, den Dialog über Sicherheit und Abrüstung in Europa fortzusetzen und zu intensivieren. Ich erwarte, daß sich dieses Interesse auch in den laufenden Verhandlungen zwischen West und Ost und insbesondere bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen niederschlagen wird.

WELT: Hat der KSZE-Prozeß nach den oftmals nervtötenden Diskussionen in Madrid und ihrem mühevollen Abschluß noch eine politische Zukunft?

Genscher: Der KSZE-Prozeß ist notwendiger denn je. Er ist aus dem Madrider Treffen gestärkt hervorgegangen. Wo sonst in der Welt oder in der Geschichte haben sich 35 Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen und politischer Bindungen ein so breit angelegtes Programm zur Gestaltung ihrer Beziehungen und zum Ausbau ihrer Zusammenarbeit gegeben wie mit der Schlußakte von Helsinki? Kein Zweifel, bis zur endgültigen Verwirklichung dieses umfassenden Programms bedarf es eines langen Atems und beharrlichen Drängens auf Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen. Rückschläge müssen dabei in Rechnung gestellt werden.

Der KSZE-Prozeß weist den Weg zu einer Ordnung des Friedens für ganz Europa. Diesen Prozeß wollen wir von Folgetreffen zu Folgetreffen aktiv und konstruktiv vorantreiben. Madrid war ein Markstein in dieser Entwicklung. Das Treffen konnte trotz aller Belastungen der Ost-West-Beziehungen fortgeführt und mit einem guten Ergebnis abgeschlossen werden. Es hat 1980 trotz Afghanistan begonnen, ist Anfang 1982 trotz Polen fortgesetzt und jetzt trotz der Flugzeugtragödie im Fernen Osten mit der Annahme eines Schlußdokumentes beendet worden.

Madrid ist in einer konfliktbeladenen Zeit das einzige Forum gewesen, auf dem alle europäischen und die beiden nordamerikanischen Staaten in ständigem Gespräch miteinander standen. Die Sowjetunion hat sich vor der Weltöffentlichkeit und vor ihren eigenen Bündnispartnern wegen ihres nicht akzeptablen Verhaltens zur Rechenschaft ziehen lassen müssen. Gleichzeitig hat das Interesse aller Teilnehmerstaaten an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses bestätigt, daß dieser ein Sicherheitsinstrument darstellt, das in Krisenzeiten ein Abrutschen des West-Ost-Verhältnisses unter eine kritische Schwelle verhüten kann. Mit dem abschließenden Dokument ist es gelungen, ein Ergebnis zu erreichen, das maßgeblich auf westlichen Interessen beruht und deutlich von westlichen Wertvorstellungen geprägt ist. Der KSZE-Prozeß hat eine Zukunft, wenn wir uns weiter beharrlich darum bemühen, die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki ebenso wie die Anwendung des Madrider Schlußdokumentes möglich zu machen.

KSZE: Helsinki, Belgrad, Madrid

5. 7. 1966: „Bukarester Erklärung" des Warschauer Paktes: Vorschlag der Einberufung einer „Konferenz über Fragen der europäischen Sicherheit".
26. 4. 1967: „Karlsbader Erklärung" der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien über europäische Sicherheit.
13./14. 12. 1967: NATO-Minister definieren in Brüssel die künftigen Aufgaben des Bündnisses: Verteidigung und Entspannung (Harmel-Bericht).
24./25. 6. 1968: Minister der am NATO-Verteidigungsprogramm beteiligten Staaten geben in Reykjavik Erklärung über „Gegenseitige und ausgewogene Truppenverminderung" ab.
17. 3. 1969: „Budapester Appell" des Warschauer Paktes zur Einberufung einer „gesamteuropäischen Konferenz", die durch ein Vorbereitungstreffen eingeleitet werden soll.
10./11. 4. 1969: NATO-Minister erklären sich in Washington bereit, mit osteuropäischen Staaten Themen für nützliche Verhandlungen zu erörtern.
9. 5. 1969: Memorandum der finnischen Regierung mit Angebot, Konferenz und Vorbereitungstreffen in Helsinki abzuhalten.
31. 10. 1969: Prager Treffen der Ostblock-Außenminister mit Hinweisen für die Tagesordnung einer Konferenz (Gewaltverbot und wirtschaftliche Zusammenarbeit).
4./5. 12. 1969: NATO-Minister veröffentlichen in Brüssel „Erklärung über Ost-West-Beziehungen". Sie weisen auf die Bedeutung von Fortschritten bei den Viermächteverhandlungen über Berlin und den innerdeutschen Gesprächen hin.
26./27. 5. 1970: NATO-Minister erklären in Rom ihre Bereitschaft zu multilateralen Vorgesprächen, sofern Fortschritte bei den Gesprächen Bonns mit Ost-Berlin, Moskau und Warschau sowie den Berlin-Verhandlungen und den SALT-Verhandlungen erzielt werden.
22. 6. 1970: Osteuropäische Außenminister stimmen Teilnahme der USA und Kanadas an KSZE-Konferenz zu.
12. 8. 1970: Unterzeichnung des Moskauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion.
7. 12. 1970: Unterzeichnung des Vertrages mit Polen.
9./10. 12. 1971: NATO-Minister erklären in Brüssel die Bereitschaft zu multilateralen KSZE-Verhandlungen bei Abschluß eines Berlin-Abkommens.
26. 5. 1972: Erstes SALT-Abkommen USA–Sowjetunion.
3. 6. 1972: Unterzeichnung des Schlußprotokolls des Berlin-Abkommens.
22. 11. 1972: Beginn der multilateralen KSZE-Vorbereitungen in Helsinki.
3. bis 7. 7. 1973: Vorbereitendes KSZE-Außenministertreffen in Helsinki.
18. 9. 1973 bis 21. 7. 1975: Kommissionsphase der KSZE-Vorbereitung in Genf.
30. 7. bis 1. 8. 1975: KSZE-Gipfelkonferenz. Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.
4. 10. 1977 bis 9. 3. 1978: Erstes KSZE-Folgetreffen in Belgrad.
11. 11. 1980 bis 9. 9. 1983: Zweites KSZE-Folgetreffen in Madrid.

Neue Strecken

Mk. – So ändern sich die Zeiten: Mit den gleichen Argumenten, mit denen früher die Union für den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals eingetreten ist, ficht nun der Verkehrsexperte der SPD, Klaus Daubertshäuser, für die Neubaustecken der Bundesbahn. Auch jetzt ist von der Gefahr von Bauruinen die Rede, werden die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen und der Nutzen für das Zonenrandgebiet beschworen. Und zwar so, als ginge es noch darum, ob gebaut wird oder nicht.

Dabei ist und war diese Entscheidung schon gefallen. Beim Rhein-Main-Donau-Kanal gab es rechtliche Verpflichtungen, aus denen der Bund nicht herausgekommen wäre. Bei den Bahnstrecken geht es ernsthaft auch nur um den Zeitpunkt der Fertigstellung, ob noch in diesem Jahrzehnt oder, falls keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden, erst im nächsten Jahrhundert.

Es mag Zweifel geben, ob die Bahnstrecken nicht zu aufwendig geplant wurden. So soll die Strecke Hannover–Würzburg zu gut einem Drittel unter der Erde verlaufen, unter anderem eine Folge der vielen Bürgerproteste. Kein Zweifel kann jedoch daran bestehen, daß diese Neubaustrecken gegenwärtig das Wichtigste, viele meinen sogar das einzige Zukunftssignal für die Bahn sind. Fast alle Perspektiven des Bahn-Vorstandes setzen auf diese Bauten.

Da die Bahn in der Regierungserklärung als unverzichtbar bezeichnet wurde, kommen jetzt, wenn in den nächsten Monaten um das Bahn-Konzept in Bonn gerungen wird, auch die Politiker kaum um ein positives Votum herum. Bei allem Streit um Gutachten – die Neubaustrecken rechnen sich eher als der Kanal. Mehr noch: Auch der Nutzen mancher Autobahnen ist geringer.

Exportwunder

J. Sch. (Paris) – Die französische Handelsbilanz für August gibt einige Rätsel auf. Nach den Bruttoziffern stieg das Defizit gegenüber dem Vormonat auf 3,28 (0,89) Milliarden Franc. Saisonbereinigt dagegen verminderte es sich auf 0,39 (3,03) Milliarden Franc. Dieser Tendenzunterschied mag weitgehend ferienbedingt sein. Es überrascht jedoch, daß die französischen Einfuhren trotz des gebremsten privaten Verbrauchs – eine Folge vor allem der Steuererhöhungen des Austerity-Plans – wieder gestiegen sind. Sollte also die konsumbeschränkende Politik der Regierung bereits an Wirkung verlieren? Andererseits haben die französischen Exporte in erstaunlichem Maße zugenommen, nämlich um neun Prozent gegenüber Juli und um 23,3 Prozent gegenüber August 1982. Fast ebenso hoch war der nicht saisonbereinigte Zuwachs von 21 Prozent. Dazu dürften außergewöhnliche Ausfuhren beigetragen haben. Ob die französische Außenhandelsbilanz so positiv ist, wie sie (saisonbereinigt) erscheint, wird sich deshalb erst in den nächsten Monaten zeigen.

INTERNATIONALE VERSCHULDUNG / Warnung an IWF und Weltbank

Bundesbank: Refinanzierungslasten auf möglichst viele Schultern verteilen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer auf „problematische Refinanzierungstechniken" beim Internationalen Währungsfonds und bei multinationalen Entwicklungsbanken abgeschossenen Breitseite warnt die Bundesbank vor der Vorstellung, die internationale Schuldenkrise sei am ehesten nach dem Motto zu lösen: Mehr Geld für die multilateralen Institutionen – egal, woher. Für die Krisenbewältigung durch Finanzierung gibt es nach Auffassung der Bundesbank Grenzen für die Geldgeber und für die Empfängerländer.

Eine weitere Kumulierung von umfangreichen Zahlungsbilanzdefiziten und damit immer neuen Kreditaufnahmen könnte auf Dauer weder von den Schuldnerländern noch von den Gläubigern und den nationalen und internationalen Finanzmärkten verkraftet werden, gibt die Bundesbank in einem Beitrag zu bedenken, den sie im Monatsbericht gezielt vor der Jahresversammlung des IWF und der Weltbank veröffentlicht, die nächste Woche in Washington stattfindet. Deswegen müßten Zahlungsbilanzungleichgewichte rasch auf ein erträgliches Maß reduziert werden. Bei der Suche nach einem angemessenen Verhältnis von Anpassung und Finanzierung gelte es nicht nur die ökonomischen, sozialen und politischen Gegebenheiten und Ziele der Defizitländer mit ihren praktisch unbegrenzten Bedürfnissen zu berücksichtigen, sondern auch die ökonomischen, finanziellen und politischen Grenzen, die der Leistungskraft der Überschußländer gesetzt sind.

In diesem Zusammenhang wendet sich die Bundesbank gegen eine Steigerung des Transfers realer Ressourcen in defizitäre Entwicklungsländer durch zusätzliche internationale Geldschöpfung. Solche Methoden würden den Anpassungszwang zwar zunächst mildern, letzten Endes aber nur vergrößern und schließlich die Notwendigkeit noch schmerzhafterer Anpassungsmaßnahmen heraufbeschwören. Nicht zuletzt könnte eine in Ausmaß und Dauer massive internationale Liquiditätsschaffung die monetäre Stabilität in der Welt gefährden.

Nach Auffassung der Bundesbank ist eine Aufstockung der internationalen Liquidität durch Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte, also Gratisverteilung von „IWF-Kunstgeld" trotz Rückgangs der Weltwährungsreserven in den beiden letzten Jahren nicht nötig. Jeder Beschluß über die Schaffung künstlicher Reserven müßte auch die Fähigkeit und Bereitschaft potentieller Gläubigerländer berücksichtigen, die von den Defizitländern zur Devisenbeschaffung abgegebenen Sonderziehungsrechte zu übernehmen, ohne im Inland zu einer unvertretbaren Geldschaffung gezwungen zu sein.

Bedenken dagegen meldet die Bundesbank nicht nur aus stabilitätspolitischen Überlegungen an, sondern auch weil sie bei einem zu starken finanziellen Engagement beim IWF eine Illiquidisierung von Währungsreserven befürchtet.

Nachdrücklich wendet sich die Notenbank auch gegen Vorschläge, der IWF sollte sich durch Anzapfen der internationale Kapitalmärkte finanzieren. Das prekäre Gleichgewicht von Rechten und Pflichten würde empfindlich gestört, wenn die starken Mitgliedsländer in die Rolle von Garanten des IWF als „Finanzvermittler" an den Märkten gedrängt werden.

Mit Sorge betrachtet die Bundesbank Bestrebungen, auch den Finanzbedarf internationaler Entwicklungsbanken mit Notenbankkrediten oder Währungsreserven zu decken sowie durch Einführung neuer Finanzierungstechniken. Neue Instrumente der kurzfristigen Finanzierung könnten die Kreditwürdigkeit der Weltbank und anderer Entwicklungsbanken an den Kapitalmärkten und damit letztlich auch die Erfüllung ihres entwicklungspolitischen Auftrags gefährden.

Die Bundesbank kritisiert die starke Konzentration der Mittelbeschaffung durch die Weltbank auf nur wenige Länder mit offenen Kapitalmärkten und „Niedrigzinswährungen" unter denen die Bundesrepublik ganz vorn steht. Die Refinanzierungslasten aus der multilateralen Entwicklungshilfe sollten auf möglichst viele Schultern verteilt werden.

DEUTSCHE BUNDESBAHN

Gutachten urteilt positiv über geplante Neubaustrecken

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die geplanten Neubaustrecken der Bundesbahn zwischen Hannover und Würzburg sowie zwischen Mannheim und Stuttgart, um deren Nutzen es in letzter Zeit wieder erheblichen Streit gegeben hat, lohnen sich sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Bahn. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Bundesverkehrsministerium bei der Beratergruppe Verkehr + Umwelt BVU in Freiburg in Auftrag gegebenes Gutachten, in dem unterschiedliche Annahmen über das Verkehrsaufkommen und über die Investitionskosten durchgerechnet wurden.

„Gemäß den durchgeführten gesamtwirtschaftlichen Bewertungen beläuft sich der bei den einzelnen Untersuchungsvarianten zu erwartende Gesamtnutzen auf das Vier- bis Fünffache der kalkulierten Investitionskosten. Die Erlös-Kosten-Verhältnisse der betriebswirtschaftlichen Bewertung reichen von 2,9 bis 3,7", so der Kern des Gutachtens.

Allerdings weisen die Verfasser darauf hin, daß eine neue, von ihnen entwickelte Methodik zu einer günstigeren Bewertung beigetragen hat. Aber selbst wenn die jüngsten Schätzungen der Prognos-AG zugrunde gelegt werden, die für den Schienengüterverkehr der Bahn im Jahre 2000, und dieses ist der auch hier zugrunde gelegte Planungshorizont, ein geringeres Transportaufkommen voraussagen, als der Beratergruppe vorgegeben wurde, ändert sich an der Grundaussage des Gutachtens nichts.

Für das Jahr 2000 wird von einem Personenverkehr bei der Bahn von knapp 200 Millionen Reisenden ausgegangen, was einer abgeleiteten Jahresverkehrsleistung von rund 26 Milliarden Personenkilometern entspricht. Für den Güterverkehr wird mit einem Transportaufkommen von 322,4 Millionen Tonnen oder einer Leistung von 74,8 Milliarden Tonnenkilometern gerechnet.

Dieses Gutachten steht im Widerspruch zu der Aussage des Präsidenten des Hauptprüfungsamts für die Deutsche Bundesbahn, Helmut Reemts. „Durch die zur Zeit im Bau befindlichen Neubaustrecken wird sich das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Deutschen Bundesbahn nicht verbessern, sondern verschlechtern", hatte er kürzlich geschrieben. Zwar wollte er nichts gegen diese Investitionen, die von der Bahn auf insgesamt 15 Milliarden Mark veranschlagt werden, wovon ein Drittel bereits verbaut ist, sagen, „die gesamtwirtschaftlich sinnvoll sein können". Aber es werde nicht möglich sein, die zusätzlichen Kosten der neuen Strecken (Abschreibung, Unterhalt und Verzinsung) durch zusätzliche Erträge zu decken.

Bei der Bundesbahn wird davon ausgegangen, daß sich ihr Betriebsergebnis nach Fertigstellung der Strecken um 500 Millionen verbessern werde. Die Bahn drängt daher auf eine rasche Fertigstellung noch in diesem Jahrzehnt.

Zweiter Nordsee-Boom

Von WILHELM FURLER, London

Der Superlativ, den Premierministerin Margaret Thatcher vor wenigen Tagen aus dem Londoner Hauptquartier des Ölkonzerns BP per symbolischem Knopfdruck und via Satellit in Gang setzte, dürfte wohl lange Bestand haben. 700 Meilen entfernt von London wurde die Förderung im Magnus-Feld von BP, in Großbritanniens nördlichstem Ölfeld, begonnen. Mit insgesamt 1,3 Milliarden Pfund (5,2 Milliarden Mark) liegen die Entwicklungskosten über denen aller anderen Ölfelder in der Nordsee.

Das Plattform-Ungetüm, das aus rund 200 Metern Wassertiefe und damit so tief wie nirgendwo anders in Europa zunächst 80 000 Barrel Rohöl pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) und später bei voller Kapazität 120 000 Barrel fördern wird, ist die größte Stahlkonstruktion, die jemals für die *Ölindustrie gebaut wurde: dreimal so* hoch wie Big Ben und doppelt so schwer wie die berühmte Stahlbrükke über den Firth of Forth.

Kein Wunder, daß angesichts dieser Größenordnungen wieder Optimismus über die Zukunft des Nordseeöls wie lange nicht mehr verbreitet wird. Die Premierministerin selbst spricht von einer neuen Welle „massiver Investitionen" in der Ölindustrie ihres Landes. Sie erklärte bei der Produktionsaufnahme von Magnus, daß 1983 ein Rekordjahr für die britische Offshore-Exploration werden dürfte. Ist dieser von ihr beschworene neue „Nordsee-Boom" angesichts eher schwieriger zurückliegender Jahre und der immer noch relativ schwachen Nachfrage nach Rohöl, wie die Opec-Sitzung in Wien bestätigt hat, reiner Zweckoptimismus?

Glaubt man den Experten, dann gibt es in der Tat deutliche Hinweise darauf, daß die Investitionstätigkeit in der Nordsee in den nächsten Jahren nicht unerheblich zunehmen wird. So dürften jüngsten Schätzungen des Shell-Konzerns zufolge bis zum Ende dieses Jahrhunderts rund 60 Milliarden Pfund oder 240 Milliarden Mark in die Entwicklung von britischem Nordseeöl investiert werden. Großbritanniens Nordsee-Sektor enthalte an noch nicht entwickelten oder lokalisierten förderwürdigen Reserven mindestens noch die Hälfte dessen, was in den bereits entwickelten und produzierenden Feldern steckt.

Zumindest ebenso optimistisch über die weitere Rolle der Nordsee als eines der bedeutendsten Öllieferanten ist eine Studie, die von dem Londoner Brokerhaus Wood, Makkenzie, einem der führenden Analysten auf dem Gebiet der Nordsee-Aktivitäten, kürzlich vorgelegt wurde. Darin heißt es, die „Atmosphäre" für die Entwicklung von Öl- und Gasfeldern sei dabei, sich wieder merklich zu verändern: „Die Zukunft sieht ermutigend aus."

Die Brokerfirma rechtfertigt ihren Optimismus mit einer Analyse, wonach im britischen und norwegischen Nordsee-Sektor insgesamt 13 bedeutende Öl- und Gasfelder in den nächsten eineinhalb bis zwei Jahren bis zur Entwicklungsstufe gebracht werden, die bis Ende der 80er Jahre die Produktion aufnehmen könnten. Die Gesamt-Investitionen allein für diese 13 Felder werden auf 38,4 bis 39 Milliarden Dollar (gut 100 Milliarden Mark) geschätzt. Bisher wurden in die britischen und norwegischen Offshore-Aktivitäten insgesamt 110 Milliarden Dollar investiert oder fest budgetiert.

In dem darauffolgenden Jahrzehnt könnten die Investitionen sogar noch erheblich über den 39 Milliarden Dollar liegen, glaubt das Brokerhaus. Es geht dabei von einem noch stärkeren Engagement etlicher Ölfirmen in bereits produzierende Felder wie Ekofisk, Forties oder Brae aus.

Man muß der Regierung Thatcher zugestehen, daß sie nicht unwesentlich zu der veränderten Situation beigetragen hat. Der starke Fall der Rohölpreise hatte vor allem die Entwicklung kleinerer Felder gerade unter den äußerst aufwendigen Nordsee-Bedingungen wirtschaftlich nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen lassen. Diese Situation änderte sich grundlegend, als der damalige Schatzkanzler Sir Geoffrey Howe in seinem Frühjahrsbudget vom März dieses Jahres überraschend nicht unbedeutende Konzessionen bei der Besteuerung von Nordseeöl machte.

Danach wurde zum einen der Förderzins auf die Ölproduktion aus Feldern, die nach April 1982 entdeckt wurden und außerhalb des südlichen Nordsee-Beckens liegen, ganz abgeschafft. Zum anderen wurde für diese Felder das steuerfreie Förder-Volumen von fünf auf zehn Millionen Tonnen erhöht. Ein Anreiz, der offensichtlich genügt, eine Art zweiten Nordseeöl-Booms auszulösen.

AUF EIN WORT



„Das unaufhörliche Aufblähen von Fachmessen ist gefährlich, denn Sinn und Inhalt gehen verloren. Wird eine Messe zu groß, werden die Wege zu lang, und die Besucher verlieren die Übersicht. Unübersichtlichkeit aber führt zur Frustration und physischer Erschöpfung. Die Förderung von Unlustgefühlen kann und darf aber nicht das Ziel des Marktinstruments Messe sein."

Dr. Werner Marzin, Hauptgeschäftsführer der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH

FOTO: G. W. BACHERT

Baugenehmigungen stark gestiegen

AP, Bonn

Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) ist zuversichtlich, daß 1983 die Zahl von 400 000 neu genehmigten Wohnungen erreicht werden kann. Dies erklärte er in Bonn zur Vorlage der neuesten Genehmigungsstatistik für den Wohnungsbau. Danach wurde im Juli der Bau von 37 622 neuen Wohnungen genehmigt. Dies sind 23,4 Prozent mehr als im Juli 1982. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres stieg die Zahl der neu genehmigten Wohnungen damit um 23,8 Prozent auf 242 443.

STAHLSTREIT MIT DEN USA

Ministerrat gibt Brüsseler Kommission Rückendeckung

WILHELM HADLER, Brüssel

Volle Rückendeckung hat der EG-Ministerrat der Brüsseler Kommission für ihre Bemühungen um handelspolitische Kompensationen für die von den USA verhängten Einfuhrbeschränkungen bei Edelstahlerzeugnissen gewährt. In einer Erklärung verwiesen die Außenminister gestern in Brüssel darauf, daß Washington selbst die Berechtigung eines derartigen Schadensausgleichs bereits ausdrücklich anerkannt habe.

In Übereinstimmung mit Artikel XIX des Gatt-Vertrages müsse jetzt so schnell wie möglich eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden. Dabei gelte es, den Schaden, der durch die US-Maßnahmen für die wirtschaftlichen und industriellen Interessen der Gemeinschaft entstehe, auszugleichen.

Der Rat äußerte sich darüber hinaus besorgt über die rigorose Handhabung der Quotenregelung durch die US-Administration. Die Kommission soll darauf hinwirken, daß die Quoten so verwaltet werden, „daß den Bedürfnissen und Interessen der EG-Exporteure voll Rechnung getragen wird", weiterhin auf Ausnahmen von den Schutzmaßnahmen dringen und „jeden Schritt im Hinblick auf eine Überprüfung der ‚doppelten Bestrafung' zu unterstützen, die durch die zusätzlichen Anti-Dumping- und Ausgleichszölle verursacht worden" seien.

Die im Juli eingeführten Importquoten für Werkzeug- und Edelstahl sowie acht- bis zehnprozentige Zollerhöhungen für rostfreie Stahlfolien und -platten sollen die US-Einfuhren um bis zu 35 Prozent reduzieren. Die Gatt-Regeln erlauben zwar derartige Schutzmaßnahmen, geben den Handelspartnern jedoch das Recht, Kompensationen zu fordern.

WERFTENKRISE

Lambsdorff: Bremen muß seine Schularbeiten machen

ww/Mk. Bremen/Bonn

Gestern mittag wurde die Bremer Werft AG „Weser" von der Belegschaft besetzt. Die Besetzung war von der Betriebsversammlung ohne Gegenstimme beschlossen worden. Zuvor hatte Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der zur Belegschaft gesprochen hatte, erklärt: „Ich bin außerordentlich beeindruckt von der Versammlung, von der Disziplin, mit der die Diskussion geführt worden ist. Ich bin nicht hierher gekommen, um irgendwelche Erwartungshorizonte aufzubauen, die am Montag nach der Wahl zerplatzen wie Seifenblasen."

Bremen müsse nun endlich seine Schularbeiten machen, sagte Lambsdorff weiter, bislang sei nur das Konzept bekannt, das die Werftschließung vorsehe, aber die Landesregierung habe inzwischen weitere Vorschläge in die Diskussion gebracht.

Die Bundesregierung, unterstrich Lambsdorff, stehe zu ihrem Wort, helfen zu wollen. Als „Unsinn" bezeichnete er den Vorwurf der Bremer Landesregierung, daß die Bundesregierung sich nicht an ihre Absprachen halte. Die Verluste der Großwerften dürften aber nicht aus der Staatskasse bezahlt werden. Dies gehe zu Lasten der mittleren und kleineren Werften. In diesem Jahr stelle die Regierung 290 Millionen Mark an Werfthilfe bereit, und für 1984 bis 1986 seien mehr als 650 Millionen Mark vorgesehen. Verglichen mit der europäischen Konkurrenz hätten die deutschen Werften noch besser abgeschnitten. In der Bundesrepublik seien im ersten Halbjahr zwar nur noch 33 Prozent der Auftragseingänge des Jahres 1982 verbucht worden. Trotz höherer Subventionen seien es aber in Großbritannien nur 16 und in Italien acht Prozent gewesen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Referentenentwurf zum Kreditwesengesetz

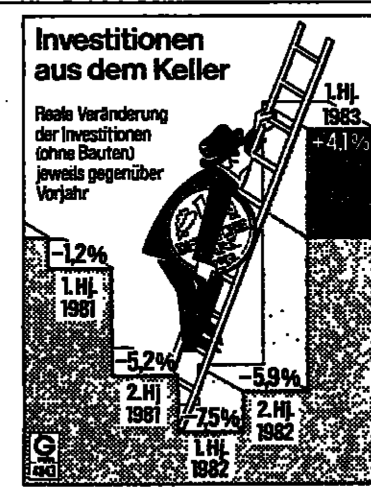
Bonn (AP) – Auch die ausländischen Töchter deutscher Banken müssen sich künftig der deutschen Bankaufsicht unterwerfen. Dies ist die wesentliche Neuerung im Referentenentwurf des Bonner Finanzministeriums zur dritten Novelle für das Kreditwesengesetz, der am Montag in Bonn bekannt wurde. Dabei soll durch die Zusammenfassung der Bilanzen von Mutter- und Tochterunternehmen erreicht werden, daß im Gesamtunternehmen nicht mehr als das 18fache des Eigenkapitals ausgeliehen und das Gesamtrisiko somit begrenzt wird. In das sogenannte Konsolidierungsverfahren bei den Bankbilanzen werden alle Kreditinstitute miteinbezogen, an *denen eine Bank mehr als 50 Prozent* der Anteile hält. Die ausgeweitete Bankenaufsicht gilt auch für Hypothekenbanken. Gegen diese Einbeziehung hatten im Vorfeld der Beratungen sowohl die FDP als auch das Bundesjustizministerium Bedenken erhoben.

Lohnkostenvorteil

Bonn/Berlin (dpa/VWD) – Die Entwicklungsländer werden nach Meinung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ihren Lohnkostenvorteil im Bereich der Textilindustrie nicht halten können. Schon heute scheine es sicher, daß die günstigeren Lohnkosten zumindest in Teilbereichen schrittweise abgebaut würden, sagte Lambsdorff in Berlin vor der Internationalen Vereinigung der Textilindustrie. Der Anstieg der Lohnkosten sei zumindest in vielen Schwellenländern bereits zu einem Problem geworden.

Spielregeln überarbeiten

Düsseldorf (dpa/VWD) – Eine „Generalinspektion aller wirtschafts-, sozial- oder ordnungspolitischen Spielregeln" ist nach Ansicht der Westdeutschen Landesbank, Düsseldorf, erforderlich, um die wirtschaftlichen und sozialen Dauerprobleme zu lösen. In ihrem jüngsten „Lagebericht Wirtschaft" wendet sich die Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB) gegen noch mehr staatliche Interventionismen, da sie die anstehenden Probleme nicht lösen könnten. Der *durch sie in der Vergangenheit* angestrebte Interessenausgleich in der Gesellschaft werde nicht mehr gewährleistet, obwohl inzwischen vielfach mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts durch staatliche Kanäle umverteilt werde.



Zwei Jahre hat die Investitionsflaute gedauert, die jetzt offenbar *zu Ende gegangen ist. Das Statisti*sche Bundesamt registrierte für das erste Halbjahr 1983 einen realen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 4,1 Prozent.

QUELLE: GLOBUS

Familienbetriebe halten

Bonn (dpa/VWD) – Zur Stärkung der bäuerlichen Familienbetriebe zwischen 20 und 50 Hektar hat der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesernährungsminister, Georg Gallus, unter anderem Höchstgrenzen für den Tierbestand vorgeschlagen, um die Veredelungsproduktion zu sichern. Ferner befürwortete er steuerliche Maßnahmen. Auch das Landpachtschutzgesetz, das in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet wurde und in Kürze wieder im Bundestag eingebracht werden soll, könne diesem Zweck dienen.

Reisebüro-Umsätze

Frankfurt (DW.) – Fast alle wichtigen Sparten des Reisebüro-Geschäfts weisen im Monat August gegenüber August 1982 Umsatzsteigerungen aus. Dies zeigt der neueste „Reisebüro-Spiegel" des Deutschen Reisebüros (DER). In den ersten acht Monaten dieses Jahres stieg der Reisebüro-*Gesamtumsatz nur leicht um 0,1 Pro*zent.

KONJUNKTUR / Bundesbank ist optimistisch

Erholung macht Fortschritte

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der konjunkturelle Erholungsprozeß in der Bundesrepublik hat in *letzter Zeit deutliche Fortschritte* gemacht, schreibt die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht. Die Statistik untermauert dies: Das von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigte reale Bruttosozialprodukt, der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ist nach Berechnung der Notenbank im zweiten Quartal um fast anderthalb Prozent gestiegen und damit doppelt so stark wie im ersten Quartal, so daß sich das Wirtschaftswachstum seit Jahresbeginn auf rund zwei Prozent summiert.

Der Rückschlag in der zweiten Hälfte letzten Jahres ist damit wieder wettgemacht worden, rechnet die Bundesbank vor. Das Produktionsniveau entspreche nun wieder etwa dem des *Jahres 1981. Als Folge der* Wirtschaftsbelebung registriert die Bundesbank auch erste Anzeichen einer Besserung am Arbeitsmarkt: einen Rückgang der Kurzarbeit um ein Drittel gegenüber Jahresbeginn, mehr Stellenangebote durch die Wirt*schaft und einen erheblich langsame*ren Anstieg der Arbeitslosenzahl.

Konjunkturmotor war neben der Bauwirtschaft die im Vergleich zum Vorjahr erheblich gewachsene Investitionsbereitschaft der privaten Wirtschaft. Ihre Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen nahmen im zweiten Quartal um saisonbereinigt 4½ Prozent zu, womit sie um fast zehn Prozent höher waren als vor einem Jahr. Das ist nach dem Urteil der Bundesbank der Verbesserung der Ertragslage zu verdanken. Die Ertragsmargen seien bei zunehmender *Kapazitätsauslastung in wichtigen* Wirtschaftsbereichen und bei zum Teil anhaltendem Personalabbau gesamtwirtschaftlich gewachsen. Von einer durchgreifenden Gewinnverbesserung könne jedoch noch nicht die Rede sein, schränkt die Bundesbank unter Hinweis auf Forderungsausfälle im In- und Ausland ein. Erst wenn die über lange Jahre geschwächte Ertragskraft der Unternehmen nachhaltig gestärkt und auch die Eigenkapitalbasis wieder verbessert sei, würden auch die Rahmenbedingungen für ein dauerhaft stärkeres *Wirtschaftswachstum und* mehr Beschäftigung gesichert sein.

Bei der Auslandsnachfrage, von der bisher keine Konjunkturimpulse kamen, sieht die Bundesbank Anzeichen einer Belebung, die sie auf den Konjunkturaufschwung in den USA und einigen anderen Ländern sowie auf den niedrigeren Wechselkurs der D-Mark zurückführt.

Vom privaten Verbrauch, im ersten Quartal noch eine wesentliche Konjunkturstütze, kamen kaum noch Anstöße. Im zweiten Quartal sind die Konsumausgaben saisonbereinigt *nur noch um ein halbes Prozent* gestiegen, und im Juli hätten sie das Niveau der Vormonate schon nicht mehr erreicht.

Als bemerkenswert hebt die Bundesbank hervor, *daß sich die* konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den letzten Monaten bei einem verminderten Wachstum der Staatsausgaben vollzog. Das bestätigt nach Auffassung der Währungshüter die Richtigkeit des finanzpolitischen Konsolidierungskonzepts.

NIEDERLANDE / Regierung Lubbers bringt Sparhaushalt im Parlament ein

Kürzungen von 11,8 Milliarden Gulden

rtr, Amsterdam

Den Niederländern soll heute eine weitere Dosis der bitteren Medizin verabreicht werden, die die Mitte-Rechts-Regierung von Ministerpräsident Ruud Lubbers seit ihrer Wahl im vergangenen Jahr verordnet. Heute bringt die Regierung den Haushalt für 1984 ins Parlament ein. Die Bevölkerung macht sich auf ein schweres Bündel gefaßt, *das aus Ausgabenkürzungen* und Steuererhöhungen geschnürt wurde.

Hauptbestandteil des Planes ist ein Sparpaket von 11,8 Milliarden Gulden (rund 10,5 Milliarden Mark). Dieses Volumen ist bereits im Juli angekündigt worden, doch wurden bisher keine Einzelheiten veröffentlicht. Auch die Art der bevorstehenden Steuererhöhungen ist noch *geheim*. Dieser Etat folgt einem Haushalt für 1983, der bereits Einsparungen von umgerechnet 11,7 Milliarden Mark vorsah. Die Gewerkschaften hatten seinerzeit Streiks *angedroht*, zu denen es jedoch nicht gekommen ist.

Wichtigstes Ziel der Regierung ist die Verringerung des gewaltigen Haushaltsdefizits. Man erwartet, daß *der Fehlbetrag in diesem Jahr die* neue Rekordhöhe von 12,7 Prozent des Volkseinkommens oder umgerechnet knapp 38 Milliarden Mark erreicht. Das Defizit im Budget ist im Laufe der Jahre *durch* äußerst *groß*zügige Leistungen für die soziale Sicherheit aufgebläht worden. Die meisten Einschnitte werden demzufolge – neben dem öffentlichen Dienst – diesen Bereich betreffen.

Die starke Kreditaufnahme der niederländischen Regierung hat zu steigenden Zinsen geführt und andere Kreditnehmer vom Kapitalmarkt verdrängt. Dringend nötige Investitionen der Industrie mußten somit zurückgestellt werden.

Die wirtschaftliche Erholung macht keine Fortschritte. Die Niederlande sind mit ihrer weltoffenen Wirtschaft stark von der Marschrichtung des internationalen Handels abhängig. Da dieser noch nicht richtig in Schwung gekommen ist, wird das Wachstum des Landes von amtlicher Seite für 1984 auf nur knapp über Null geschätzt. Ein ähnlich schwaches Abschneiden erwartet man im laufenden Jahr. In den beiden vergangenen Jahren ist das reale Bruttosozialprodukt um 1,1 Prozent (1981) und um 1,7 Prozent (1982) *geschrumpft*.

Trotz der Steuererhöhungen, die die Regierung vermutlich vorschlagen wird, soll der Haushalt den Holländern unter dem Strich eine leichte Senkung *ihrer Abgabenlast* bescheren, weil die Sozialversicherungsbeiträge als Ergebnis der Sparmaßnahmen abnehmen werden. Das Kabinett hat beschlossen, die Belastungen etwas zu senken, um die Nachfrage der Verbraucher anzuregen.

Damit hat die *Regierung* ihr ursprüngliches Ziel einer Senkung des Haushaltsdefizits um jährlich 1,5 Prozentpunkte auf sieben bis acht Prozent des Volkseinkommens im Jahr 1986 – dem *Ende der Legislaturperiode* – nach Ansicht von Fachleuten praktisch aufgegeben.

Die Industrie wartet mit Bangen darauf, ob die Regierung ihr Verspre*chen einhält, die Unternehmenssteu*ern zu senken.

Einige Faktoren geben Anlaß zu der Erwartung, daß die Niederlande in einer guten Position sind, um von *einer einsetzenden* Belebung des Welthandels zu profitieren. Die Lohnerhöhungen in der Industrie sind moderat, und die Inflationsrate wird wahrscheinlich in diesem Jahr *durchschnittlich nur bei 2,5 Prozent* liegen.

JAPAN / Gespräche mit der EG über Handelsfragen

Das Ungleichgewicht wächst

VWD/SAD, Tokio

Die japanischen Exporte in die Europäische Gemeinschaft (EG) sind trotz Zusicherungen Tokios, die Ausfuhr bestimmter Industrieprodukte freiwillig zu beschränken, in den letzten sechs Monaten wieder gestiegen. Der Direktor für Außenbeziehungen der EG-Kommission, Phan van Phi, erklärte in Tokio, die EG habe vor einer Fortsetzung dieses Trends gewarnt. Seit Freitag berät eine Brüsseler Delegation in Tokio mit japanischen Regierungsvertretern über den Stand der gegenseitigen Handelsbeziehungen.

Die japanischen Exporteure hatten sich im Februar verpflichtet, die Aus*fuhr von zehn* Industrieprodukten, darunter Autos, Videorecorder und Quarzuhren, zu drosseln. In Brüssel ist jedoch mit Sorge registriert worden, daß die japanischen Autoexporte zwischen Januar und Juli um 23 Prozent gestiegen sind. Nach Angaben von Phan van Phi betrug die *Zunahme bei Quarzuhren sogar 120* Prozent. Irland ist von solchen Uhren geradezu überschwemmt: Dorthin exportierten die Japaner 766 Prozent mehr Quarzuhren als in der ver*gleichbaren Vorjahreszeit*. Bei Videorecordern haben sich die japanischen Ausfuhren in die EG im gleichen Zeitraum jedoch um rund zehn Prozent verringert.

*Phan van Phi betonte, in der japa*nischen Regierung wachse die Erkenntnis, daß eine Förderung der Importe dringend notwendig sei, um die Spannungen abzubauen, die durch das Handelsdefizit entstanden sind. Offiziellen japanischen Statistiken zufolge hat sich der Überschuß im Warenverkehr mit der EG im ersten Halbjahr 1983 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um sechs Prozent auf fünf Milliarden Dollar erhöht.

Phan van Phi sagte, Europa habe den Japanern wettbewerbsfähige Produkte zu bieten wie Ausrüstung für Fernmeldetechnik, schwere Agrarmaschinen und Flugzeuge. Tokio müsse klargemacht werden, daß es aus Eigeninteresse zur Revitalisierung der Weltwirtschaft beitragen sollte, da seine eigene Wirtschaft von *der ökonomischen* Stabilität der Welt abhänge. Das Problem liege darin, einen Bewußtseinswandel in der japanischen Geschäftswelt, aber auch bei den Konsumenten anzustoßen, um sie fremden Produkten gegenüber aufgeschlossener zu machen.

USA / Reagan will Änderung des Wettbewerbsrechts

Joint Ventures erleichtern

H.-A. SIEBERT, Washington

Amerikas Antitrust-, Patent- und Copyright-Gesetze werden erheblich *entschärft, um, wie es in einer* Botschaft Präsident Reagans an den Kongreß heißt, mit anderen Industriestaaten gleichzuziehen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit *der US-Unternehmen zu verbessern*. Beseitigt werden müßten „Barrieren, die Investitionen im hochtechnologischen Bereich blockieren und Produktivitätsfortschritte verhindern". Da der *Legislative* schon andere Änderungsentwürfe, die Hinweise auf „den größeren Freiraum in Japan, Deutschland und Frankreich" enthalten, vorliegen, gilt eine Annahme als sicher.

Erlaubt sind nach dem Vorschlag des Weißen Hauses in Zukunft Joint Ventures, die von mehreren Firmen für gemeinsame Froschungs- und Entwicklungsaufgaben gegründet werden. Untersagt sind derartige Gemeinschaftsunternehmen nur noch dann, wenn sie sich gegen Neuerungen richten und Preismanipulationen erleichtern. Aufgehoben wird der *dreifache* Schadenersatz. Bei einem Mißbrauch der Patent-, Copyright- und Antitrustvorschriften muß nur noch der eigentliche Schaden, einschließlich Zinsen, ersetzt werden. *Ausländer, die US-Patentgesetze* verletzen, dürfen mit Hilfe dieser Verfahren hergestellte Güter nicht mehr in die Vereinigten Staaten exportieren.

*Ursprünglich hatte die Reagan-Ad*ministration noch weiterreichende Erleichterungen geplant. Sie sind im Kapitol jedoch nicht durchzusetzen. So bleiben Joint Ventures verboten, wenn sie einen zu großen Marktanteil besitzen oder der Wettbewerb durch die Koppelung von patentierten Erzeugnissen mit unpatentierten eingeschränkt wird. Bei Klagen müssen die Gerichte künftig die Wettbewerbsvorteile und die ökonomischen Auswirkungen berücksichtigen.

Paris begrenzt Lohnanstieg

J. Sch. Paris

Im nächsten Jahr dürfen in Frankreich die Löhne und Gehälter einschließlich aller Nebenleistungen um nicht mehr als durchschnittlich sechs Prozent *(gegenüber 1982) steigen*, verkündete Wirtschafts- und Finanzminister Delors. Dies würde bedeuten, daß die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhalten bliebe, falls das französische Bruttosozialprodukt *1984* – wie im neuen Haushaltsplan unterstellt – um real ein Prozent wächst, erläuterte der Minister.

Ob Lohnanpassungen möglich sein sollen, falls das Inflationslimit von ebenfalls sechs Prozent überschritten wird, ließ Delors aber offen. Die neuen Tarifverträge, die keine eigentlichen Indexklauseln enthalten dürfen, hätten jedenfalls von sechs Prozent auszugehen. In der öffentlichen Verwaltung wird diese Rate von Amts wegen festgesetzt. In der Privatwirtschaft *werden die Unternehmer* von sich aus unter Berufung auf Delors' Weisung maßhalten.

LANDWIRTSCHAFT / Spätere Aussaat wirkte sich aus

Geringere Getreideernte

KAREN SÖHLER, Hamburg

Die Getreideernte der deutschen Landwirtschaft 1983 erhält nur das Prädikat „durchschnittlich". Gegenüber dem Rekordjahr 1982 verringerte sich der Ernteertrag um 7,4 Prozent auf 22,8 Millionen Tonnen – nach offiziellen Schätzungen, wie es in einem Marktbericht der Alfred C. Toepfer International heißt. Damit liegen die Ergebnisse wieder auf dem Niveau von 1981. Die Anbaufläche ist gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozent eingeschränkt worden, und der durchschnittliche Flächenertrag ging um 6,8 Prozent auf 45,3 (48,6) Doppelzentner pro Hektar zurück. Ursache für die verschlechterten Ergebnisse sei *die* verspätete Aussaat *im* Frühjahr als Folge der naßkalten Witterung.

Aber dies gilt nur für das Sommergetreide. Die Wintergetreideernte fiel auch überraschend gut aus, konnte den Rückgang des Sommers also ein wenig auffangen. Im einzelnen entfielen auf Weizen 8,94 (8,63) Millionen Tonnen – *darunter Winterweizen 8,5* (7,0) Millionen Tonnen –, Gerste 8,93 (9,5) Millionen Tonnen – darunter Wintergerste 8,4 (5,0) Millionen Tonnen –, Roggen 1,6 (1,64) und Hafer 2,1 (3,1) Millionen Tonnen.

Trotz einer um 19 Prozent ausgeweiteten Anbaufläche wird bei der Rapsernte nur eine Steigerung um 7,5 Prozent auf 575 000 Tonnen ausgewiesen. Mit einiger Skepsis werden die Ergebnisse bei der Zuckerrüben- und Kartoffelernte erwartet. Ebenso gebe die gesamte Futterversorgung der deutschen Landwirtschaft einschließlich Heu, Saft- und Grünfutter wenig Anlaß zur Euphorie.

Die Getreideeinfuhren *der* Bundesrepublik Deutschland sind im Wirtschaftsjahr 1982/83 um zehn (5,1) Prozent auf 4,6 Millionen Tonnen gesunken. Hingegen hat der Export von Futtergetreide und -erzeugnissen um 0,2 auf 1,4 Millionen Tonnen zugenommen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, *Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report)*, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, *Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.)*; Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

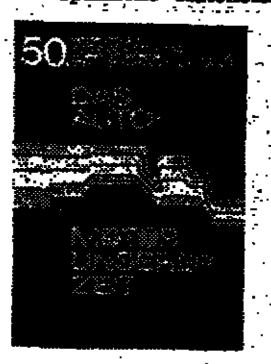
WELT-Korrespondenten berichten von der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung

Kurz berichtet

Der britische Jaguar hat auf dem deutschen Markt zum großen Sprung angesetzt: Die Neuzulassungen übertrafen seit Jahresbeginn jeden Monat die entsprechenden Vorjahreszahlen. Bis Ende Juli wurden 519 Jaguar abgesetzt. Die Jaguar-Division in der Leyland GmbH, Neuss, führt diesen Aufwärtstrend auf „konzentrierte Anstrengungen des Werks und der deutschen Vertriebsorganisation" zurück, für die mehrere neue Partner gewonnen wurden. Spitzenreiter unter den Modellen sind die 5,3-Liter-12-Zylinder-Limousine XJ 12 HE und die Sechszylinder-Versionen mit 4,2- und 3,4-Liter-Motoren.

*

Der fast ganz in Staatsbesitz befindliche spanische Autokonzern



Seat, Barcelona, will in den kommenden Jahren auf dem deutschen Markt Fuß fassen. Das Unternehmen, das gleichzeitig Alleinimporteur von VW ist und ab Herbst dieses Jahres die Fertigung des VW-Polo und VW-Derby im Lande übernimmt, erwartet bis 1986 einen Absatz von 24 000 Fahrzeugen der Marke Rondo. Dieses Fahrzeug kommt im Frühjahr 1984 auf den deutschen Markt.

*

Die Zahnräderfabrik Renk AG, Augsburg, hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) ihren Umsatz auf „klar über 300 Mill. DM" erhöht. Wie Vorstandsmitglied Gerd Schmidt mitteilte, gingen gut zwei Drittel der Verkäufe in den Fahrzeugbereich, mit Schwerpunkt Militär-(Ketten)fahrzeuge. An der Stückzahl gemessen sei Renk der zweitgrößte Anbieter in der westlichen Welt. In der Produktionsvielfalt hält sich das Unternehmen sogar für führend. Autobusgetriebe machen rund 10 Prozent des Umsatzes aus. (Py.)

Keine Belebung am Transportermarkt

Zwar verläuft die Entwicklung in den einzelnen Gewichtsklassen der leichten Nutzfahrzeuge durchaus unterschiedlich. Und einzelne Hersteller sind mit den Ergebnissen im bisherigen Verlauf des Jahres 1983 durchaus zufrieden. Insgesamt jedoch trifft die Einschätzung, die der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Carl H. Hahn, auf der Automobilausstellung umriß, den Kern: Von einer Belebung des Nutzfahrzeug-Marktes kann trotz höherer Zulassungszahlen im Inland keine Rede sein. Vielmehr dürfte das Plus im ersten Halbjahr eine Folge der Investitionszulage sein; das günstigere Bild berechtigt also nicht zu Optimismus, zumal immer wieder in Erinnerung gerufen werden muß, daß das Ausgangsniveau, die Bezugszahlen des Vorjahres, ein historisches Tief darstellte.

Der Marktführer der Nutzfahrzeug-Klasse bis zu 6 t Gesamtgewicht, die Volkswagenwerk AG, hat angesichts dieser Entwicklung bereits wieder Konsequenzen gezogen: Nachdem die Kurzarbeit im dritten Quartal im hannoverschen Transporter-Werk ausgesetzt worden war, ist jetzt für die Monate Oktober und November jeweils sieben Tage und für den Dezember fünf Tage Kurzarbeit vereinbart worden.

Gekennzeichnet wird die Entwicklung bei VW von einem leicht gestiegenen Inlandsabsatz in den ersten acht Monaten 1983 und geringeren Auslieferungen ins europäische Ausland. In der Bundesrepublik setzte VW insgesamt rund 40 000 (nach knapp 37 000 Fahrzeugen) ab, im europäischen Ausland rund 34 000 Fahrzeuge gegenüber 41 200 im gleichen Vorjahreszeitraum. In den USA verbesserte sich der Typ 2 um 12,4 Prozent auf 9904 (8812) Einheiten. Insgesamt verringerte sich der Absatz der AG (bis Ende Juli) stückzahlmäßig beim Typ 2 um 7000 oder 8,8 Prozent und bei der LT-Reihe um knapp 1900 Fahrzeuge oder 13,1 Prozent.

Wegen der stark rückläufigen Zulassungszahlen im vergangenen Jahr relativieren sich auch die Zulassungszahlen in der Bundesrepublik bis Ende August. Insgesamt wurden 75 094 (70 280) Fahrzeuge bis 6 t Gesamtgewicht zugelassen. Dieses Ergebnis, so heißt es, bedeute gerade eben eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau. Wenig bedeutungsvoll sind angesichts des geschrumpften Gesamtmarktes die Veränderungen der Marktanteile, wenngleich die Hersteller mit dieser Größe gerne operieren.

Im Bereich der Klasse bis zu 2,8 t dominiert weiterhin VW mit einem Marktanteil von 53,3 (59,4) Prozent. Ihre Position verbessern konnten in der leichtesten Klasse die Japaner (16,3 nach 14,7 Prozent), Daimler (10,6 nach 8,3 Prozent) und Fiat (5,4 nach 2 Prozent). Anders sieht die Rangliste in der nächst höheren Klasse – von 2,8 t bis 4 t – aus. Dort hält Daimler mit 48,1 (54,7) Prozent den ersten Platz, gefolgt von VW mit 28,7 (24,6) Prozent, Ford mit gut 11 Prozent und Fiat mit 7,5 Prozent. In der Klasse von 4 t bis 6 t Gesamtgewicht schließlich führt Daimler unangefochten mit einem Marktanteil von unverändert über 77 Prozent; mit weitem Abstand folgen Fiat (11,3 nach 8,8 Prozent) und VW (7,3 nach 7,1 Prozent).

Insgesamt errechnen sich für die leichten Nutzfahrzeuge Marktanteile für VW in Höhe von 43,9 (44,5) Prozent und für Daimler von 21,9 (22,7) Prozent. Die verschiedenen japanischen Hersteller kommen auf zusammen 10,9 (9,8) Prozent.

DOMINIK SCHMIDT

Massenandrang wie nie zuvor

Als Publikumsmagnet ersten Ranges hat sich die 50. Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) erwiesen: Die Jubiläumsschau erlebt einen noch nicht dagewesenen Massenandrang: Allein das Wochenende brachte 300 000 Besucher auf die Messe, die dafür sorgten, daß rund um Frankfurt alles „dicht" war; Parkplätze wurden trotz sorgfältiger Planung der Verkehrslenker gesuchte Mangelware.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Diskussion um Veranstaltungsort und Charakter der alle zwei Jahre stattfindenden großen Autoschau verstummen, ehe sie recht begonnen hat. Denn zur Freude der Aussteller erschöpft sich das Interesse der Autofreunde nicht nur in der Bewunderung von Traummodellen. Der Zug der Autokonjunktur gewinnt offenbar mehr an Fahrt; die deutschen Autokäufer befriedigen ihren Nachholbedarf. So ist von VW zu hören, daß der neue Golf „voll eingeschlagen" sei: Von der Vorstellung bei den Händlern am vorausgegangenen Wochenende bis Mitte letzter Woche wurden rund 30 000 Kaufverträge unterschrieben. (adh.)

Iveco drosselt Produktion

Die deutsche Iveco Magirus AG, Ulm, wird noch im laufenden Jahre ihre Produktion „um mindestens 30 Prozent" drosseln und den Personalbestand um weitere 1330 (2180) auf 6840 Mitarbeiter senken. Die Absatzsituation, namentlich im schweren Bereich, bezeichnet Magirus-Vorstandsvorsitzender Bernd Kosegarten als „miserabel". Geringer Absatzbelebung auf dem deutschen Markt stehe ein kräftiger Exportrückgang gegenüber. Der Magirus Auftragseingang und -bestand lag Ende letzten Monats um 40 Prozent unter dem Vorjahresniveau.

Das deutsche Zulassungsplus von Fahrzeugen jenseits der Dreitonnenmarke dürfte sich nach den Worten des Magirus-Chefs mit 15 Prozent auch über das gesamte Jahr halten.

Für den Export hat Kosegarten die schlimmsten Erwartungen: 40 Prozent Exportrückgang seien nicht auszuschließen. Dafür sei neben der Stagnation der europäischen Absatzmärkte vor allem der Geldmangel der nahöstlichen Ölländer verantwortlich. Überkapazitäten und Preiszugeständnisse belasteten zudem die Ertragsrechnungen.

Iveco-Magirus selbst erwartet für 1983 keinen Absatzrückgang im Inland, mengenmäßig werde sicher das Vorjahresergebnis wieder erreicht. Der Export, so enttäuschend er bislang verlaufen sei, gebe jedoch durch einige mögliche Großabschlüsse Anlaß zur Hoffnung. In jedem Fall wird die Produktion 1983 um 30 Prozent zurückgehen: 1982 waren 16 228 (15 959) Lastkraftwagen sowie 1854 (2289) Omnibusse und Sattelzugmaschinen in der Bundesrepublik hergestellt worden. Dazu kamen noch 7538 (9096) Lkw, Busse und Straßenzugmaschinen, die unter Verwendung deutscher Teile im Ausland gefertigt worden sind. Exportiert wurden 1982 rund 13 600 (12 485) Nutzfahrzeuge aller Art.

HARALD POSNY

Audi: Höherer Marktanteil

Audi NSU – Auto Union AG, Ingolstadt, muntere Tochter des Wolfsburger VW-Konzerns, hat auf dem deutschen Markt ehrgeizige Ziele: In zwei Jahren, so Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habbel, soll der Marktanteil von derzeit 7,4 auf 10 Prozent bis Ende 1985 gesteigert werden. Trotz der für die Erfolgsmodelle Audi 80 und Audi 100 ungewöhnlich langen Lieferfristen (bis zu vier Monate), sagte Habbel anläßlich der IAA in Frankfurt eine Produktion von 390 000 nach 330 000 Fahrzeugen voraus, die im nächsten Jahr auf über 400 000 gesteigert werden soll. Dies sei ohne Neueinstellungen und Sonderschichten allerdings nicht zu bewerkstelligen.

Als Ziel stellt sich der Audi-Chef eine Fertigung von 450 000 Stück vor, nicht aus Hang zu übertriebener Expansion, sondern im Hinblick auf eine optimale Auslastung der Kapazitäten und eine größtmögliche Sicherheit der bestehenden Arbeitsplätze. Rund 1000 Arbeitskräfte sind seit Anfang dieses Jahres neu eingestellt worden. Derzeit sind die beiden Werke Ingolstadt und Neckarsulm zu 95 Prozent ausgelastet. Im laufenden Jahr sind bereits 20 Samstags-Zusatzschichten „gefahren" worden.

Mit der Ertragslage des Unternehmens zeigte sich Habbel „äußerst zufrieden". Zwar machte er keine genauen Angaben, doch die 1983 auszubringende Stückzahl, den auf über 7 (6,7) Mrd. DM steigenden Umsatz, vor allem aber das günstige Produkt-Mix – 40 Prozent (75 000 Stück) entfallen auf den neuen Audi 100 – unterstreichen Habbels Hinweis. Zur Zeit werden arbeitstäglich über 1600 Audi in den beiden Werken hergestellt. Dazu werden noch in Neckarsulm 125 Porsche 924 und 944 für den US-Markt gefertigt.

Im laufenden Jahr werden rund 500 Mill. DM investiert, davon weit über die Hälfte in den technischen Fertigungsausbau.

HARALD POSNY

OLYMPIA

Katastrophaler Jahresabschluß

D. SCHMIDT, Wilhelmshaven

Entgegen allen Prognosen haben die mehrheitlich zur AEG gehörenden Olympia-Werke AG, Wilhelmshaven, im Geschäftsjahr 1982 nicht nur an die schlechten Ergebnisse der Vorjahre angeknüpft, sondern mit einem Fehlbetrag von 216,5 (113,5) Mill. DM den bislang höchsten Verlust hinnehmen müssen. Wie aus der jetzt veröffentlichten Bilanz hervorgeht, verringerte sich im Berichtsjahr gleichzeitig der Umsatz der AG um fast 10 Prozent auf 739,8 (811,4) Mill. DM.

Die negative Entwicklung hat nach den Worten eines Unternehmenssprechers ihre Ursache in den vorgenommenen Strukturmaßnahmen und den hohen Währungsverlusten, die vor allem in Mexiko entstanden sind. Im Rahmen des Ende 1982 ausgelaufenen Ergebnisabführungsvertrags hat die AEG den Fehlbetrag ausgeglichen. Der kürzlich ausgeschiedene Olympia-Vorstandsvorsitzende Heinz Werker Krause hatte noch Mitte 1982 angekündigt, daß sich der 1981er Verlust halbieren und der Umsatz um mindestens 15 Prozent erhöhen solle.

Zur Entwicklung im laufenden Jahr verweigern sowohl Olympia als auch die Mutter in Frankfurt jegliche Aussage. Verwiesen wird lediglich auf die Erklärung von AEG-Chef Heinz Dürr im Rahmen der Hauptversammlung. Damals war von einer „entscheidenden Verbesserung" bei Olympia im Jahre 1983 die Rede. Das Sanierungsprogramm verlaufe voll nach Plan. Dürr nannte im einzelnen die Konzentration der Fertigung auf nur noch zwei Werke.

Inzwischen hat Olympia die Zweigwerke in Leer und Norden geschlossen und die Beschäftigtenzahl erheblich reduziert. Weltweit verringerte sich die Mitarbeiterzahl im letzten Jahr auf 11 328 (12 336). Zum aktuellen Stand will Olympia nichts sagen; mittlerweile aber dürfte die Belegschaft weltweit eher unter 10 000 liegen.

Wie Olympia die für 1983 anstehenden Verluste bilanziell behandeln wird, ist offen. Neben der AEG, die mit 51 Prozent am Grundkapital von 130 Mill. DM beteiligt ist, sind Bosch, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Westdeutsche Landesbank über die Gesellschaft für Elektrowerke GmbH weitere Anteilseigner.



FOTO: DIE WELT

Karl Winnacker wird 80 Jahre

Am 21. September feiert Prof. Dr.-Ing. Karl Winnacker seinen 80. Geburtstag. Trotz seines hohen Alters hat sich der Chemiker, Manager und Ehrenvorsitzende des Aufsichtsrats der Hoechst AG, beileibe noch nicht aufs „Altenteil" zurückgezogen. Zwar hat Winnacker im Juni 1980 den Vorsitz im Hoechst-Aufsichtsrat an Otto Ranft abgegeben, aber sein Interesse an „seinem" Unternehmen ist ungebrochen.

Seit 1933 prägt Hoechst das Leben des Wissenschaftlers mit, so wie er den Chemiekonzern geprägt hat. Damals trat Winnacker, bis dahin Assistent an der Universität, in das Werk Hoechst der IG Farbenindustrie AG ein. Nach dem Krieg verordneten die Amerikaner ihm – wie den anderen Hoechst-Direktoren – eine Zwangspause, in der sich Winnacker als Gärtner durchschlug. Die Duisburger Kupferhütte und Knapsack waren kurze Zwischenstationen auf seinem Weg zurück zu Hoechst, wo er ab 1952 als Vorsitzender des Vorstandes entscheidend zum schnellen Aufstieg des Chemiekonzerns beigetragen hat.

Nach seinem Rückzug aus dem Tagesgeschäft in den Aufsichtsrat (1969) fand Winnacker, seit 1953 Honorarprofessor für angewandte Chemie an der Universität Frankfurt, auch wieder Zeit für zahlreiche Veröffentlichungen; u. a. „Grundzüge der chemischen Technik" (1974), „Nie den Mut verlieren" (seine Memoiren) und vor allem, was ihm besonders am Herzen liegt, die friedliche Nutzung der Kernenergie, für die er in seinem Buch „Das unverstandene Wunder" vehement eingetreten ist. (adh.)

Dunlop-Reifenwerke an Sumitomo?

WILHELM FURLER, London

Der japanische Gummiwaren-Produzent Sumitomo will die deutsche und britische Reifenproduktion des Dunlop-Konzerns übernehmen. Unbestätigten Berichten zufolge sind die Verhandlungen zwischen den beiden Unternehmen bereits in ein abschließendes Stadium gelangt – die Entscheidung soll am Donnerstag bei der Vorlage des Halbjahres-Ergebnisses von Dunlop in London bekanntgegeben werden.

Dunlop hält gegenwärtig eine 40-prozentige Beteiligung an Sumitomo Rubber Industries. Dieser Anteil soll von Sumitomo ebenfalls übernommen werden. Dunlop hat bisher lediglich bestätigt, daß mit Sumitomo Gespräche über die Zukunft ihrer europäischen Reifenproduktion stattgefunden haben.

Der Konzern beschäftigt weltweit 60 000 Mitarbeiter, davon 24 000 in Großbritannien. Neben Reifen werden Tennisschläger und -bälle sowie eine große Palette industrieller Produkte hergestellt. Der Konzern mußte im vergangenen Jahr den höchsten Verlust in seiner Geschichte hinnehmen: 80 Millionen Pfund, umgerechnet rund 320 Millionen Mark.

Den Berichten zufolge wird Dunlop seine Reifenproduktion in den Ländern Sambia, Südafrika, Indien, Neuseeland und USA beibehalten.

Wigo stellt Konkursantrag

dpa/VWD, Villingen-Schwenningen

Der Elektrogerätehersteller Wigo Gottlob Widmann + Söhne GmbH, Villingen-Schwenningen, sieht sich nach eigenen Angaben gezwungen, Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens zu stellen. Laut Geschäftsleitung haben die in den letzten Jahren aufgelaufenen Verluste die Finanzkraft des Unternehmens, das im August 1983 noch rund 300 Mitarbeiter beschäftigte, erschöpft.

Die Hausbanken, die sich Ende 1982 zu einem Pool zusammengeschlossen haben, hätten sich nicht mehr in der Lage gesehen, dem Unternehmen die erforderlichen Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Löhne für August 1983 seien noch nicht ausbezahlt.

Wigo hatte sich bis 1969 zu einem der bedeutendsten europäischen Hersteller für Kaffeeautomaten entwickelt und zeitweise über 700 Mitarbeiter beschäftigt. Mitte der siebziger Jahren nahmen wichtige Industriekunden die Eigenfertigung auf, so daß bei enger werdendem Markt und zunehmendem Preisdruck die Rentabilität abgenommen habe.

1982 lag der Umsatz nur noch bei 49 Mill. DM, im laufenden Jahr hätte Wigo nach eigenen Angaben hochgerechnet nur noch etwa 42 Mill. DM umsetzen können. Vor acht Jahren lag der Umsatz der Gruppe noch bei etwa 130 Mill. DM.

Vegla baut bei Glas Schalke ab

J. G. Düsseldorf

Die zu Frankreichs verstaatlichtem St.-Gobain-Konzern gehörende Vegla Vereinigte Glaswerke GmbH, Aachen, gibt wegen anhaltender Überkapazitäten die Produktion von Gußglas und Glassteinen bei ihrer Tochter Glas- und Spiegelmanufactur AG, Gelsenkirchen-Schalke, auf. Die Gußglas-Fertigung, deren Kapazität im Vegla-Bereich doppelt so groß wie der Bedarf sei, wird in das Vegla-Werk Mannheim-Waldhof verlagert, die Produktion von Glassteinen, wo die Nachfrage in den letzten sechs Jahren um zwei Drittel gesunken sei, wird eingestellt.

Rund 100 der fortfallenden Arbeitsplätze will die Vegla bei Glas Schalke dadurch retten, daß die Spiegelveredelung vom Vegla-Werk Aachen (dort ohne Personalabbau) nach Schalke verlegt wird. Damit sowie mit Isolierglas und Sonderprodukten werden in Schalke künftig noch 265 (500) Leute beschäftigt. Vom drastischen Rückzug bei Glas Schalke erhofft man sich eine erhebliche Ertragsbesserung, nachdem dort 1982 aus 114 (141) Mill. DM Umsatz ein Verlust von 8,7 Mill. DM (nach 2,1 Mill. DM Gewinn) entstand. Die Vegla-Gruppe erinnert aus dem neuen Anlaß daran, daß sie ihre Sachinvestitionen mit mehr als verdoppelter Jahresrate im Zeitraum 1983/85 auf mehr als 500 Mill. DM steigern werde.

SÜDDEUTSCHER VERLAG / Vorbereitungen für den Einsatz neuer Medien

Starker Einbruch bei Stellenanzeigen

DANKWARD SEITZ, München

Als nach wie vor unsicher bewertet die Süddeutsche Verlag GmbH, München, die unter anderem die „Süddeutsche Zeitung" (SZ) herausbringt, die konjunkturelle Situation. Entsprechend der wirtschaftlichen Instabilität hat sich das Anzeigengeschäft nach Mitteilung der Geschäftsleitung sehr differenziert entwickelt und läßt für 1983 nur ein geringes Wachstum erwarten. Während die Umsätze des Stellenmarktes noch immer nachgebende Tendenz aufzeigten, sei der Verlauf der anderen Anzeigensparten recht positiv. Über den Zuwachsraten des Vorjahres liege die Verkaufsauflage der SZ. Die Umsätze der Druckerei dagegen seien weiterhin durch den harten Wettbewerb und technische Überkapazitäten in diesem Markt gekennzeichnet.

Insgesamt könne jedoch mit einer Verbesserung des Jahresergebnisses gerechnet werden. Dazu beitragen sollen neben einem Umsatzplus in der Größenordnung von rund 10 Prozent vorsichtige Preiserhöhungen und weitere Maßnahmen zur Kostenbegrenzung. Ein wichtiger Schritt dazu wär auch die 1982 erfolgte Umstellung vom Blei- auf den Fotosatz. Die Vorbereitungen für den Bau einer neuen Druckerei, das Gebäude soll bis Ende 1984 fertiggestellt sein, sind abgeschlossen worden, die Bauarbeiten inzwischen angelaufen. Um die Abhängigkeit vom Anzeigengeschäft zu reduzieren, bereitet sich der Verlag auch auf die Entwicklung und den Einsatz neuer Medien vor.

Im Geschäftsjahr 1982 hat sich auch der Süddeutsche Verlag nicht der gesamtwirtschaftlichen Situation entziehen können. Insbesondere im Anzeigengeschäft hat die Rezession voll durchgeschlagen; der starke Einbruch im Stellenmarkt konnte nicht durch andere Rubriken aufgefangen werden, heißt es. Der konsolidierte Außenumsatz der Firmengruppe erreichte daher mit 384 (387) Mill. DM nicht ganz den Vorjahreswert. Um 6000 auf 337 900 täglich verkaufte Exemplare erhöhte sich die Auflage der SZ, was bei einer Anhebung des Vertriebspreises zu einer Steigerung des Vertriebsanteils an den Gesamtumsätzen führte. Unter den Vorjahreszahlen lagen die Fremderlöse der Druckereien mit 49 (53) Mill. und die der Buchverlage mit 26 (34) Mill. DM.

Mit 8,4 Mill. DM weist der Verlag einen gegenüber dem Vorjahr um 25,3 Prozent höheren Jahresüberschuß aus. Dazu beigetragen haben im wesentlichen der Anstieg der Beteiligungserträge auf 2,3 (1,5) Mill. DM und Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 2,7 (0,7) Mill. DM sowie ein etwas geringerer Materialeinsatz. Der Personalaufwand stieg lediglich um 1,1 Prozent auf 152 Mill. DM, allerdings bei einem Abbau der Konzernbelegschaft um 5 Prozent auf 2643 Mitarbeiter. Investiert wurden – vor allem für die neue Offsetdruckerei – 16,3 (18,3) Mill. DM bei Abschreibungen von 8,0 (10,0) Mill. DM.

Weil für zwei nicht näher genannte Konzernunternehmen Verluste übernommen werden mußten, reduzierte sich der Konzerngewinn auf 5,5 (9,8) Mill. DM. Außerdem wurden an die Anteilseigner (entgegen dem Vorjahr) 1,7 Mill. DM vorab ausgeschüttet (Stammkapital 39,1 Mill. DM). Über die weitere Gewinnverwendung werden keine Angaben gemacht.

Freundlicher durch Sonderbewegungen

Weiterhin lebhaftes Interesse für AEG-Telefunken

DW. – Der freundliche Wochenschluß an der New Yorker Börse sowie Hoffnungen, daß in den USA der Zins vorerst nicht mehr steigen wird, sorgten an der Wochenanfangsbörse auf dem deutschen Aktienmarkt für eine zuversichtlichere Grundstimmung. Sie präsentierte sich wie schon am Freitag in einigen Sonderbewegungen. Für eine generelle Fortsetzung der Hausse reicht das Ordervolumen noch längst nicht aus. Die Käufer stützen sich auf positive Nachrichten aus dem Bereich einzelner Unternehmen, aber ebenso sehr auch auf allgemein hoffnungsvoller gewordene Prognosen über die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik.

Überrascht hat vor allem der weitere Anstieg von AEG-Telefunken um 5,50 DM auf 86,50 DM. Dabei störte nicht, daß AEG-Telefunken von der Olympia AG für 1982 einen sehr viel höheren Verlust zu übernehmen hat als bislang eingeplant gewesen war. Degussa-Aktien, die in den letzten Tagen unter Druck gelegen hatten, erholten sich um 5 DM. Auch für Schering hat sich nach einer Phase rückläufiger Notierungen das Interesse belebt und den Kurs um 5,50 DM anziehen lassen. Bei den Banken fiel der Anstieg der Bayern-Hypo um 7,50 DM und der Bayerischen Vereinsbank um 5 DM aus dem Rahmen.

Düsseldorf: Aseag gaben um 4 DM und Duewag um 2 DM nach. DAB verloren 2 DM auf 111,50 DM und Hellenich 5 DM auf 275 DM. Rheag verminderten um 8 DM. Dortm. erhöhten um 7 DM und Rheinm. um 14 DM auf 340 DM.

Frankfurt: Bei mittleren Umsätzen konnten sich Standardwerte bis zu 2 DM pro Aktie verbessern. Im Mittelpunkt des Interesses stand erneut die AEG-Aktie, die bei 86,50 DM (plus 7,50 DM) schloß. Von Neben- und Spezialwerten gaben TAG-Roland um 6 DM auf 380 DM nach. Thüringer Gas verbesserten sich um 9 DM auf 410 DM.

Hamburg: Von den Verkehrswerten stiegen Hapag um 2 DM auf 45 DM. Versorgungspapiere waren leicht behauptet. HEW (0,30 DM), (minus 0,90 DM). Conti Gummi und Phoenix konnten sich auch behaupten. Triton legten 5 DM zu. Flensburger Schiffbau büßten 2,20 DM ein.

München: Audi NSU verminderte um 1 DM auf 270 DM. Kulmbacher Aktienbrau stiegen um 10 DM auf 840 DM und Süd-Chemie um 3 DM auf 345 DM. Flachglas gaben um 9 DM auf 276 DM nach und Bayer. Lloyd um 10 DM auf 230 DM.

Berlin: DUB-Schultheiss und Herlitz Stämme konnten sich um je 1,50 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM verbessern. Bekula lagen um 0,50 DM und Orenstein um 0,20 DM geringfügig freundlicher. Rheinmetall büßten 5 DM ein, und Berliner Kindl bröckelten um 0,90 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

DM-Anleihen

Ausland

Toronto

	19.9.	16.9.
Abitibi Paper	24,50	24,50
Alcan Alu.	46,25	47
Bk. of Montreal	28,25	28,625
Bk. of Nova Scotia	42,125	42,50
Bell Canada	28,375	28,50
Bluesky Oil	4,85	4,85
Bow Valley	27,75	27,625
Brenda Mines	16,625	16,75
Brunswick M. & Sm.	19,25	20
Cdn. Imperial Bk.	33,25	33,375
Cdn. Pacific Ltd	47,25	47,625
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,375	23,375
Cominco	61	61,25
Coseca Res.	4	4
Denison Mines	48,25	48,75
Dome Petroleum	5,50	5,625
Domtar	26,625	27,25
Falconbridge Nickel	81	83
Great Lakes Paper	86	86,50
Gulf Canada	19,75	19,50
Gulfstream Res.	1,20	1,20
Index: TSE 300	2533,3	2544,8

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	16.9.	15.9.
All. Breweries	136	136
Anglo Am. Corp. $	21,12	21
Anglo Am. Gold $	1,25	1,278
Babcock Int.	148	148
Barclays Bank	477	494
Beecham	320	325
Bowater	206	207
B. A. T. Industries	134	136
Br. Leyland	76	–
British Petroleum	424	430
Burmah Oil	177	177
Cadbury Schweppes	99	99
Charter Cons.	255	258
Cons. Gold. Fields	601	609
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	93	95
De Beers $	9,2	9,2
Distillers	216	219
Driefontein $	53,62	53,62
Dunlop	53	53

Mailand

	19.9.	16.9.
Bastogi	222	221
Breda	4210	4350
Carlo Erba	9900	10190
Centrale	1925	1850
Fiat	3012	3024
Fiat Vz.	2095	2120
Finsider A	46	45,5
Generali	141000	139100
IFI Vz.	4860	4800
Italcementi	45800	45300
Italgas	–	1030
Lepetit St.	26650	26700
Magneti Marelli	825	840
Mediobanca	67000	66400
Mondadori	2680	2600
Montedison	209,75	207
Olivetti Vz.	3580	3370
dgl. St.	3335	3365
Pirelli SpA	1630	1625
Rinascente	346	346
RAS	146100	145500
S. A. I.	12990	12700
SIP	1745	1762
Snia Viscosa	1151	1145
STET	–	1730
Index	–	196,21

Brüssel

Arbed	1310	1326
Brux. Lambert	2235	2250
Cockerill Ougrée	146	154
Ebes	2295	2350
Gevaert	2430	2475
Kredietbank	6350	6350
Pétrofina	6000	5990
Soc.-Gén. d. Belg.	1870	1875
Sofina	4880	4980
Solvay	3150	3170
UCB	3750	3780
Index	130,35	131,18

Hongkong

China Light + P.	12,40	14,10
Hongkong Land	3,88	3,35
Hongk. + Sh. Bk.	6,90	7,30
Hongk. Teleph.	32,00	36,00
Hutch. Whampoa	11,20	12,60
Jard. Matheson	12,20	12,50
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	2,82	3,10

Singapur

Cycle + Car.	6,30	6,40
Cold Storage	5,40	5,40
Dev. Bk. of Sing.	9,60	9,46
Fraser + Neave	6,15	4,10
Kl. Kepong	3,00	3,00
Mal. Banking	9,35	9,35
Nat. Iron	7,00	7,00
OCBC	10,40	10,40
Sime Darby	2,33	2,34
Singapur Land	5,45	5,70
Un. Overs. Bank	5,25	5,25

Optionshandel

Frankfurt: 19. 9.: 560 Optionen, 39 000 Aktien (38 750), davon 151 Verkaufsoptionen = 7000 Aktien. **Kaufoptionen: AEG** 10-55/30, 10-70/14, 10-75/9, 10-80/4,65, 10-85/2, 1-60/25, 1-75/13,80, 1-80/8,90, 1-85/6, 1-90/5, 4-75/15,10, 4-80/11, 4-85/8,40, 4-90/8, Siemens 1-390/4, 4-340/25,40, 4-350/25, Veba 1-70/10,50, 1-180/6,90, 1-190/2,15, 4-170/17, BASF 1-150/8,90, Bayer 10-150/3,05, 1-150/7, 1-170/2, 4-150/12,40, 4-160/8,40, Hoechst 4-150/8,50, BMW 1-380/20, VW 1-220/10,30, 1-240/6, 4-200/54,75, 4-210/31, 4-220/19,40, 4-240/14, 4-250/9, Conti Gummi 10-110/2, 4-100/18, 4-110/10, 4-120/7, 4-130/5, Lufthansa Stämme 10-127,50/2,05, Commerzbank 1-170/11,85, 1-180/7,60, 1-190/3,70, 4-180/20, 4-180/13,20, Dt. Bank 1-310/19, 1-340/7, 4-320/20, 4-330/15, Dresdner Bank 10-170/4,85, 1-170/12, 1-180/6,50, 4-200/5,40, Mannesmann 1-140/6,10, 1-150/4, 4-130/15,90, 4-140/11,50, 4-150/8, 4-210/5, Thyssen 1-70/5, 4-70/7,50, Bekula 1-100/5,70, Dt. Babcock Stämme 4-170/17,10, Vorzüge 1-170/6,10, GHH Stmme 4-140/19,80, Kali und Salz 4-210/23,80, Klöckner 4-35/4, Metallgesellschaft 1-210/10, 4-210/18,05, RWE St. 1-170/7,35, Vorzüge 1-170/7, Alcan 4-100/13,40, Chrysler 1-75/12, 1-90/4,85, 4-80/14,40, 4-85/6,90, 4-90/7,30, Philips 10-40/4,50, 1-40/5,40, Elf 1-55/15,30, 1-70/4, 4-60/11,50, 4-70/6. **Verkaufsoptionen: AEG** 1-75/1, 1-80/3,80, 4-75/2, 4-80/5,50, Siemens 1-330/6,70, 1-350/16, Veba 1-170/7, Bayer 10-150/3,60, 4-150/5,30, BMW 10-370/2,90, VW 1-210/5,50, 4-200/4,85, 4-210/6,90, 4-220/10,60, Lufthansa Stämme 1-120/4,40, 4-120/7,50, Vorzüge 1-120/4,40, Commerzbank 4-170/8, Dt. Bank 1-130/5, Hoesch 10-90/5, 1-100/7,50, 1-90/5,60, Mannesmann 10-130/3,05, 1-130/4, Bayr. Hypo 1-370/7,95, BHF 1-280/14,95, Daimler 1-560/9,40, GHH St. 1-140/7,95, Karstadt 4-260/16, KHD 4-250/13,50, Klöckner 1-35/3,40, Metallgesellschaft 4-190/6, Norsk 10-180/2. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅞–10	5½–5⅝	4⅛–4⅜
3 Monate	9⅞–10	5⅝–5¾	4⅛–4⅜
6 Monate	10 –10⅛	6⅛–6⅛	4⅜–4⅞
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅛–6⅜	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1555,00	1886,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1243,00	1458,41
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	647,35
1 £ Sovereign alt	251,00	308,94
1 £ Sovereign Elizabeth II	245,00	302,10
20 belgische Franken	192,00	246,25
10 Rubel Tscherwonez	263,00	327,18
2 südafrikanische Rand	248,00	304,38
Krüger Rand, neu	1110,00	1305,30
Maple Leaf	1110,00	1305,30
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	319,20
20 schweiz. Franken „Vreneli"	218,00	270,18
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1036,00	1233,48
20 österr. Kronen (Neuprägung)	204,00	255,36
10 österr. Kronen (Neuprägung)	107,00	138,08
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	467,00	572,26
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	111,00	140,34

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Die neuesten Zahlen der US-Geldmengenstatistik bewegten sich im Rahmen der Erwartungen, so daß der Markt von dieser Seite beruhigt wurde. So war es nicht verwunderlich, daß die Dollarkurse am 19. 9. etwas niedriger als am Freitag lagen. Die Schwankungsbreite lag zwischen 2,6625 und 2,6700. Gegen Geschäftsschluß handelte man bei 2,6650, ohne daß der Rückgang der Dollar-Zinsen um ⅛ Prozentpunkt und die relativ niedrige Eröffnungsbasis der Fed Funds von 9⅝ Prozent für weiteren Druck gesorgt hätten. Die amtliche Notierung wurde mit 2,6658 ohne Beteiligung der Bundesbank festgestellt. Auch die meisten anderen amtlich notierten Währungen wiesen Minus-Korrekturen auf, am stärksten ausgeprägt beim Escudo, der mit 6,9 Promille auf den schon einmal notierten historischen Tiefstkurs von 2,150 fiel. US-Dollar in: Amsterdam 2,9810; Brüssel 53,8025; Paris 8,0580; Mailand 1596,80; Wien 18,7460; Zürich 2,1681; Ir. Pfund/DM 3,134; Pfund/Dollar 1,5012.

Ostmarkkurs am 19. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Das im Rahmen der Erwartungen liegende Ergebnis der Wochenstatistik M1 wirkte sich am 19. September beruhigend aus, so daß die Terminabschläge für Dollar/DM etwas niedriger quotiert wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,97/0,87	2,84/2,74	5,40/5,25
Pfund/Dollar	0,02/0,04	0,12/0,16	0,30/0,35
Pfund/DM	1,90/0,50	4,50/3,10	7,80/6,40
FF/DM	27/11	81/66	168/150

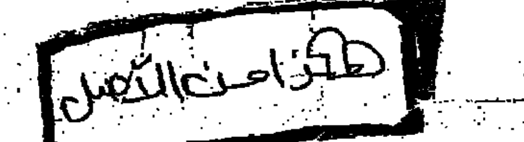
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 9.: Tagesgeld 5,5 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,7 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55G/3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G/3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 19. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,83). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,10) – 8,50 (7,60) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.



Renten stabiler

Da sich das Wachstum der Geldmenge in den USA im erwarteten Rahmen bewegt hat, schöpfte man am Rentenmarkt Hoffnungen, daß dort – wie bei uns – die Zinsaufwärtsbewegung zumindest vorerst zum Stillstand gekommen ist. Das führte im Bereich der öffentlichen Anleihen zu ersten Anlagekäufen, die sich in den Kursanstiegen bis zu 0,20 Prozentpunkten niederschlugen. Bei sehr ruhigem Geschäft blieben die Pfandbriefnotierungen nahezu unverändert. DM-Auslandsanleihen lagen überwiegend gut behauptet. Das gilt auch für die auf D-Mark lautenden Brasilien-Anleihen, die von der sich abzeichnenden Schuldenregelung mit Brasilien profitieren.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bundesbahn

		19. 9.	16. 9.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	–	–
10 dgl. 73 II	11/83	100,45	100,45
7½ dgl. 72	2/84	100,35	100,35G
8 dgl. 72	9/84	100,9	100,9
8½ dgl. 76	9/84	101,1	101,2
6 dgl. 78 III	11/84	98,9	98,85
6½ dgl. 79	2/85	98,9G	98,95
8½ dgl. 73	2/85	101,45	[illegible]
7 dgl. 77	2/87	96,7	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	19. 9.	16. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	80,5G	80,5G
6½ dgl. Pf 5	85G	85G
7 dgl. Pf 2	89G	89G
F 7½ Bakola Pf 104	98,35G	98,35G
9 dgl. Pf 106	101,7G	101,7G
10 dgl. Pf 108	106,8G	106,8G
7 dgl. KS 152	93,3G	93,3G
8 dgl. KS 155	97,25G	97,25G
9 dgl. KS 169	101,85G	101,85G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Ausländische Aktien

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Gewinnen schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Freitag an der New Yorker Comex. Verbessern in allen Sichten konnte sich Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16. 9.	15. 9.
Sept.	364,00	361,25
Dez.	382,75	380,00
März	398,50	396,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif	16. 9.	15. 9.
St. Lawrence 1 CW	241,34	240,34
Amber Durum	265,89	268,89
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	159,70	156,80
Dez.	162,50	159,50
März	165,50	168,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	123,50	121,00
Dez.	120,00	118,40
März	122,00	120,50
Hafer Chicago (c/bush)	16. 9.	15. 9.
Sept.	177,75	177,00
Dez.	190,00	186,00
März	201,25	196,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	344,00	343,00
Dez.	351,75	347,50
März	361,00	357,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	16. 9.	15. 9.
Okt.	129,50	122,00
Dez.	130,50	128,00
März	133,00	130,90

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16. 9.	15. 9.
Terminkontr. Sept.	134,75	133,50
Dez.	131,90	130,40
März	129,45	129,10

Kakao New York ($/t)	16. 9.	15. 9.
Sept.	2118	2009
Dez.	2118	2059
Terminkontr. März	2136	2089
Umsatz	4705	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	9,40	9,75
Jan.	10,00	10,30
März	10,75	11,01
Mai	11,13	11,36
Juli	11,42	11,65
Umsatz	15 626	13 789
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	16. 9.	15. 9.
	9,32	9,56
Kaffee London (£/t) Robusta-	16. 9.	15. 9.
Kontrakt Sept.	1755–1759	1757–1760
Nov.	1729–1730	1723–1725
Jan.	1708–1708	1708–1710
Umsatz	2850	3872
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1468–1480	1440–1442
Dez.	1510–1511	1480–1481
März	1506–1507	1480–1481
Umsatz	6514	6159
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	156,75–157,00	162,75–163,00
Dez.	168,50–169,00	174,25
März	178,00–178,25	182,80–183,00
Mai	184,00–184,25	188,50–188,75
Aug.	–	–
Umsatz	4435	4448
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 9.	15. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	340,00	340,00
weißer Muntok	342,50	342,50

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Kautschuk London (p/kg)	16. 9.	15. 9.
Nr. 1 RSS loco	74,50–77,25	75,00–76,00
Okt.	74,30–75,00	74,50–75,50
Nov.	74,00–74,50	75,00–75,50
Okt./Dez.	74,30–74,40	75,00–75,10
Tendenz: ruhig		

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

	19. 9.	16. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	362–381	362–382
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	410–415	410–415
MS 63	415–420	415–419

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

„Heute" contra „Tagesschau" – Einschaltzahlen bei Nachrichtensendungen

Hat nur das schöne Wetter schuld?

Im Sommer 1983 sind die Einschaltzahlen der bundesdeutschen Fernsehprogramme in den Keller gepurzelt. Dies ergab die Auswertung der Durchschnitts-Einschaltzahlen der Sendungen von ARD und ZDF in den Monaten Juli und August, die das „Medien-Telegramm" in seiner jüngsten Ausgabe veröffentlichte. Berücksichtigt wurden dabei alle von der „Teleskopie" ermittelten und in ihren Wochenübersichten ausgedruckten Sendungen. Beide Fernsehanstalten schnitten dabei gleichermaßen schlecht ab.

So erzielten die ARD-Sendungen der Monate Juli und August eine durchschnittliche Einschaltquote von 11,22 Prozent, die Sendungen des ZDF kamen auf eine Nutzung von 11,56 Prozent. Die schlechtesten Tagesergebnisse in diesem Zeitraum waren einstellig: So kamen die Sendungen der ARD vom 17. Juli auf eine durchschnittliche Nutzung von fünf Prozent. Beim ZDF brachten die Sendungen am 3. Juli eine Durchschnitts-Einschaltquote von sechs Prozent.

Zwei Gründe werden für den katastrophalen Absturz der Einschaltzahlen in den Monaten Juli und August verantwortlich gemacht: das außergewöhnlich warme Sommerwetter und die Unattraktivität der Programme. Kommentar von Wolfgang Rademann, Produzent so erfolgreicher Unterhaltungsprogramme wie „Traumschiff": „Bei solchen Zahlen würde jedes kommerzielle Fernsehen seine Macher längst in die Wüste schicken."

„Heute" und „Heute-Journal", die beiden Haupt-Nachrichtensendungen des ZDF, kommen beim Publikum besser an als die Konkurrenzprogramme der ARD „Tagesschau" und „Tagesthemen". Dies bestätigte erneut eine Auswertung der durchschnittlichen Einschaltquoten für die Nachrichtensendungen beider Kanäle in den Monaten Juli und August.

Die beiden Haupt-Nachrichtensendungen des ZDF erzielten dabei einen Vorsprung von knapp zwei Prozent vor den beiden Haupt-Nachrichtensendungen der ARD. Die beiden ZDF-Programme wurden von 16,56 Prozent der Fernsehzuschauer genutzt, die beiden ARD-Programme dagegen nur von 14,78 Prozent.

Als Einzelsendung führt die 20-Uhr-Ausgabe der „Tagesschau" mit einer durchschnittlichen Einschaltquote von 17,89 Prozent klar vor der 19-Uhr-Ausgabe von „Heute", die 15,78 Prozent erzielen konnte. Das deutliche Minus der ARD gegenüber dem ZDF resultiert aus der Unterlegenheit der „Tagesthemen" gegenüber dem „Heute-Journal". Während 16,89 Prozent aller Fernsehgeräte eingeschaltet sind, wenn das ZDF sein „Heute-Journal" ausstrahlt, das damit zum Flaggschiff der ZDF-Informationssendungen wurde, beträgt die durchschnittliche Nutzung der „Tagesthemen" nur 11,11 Prozent. Das ZDF fährt also mit der zweiten Haupt-Nachrichtensendung des Tages einen Vorsprung von mehr als fünf Prozent vor der ARD ein.

Beobachter machen für die spektakuläre Zuschauer-Abstinenz bei den „Tagesthemen" deren Linkslastigkeit verantwortlich. Während sich das „Heute-Journal" durch eine objektive Nachrichtengebung und Kommentierung auszeichne, sei die politische Einseitigkeit in der Kommentierung der „Tagesthemen" kaum zu übersehen, heißt es.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 In Colorado ist der Teufel los
Amerikanischer Spielfilm (1958)
11.45 Umschau
12.10 Gesundheitsmagazin Praxis
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Videotext für alle

16.10 Tagesschau
16.15 Auto '83
Übertragungen von der 50. Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt
17.00 Kapitän Korda (1)
Spielfilm von Josef Pinkava
Seppl wohnt jetzt bei Kapitän Korda. Der hat den Jungen aus dem Waisenhaus mitgenommen. Auf dem Bahnhof, wo Korda arbeitet, geht es Seppl prima. Freunde findet er auch. Aber nicht nur, denn es gibt eine Nachbarin, der niemand etwas recht machen kann, und in der Schule will keiner glauben, daß Seppl und Mikulda Erdöl gefunden haben.
17.50 Tagesschau
(Anschl.: Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
20.15 Im Krug zum Grünen Kranze
21.00 Report
Moderator: Günter von Lojewski
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Die ARD-Talkshow mit Joachim Fuchsberger
Zu Gast: Peter Fonda
23.45 Tagesschau

15.57 ZDF – Ihr Programm
16.00 heute
16.04 Mosaik
Für die ältere Generation
(Anschl.: heute-Schlagzeilen)
16.35 Strandpiraten
Der alte Fischer
Hetty Hawkins will erreichen, daß Nick das Boot ihres Bruders Tom, der einer der letzten alten Angelfischer ist, verkauft oder verbrennt.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Kurtheater Heitendiek
Dreiteiliger Fernsehfilm von Curt Hanno Gutbrod
Regie: Georg Tressler
(Anschl.: heute-Schlagzeilen)
18.20 Mein Name ist Hase
19.00 heute
19.30 Mein lieber Kokoschinsky
Lustspiel von Peter Palm
21.00 heute-journal
21.20 Ein Mann will nach oben
Die IG Metall und Franz Steinkühler
22.05 5 nach 10
Die gnadenlose Straße – über das Dilemma unseres Verkehrs
(Anschl.: heute)

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ewaldo – Gaucho und Indianer
21.00 Formel Eins
21.45 Wie entsteht eine Opern-Produktion?
Ein Film von H. J. Herbort
22.15 Thema des Monats
(Anschl.: Letzte Nachrichten)

NORD
18.00 Eine Prinzessin auf dem Urubamba
Das Versorgungsschiff der Machiguengas
19.15 Fahr doch selbst mal hin (1)
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Ich-Botschaften
Miteinander reden ... (1)
21.00 Bädertournee
Von Hans-J. Börner
21.45 Streit im Studio B
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
Der Abschied
18.55 Paddington
Ein Besuch im Krankenhaus
19.00 Formel Eins
19.45 Herrchen gesucht
20.00 Tagesschau
20.15 Diamantenlady
Amerikanischer Spielfilm
21.40 Drei aktuell
21.55 Keine Arbeit – kein Frieden
22.40 Deutsche Stadt in der Wüste

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik
Für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Blick ins Land im Dritten
Für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Die Sprechstunde
Gesamt S 3:
21.15 Der Champion
Amerikanischer Spielfilm (1977)
22.50 Avanti! Avanti!

BAYERN
18.15 Die Sendung mit der Maus
18.45 Rundschau
19.00 Ohne Liebe ist alles nichts
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Land
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
21.45 Z. E. N.
21.50 Detektiv Rockford: Anruf genügt
22.35 Im Gespräch
23.35 Rundschau

KRITIK

Emanzipation, einmal ironisch

Musicals haben bei uns zulande häufig genug gemischte Gefühle hervorgerufen: Oft entpuppten sie sich als schlechte Cover-Versionen oder als Plagiate ihrer angloamerikanischen Vorbilder. **Ich steig' aus und mach 'ne eigene Show** (ZDF) bildete eine rühmliche Ausnahme: Das Musical der Amerikanerin Nancy Ford erlebte in der Inszenierung der Staatlichen Schauspielbühnen Berlin am Hebbeltheater ein wirklich grandioses Feuerwerk an Charme, Tempo, Witz und Verstand.

Allein Nicole Heesters in ihrer süffisanten, gleichwohl burschikosen Mimik hatte glänzendes Format. Mit der Rolle des Broadway-Stars Heather Jones, die den Bühnenklischees entfliehen will und deshalb mit ihren Kolleginnen ihrem Manager ein neues Konzept vorführt, schien die Heesters sich inhaltlich voll zu identifizieren. Da wurde viel über die Emanzipation der Frau gesprochen, aber derart feinsinnig und mit einer gelegentlich lasziven Ironie, die fern von abgedroschenen Phrasen so manches Stückchen Wahrheit an den Tag brachte.

THOMAS OLIVIER

Süße Rache zum Abschied

Als man hörte, daß der 150. „Tatort" in Wien gedreht wurde und ein Film „von und mit Fritz Eckhardt" sei, fürchtete man das Schlimmste. Schon bei seinem letzten Auftritt als Oberinspektor Marek hatte Eckhardt geglaubt, auf die Mitarbeit erfahrener Drehbuchschreiber verzichten zu können. Das Ergebnis war wie bei der zweiten Kottan-Serie: Man rutschte unversehens vom Schmäh in den Schmarren ab.

Das Drehbuch von **„Mord in der U-Bahn"** (ARD) ist leider kaum besser: Es wimmelt von Unwahrscheinlichkeiten und verleppert sich in einen fahrigen Schluß ohne Pointe. Was aber schlimmer ist: Es ist geschmacklos. Eckhardt, der seinen Abschied als Kommissar-Darsteller nehmen soll, schrieb sich eine Rache-Rolle auf den immer umfänglicher werdenden Leib: die eines Marek im Ruhestand, der natürlich viel besser ist als sein unfähiger und korrupter Nachfolger.

Aber im Grunde war in den Marek-Streifen das Drehbuch immer nur ein Vorwand, um zum Entzücken eines treuen Stammpublikums das Personal einer Wiener „menschlichen Komödie" mit stets gleichbleibenden Rollen vorzuführen. Hier tritt es nun wieder auf: vom borstigen Bezirksinspektor mit dem verborgenen guten Herzen (großartig wie immer: Kurt Jaggberg) bis zu der Hure mit ebenfalls gutem, aber keineswegs verborgenem Herzen.

Hier wird die richtige Schwebe zwischen Ernst und Heiterkeit gewahrt. Der Mensch erscheint in seiner ganzen erbärmlichen Komik und verflacht doch nie zur bloßen Karikatur. Das hatte den hinterhältigen Wiener Charme einer todesbewußten Spätkultur, in der Bösartigkeit und Güte seltsam durcheinander gehen.

ANTON MADLER

Die Kirchenburg in Arkeden aus dem 16. Jahrhundert, Aquarell von Juliana Fabritius-Dancu, aus der Düsseldorfer Ausstellung FOTO: DIE WELT

Düsseldorf erinnert an Siebenbürger Traditionen

Eine feste Kirchenburg

Zum Schutz gegen die Mongolen holt sie im 12. Jahrhundert der ungarische König Geisa II. aus ihrer Heimat zwischen der Mosel, dem Niederrhein und Flandern nach Siebenbürgen. Im 15. Jahrhundert wurden sie den Türken tributpflichtig. 1547 traten sie unter Johannes von Therus geschlossen zum Luthertum über. Seither bilden sie unter Katholiken und Orthodoxen eine protestantische Enklave.

Rund 350 000 Deutsche leben heute noch in Rumänien, die Mehrheit Siebenbürger Sachsen, die übrigen – noch immer etwas despektierlich als Zugereiste empfunden – sind Banater Schwaben, die „erst" vor 300 Jahren nach Rumänien kamen.

Seit dem 15. Jahrhundert weitgehend auf sich gestellt, von der Entwicklung in Deutschland abgeschnitten, bewahrten die Siebenbürger im Brauchtum mittelalterliche Traditionen oder bildeten neue, eigene aus. So sind ihre Kirchenburgen aus dem 12. bis 15. Jahrhundert eine in Europa einzigartige Bauform. Davon berichten zwei Ausstellungen in Düsseldorf: „Kirchenburgen in Siebenbürgen" (im Museum für Volk und Wirtschaft) und „Siebenbürgisch-sächsische Trachten" (im Haus des Ostens).

Gezeigt werden Zeichnungen von Juliana Fabritius-Dancu, die 1930 in Hermannstadt geboren wurde und dort sowie in Bukarest jahrelang als Museumszeichnerin tätig war. Inzwischen hat sie es sich zur Lebensaufgabe gemacht, im Bild zu bewahren, was im Alltag mehr und mehr verloren geht. So hält sie mit aller Akkuratesse auf ihren Aquarellen die typischen Ausprägungen der Kleidung mit ihren lokalen Abstufungen, genauso wie die Eigenheiten der Bauwerke fest. Denn die Kirchenarchitektur ist in jedem Ort anders. Die einfachsten Gotteshäuser sind gedrungene romanische Feldsteinkirchen ohne Turm. Später werden Mauern um die Kirchen gebaut. Über dem Chor wird ein Wehrturm errichtet, oder ein ganzes Wehrgeschoß über dem Kirchenschiff angelegt. Die Kirchen bleiben meist sehr schmucklos; um so reiner entfaltet sich – aus der Bedrängnis entstanden – das Zusammenspiel plastischer Grundformen. Die düstere Schönheit dieser Architektur kommt auf den Aquarellen eindringlich zur Geltung.

Düster sieht Juliana Fabritius auch die Zukunft ihres Volkes. Sie spricht von „der ungeheuren Tragik eines zerrissenen Volkes". „10 000 verlassen jährlich das Land, um im Westen ein bequemes Leben zu führen", sagt sie. „Zwar werden wir in Rumänien nicht benachteiligt, für zehn deutche Schüler in einem Dorf gibt es einen Lehrer, wir haben sogar eine deutsche Universität in Hermannstadt, aber es gibt immer weniger Schüler, so werden die Schulen geschlossen." So ist zu fürchten, meint Juliana Fabritius, daß die Kirchen, in die man noch heute in den prächtigen Trachten geht, bald nur noch Baudenkmäler sein werden. (Bis 28. Sept.)

SIMONE GUSKI

Nicht Schall und Rauch

Gün – Die „wilde" Ehe ist trotz steuerlicher Nach- und mütterlicher Vorurteile für viele schon zu einem „Muß" geworden, vor allem für junge Leute und Witwen mit Pensionsanspruch. (Nur die *echten* Freaks heiraten schon wieder.)

Ein ganz wichtiges Problem aber, die dabei allerdings bis jetzt noch nicht gelöst: Wie stellt man seinen . . ., also „ihn" vor? Wie redet man in Gesellschaft und vor Dritten von und über ihn? Nur der Vorname kann zu persönlich sein, nur der Nachname zu unpersönlich, und von „ihm" als „Er" zu sprechen wäre erstens Blasphemie und zweitens zu vage.

Die Presse präsentiert den Unaussprechlichen gern als „Lebensgefährten". Aber abgesehen davon, daß die phonetische Nähe zu „Leidensgefährte" leicht irritiert, sind fünf Silben für etwas, das man oft und gerne benutzen möchte, vielen zu viel. Die Avantgardisten haben es darum gewagt, von ihrem „Mann" zu reden, aber das löst nicht nur bei den konservativen Gesprächspartnern die Vorstellung aus, man teile sowohl Tisch und Bett als auch den Namen miteinander. Die zwangsläufig nötigen Erklärungen sind lästig und hinterlassen bei den weniger Mutigen das unangenehme Gefühl, hochgestapelt zu haben.

Ein verzweifeltes Ausweichen auf „Partner" decouvriert schon im Wort den geschäftlichen Charakter, der jeder Beziehung zugrunde liegt. Die Bezeichnung „Typ" dagegen wird häufig von der jüngeren Generation beschlagnahmt, die auch nicht davor zurückschreckt, uns zu bescheinigen, daß wir erstens für diese Ausdrucksweise viel zu alt und zweitens ja nicht zur „Szene" gehören.

Die Alternative „Freund" ist auch nicht gerade rasend originell und stellt vor allem keine wirkliche Steigerung zu den harmlosen Flirts aus der Teenagerzeit dar. Das antiquierte „Kamerad" klingt ein wenig zu platonisch, und der Begriff „Liebhaber" läßt leicht den Eindruck entstehen, als käme man gar nicht heraus aus den Betten. Das Wort „Bekannter" trifft die Sache auch nicht so recht (was manche Leute aber nicht davon abhält, die Mutter ihrer Kinder bei offiziellen Anlässen als ihre „derzeit nähere Bekannte" vorzustellen). „Spezi" wiederum hört sich nach importiertem Urlaubsflirt an und „Anhang" nach lästigem Insekt.

Vermutlich gibt es nur eine Lösung für dieses Problem: sich zu trauen und seinen langjährigen „Untermieter" zu ehelichen.

Ein Universalgelehrter – Zum Tode F. Heers

Über rotweiße Grenzen

Friedrich Heer, der jetzt im Alter von 67 Jahren nach langer Krankheit in Wien gestorben ist, war ein Universalgelehrter. Diese Bezeichnung stößt hierzulande leicht auf Mißtrauen und Widerspruch. Historiker darf man sein und gleichzeitig Schriftsteller, Dramaturg und Journalist und auch noch Wortführer des österreichischen Linkskatholizismus. Aber Universalgelehrter im Zeitalter des Spezialistentums, der Fachidioten für alles und jedes?

Der gebürtige Wiener, Großneffe des einst berühmten Schweizer Schriftstellers Jakob Christoph Heer, hat es sich und seiner Umgebung nie leicht gemacht. Ob als Redakteur der anspruchsvollen kulturpolitischen Zeitschrift „Die Furche", ob als außerordentlicher Professor für Geistesgeschichte des Abendlandes an der Universität Wien, ob als Chefdramaturg am Wiener Burgtheater, wo er *schließlich* das neu geschaffene Sekretariat für kulturelle Angelegenheiten und internationale Kontakte übernahm – immer schuf er sich binnen kurzer Zeit ebenso bittere Gegner wie begeisterte Anhänger.

Heer war gleichzeitig bewußter Österreicher (weshalb man ihn jenseits der rotweißen Grenzpfähle auch gerne kurzsichtig als „Austriak" klassifizierte) und leidenschaftlicher Europäer, engagierter Christ und bemühter Historiker. Sein Denken kreiste immer um die gleichen Themen: Christentum, Europa, Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation.

Diese Beschäftigung hatte eine kaum noch übersehbare Zahl von Büchern zur Folge, Romane, die oft nur Vehikel für seine Gedanken und Ideen waren, Auseinandersetzungen mit der europäischen Geistesgeschichte und ihren vielfältigen Verflechtungen, polemische Einwürfe zur Zeitgeschichte. Heers Produktivität provozierte den Anwurf der Gegner: „Der Rapidograph aus Wien."

Ein anderer Vorwurf trifft, oberflächlich, den Träger des Österreichischen Staatspreises eher: Seine Bücher, besonders zur deutschen Geschichte und zur europäischen Geistesgeschichte, quellen geradezu über von Querbezügen, von Alliterationen und – oft – beim Leser vorausgesetzten Kenntnissen von Personen und Zusammenhängen. Dementsprechend fand er wenig Anklang bei jener neuen Art von „Gebildeten", welche ihre jeweilige Meinung und Bildung montags am Zeitungskiosk abholen.



Ein europäischer Österreicher: Friedrich Heer (1916–1983) FOTO: DIE WELT

Der Mann, für den trotz 1806 und Königgrätz das Reich weiterhin eine geistige Realität war, der nicht Europa nach modischer Art in nationale Schächtelchen einordnete, war für viele jüngere Menschen bei allem gelegentlichen Widerspruch Anreger, für manchen Älteren mit seinem Festhalten an dem, was bleibt, Trost. Dafür sei Friedrich Heer gedankt.

HENK OHNESORGE

Hamburg: Schostakowitschs Stummfilm-Musik

Walzer für Pickelhauben

Für die satte Bourgeoisie gibt es Walzerseligkeit, fürs hungerleidende Proletariat düsteres Cello-Grummeln, den Soldaten sind Pauken und Bläsersätze gegönnt, doch wenn die Marseillaise angestimmt wird, geht es schief: Da mischt sich Atonales ein und – schlimmer noch – ein fröhlicher Cancan. Die Patrioten bekommen ihren Dolchstoß, das Proletariat erwacht aus hehren Visionen, die Pariser Kommune stirbt.

„Das neue Babylon" heißt ein alter sowjetischer Stummfilm, den das Hamburger kommunale Kino Metropolis und das Philharmonische Staatsorchester für einen Vormittag zu neuem optischen und musikalischen Leben erweckten. Grigori Kosintzew und Leonid Trauberg haben das wuchtige Opus über den Pariser März 1871 als letztes Produkt ihrer „Fabrik des exzentrischen Schauspielers" 1929 gedreht. Der 23jährige Dmitri Schostakowitsch schrieb ihnen die Musik.

Es ist eine anspielungsreiche dramatische Montage. Aber sie bleibt trotz drastischer Farbsetzung blaß, wo sie die Bilder lediglich in Klang reproduziert. Eigene Kraft gewinnt sie erst in der Kontrafaktur. Da sabotiert der Komponist die Bilder, wenn er den tapfer gegen Preußen ziehenden Soldaten Disharmonien in den Marsch schmuggelt, wenn er die Tanzmusik glamouröser Feste ins Atonale bricht, wenn er immer mal wieder die Marseillaise verfremdet.

Kein Wunder, daß dem Gesamtwerk von offiziellen Kulturdeputierten einst Formalismus vorgeworfen wurde. Ungebrochen vorwärts zum Ende der Klassengesellschaft geht es da nirgends. Das „Vive la Commune" auf einer Mauer, mit dessen Bild der Film schließt, dokumentiert ein Scheitern. Und die Heldin, die sich vom unterdrückten Ladenmädchen zur Flamme der Barrikade mausert, hat zwar stets den Blick starr in ferne Weiten gerichtet, von wo dereinst der Sozialismus kommen mag. Aber an ihren angstvoll aufgerissenen Augen *läßt sich ablesen, daß es nur dessen* reale Variante sein kann.

Plakativer Optimismus ist auch uninteressant. Dekadenz fasziniert. Mit Genuß porträtieren Trauberg und Kosintzew den Genuß. Großartige Bilder – häufig im Stakkato-Schnitt – gelingen ihnen von den Symbolen bourgeoiser Verschwendungssucht, vom opulenten Kaufhaus „Neues Babylon" (das dem Film ein wenig irreführend den Titel gab) und den dionysischen Festen. Ebenso dient ihnen die Welt des Proletariats zum Vorzeigen optischer Kunstfertigkeit. Gegenlichtaufnahmen entrücken die Arbeit der Wäscherinnen wie den Auszug der Arbeitergarden ins Artifizielle.

Bereits der Aufmarsch der Pickelhauben im Schattenriß zu Beginn legt die Richtung fest: Stilisierung, Dekor, visuelle Komposition. Wenn deren Formenrepertoire nach zwei Dritteln des 110-Minuten-Films erschöpft ist, beginnt allerdings auch bei Schostakowitsch die Wiederholung. So klang der Schlußbeifall der einmaligen Vorstellung ein wenig müde. Dirigent Manfred Schandert hatte mehr verdient: Er stimmte das Pathos auf Kammermusikton herab und sorgte für perfekte Synchronität.

PETER DITTMAR

Zuerst in Rolandseck, dann in Paris – Eine Ausstellung über „Die Römer an Mosel und Saar"

Im Bahnhof drängen sich die Treverer

Die erste Kunde von dem gemeinsamen Vorhaben der vier Museen von Metz, Luxemburg, Saarbrücken und Trier weckte große und berechtigte Erwartungen. Es ist das erste Mal, daß eine solche Zusammenarbeit der nachbarlichen Institute zustande kam. Ein internationales Kulturabkommen der beteiligten Länder machte sie zur Pflichtübung. Mit der Ausstellung „Die Römer an Mosel und Saar" soll der gemeinsamen gallo-römischen Vergangenheit der längst durch politische Grenzen zerteilten Region gehuldigt werden. Es handelt sich um den historischen Lebensraum der Mediomatriker (in Lothringen/Luxemburg hauptsächlich) und der Treverer.

Die Mediomatriker, darüber sind sich die Gelehrten einig, waren Kelten; bei den Treverern ist das keineswegs sicher. Cäsar hatte sie kurzerhand zu Kelten erklärt, obwohl ihm ihre germanische Herkunft nicht unbekannt war. Es hat lange gedauert, bis ihm die Wissenschaft widersprach. Heute werden die Treverer zumeist jenen linksrheinischen Germanen zugezählt, die sich von ihren Stammesbrüdern auf der anderen Rheinseite durch eine höhere Entwicklungsstufe unterschieden und die ihre Eigenart auch im engsten Zusammenleben mit den Römern zu wahren wußten. Nach mehreren vergeblichen Aufstandsversuchen verschwanden sie fast spurlos aus der Geschichte; nur ihren Namen ließen sie zurück in der Stadt Trier, der Augusta Treverorum, wie die Römer sie nannten.

Trier, zunächst römischer Etappenort, später Kaiserresidenz mit rund 80 000 Einwohnern, war nicht nur Verwaltungs-, Verkehrs- und Handelszentrum der gallischen Provinz, sondern auch der weithin ausstrahlende Mittelpunkt der sogenannten gallo-römischen Kultur während der fünf Jahrhunderte von Augustus bis zur Auflösung des römischen Imperiums. Ein Historiker bezeichnete mit einer nicht besonders glücklichen Metapher das *Moselland* als „das Paradepferd der römischen Kolonisation". Es durften sich also berechtigte Erwartungen an diese Ausstellung knüpfen. Allein, zur Vorführung dieses „Paradepferdes" ist der Bahnhof Rolandseck gewiß nicht der geeignete Ort. Seine Wahl erfolgte offenbar aus politischen Prestige- und Repräsentationsgründen: Er liegt unmittelbar vor den Toren Bonns, aber noch auf rheinland-pfälzischem Boden.



Bilder aus der römischen Etappe: „Wagenfahrt" von einem Trierer Grabpfeiler aus dem dritten nachchristlichen Jahrhundert, aus der Ausstellung im Bahnhof Rolandseck FOTO: LANDESMUSEUM TRIER

Das ist aber auch alles, was ihn auszeichnet. Es fehlen die räumlichen und statischen Voraussetzungen für eine derartige Ausstellung; museale Bedingungen sind kaum gegeben. Daraus erklärt sich die spürbare Zurückhaltung der Museen, die natürlich zögern, ihre kostbarsten Originale hier auszustellen. Dennoch sind die Räume und Vitrinen vollgestellt und vollgestopft mit nahezu tausend Objekten, von denen viele, wie es heißt, „der Öffentlichkeit bisher noch nicht zugänglich waren". Das kann man auch anders erklären: Die Museen haben ihre Schausammlungen weitgehend geschont und auf die Magazine und Depots zurückgegriffen. Mosaike, Wand- und Deckengemälde, Steindenkmäler, empfindliche und unersetzbare Werke der Glaskunst zum Beispiel sind ohnehin nur in Kopien und Reproduktionen vorzustellen.

Gleichwohl sind die ausgestellten Stücke durchweg bedeutend und sehenswert. Sie wären auch imstande, ihre repräsentative und didaktische Aufgabe zu erfüllen, wenn sie nur ihrer Bedeutung und Ansehnlichkeit entsprechend dargeboten würden. Heinz Cüppers, der Trierer Museumsdirektor, der die ganze Arbeit und Verantwortung für die Ausstellung auf sich genommen hat, ist sich ihrer Problematik durchaus bewußt und meint, die Lösung wäre „doch noch erträglich". Damit darf man einverstanden sein. Im übrigen tröstet er sich mit der Aussicht auf Paris; dort wird die Ausstellung anschließend im Musée du Luxembourg gezeigt. Dort hat sie Platz genug und wird in ihrem ganzen Reichtum zu genießen, in ihren Absichten zu durchschauen sein. Dort zeigt auch der Louvre seine Originalbronzen aus Dalheim (Luxemburg), von denen hier nur die Repliken zu sehen sind.

Von dem „erträglichen" Dilemma der Präsentation abgesehen, erfüllt die Ausstellung natürlich auch in Rolandseck ihren Zweck, vor allem dank des ausführlich kommentierenden und vorzüglich ausgestatteten Katalogs. So lernt der Besucher rasch zwischen der hochentwickelten, hellenistisch geprägten Hofkunst und der primitiven Volkskunst oder der ambitionierten Provinzialkunst, die sich vielfältig in Skulpturen, Grabmonumenten und Kleinplastiken, in zahlreichen Zeugnissen des Kunsthandwerks, in Mosaiken und Wandbildern präsentieren, zu unterscheiden.

Aber nicht um Kunst geht es hier in erster Linie. Kultur will vielmehr im lateinisch-wörtlichen Sinne als Kultivierung des Bodens und der Lebensverhältnisse verstanden werden. Die Ausstellung liefert dafür sinnfällige Beispiele. Dargestellt werden Ackerbau und Weinbau (und das Festhalten der Kelten am Bier), Wirtschaft, Handel und Verkehr, Schiffahrt, Handwerk (und seine Entwicklung zur fabrikmäßigen Manufaktur), die Wandlung primitiver Siedlungen zu Dörfern und Städten mit beachtlichem Luxus (Bäder, Schulen, Bibliotheken, Amphitheater, Sportanlagen). Es ist klar, daß diese Entwicklung im hauptstädtischen Trier anders verlief als auf dem Lande oder in den Provinzstädten.

Die einzelnen Museen liefern dafür die spezifischen Beispiele. Aber gemeinsam bezeugen alle diesbezüglichen Fundstücke die Toleranz jener Epoche in religiösen Dingen. Einheimische, römische und eingeführte Kulte und Götter existieren nebeneinander, gleichen sich einander an oder vermischen sich, bis zuletzt das Christentum eine Vorrangstellung gewinnt; in dem sich jedoch noch lange Zeit Spuren der „heidnischen" Religionen erhalten. (Bis 28. Sept.; Paris: 6. bis 31. Okt.; Katalog, Verlag Ph. von Zabern, Mainz; 25 Mark, im Buchhandel: 35 Mark)

EO PLUNIEN

Berlin: Neues von Rihm, Trojahn und Henze

Feinschmecker der Töne

Drei musikalische Uraufführungen im Festwochen-Berlin. Darunter allerdings zwei von der Sorte, die man als Zweitverwertung ansprechen kann. Mit den Philharmonikern dirigierte Hans-Werner Henze die Suite aus den Orchesterzwischenspielen seiner Oper „Die englische Katze", eine Zusammenfassung der musikalisch außerordentlich dichtgewirkten Hauptgedanken des Werkes.

Wolfgang Rihm kam im Konzertsaal des Senders Freies Berlin gleich mit einem Stück von Mahler-Ausmaßen nieder: dem ersten pausenlosen Durchlauf aller fünf „Abgesangsszenen", von denen nur die vierte Sequenz freilich, ein Mezzosopran-Lamento, zum allerersten Male erklang.

Nur Manfred Trojahn schoß eine veritable Uraufführung ins Festwochenprogramm ein: ein Auftragswerk für die Philharmoniker, zu ihrer 100-Jahr-Feier im vorigen Jahr geschrieben. Trojahns Pflichtstück erwies sich als bezaubernde Kür. Sein dreisätziges Flötenkonzert, gewissermaßen dem Mund und Atem des philharmonischen Solo-Flötisten Karlheinz Zoeller abgelauscht, sah am Ende Komponisten wie Solisten lautstark gefeiert – was für Komponisten heutzutage durchaus nicht die Regel mehr ist.

Flötenkonzerte neigen ja nicht gerade zu Kraftentfaltung und übertriebener Vitalität. Bei Trojahn ist das von Anfang anders. Als Kopfsatz bietet sein Konzert gleich ein Scherzo, das leicht ironisch mit verschiedenen Modellen spielt, am stärksten einer trockenen Strawinski-Motorik, über der eine Kette brillanter Flötenideen dahinjagt. Der Satz steigt auf wie eine abenteuerlich bunte Fülle klingender Seifenblasen. Ein Sommerlied entspinnt sich in schönster Intensität und Ausgeglichenheit der Gruppen im zweiten Satz. Eine weit ausschwingende melodische Linie der Flöte durchzieht köstlich das zarte Gebilde. Nur eine gestopfte Trompete keckert mitunter ein bißchen in die Idylle. Zoeller blies das Prachtstück von einem Flötensatz ruhig und klangempfindsam: ein Meisterstück neuer Musik, lebensmächtig, intensiv, empfindsam wie die gefeierte Alte.

Im Schlußsatz kommt es zu Eulenspiegeleien der Flöte vor dem Hintergrund geschäftiger Perkussion. Nach einer lippensprengenden Flötenkadenz, von Zoeller, dem Feinschmecker der Töne, mit Gourmandise geblasen, kommt das Konzert explosiv zum Abschluß und katapultiert sich fix in den Jubel.

Das kann man von Rihms „Abgesängen" nun freilich nicht sagen. Sie enden hoffnungslos nach achtzig Minuten, wie sie begannen: düster, abweisend, voller Resignation, eine Musik voller Trauerflore. Mit dem ersten, rein instrumentalen Abgesang ist im Grunde schon alles perdu. Schwelklänge, düstere, schleichen das Thema an. Durchgehend, über die ganze gigantische Strecke, bleibt der Klang gedrückt, tief gestimmt, nur ab und an von grellen Blitzen durchschossen. Das Radio-Symphonieorchester legte sich für Rihms Düsternis tüchtig ins Zeug.

Mezzosopran (die ausgezeichnete Marjana Lipovsek, die freilich kein einziges der mächtigen Nietzsche-Worte verständlich zu artikulieren vermochte) und der Bariton Richard Salter wechselten sich unter Hans Zenders gelassen überlegener Leitung ab in diesen spröd qualmenden *Orchestergrüßen* von einer *Reise* ans Ende der Nacht.

KLAUS GEITEL

Baden-Baden: 3. Europäische Graphik-Biennale

Schweigt der Monolith?

Die Zeit, als die Graphik eine handliche Kunst war, den bescheidenen Maßen des sozialen Wohnungsbaus angemessen, scheint vorbei zu sein. Da es die Neuen Wilden lieben, Leinwände quadratmeterweise *zu füllen, wollen auch die Adepten* der multiplizierten Kunst nicht zurückstehen. Und so läßt sich vieles, das die Druckpresse verläßt, längst nicht mehr in gängigen Mappen oder vorgefertigten Rahmen unterbringen. Das zeigt sich bei der 3. Biennale der Europäischen Graphik in Baden-Badens Altem Bahnhof, wo manches Werk wegen seiner ausschweifenden Größe nur noch hinter Plastikfolien statt hinter Glas Schutz findet.

Eine ordentliche Plakatgröße wie DIN A1 kann hier nur wenigen imponieren. Selbst Marwans (im Gegensatz zu seiner Malerei) eindrucksvolle Aquatinta mit Kaltnadel „Kopf I" im Format 106 x 76 muß da noch einem „Kleinmeister" zugerechnet werden. Und auch der italienische Chinese Chin Hsiao, der (inspiriert vom Zen?) recht dekorativ kraftvoll farbige Linien, Kreise und Dreiecke auf Blätter 30 x 160 oder 96 x 180 radiert, hätte noch keine Chance, im Guiness-Buch der Rekorde aufgenommen zu werden. Dieser Ehre kommt Jörg Immendorf mit seiner konfusen Linolschnittvariante des „Café Deutschland" (180 x 230) schon näher. Doch der unbestrittene Sieger in dieser Konkurrenz ist der Spanier Juan José Torralba mit dem romantisch-surrealen Holzschnitt „Wendekreis des Krebses", der es auf stattliche 183 x 305 Zentimeter bringt. Alle diese Großformate dementieren jedoch das Dogma des alten Marx, daß Quantität irgendwann in eine neue *Qualität umzuschlagen habe.*

Das gilt für die gesamte Biennale. Aber es wäre wohl auch zuviel verlangt, in einer Versammlung von 270 Künstlern mit jeweils vier Arbeiten eine Inflation von Meisterwerken zu erwarten. Nur: Ein paar außergewöhnliche Blätter sollten schon darunter sein. Doch auch damit geizt die Biennale. Sie dokumentiert eher Trends – neben dem Hang zur Größe beispielsweise eine wachsende Vorliebe für den Prägedruck oder eine Palette zarter Farben, wie sie Maurice Denis liebte –, und sie läßt nationale Besonderheiten deutlich werden.

Über die Biederkeit sowjetischer Graphik, die noch immer dem Illustrationsstil des ausgehenden 19. Jahrhunderts verhaftet ist – falls sie nicht sogar wie mit Olew Soans radierten Landkarten über die „Geschichte der estnischen Seefahrt" oder die „Estnische Natur und deren Schutz" brave Kartographenfertigkeiten reproduziert –, muß man sich nicht mehr wundern, schließlich wurde sie *uns in jüngster Zeit dank* Peter Ludwig und Henri Nannen ausgiebig vorgeführt. Demgegenüber wirken die Bulgaren, die sich bei allem Realismus ein paar surrealistische Verfremdungen leisten, geradezu progressiv.

Bei den Polen läßt uns das Wissen um die jüngste Geschichte selbst in braven Bildern Anspielungen vermuten. Oder wie sollen wir es verstehen, wenn Ewa Malewska zerbröselnde Stahlbetonbrocken radiert und sie „Monolith" oder „Schweigender Monolith" betitelt? Wie ist Andrzej Popiels „Dialog" zu interpretieren, wenn der Redner statt eines Kopfes Rubiks Zauberwürfel trägt, ein anderer mit verbundenem Mund an das Tischbein gefesselt ist und aus einem Wandbild Panzer in den Raum vordringen?

Verallgemeinerungen erlaubt die Biennale trotzdem nicht, denn hier finden sich alle Stile, alle Genres und alle Techniken (bis hin zur Computergraphik). Aber *von graphischer* Kunst kündet nur weniges, beispielsweise das „Porträt" von José Faria oder die „Männer mit fiktiven Aktivitäten" von Sys Nina Hindsbo (bis 23. Oktober; Katalog: 60 Mark).

PETER DITTMAR

„Der Hut", Holzschnitt von Jane Muus aus Dänemark, von der Graphik-Biennale FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

Lawrence Foster, der amerikanische Dirigent, übernimmt am 1. Oktober als Chefdirigent das Lausanner Kammerorchester.

Gemälde von Kaii Higashiyama, dem berühmten japanischen Landschaftsmaler, die schon in München (s. WELT v. 29. 6.) und Düsseldorf zu sehen waren, sind jetzt im Bremer Übersee-Museum zu sehen.

„Martin Luther 1483–1546 – Stationen seines Lebens" heißt eine Fotoausstellung, die bis zum 30. September in Minden zu sehen ist. Diese vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe zusammengestellte Wanderausstellung geht anschließend nach Burgsteinfurt (24. 10. bis 9. 11.) und Arnsberg (12. 11. bis 15. 12.)

Von Henri Cartier Bresson werden erstmals neben Fotografien auch Zeichnungen, Aquarelle und Ölgemälde im Padiglione d'Arte Contemporaneo von Mailand gezeigt.

Die Ausstellung „Ottmar Mohring – Arbeiten 1953–1983" im Städtischen Museum Heilbronn wird bis zum 9. Oktober zu sehen sein.

JOURNAL

Kunstwerke sollen frei von Vermögenssteuer sein

DW. **Hamburg**

Für eine Freistellung jeglichen Kunstbesitzes von der Vermögenssteuer tritt die „Privatinitiative Kunst", ein lockerer Zusammenschluß von Kunstfreunden, Museumsleuten, Sammlern und Galeristen, ein. Nur auf diese Weise könne die permanente Abwanderung von Kunstwerken aus Deutschland ins Ausland gebremst werden. Die Notwendigkeit solcher Gesetzesänderungen werden mit Zahlen aus einer britischen Fachzeitung belegt, wonach 1982 Werke der bildenden Kunst für 9 Mill. Pfund aus Großbritannien nach Deutschland ausgeführt wurden. Das waren rund 25 Prozent weniger als 1980. Die Ausfuhr von Deutschland nach England belief sich dagegen auf einen Wert von 18,4 Mill. Pfund, was gegenüber 1980 einer Steigerung um 26 Prozent entspricht. Da Großbritannien eines der wesentlichen Kunsthandelsländer ist, kommt diesen Zahlen besonderes Gewicht zu.

Viola-Preis für Barbara Westphal

dpa, **München**

Als einzige Preisträgerin ist im Fach Viola eine Münchnerin aus dem 32. Internationalen Musikwettbewerb der ARD hervorgegangen. Barbara Westphal erhielt den mit 5500 Mark dotierten zweiten Preis. Der erste Preis und der dritte Preis wurden in diesem Jahr nicht vergeben.

Neue Mitglieder des Exil PEN-Club

rst. **Köln**

Der Exil PEN-Club der deutschsprachigen Länder hat sechzehn neue Mitglieder aufgenommen. Unter ihnen ist der Rektor der Ukrainischen Freien Universität in München, Prof. Dr. W. Janiw, der ungarische Dramatiker und Schriftsteller Otto Bodnár-Büchler sowie der Publizist István Balogh, die tschechischen Schriftsteller Vilém Hejl und Cestmir Vejdelek, der slowakische Publizist Egon T. Lánsky und der rumänische Romancier Lucian Grigorowitsch. Mitglied des Exil PEN-Club wurde auch der in München lebende führende tschechische Kenner der nordischen Literatur Prof. Dr. Radko Kejzlar sowie der Literaturhistoriker G. J. Morava.

Gitarristen treffen sich in Mettmann

dpa, **Mettmann**

Mehr als 200 Gitarristen aus 19 Ländern werden sich vom 22. September bis zum 2. Oktober in Mettmann bei Düsseldorf zum zweiten Gitarristenkongreß treffen. Neben Solokonzerten sind internationale Meisterkurse, Referate, Podiumsdiskussionen und ein internationaler Gitarrenwettbewerb der Studenten vorgesehen.

Volkskunde-Kongreß über die Großstadt

DW. **Berlin**

Unter dem Thema „Großstadt – Aspekte empirischer Kulturforschung" steht der 24. Deutsche Volkskundekongreß, der vom 26. bis 30. September in Berlin stattfindet. Der Bogen der Vorträge spannt sich dabei von umfassenden Themen wie „Großstadt: Empfehlenswertes Durcheinander – wohlgeordnetes Nebeneinander" (Prof. J. F. Geist, Berlin) bis zu Detailfragen wie „Neue Felder populären Singens in der Großstadt" (Prof. W. Schepping, Aachen) oder „Kinderwitze in der Großstadt und auf dem Land" (R. Wehse, Göttingen).

Zum 8. Mal Design-Börse im Haus Industrieform

DW. **Essen**

Zum 8. Mal findet im Haus Industrieform in Essen die Design-Börse statt. Vom 4. bis 8. Oktober stellen vierzig junge Designer ihre Entwürfe für sechzig verschiedene Produkte aus. Das Angebot reicht von Vorschlägen für eine Badezimmerarmatur oder einen Bildschirmarbeitsplatz bis zu Spielmöbeln oder einem Zigarettenautomaten. Ziel der Design-Börse ist es, Kontakte zwischen den Entwerfern und der Industrie herzustellen. Für jeweils rund die Hälfte der Aussteller ergaben sich bei den Veranstaltungen früherer Jahre Aufträge oder Arbeitskontakte.

„Chinas Technologie" 1986 auch in Europa

DW. **Bonn**

Eine Ausstellung „7000 Jahre chinesische Technologie" ist derzeit in den USA und in Kanada zu sehen. Neben den bekannten Leistungen wie der Erfindung von Papier, Porzellan und Schwarzpulver dokumentieren archäologische Funde auch weithin unbekannte Leistungen auf dem Gebiet der Technologie und Wissenschaft. 1986 soll die Ausstellung auch in Deutschland gezeigt werden. Der Verband Deutscher Ingenieure (VDI) bemüht sich derzeit um die Organisation der Ausstellung, die dann wahrscheinlich in Berlin, München und Düsseldorf präsentiert wird.

Der einmalige Coup von Ulrich Kulik

Die Flucht des mutmaßlichen Millionen-Betrügers nötigt selbst den Behörden Respekt ab / Anwälte bleiben hinter Gittern

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Überzeugungskraft des Jons-Ulrich Kulik muß überwältigend sein. Im April vermochte der Devisenhändler selbst die pingeligen Schweizer Bankiers von seiner Bonität zu überzeugen, was Kulik dazu nutzte, sie um 20 Millionen Mark zu prellen. Dann wurde er – mehr zufällig – im kanadischen Toronto mit dem größten Teil der Beute geschnappt und ausgeliefert. Eingeliefert wurde er in das vor wenigen Monaten mit viel Beton, Panzerglas und Stahl neu gesicherte Düsseldorfer Gefängnis „Ulmer Höh".

Aber auch hier fand er ein Schlupfloch. Und auf der Flucht am Wochenende (WELT von gestern) schaffte er es auch, einen Taxifahrer zu leimen. Er ließ sich von Bremen nach Frankfurt kutschieren, lieh sich zum Telefonieren mehrfach Geld aus, und bei einer Rast zahlte der Fahrer sogar das Essen. In Frankfurt angekommen aber verschwand er auf Nimmerwiedersehen.

Standesgemäß war diese Fahrt über 500 Kilometer eigentlich nicht für den Millionen-Betrüger. Denn früher benutzte er für solche Strekken lieber einen gecharterten Lear-Jet, um seine Kunden zu beeindrukken.

Beschwatzt und genarrt fühlen sich indes auch seine beiden Anwälte, die jetzt sozusagen für ihn auf der Ulmer Höh einsitzen. Nach ihren Erzählungen von der Flucht ihres Mandanten (Oberstaatsanwalt Jochen Ruhland: „Einmalig in der Rechtsgeschichte") soll Kulik den 41jährigen Anwalt Hanjo Hilmann, den er seit Jahren kennt, gebeten haben, einen Steuerexperten mit in das Untersuchungsgefängnis zu bringen. Hilmann empfahl seinen neuen Partner, den 33jährigen Steuerberater Michael Korfmacher.

Im Besucherraum spielte sich dann eine „filmreife Gaunerkomödie" (Hilmann) ab. Mal schickte Kulik den Anwalt, mal den Steuerexperten vor die Tür. Als schließlich Hilmann längere Zeit nicht im Zimmer war, erklärte der Häftling dem verdutzten Korfmacher, er trage wegen des Hofganges zwei Hosen und zwei Hemden und begann sich zu entkleiden. Korfmacher: „Ich dachte, der spinnt."

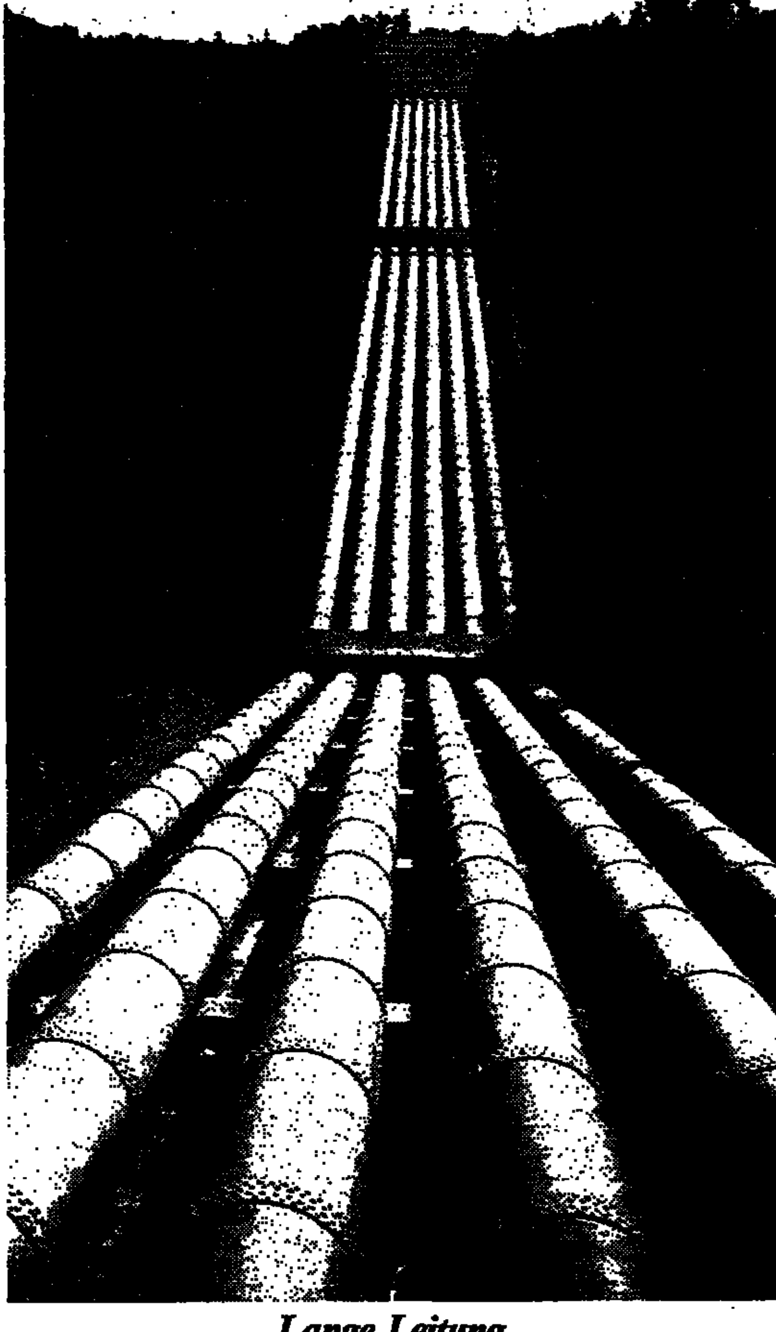
Unter der Anstaltskleidung trug Kulik eine graue Flanellhose, ein elegantes blaues Hemd und eine passende Krawatte. Dann aber sei – so Korfmacher – Kulik abwechselnd kalt und heiß geworden, er habe um die Jacke des Steuerberaters gebeten. In dem Jackett aber befand sich die Besuchermarke und ein Schlüssel der Justizvollzugsanstalt für den Spind des Rechtsanwaltes. Kulik trug die Jacke zwar nur für Minuten, aber immerhin lang genug, um Blechmarke und Schlüssel an sich zu nehmen. Dann packte er aus einer mitgebrachten Plastiktüte sein eigenes Jackett aus und griff zum Rasierpinsel, um sich mit Kaffeesatz das Gesicht zu bräunen. Ihn störe die Gefängnis-Blässe, erklärte er seinem verwirrten Gesprächspartner. Und da er kein Solarium in der Zelle habe, müsse er sich eben so behelfen.

Kurz darauf ging Kulik aus dem Besucherzimmer und sagte: „Ich erwarte noch einen Anwalt – einen Augenblick Geduld bitte." Natürlich kam er nicht wieder.

Mit der Anwalt-Kennmarke Korfmachers spazierte er ungehindert an zwei Wachposten vorbei in die Freiheit. Verständlich, daß er aus dem Spind des Juristen Ausweise, Kreditkarten, Euro-Schecks und Taschengeld mitnahm.

Korfmacher und Hilmann können sich ihre Naivität kaum selbst erklären. Gegen sie ist Haftbefehl ausgestellt wegen des Verdachtes der Fluchthilfe und der Strafvereitelung.

Die Staatsanwaltschaft wird sich aber auch darum kümmern müssen, daß der Justiz offenbar bekannt war, daß Kulik mit Fluchtgedanken spielte. Sie habe sogar nach einem entsprechenden Tip verschärfte Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, die allerdings nicht für den für Anwälte vorgesehenen Besucherraum galten.



Lange Leitung

Am Walchensee-Kraftwerk fotografiert von RUDOLF DIETRICH

Kieler Ärzte auf der Spur des AIDS-Virus?

gs. Hamburg

Kieler Pathologen sind möglicherweise dem AIDS-Virus auf der Spur. Wie gestern Professor Karl Lennert auf dem neunten europäischen Pathologen-Kongreß in Hamburg berichtete, fanden die Wissenschaftler Hinweise auf einen potentiellen Erreger oder auf einen Verwandten des Virus im Zusammenhang mit bösartigen Lymphknotenerkrankungen. Man habe in Japan, in der Karibik und in Afrika in Gebieten, in denen diese Erkrankungen gehäuft auftraten, Lymphome entdeckt, die durch Viren verursacht wurden. Grundlage für diese genaue, geradezu „steckbriefliche" Einordnung der Lymphknotentumoren ist die sogenannte „Kiel-Klassifikation", mit der sich weltweit diese Art bösartigen Geschwülste einordnen, vergleichen und unterscheiden sowie in ihrer Prognose beurteilen läßt.

Anti-Alkohol-Kampagne

K. P. Wien

Gemeinsam mit Diskotheken-Besitzern und Polizei startet das „Kuratorium für Verkehrssicherheit" vorerst im Großraum von Wien und in Vorarlberg eine Anti-Alkohol-Kampagne. Die Disco-Besitzer verpflichteten sich als „Erstkonsumation" nur mehr antialkoholische Getränke auszuschenken. Bei „Planquadrat-Aktionen" der Polizei werden angetrunkenen Jugendlichen die Zündschlüssel abgenommen. *Die Post stellt Busse* für die Heimfahrt der Jugendlichen zur Verfügung, die übrigens während dieser Kampagne straffrei bleiben.

Schießerei nach Fahndung

rtr, Peking

Chinas meistgesuchte Verbrecher, die Brüder Wang, sind gestern nach einem Bericht der amtlichen „Volkszeitung" nach einer landesweiten Suchaktion gestellt und bei einem Schußwechsel mit der Polizei getötet worden. Die Brüder sollen bei Überfällen 15 Menschen getötet haben. Nach ihnen war mit mehreren hunderttausend Plakaten gefahndet worden.

80 Erdstöße

rtr, Pozzuoli

Innerhalb einer Stunde ist Pozzuoli im Golf von Neapel gestern von 80 Erdstößen erschüttert worden. Die Polizei schätzt, daß inzwischen 20 000 Menschen ihre Häuser verlassen haben und in Militärzelten am Strand oder in leeren Ferienwohnungen leben.

„Blutwunder" zu früh

dpa, Neapel

Das Blut des Heiligen Gennaro hat sich in diesem Jahr ungewöhnlicherweise schon vor der gestrigen religiösen Zeremonie verflüssigt. In den letzten Jahren war die Verflüssigung des Blutes des Heiligen, das in einer Ampulle aufbewahrt und als Reliquie verehrt wird, immer auf den Tag der Zeremonie gefallen.

Papst sorgt für Hochbetrieb in Österreichs Kirchen

KURT POLLAK, Wien

Ein „Wunder" hat Papst Johannes Paul II. während seines viertägigen Österreich-Aufenthaltes vollbracht; schon am ersten Sonntag nach seinem Besuch wurden Österreichs Kirchen von Gläubigen geradezu „überrannt". Das ergab eine Umfrage der Wiener „Kronenzeitung" bei den Pfarrämtern der Alpenrepublik. Übereinstimmende Feststellung der Pfarrer: „So voll waren Österreichs Kirchen schon lange nicht!"

Die „Langzeitwirkung" des Papst-Besuches wird durch mehrere Indizien erhärtet und beweist die „Aufbruchstimmung" unter den österreichischen Katholiken; vor den Beichtstühlen standen die „Sünder" geradezu Schlange. Allein im Wallfahrtsort Mariazell, den der Papst am letzten Tag seines Österreich-Aufenthaltes besucht hatte, standen zehn Beichtväter im Dauereinsatz, um den Ansturm bewältigen zu können.

Viele Pfarreien in Wien, Oberösterreich und der Steiermark melden: „Viele Ehepaare, die schon knapp vor der Scheidung standen, kamen zu uns und erklärten, daß sie ihre Entscheidung noch einmal überdenken wollten, weil der Papst an ihr Gewissen appelliert habe." Bei den Pfarreien meldeten sich in den letzten drei Tagen auch viele Menschen, die aus der Kirche ausgetreten waren und nun wieder zurückkehren wollen. Ein Pfarrer aus Wien: „Der praktizierende Katholik ist wieder gesellschaftsfähig geworden . . ."

Nacktbader in Griechenland bekamen einstimmigen Segen des Parlaments

Einbruch im Tourismusgeschäft zwang zur Liberalisierung gegen Protest der Kirche

EVANGELOS ANTONAROS, Athen

„Ein Anachronismus ist beseitigt worden." Mit diesen Worten begrüßte der Athener Fremdenverkehrschef Nikos Skoulas die Verabschiedung eines Gesetzes, daß erstmals die Gründung von FKK-Anlagen in Griechenland zuläßt. Einstimmig, was im Athener Parlament äußerst selten ist, haben die 300 Abgeordneten aller Fraktionen dem vor allem von der griechisch-orthodoxen Kirche hart kritisierten Gesetz zugestimmt. (siehe WELT von gestern).

Die neue Regelung sieht vor, daß „Nudisten-Kolonien" und „Ferienanlagen", so die offizielle Bezeichnung, an abgelegenen Stränden und Ferienorten entstehen dürfen. Als zusätzliche Voraussetzung für die Zulassung eines solchen Camps verlangt die griechische Fremdenverkehrszentrale EOT die Zustimmung der örtlichen Gemeinde.

„Ärgerliche" Erfahrungen

Dadurch wird ein Mißstand beseitigt, der in den letzten Jahren Hunderte von sonnenlustigen Touristen vors Gericht gebracht hat. Wer unter griechischer Sonne nahtlos braun werden wollte, lief immer Gefahr, von einem übereifrigen Polizisten festgenommen und, hüllenlos wie er war, dem Schnellrichter vorgeführt zu werden. Haftstrafen bis zu zwei Monaten, die in der Regel in saftige Geldstrafen umgewandelt werden konnten, waren die Folge. Allein in diesem Jahr sollen etwa 50 Deutsche wegen „Erregung eines öffentlichen Ärgernisses" diese Erfahrungen gemacht haben.

Das neue Gesetz will dieser oft mißbrauchten Praxis ein Ende setzen. Wer fortan in den FKK-Anlagen alle Kleider abwirft, braucht nichts zu befürchten. Doch ganz ohne Tücken sind die neuen Regelungen nicht. Denn weiterhin gelten die alten strafrechtlichen Bestimmungen für Badelustige, die außerhalb dieser Anlagen nackt erwischt werden. Justizminister Georgios-Alexandros Mangakis hat zwar eine Gesetzänderung angekündigt, wonach Nacktbadende nur noch auf Antrag Dritter angezeigt werden sollen. Aber bis auf weiteres gilt die alte Regelung, die jedem Dorfpolizisten die Möglichkeit gibt, gegen einen splitter- oder halbnackten Touristen vorzugehen.

Seit ihrer Amtsübernahme vor knapp zwei Jahren hatten Athens Sozialisten immer wieder ihre Absicht bekundet, offiziell anerkannte FKK-Anlagen zuzulassen. Doch erst die diesjährige Tourismus-Baisse brachte sie zum raschen Handeln: um knapp 30 Prozent sollen die Deviseneinnahmen zurückgegangen sein. „Es wäre für uns ein törichter Luxus, auf FKK-Anlagen zu verzichten, wenn unsere Nachbarkonkurrenten solche Touristen zu ködern versuchen", sagte EOT-Chef Skoulas.

Die Zulassung von FKK-Anlagen war vor allem wegen des verbissenen Widerstands der griechisch-orthodoxen Kirche und zahlreicher parareligiöser Organisationen immer wieder aufgeschoben worden. Einige Bischöfe organisierten Protestmärsche mit dem Slogan „Raus mit den nackten Sex-Fanatikern", Popen in verschiedenen Dörfern stachelten die Ortsbevölkerung an.

Kirche bleibt unnachgiebig

Während einer dreistündigen Fernsehdiskussion vor zwei Wochen zeigten sich die Vertreter der Kirche unnachgiebig: „Wir stehen zu unserer Entscheidung, daß diese Anlagen unerlaubt sind. Sie sind mit den Moralvorstellungen der Griechen nicht vereinbar". Schützenhilfe erhielten die Bischöfe von zahlreichen erzkonservativen Organisationen, die von „unbeschreiblichen Sex-Orgien" und „einer möglicherweise geplanten Demoralisierung unserer Jugend" sprechen. „Laßt uns eine Umfrage machen. Es wird sich herausstellen, daß der *Durchschnittsgrieche gegen die* Invasion der Nackten ist", forderte ein Bischof.

Athen ließ sich davon nicht beeindrucken. „Ab 1984 wird es organisierte FKK-Siedlungen geben. Selbst Griechen, die Mitglieder von einheimischen FKK-Verbänden sind, dürfen dort ihren Urlaub verbringen", versicherte Skoulas. Doch selbst Griechenlands Richter scheinen verwirrt zu sein. Nur ein paar Tage vor Verabschiedung des strittigen Gesetzes wurde eine finnische Touristin ins Gefängnis geworfen, weil sie nackt auf dem Eiland Angistri bei Athen badete. (SAD)

LEUTE HEUTE

Familien-Bande

Gewitterwolken am Hochzeitshimmel der **Liz Taylor:** Die Familie ihres Millionärs-Freundes **Victor Luna**, den sie im Herbst zu heiraten gedenkt, macht aus ihrer Ablehnung keinen Hehl. Lunas Familie ist streng katholisch, wird dazu in Mexiko begründet, und vor allem den älteren Familienmitgliedern ist Liz Taylor aus zwei Gründen „verdächtig": weil sie Schauspielerin ist und bereits so oft verheiratet war.

Show-Chance

Jetzt sieht man klar – weshalb **Sophia Loren** es ablehnte, Gastrollen in „Denver Clan" und „Dallas" zu übernehmen: Sie wittert eine viel größere Chance. Der amerikanische Produzent **Aaron Spelling** soll ihr eine eigene TV-Show angeboten haben, und dafür würde Sophia pro Folge 100 000 Dollar kassieren können.

Zuckerverkäufer

„Ich weiß, daß ich reich bin. Aber ich habe keine Zeit, mein Geld zu zählen", sagte Starsänger **Julio Iglesias** jetzt bei einem Auftritt in Rom. Der Spanier trat für eine Gage von umgerechnet 300 000 Mark auf dem „Fest der Freundschaft" der italienischen Christdemokraten auf. „Ich verdiene, weil ich Zucker, Seele und Gefühl verkaufe."

WETTER: Leicht unbeständig

Wetterlage: An der Südseite eines Tiefs mit Kern über dem Nordmeer fließt mäßig warme Meeresluft nach Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt. West Stärke 5. 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. ● Sprühregen. ● Regen. * Schneefall. ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Die Bundesrepublik und Raum Berlin: Anfangs in Bayern noch starke Bewölkung mit leichtem Sprühregen. Später hier wie bereits im übrigen Bundesgebiet wechselnd wolkig. Besonders in der zweiten Tageshälfte einzelne Schauer. Tageshöchsttemperaturen 15 bis 19 Grad, in der Nacht zum Mittwoch Abkühlung auf 10 bis 7 Grad. Im Süden schwacher, sonst mäßiger Wind aus Südwest vor allem im Norden mit starken Böen.

Weitere Aussichten:

Freundlich, mäßig warm.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	32°
Bonn	13°	Kopenh.	17°
Dresden	20°	Las Palmas	24°
Essen	12°	London	17°
Frankfurt	19°	Madrid	25°
Hamburg	15°	Mailand	18°
List/Sylt	15°	Mallorca	26°
München	19°	Moskau	19°
Stuttgart	17°	Nizza	23°
Algier	26°	Oslo	14°
Amsterdam	16°	Paris	20°
Athen	23°	Prag	20°
Barcelona	25°	Rom	20°
Brüssel	16°	Stockholm	15°
Budapest	20°	Tel Aviv	29°
Bukarest	21°	Tunis	25°
Helsinki	21°	Wien	18°
Istanbul	27°	Zürich	18°

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.05 Uhr, Untergang: 19.25 Uhr. **Mondaufgang:** 19.40 Uhr, Untergang 5.43 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Zwei Neue rauschen durch Frankreichs Blätterwald

JOCHEN LEIBEL, Paris

Frankreichs gewöhnlich sehr ruhiger Zeitschriftenmarkt ist seit einigen Tagen am Kochen, politisch engagierte Neu-Titel bringen Werbemanager zur Verzweiflung, Traditionsblätter ziehen gegen erfindungsreiche Verlagshäuser zu Felde – und die 43 000 Kioskverkäufer schimpfen aufs ganze Gewerbe, weil sie nicht mehr durchblicken.

Begonnen hatte der „Zeitschriftenkrieg" in der vergangenen Woche, als der für seine sozialistische Weltanschauung bekannte Buchverleger Jean Pierre Ramsay ein stark linksorientiertes neues Wochenmagazin herausbrachte. Ramsay hatte vor einiger Zeit die ehemalige Literaturzeitschrift „Les Nouvelles Litteraires" gekauft – mit finanzieller Hilfe des Pariser Elysée-Palastes, munkelt man – und daraus „Les Nouvelles" gemacht. „Das Blatt, das eine ‚gute Linke' hat", erfuhr das Publikum auf übermannsgroßen Plakaten.

Anders als schon existierende Zeitschriften mit Linkstendenz soll das neue Blatt aggressiver und militanter sein. Doch die neue Mannschaft war offensichtlich allzu forsch. Der Radiosender „Radio Monte Carlo" lehnte einen Werbespot ab, in dem der in Frankreich angesehene Historiker Raymond Aron als Reaktionär bezeichnet wurde. Und als die erste Nummer der linken Zeitschrift auf dem Markt war, gab es auch schon den ersten Krach in der Redaktion. Ein Journalist reichte seinen Rücktritt ein, weil sein Artikel ohne seine Zustimmung „politisch verschärft" worden war.

Die bürgerliche Seite trat dem neuen Linksblatt eine Woche später mit einem Konkurrenten entgegen. Zum gleichen Verkaufspreis, 3,50 Mark, kam „Magazine Hebdo" an die Kioske. Herausgeber Alain Lefebvre, der schon mit einem halben Dutzend gutverkaufter Kinder- und Frauenzeitschriften vertreten ist, setzte der „guten Linken" des Konkurrenzblattes den Slogan „gelassen rechts" entgegen. Anders als Sozialist Ramsay, der die erste Nummer mit einer Auflage von rund 100 000 Exemplaren anbot, ging Lefebvre mit einer halben Million an den Start. Auch er bekam Ärger mit den Werbeträgern für das neue Objekt. Diesmal waren es die kommunistisch beherrschten Pariser Verkehrsbetriebe, die auf ihren Bussen nichts politisch allzu Scharfes haben wollten.

Die „rechte" Wochenzeitschrift ist doppelt so dick (150 Seiten) wie die „linke Schwester", unterscheidet sich aber innen nur durch die politische Färbung – beide Blätter sind graphisch sehr modern gemacht, auf Hochglanzpapier, und durch Fotos, Skizzen und Zeichnungen aufgelokkert. Beide Blätter hoffen, nach der Anlaufzeit jeweils wöchentlich 150 000 Exemplare absetzen zu können.

Von den bisher schon existierenden politischen Wochenzeitschriften „Le Nouvel Observateur" (links), „L'Express" (Mitte) und „Le Point" (liberal) werden die beiden Neuen mit höchstem Mißfallen betrachtet. Zweifellos werden „Nouvelles" und „Magazine Hebdo" am Anzeigenaufkommen der bisherigen Blätter knabbern. Verleger Lefebvre hat für sein „gelassen rechtes" Blatt schon Anzeigen für 16 Nummern. Und das zu einem Zeitpunkt, da das dritte staatliche Fernsehprogramm gerade erst mit der TV-Werbung begonnen hat und den Zeitschriften schon etwas Butter vom Brot nahm.

Um Anzeigen geht es auch im Krieg zwischen den Traditionstiteln „Elle" und „Paris-Match" und den Hochglanz-Wochenendbeilagen „Figaro-Magazine" und „France-Soir-Magazine". Die beiden letzteren haben bei der Werbeindustrie unerwartet großen Erfolg. Deshalb ging die „Paris-Match-Gruppe" mit Anzeigen gegen die Beilagen vor. Diese Beilagen, so hieß es in den Anzeigen, seien keine richtigen Nachrichtenträger, da sie eine Sommerpause einlegen und ihren Lesern so über lange Strecken wichtige Nachrichten vorenthalten. Außerdem würden sie sich nicht den bei Zeitschriften üblichen Leser-Analysen unterwerfen.

Bei diesem „Krieg der Zeitschriften" hat sich Verleger Hersant allerdings einen unerwarteten Feind geschaffen: die Kioskbesitzer. Hersant verkauft nämlich sein „France-Soir-Magazine" am Sonnabend als Beilage zur gleichnamigen Tageszeitung, vom folgenden Montag an jedoch als selbständige Zeitschrift. „Da blickt nun wirklich niemand mehr durch", meinte verzweifelt ein Verkäufer auf den Champs-Elysées, „jetzt haben wir totale Anarchie auf dem Zeitschriftenmarkt." (SAD)

156 Morde gestanden

AFP, Austin

156 Morde hat ein 47jähriger Amerikaner zugegeben, der wegen sechs Morden unter Anklage steht. Der im Juni nach der Ermordung eines 80jährigen verhaftete Henry Lee Lucas hat nach Zeitungsberichten Aufschlüsse über eine Reihe von seit Jahren ungeklärten Fällen gegeben.

Seilschaft abgestürzt

dpa, Zermatt

Drei seit Donnerstag am Matterhorn in den Schweizer Alpen vermißte amerikanische Bergsteiger wurden am Sonntag von einem Rettungshubschrauber tot geborgen. Ein weiterer Landsmann konnte noch nicht gefunden werden. Die vier Männer, die trotz Warnungen bei schlechtem Wetter in die Matterhorn-Ostwand einstiegen, wohnten in Hamburg.

ZU GUTER LETZT

„Immer, wenn die Rede vom Monster war, dachte ich, die Leute meinen die Navratilova." Die tschechoslowakische Weltrekordläuferin (400 m/800 m) Jarmila Kratochvilova zu den Verdächtigungen, sie sei keine Frau.